

**Brandenburgische
Umwelt
Berichte**

Astrid Segert & Irene Zierke

**Regionale Ungleichheiten aus der Perspektive
nachhaltiger Regionalentwicklung**

Das Beispiel ländlicher Räume in Deutschland

Schriftenreihe der Universität Potsdam

Potsdam im März 2005

Inhaltsverzeichnis

1. Regionen aus der Nachhaltigkeitsperspektive	7
1.1 Nachhaltigkeit und Regionalentwicklung	7
1.2 Regionale Dimension sozialer Ungleichheiten	14
1.3 Ländliche Regionaltypen	25
2. Regionale Ungleichheiten nach einzelnen Parametern	31
2.1 Bevölkerung	31
2.1.1 Bevölkerungsentwicklung	34
2.1.2 Lebenserwartung	38
2.1.3 Altersstruktur	38
2.2 Bildungsstruktur	43
2.2.1 Bildungsniveau	44
2.2.2 Berufliches Qualifikationsniveau	45
2.3 Regionale Beschäftigung	49
2.3.1 Beschäftigungsquote	50
2.3.2 Beschäftigungsstruktur	55
2.3.3 Arbeitslosigkeit	58
2.4 Wirtschaftskraft	62
2.5 Private und öffentliche Finanzen	65
2.5.1 Haushaltseinkommen	67
2.5.2 Steuereinnahmen und Gestaltungsquote	70
2.5.3 Sozialhilfeempfänger	72
2.6 Soziale Infrastrukturen	75
2.6.1 Ärztliche Versorgung	75
2.6.2 Regionale Ausbildungsplätze	77
2.6.3 Kindergartenplätze	78
2.7 Naturlandschaft	81
2.7.1 Freiflächen	81
2.7.2 Ökologischer Landbau	84
2.8 Private Erreichbarkeit von Oberzentren	87
3. Ungleichheiten zwischen ländlichen Raumtypen und Perspektiven für nachhaltige Regionalentwicklungen	89
3.1 Agglomerationsnahe ländliche Räume	90
3.2 Ländliche Kreise in verstäderten Räumen	94
3.3 Agglomerationsferne ländliche Räume mit höherer Dichte	99
3.4 Agglomerationsferne ländliche Räume mit geringerer Dichte	103
3.5 Perspektiven nachhaltiger ländlicher Entwicklungen	108
4. Literatur	114
5. Anlage: Tabellen zu Parametern regionaler Ungleichheit zwischen ländlichen und urbanen Kreistypen	118

Tabellenverzeichnis

- Tab. 1: Ländliche Kreistypen in den Regionsgrundtypen in Deutschland
- Tab. 2: Verteilung der ländlichen Kreise auf die bundesdeutschen Flächenländer
- Tab. 3: Bevölkerungsdichte 2001 und Bevölkerungsentwicklung 1990-2001 sowie 1995-2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Tab. 4: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der demographischen Entwicklung ihrer ländlichen fern dünn besiedelten Kreise 1990-2001
- Tab. 5: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der demographischen Entwicklung ihrer ländlichen fern dichter besiedelten Kreise 1990-2001
- Tab. 6: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der demographischen Entwicklung ihrer ländlichen Kreise in verstäderten Regionen 1990-2001
- Tab. 7: Lebenserwartung der deutschen Männer und Frauen im Jahr 2000 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 8: Altersgruppierungen in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland 2000 und ihre Entwicklung 1995-2000
- Tab. 9: Altersgruppierungen in ländlichen Kreisen 2000 und 1995-2000 in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 10: Rangfolge der Bundesländer mit einem Anteil von mehr als 50 % ländlichen Kreisen bei der Entwicklung ausgewählter Altersgruppen 1995-2000
- Tab. 11: Schulabgänger 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 12: Qualifikationsniveau der Beschäftigten 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Tab. 13: Qualifikationsniveau der Beschäftigten 2001 in den ländlichen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 14: Beschäftigte je 100 Einwohner 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 15: Beschäftigtenentwicklung 1995-2001 in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 16: Beschäftigungsabbau 1995-2001 in ländlichen Kreistypen in Ostdeutschland
- Tab. 17: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der Beschäftigungsentwicklung 1995-2001 in ihren ländlichen fern Regionen
- Tab. 18: Sektorale Verteilung der Beschäftigten 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Tab. 19: Sektorale Verteilung der Beschäftigten 2001 in den ländlichen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 20: Arbeitslosenquote 2002 und Entwicklung der Arbeitslosenquote 1995-2002 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Tab. 21: Arbeitslosenquote 2002 und Entwicklung der Arbeitslosenquote 1995-2002 in den ländlichen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 22: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der Arbeitslosenquote 2002 und der Entwicklung der Arbeitslosenquote 1995-2002 in ihren fern dünn besiedelten ländlichen Kreisen
- Tab. 23: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach den Arbeitslosenquoten 2002 und der Entwicklung der Arbeitslosenquote 1995-2002 in ihren ländlichen Kreisen in verstäderten Räumen
- Tab. 24: Investitionen 1999/2000, Bruttoinlandsprodukt 2000 und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 1994-2000 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Tab. 25: Bruttoinlandsprodukt 2000 in ländlichen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 26: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 1994-2000 in den ländlichen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 27: Rangfolge der deutschen Bundesländer bei der Entwicklung ihres Bruttoinlandsprodukts 1994-2000 in ihren ländlichen fern Regionen

- Tab. 28: Anteil am durchschnittlichen deutschen Haushaltseinkommen 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 29: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2001, Steigerungen sowie Anteil am durchschnittlichen deutschen Haushaltseinkommen 2001 in den ostdeutschen Bundesländern
- Tab. 30: Gestaltungsquote in den siedlungsstrukturellen Kreistypen 2000 in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 31: Steuereinnahmen 2000 und ihre Entwicklung 1995-2000 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Tab. 32: Steuereinnahmen 2000 und ihre Entwicklung 1995-2000 in den ländlichen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 33: Sozialhilfeempfänger 2000 und Entwicklung der Sozialhilfeempfängerquote 1995-2000 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Tab. 34: Sozialhilfeempfänger 2000 und Entwicklung der Sozialhilfeempfängerquote 1995-2000 in den ländlichen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 35: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der Zahl der Sozialhilfeempfänger 2000 und Entwicklung der Sozialhilfeempfängerquote 1995-2000 in ihren fernen dünn besiedelten ländlichen Kreisen
- Tab. 36: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der Zahl der Sozialhilfeempfänger 2000 und Entwicklung der Sozialhilfeempfängerquote 1995-2000 in ihren fernen dichter besiedelten ländlichen Kreisen
- Tab. 37: Zahl der Ärzte 2001 und Entwicklung der Ärztezah 1995-2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Tab. 38: Entwicklung der Ärztezah 1995-2001 in den ländlichen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 39: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der Entwicklung der Ärztezah 1995-2001 in ihren fernen dünn besiedelten ländlichen Regionen
- Tab. 40: Ausbildungsplätze 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Tab. 41: Ausbildungsplätze 2001 in ländlichen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 42: Betriebliche und nichtbetriebliche Ausbildungsabschlüsse 2002 in den deutschen Bundesländern
- Tab. 43: Versorgungsgrad mit Kindergartenplätzen 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 44: Durchschnittliche Freiflächen 2000 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 45: Durchschnittliche Freifläche 2000 in den Bundesländern mit ländlichen Kreistypen
- Tab. 46: Durchschnittliche Übernachtungen im Fremdenverkehr 1997-2001 in den ländlichen Kreistypen in Westdeutschland und Ostdeutschland
- Tab. 47: Durchschnittliche Übernachtungen im Fremdenverkehr 1997-2001 in den Bundesländern mit ländlichen Kreistypen
- Tab. 48: Anteil der Naturschutzgebiete (1999), der Waldflächen (1990) und der Wasserflächen (1990) an der Bodenfläche der Bundesländer
- Tab. 49: Anbaufläche und Zahl der Betriebe des ökologischen Landbaus 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Tab. 50: Ökologisch wirtschaftende Unternehmen, ökologisch bewirtschaftete Fläche und Entwicklung der ökologisch bewirtschafteten Fläche 2003 in den deutschen Bundesländern
- Tab. 51: Erreichbarkeit von Oberzentren 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Mitgliedsländer der Europäischen Union
- Abb. 2: Ländliche Gebiete 2001 in den NUTS3-Regionen der Europäischen Union und der Beitrittskandidaten
- Abb. 3: NUTS2-Regionen mit einem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner kleiner als 75 % des durchschnittlichen Wertes der Europäischen Union 2001
- Abb. 4: Leader+ Regionen in Deutschland
- Abb. 5: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den NUTS3-Regionen der Europäischen Union und der Beitrittskandidaten 1995-2001
- Abb. 6: Regionsgrundtypen in Deutschland
- Abb. 7: Siedlungsstrukturelle Kreistypen in den 3 Regionsgrundtypen in Deutschland
- Abb. 8: Bundesländer in Deutschland nach ihrem Anteil an ländlichen Kreisen
- Abb. 9: Bevölkerungsentwicklung 1995-2001 der NUTS3-Regionen der Europäischen Union sowie der Beitrittskandidaten
- Abb. 10: Anteil der Schulabschlüsse mittlerer Reife 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Abb. 11: Anteil der Schulabschlüsse mittlerer bzw. Hochschulreife 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Abb. 12: Beschäftigungsquote 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Abb. 13: Beschäftigungsentwicklung 1995-2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Abb. 14: Anteil der Beschäftigten bzw. Erwerbstätigen in den Wirtschaftssektoren 2001 in der EU15 und in Deutschland
- Abb. 15: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 1994-2000 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Abb. 16: Durchschnittliches Einkommen privater Haushalte 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Abb. 17: Versorgungsgrad mit Kindergärtenplätzen 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen
- Abb. 18: Anbaufläche des ökologischen Landbaus 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland
- Abb. 19: Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen in Deutschland
- Abb. 20: Ländliche Kreise in verstäderten Räumen in Deutschland
- Abb. 21: Agglomerationsferne ländliche Räume höherer Dichte in Deutschland
- Abb. 22: Agglomerationsferne ländliche Räume mit geringerer Dichte in Deutschland

1. Regionen aus der Nachhaltigkeitsperspektive

1.1 Nachhaltigkeit und Regionalentwicklung

Regionen stehen derzeit verstärkt im Licht der politischen Öffentlichkeit. Dies wird durch eine wachsende Aufmerksamkeit von Seiten der Ökologie, Regional- und Sozialwissenschaft begleitet. Provokiert wurde dies vor allem durch wirtschaftliche und technische Trends im Zuge der Globalisierung, durch mit ihnen verbundene Umweltprobleme und Naturzerstörungen, durch problematische demographische Prozesse, durch widersprüchliche Tendenzen bei Urbanisierung und Suburbanisierung ebenso wie durch neue Formen politischer Partizipation auf verschiedenen Ebenen. Nachhaltigkeitsdefizite, aber auch Nachhaltigkeitspotentiale sind sehr unterschiedlich auf die Regionen in der Welt verteilt. In diesem Zusammenhang werden Regionen aus Sicht übergeordneter Institutionen nicht mehr nur als Orte spezieller Problemkonstellationen, sondern auch als Räume mit eigenständigen wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und politischen Potentialen wahrgenommen, die nationale und globale Entwicklungen beeinflussen. Die ungleiche Verteilung natürlicher, materieller und humaner Ressourcen, von denen die Regionalentwicklung beeinflusst wird, erhält so eine neue Bewertung. Regionen erweisen sich als Brennpunkte von Nachhaltigkeitsdefiziten ebenso wie von Aktivitäten zu ihrer Überwindung. Die vorliegende Studie greift in diese Diskussion ein und analysiert Probleme und Möglichkeiten nachhaltiger Regionalentwicklung speziell aus der Perspektive sozialer Ungleichheiten. Im Vordergrund steht die aktuelle Ausprägung verschiedener Ungleichheitsparameter, die für bestimmte Regionstypen charakteristisch sind und ihre Entwicklung fördern oder aber belasten. Gefragt wird nach dem Einfluss ausgewählter räumlicher Disparitäten sowie regionaler Besonderheiten bei der Ausstattung mit ökologischen, ökonomischen und sozialen Potentialen auf die Chancen für nachhaltige Regionalentwicklungen.

These 1:

Räumlich ungleich verteilte Bedingungen sozialer, ökonomischer und ökologischer Entwicklung bilden eine wichtige Ausgangsbasis, an denen Aktivitäten für nachhaltige Regionalentwicklungen ansetzen können. Regionale Ungleichheiten treten sowohl als Nachhaltigkeitsdefizite wie auch als besondere regionale Entwicklungspotentiale in Erscheinung. Eine Angleichung räumlicher Entwicklungsbedingungen ist im ersten Fall anzustreben, im zweiten Fall läuft sie nachhaltigen Regionalentwicklungen entgegen.

Im Zentrum der folgenden Analyse stehen ländliche Regionen, denen häufig geringe politische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit zukommt, obwohl sie derzeit tief greifende Transformationen durchlaufen. In diesem Zusammenhang machen einige ländliche Regionen verallgemeinerungsfähige positive Erfahrungen während bei anderen ihr zukünftiger Bestand als unsicher gilt. Aus sozialer Perspektive müssen diese Entwicklungen gerade im ländlichen Raum sehr gründlich erörtert und abgewogen werden. Auch in Regionen mit geringer ökonomischer Ressourcenausstattung finden sich Entwicklungschancen, die im Interesse der hier Lebenden auszuloten und zu befördern sind. Regionale Potentiale liegen nicht immer auf der Hand, insbesondere wenn vorrangig Wachstumsparameter als

Entwicklungskriterien herangezogen werden. Misst man sie hingegen am Maßstab der Zukunftsfähigkeit, so lassen sich auch in strukturschwachen Regionen häufig ökologische oder soziale Ressourcen ausmachen, die heute und künftig ein menschenwürdiges naturverträgliches Leben ermöglichen. Das Leitbild nachhaltiger Entwicklung fordert dazu auf, Güter und Werte in ihrer ökologischen, ökonomischen und sozialen Vielfalt zu betrachten, ihr Potential für die Zukunft zu sichern und zu entwickeln. Diese Vorstellung einer ausgewogenen Entwicklung von Natur und Gesellschaft wird in unterschiedlicher Weise akzentuiert.

Ausgehend von diesen Prämissen stellt die Nachhaltigkeitsdebatte, die mit dem Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ von der Brundtland-Kommission 1987 und der Nachfolgekonzferenz in Rio 1992 forciert wurde, einen neuen Rahmen nicht nur für die ökologische Forschung, sondern auch für die Analyse regionaler sozialer Ungleichheiten dar. Im Kontext globaler ökonomischer Ungleichgewichte und Naturkatastrophen, von Armut und Hunger rückten Fragen der intragenerativen und intergenerativen Gerechtigkeit sowie der nationalen und internationalen Verantwortung für solche Krisen und Konflikte in den Blick der Weltöffentlichkeit und auf die Agenden nationaler und internationaler Politik (vgl. Kopfmüller et al. 2001). Die wechselseitige Abhängigkeit von globalen und regionalen Entwicklungen wird mit Blick auf vorhandene Ressourcen und deren Nutzung für gleichwertige Lebenschancen thematisiert, eine dauerhafte Lösung ökologischer, sozialer und ökonomischer Probleme auf nationaler und internationaler Ebene gewinnt neue Konturen.

In das Zentrum der angestoßenen Debatte rückten zunächst brisante ökologische Vorgänge: die Begrenztheit natürlicher Ressourcen, die Belastungen der Umwelt durch wirtschaftliches Handeln, globale und nationale Folgen einer Übernutzung der Umwelt wurden als Indikatoren weltweiter Krisen identifiziert. Damit gerieten auch globale und nationale Ökonomien, soziale Systeme und die politische Steuerung gesellschaftlicher Prozesse in die Diskussion. Nachhaltige Entwicklungen erwachsen nicht allein aus der dauerhaften Sicherung ihrer ökologischen oder ihrer sozialen Voraussetzungen, sondern aus dem sinnvollen Zusammenspiel der verschiedenen gesellschaftlichen Dimensionen. Nationen, aber auch Regionen haben dabei an Konflikten und Chancen einer nachhaltigen Entwicklung in unterschiedlicher Weise teil. Der allmähliche Übergang zu Produktions- und Lebensweisen, die auf globaler und nationaler Ebene gleichwertige Lebensverhältnisse und den nachkommenden Generationen ein angemessenes Leben ermöglichen, erfordert ein komplexes Herangehen. Nachhaltige Entwicklungen sind nur dann möglich, „wenn soziale, ökologische und ökonomische Belange sowie die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen für eine Politik der Nachhaltigkeit stets in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit betrachtet und gleichrangig und integriert behandelt werden mit dem Ziel, Verbesserungen der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensbedingungen in Einklang zu bringen“ (Coenen et al. 2003, 43). Mit einem solchen integrierten Konzept soll ein komplexer Prozess nachhaltiger Entwicklung ausgelöst werden, an dem vielfältige gesellschaftliche Bereiche und Akteure teilhaben. Das erfordert in erster Linie, zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungszielen und -risiken auf globaler sowie auf regionaler Ebene abzuwägen, Interessenkonflikte zu benennen und auszubalancieren. Zulässige Belastungen jeder einzelnen Dimension auf Kosten der anderen müssen bei der Formulierung von Nachhaltigkeitszielen geprüft werden. Das Verständnis von Nachhaltigkeit geht damit zu weiten Teilen mit der Entscheidung einher, welche Entwicklungsrisiken vermieden und welche toleriert werden sollen.

Aus der Nachhaltigkeitsperspektive erhalten ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungsziele ein externes Korrektiv. So ziehen beispielsweise soziale Probleme sowohl auf der globalen, nationalen als auch regionalen Ebene verschiedene Konsequenzen für den Umwelt- und Naturschutz nach sich. Das schließt auch die Erkenntnis ein, dass beide nur dann funktionieren, wenn soziale Barrieren und gesellschaftliche Mechanismen ihrer Umsetzung beachtet werden (vgl. Segert et al. 2004b). Die Armut in der dritten Welt forciert den Raubbau an natürlichen Ressourcen, eine schlechte Infrastruktur in strukturschwachen Regionen weiter entwickelter Länder steigert den CO²-Ausstoß durch erhöhtes Verkehrsaufkommen. Die eingeschränkte Kaufkraft von Bewohnern strukturschwacher Regionen in weiter entwickelten Ländern kann das volkswirtschaftliche, speziell das außenwirtschaftliche Gleichgewicht eines Landes und damit nachhaltiges Wirtschaften stören. Umgekehrt können ökologisch sinnvolle technische Innovationen soziale Probleme in Gestalt von Arbeitslosigkeit und Beschäfti-

gungsrückgang verstärken. Gleichzeitig erweist sich eine geringe bzw. abfallende Beschäftigungsrate als Vergeudung von humanen Ressourcen, was die Lebensqualität derjenigen beeinträchtigt, die aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen werden. „Eine zukunftsfähige Entwicklung wird ohne Lösung der sozialen Krise (Massenarbeitslosigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, Armut) und ohne Beachtung der Beschäftigungs- und Verteilungsfolgen einer Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft nicht erreichbar sein. Andererseits wird der Versuch, die soziale Krise auf Kosten der Umwelt zu lösen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die Fähigkeit der Wirtschaft, Arbeitsplätze und Einkommen bereitzustellen, und damit letztlich auch den Sozialstaat schon mittelfristig unterminieren“ (Spangenberg 2003, 20). Dabei muss insbesondere nachhaltiges Wirtschaften durch Ansprüche einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung verstärkt motiviert werden, indem „Grenzen des Erlaubten“ gesetzt, vor allem aber neue Möglichkeitsräume für solches Handeln geschaffen werden.

Bei der Abwägung ökonomischer, ökologischer und sozialer Prozesse und Zielstellungen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit stellt das anthropogene Nachhaltigkeitskonzept, ausgehend vom Brundtland-Bericht und den Nachfolgekonferenzen, das Postulat sozialer Gerechtigkeit bei der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse in den Mittelpunkt. Nationen und Regionen werden dazu aufgefordert, ihre Entwicklung nicht auf Kosten von anderen heute Lebenden und von nachfolgenden Generationen zu vollziehen. Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung in Form von Rechten und Pflichten, von Naturressourcen, wirtschaftlichen Gütern und sozialen Positionen sollen auf globaler, nationaler und regionaler Ebene zum gegenseitigen Vorteil verteilt werden. Im Brundtland-Bericht wird eine gerechtere Verteilung als Ziel gegenwärtiger und zukünftiger nationaler wie internationaler Entwicklung charakterisiert. Ungerechtigkeiten beispielsweise bei der Verteilung von Besitz und Lebenschancen werden als Ursache für globale ökonomische und ökologische Problemlagen und Konflikte identifiziert. Die Orientierung des Nachhaltigkeitsbegriffs an Gerechtigkeitsüberlegungen bedeutet über eine Ausrichtung der gesellschaftlichen Produktions- und Lebensweisen sowie ihrer Institutionen an „objektiven Grenzen“ hinaus, alle gesellschaftlichen Bedingungen und Entwicklungen am Maßstab der Bedürfnisbefriedigung heutiger und zukünftiger Generationen auszurichten. Dabei schließt ein so verstandenes menschenwürdiges Leben die Pflicht zum behutsamen Umgang mit der Natur und den kulturellen Errungenschaften aus wohlverstandem Eigeninteresse der Menschen ein (vgl. Renn 2001).

Der Übergang zu nachhaltigen Produktions- und Lebensformen impliziert den Wandel von natürlichen und gesellschaftlichen Räumen. Das betrifft alle Raumebenen von der globalen Welt über kontinentale Zentren und Nationalstaaten bis zu Regionen und Orten. Die räumliche Dimension nachhaltiger Entwicklungsprozesse spielte im politischen Nachhaltigkeitsdiskurs von Anfang an eine zentrale Rolle. So hat die Konferenz von Rio 1992 mit ihrer Deklaration und der Agenda 21 zwei Dokumente verabschiedet, mit denen sich die Völkergemeinschaft auf eine nachhaltige Entwicklung als Leitbild für die internationale Entwicklungspolitik verpflichtet hat. In der Deklaration festgehaltene entwicklungs- und umweltpolitische Grundprinzipien beziehen sich insbesondere auf die Armutsbekämpfung, die Bevölkerungspolitik, das Recht auf Entwicklung für die bisherigen Entwicklungsländer und die Anerkennung der Industriestaaten als Hauptverursacher der Umweltprobleme. Die Agenda 21 wurde als Aktionsprogramm zur Umsetzung dieses Leitbildes von 173 Staaten unterzeichnet (vgl. BMU o. J.; Kopf-müller et al. 2001). Sie verpflichten sich damit, gleichwertige Lebensverhältnisse global und national zu unterstützen, zu sichern und möglichst aufeinander abzustimmen. Innerhalb der Europäischen Union wurde das Leitbild nachhaltiger Entwicklung in den Amsterdamer Vertrag von 1997 aufgenommen. Gleichzeitig erfolgte eine deutliche Aufwertung des Umweltschutzes durch die Integrationsklausel, die besagt, dass Erfordernisse des Umweltschutzes in alle Bereiche europäischer Politik aufzunehmen sind (vgl. Umweltbundesamt 2002). Die deutsche Bundesregierung verabschiedete 2002 eine Nachhaltigkeitsstrategie, „um wirtschaftliche Entwicklung in intakter Umwelt zum einen und Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt in globaler Verantwortung zum anderen zu erlangen und zu sichern“ (Hauff 2003, 32). Sie anerkennt Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe und macht sie zu einem Grundprinzip ihrer Politik (vgl. Bundesregierung 2002). Zur Umsetzung und kontinuierlichen Weiterentwicklung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie identifizierte sie verschiedene Indikatoren und verknüpfte sie mit quantitativen Zielen ihrer Realisierung. Als solche werden beispielsweise genannt: Freiräume erhalten, Schulden abbauen, gute Investitionsbedingungen schaffen, Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern, Mobilität umweltverträglich gestalten, gesunde Nahrungsmittel um-

weltverträglich produzieren, gesunde Umwelt erhalten, gesund leben, Beschäftigungsniveau stärken. Ihre Umsetzung erweist sich als äußerst kompliziert, weil sich in der Praxis wiederholt Prioritäten gesetzt werden, mit denen Entwicklungsziele in anderen Bereichen untergraben werden. Das wird beispielsweise an der Raumordnungspolitik deutlich (vgl. BBR 2001). Aus diesem Grund hat die Beteiligung unterschiedlicher Interessengruppen und politischer Ebenen für die Umsetzung nachhaltiger Raumentwicklungskonzepte besondere Bedeutung.

Zu den ersten Akteuren des Nachhaltigkeitsprozesses gehörten neben den Nationalstaaten auch viele Städte und Gemeinden. So wurde bereits 1994 die Aalborg-Charta zur Zukunftsfähigkeit der europäischen Städte und Gemeinden beschlossen (vgl. ICLEI o. J.). Die beteiligten Städte und Gemeinden sehen sich als kleinsten räumlichen Rahmen, um Nachhaltigkeitsdefizite zu beheben. Es wurden verschiedene Politikfelder wie zukunftsfähige Flächennutzungen, Mobilität, Energienutzung oder Bürgerbeteiligung formuliert, auf denen die Beteiligten ihre eigenen Nachhaltigkeitsprogramme formulierten. Inzwischen hat sich der räumliche Akteursrahmen über verschiedene konkrete Initiativen auf die regionale Ebene erweitert (vgl. Greif 2000). Solche Programme wie Regionen aktiv, Tag der Regionen in Deutschland oder LEADER in den Mitgliedsländern der Europäischen Union haben dazu beigetragen, dass die regionale Ebene immer häufiger zur Arena von Nachhaltigkeitsprojekten wird (vgl. BMVEL 2002, Endt et al. 2004, Kämper 2000). In ihr finden sich inzwischen auch viele städtische Akteure. Es kann eingeschätzt werden, dass sich inzwischen auf allen relevanten Raumebenen jeweils konkrete Akteurskonstellationen herausgebildet haben und dass in diesem Zusammenhang die Regionalebene an Bedeutung gewinnt.

Ungeachtet der vielfältigen Aktivitäten auf allen Ebenen wird die räumliche Dimension nachhaltiger Entwicklungsprozesse bisher noch wenig übergreifend theoretisiert. Sie wird eher bezogen auf jeweils konkrete Raumebenen konzeptualisiert, beispielsweise als

- gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Nationen (vgl. UN o. J.),
- alternative Inwertsetzung von Ländern bzw. von Regionen (vgl. Altvater 1987)
- eigenständige Regionalentwicklung (vgl. Fürst 1998),
- zukunftsfähige Städte (vgl. Dangschat 1997) .

Was macht dann aber den Kern zukunftsfähiger Raumentwicklung aus? Ausgehend von den konkreten räumlichen Nachhaltigkeitskonzepten und den Erfahrungen bei ihrer praktischen Umsetzung können nachhaltige räumliche Entwicklungen als Überwindung bisheriger räumlicher Fehlentwicklungen verstanden werden, die mit den Prinzipien unbegrenzter Naturbeherrschung und Akkumulation verbunden sind. Auf diese Weise wird vermieden, nachhaltige Raumentwicklungen als feststehende Ziel-Mittel-Konstellation zu definieren. Sie wird vielmehr als Bündel von Prozessen verstanden, in denen der globalisierten Risikogesellschaft mit ihren vielfältigen Problemen vielfältige Experimente zugunsten des Leitbildes zukunftsfähiger Raumentwicklung entgegengestellt wird. Ohne den Anspruch der Vollständigkeit lassen sich folgende problematische Raumkonstellationen beschreiben, die eine Bearbeitung im Sinne der Zukunftsfähigkeit auf unterschiedlichen Raumebenen herausfordern:

1. Globalisierung von Risiken als räumliche Entgrenzung der Verwertung und daraus erwachsende Unsicherheit und Unfreiheit von Räumen,
2. Entdifferenzierung räumlicher Strukturen und Entwicklungen durch Ökonomisierung und daraus erwachsender Verlust von Entwicklungsalternativen,
3. Fragmentierung funktionsarmer Räume mit daraus erwachsender Abhängigkeit von externen Interventionen und Verlust von endogenen Entwicklungskräften,
4. Standortkriege um globale Kapitale mit der Konsequenz des ökologischen, sozialen bzw. ökonomischen Verfalls von Verliererräumen,
5. wachsende regionale Ungleichheiten verbunden mit Ausgrenzung von Verliererräumen und den in ihnen lebenden Menschen.

Sie können hier nur kurz umrissen werden.

Die Globalisierung von Risiken unterschiedlichster Art wird durch naturzerstörende Technologien ebenso getragen, wie durch die konsumorientierte Lebensweise der entwickelten Länder, die Finanz- und Investitionsstrategien von globalen Spielern und durch Kriege. Dadurch werden ökologische, soziale und ökonomische Belastungen weltweit sehr ungleich verteilt und zwar unabhängig von der Lo-

kalisierung ihrer Verursacher (vgl. Beck 1987). Durch das Weltklima, durch den Weltmarkt und andere globale Prozesse werden zum Teil weit entfernte Gebiete von Risiken betroffen, die von den dort Lebenden weder verursacht noch hinreichend beseitigt werden können. Ein Gefühl des Ausgeliefertseins und der Ohnmacht verbreitet sich, da es bisher kein System gemeinsamer Verantwortungsorganisation gibt, das den Dimensionen der Bedrohungen angemessen erscheint. Als Gegenstrategien wurden in den vergangenen Jahrzehnten der freiwillige Wandel der Lebensstile, naturverträgliche Technikinnovationen und die effizientere Nutzung natürlicher Ressourcen diskutiert (vgl. Brand 1997). Die Gefahr von ökologischen und sozialen Katastrophen in einigen Gebieten der Welt wurde jedoch bisher nicht gebannt. Es zeigt sich mehr und mehr, dass die Risiken räumlicher Entgrenzungen nicht durch ihre Umkehrung als bloße Begrenzung von Quantitäten zu bewältigen sind, sondern indem gerechte, lebens- und funktionsfähige Räume bestimmt und aktiv ausgestaltet werden. Ausgehend davon beinhaltet zukunftsfähige Raumentwicklung also eine Redimensionalisierung von Räumen, die die individuelle und kollektive Selbstbestimmung und ein Miteinander der Menschen mit der Natur überall und für zukünftige Generationen bestärkt. Dies gilt auch für nachhaltige Regionalentwicklungen. Welche Größe und Verflechtungsformen dabei zukunftsfähige Regionen annehmen sollen, ist nicht „natürlich“ vorbestimmt und verändert sich auch mit der Zeit. Was das in den verschiedenen Gegenden der Welt bedeuten soll und kann, wird häufig erst in langwierigen Auseinandersetzungen deutlich und hängt von den Beteiligten und deren sich wandelnden Interessen und Bedürfnissen ab. Daher bedingt jede Form nachhaltiger Regionalentwicklung die Einbeziehung aller interessierten und betroffenen Menschen und damit den Ausbau politischer Formen gemeinsamer Verantwortung und Auseinandersetzung. In ihnen können Aktivitäten zur Minderung von globalen Risiken und zum Aufbau einer gerechten Sicherheitspolitik entwickelt werden.

Die Ökonomisierung aller Lebensräume, das heißt deren Unterordnung unter das Prinzip der Akkumulation, gefährdet den historisch entstandenen Reichtum an Raumstrukturen und ihre zukunftsfähige Entwicklung. Indem sich die gegenwärtig dominierende ökonomische Welt mehr und mehr von ihrer Einbettung in ökologische und soziale Prozesse löst, folgt sie rein quantitativen Gesetzen (vgl. Läßle 1998). Diesen wird die Entwicklung jedes Raumtyps tendenziell unterworfen. Das bedeutet, dass insbesondere jene eigenständigen ökologischen und sozialen Konstellationen verschwinden, die nicht unmittelbar kapitalisierbar sind. Unsere Welt ist aber nicht zuletzt lebenswert durch die Vielfalt ihrer Lebens- und Sozialräume. Das findet seinen Ausdruck in der ökologischen, sozialstrukturellen und baulichen Prägung von Ländern, Regionen und Orten. Dabei geht es nicht nur um Biodiversität, es geht auch um die Vielgestaltigkeit von Landschaften wie um die Vielfalt von sozialen und kulturellen Lebensformen und Produktionsweisen. Ihre jeweiligen räumlichen Verbindungen nicht nur zu erhalten, sondern auch weiterzuentwickeln ist eine wichtige Nachhaltigkeitsaufgabe. Dafür erscheint es notwendig, ökonomische Akteure stärker an die Wohlfahrt und den ökologischen Reichtum der Regionen bzw. Länder, in denen sie agieren, rückzubinden (vgl. Grabher 1993). Dabei spielt ein angemessener Beitrag ökonomischer Akteure zur Beschäftigungssicherung und zum Umweltschutz in allen Regionen eine zunehmende Rolle. Sie kann durch Marktmechanismen nicht erreicht werden. Es bedarf deren politischer und sozialer Begrenzung, vor allem aber der Orientierung auf die jeweils erstrebten sozialen und ökologischen Funktionen ökonomischer Entwicklung vermittelt über die Vernetzung verschiedenartiger Akteurstypen.

Ein weiteres Nachhaltigkeitsdefizit räumlicher Entwicklung besteht darin, dass heute ganze Regionen durch Monostrukturen geprägt werden und parallel dazu die instrumentalisierte Art der Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Räumen verstärkt wird (vgl. Altvater 1987). Monostrukturelle Räume benötigen für ihre intern nicht zu befriedigenden Bedürfnisse externe Kompensationsräume. Dies gilt für den Ausgleich von Naturmangel, Bildungsmangel, Wohnraumangel oder Beschäftigungsdefiziten usw. ebenso wie für ein Übermaß an Umweltbelastungen. Entsteht für benachbarte Räume erhöhter Druck, Kompensationen für andere auf Kosten ihrer eigenen Funktionsvielfalt zu übernehmen, so werden sie ebenfalls gehindert, ihre funktionale Vielfalt zu entfalten. Die betroffenen Regionen verlieren oder begrenzen ihre eigenständige Entwicklungsfähigkeit. Sie bedürfen dann ihrerseits anderer Kompensationsräume für ökologische, soziale oder ökonomische Prozesse, die sie aufgrund ihrer begrenzten und extern gebundenen Ressourcen nicht realisieren können. So entstehen Symbiosen von einseitigen Raumtypen, die sich wechselseitig negativ limitieren. Der Grad der gegenseitigen Abhängigkeit kann

sich in Negativspiralen verschärfen. Darüber hinaus unterliegen einseitige Funktionsräume der Gefahr, auf veränderte Umweltbedingungen nicht mehr reagieren zu können. Sind ihre spezialisierten Leistungen extern nicht mehr gefragt, geraten sie in die Krise und können verfallen, weil sie kaum auf entwicklungssträchtige alternative endogene Ressourcen zurückgreifen können. So erschweren sie selbst ihre Integration in sich verändernde interregionale Beziehungen. Es entstehen hochgradige Abhängigkeiten von externer Hilfe. Werden diese aus den unterschiedlichsten Gründen nicht oder nicht mehr gewährt, so wächst die sozial-räumliche Ausgrenzung solcher Regionen aus übergeordneten Zusammenhängen. Entgegen diesem Negativszenario ist es aus der Sicht der Nachhaltigkeit notwendig, die räumliche Fragmentierung zu begrenzen. Dies ist möglich durch alternative Inwertsetzungen von Räumen, indem beispielsweise Extraktionsräume und Verarbeitungsräume einander angenähert werden und regionale Kreisläufe und Märkte entstehen, die jedoch nicht in sich abgeschlossen werden. (vgl. Altwater et al. 1999). Darüber hinaus gewinnt die Dezentralisierung von Versorgungssystemen an Bedeutung. Nicht zuletzt erscheint es notwendig, ein lebendiges politisches Ausgleichssystem zwischen unterschiedlichen Räumen zu unterhalten, um gemeinsam und im gegenseitigen Interesse ein lebensfähiges System unterschiedlicher Typen funktionaler Mischräume zu gestalten.

Auch wenn der gegenwärtige Typ der globalen Verflechtung vielfache Probleme mit sich bringt, ist erfolgreiche Regionalentwicklung nicht ohne internationale Beziehungen möglich. Alle antimodernen Konzepte eines Ausstiegs oder der Abschottung gegen internationale Beziehungen sind aufgrund der Wirkungsmacht des Weltmarktes und globaler Risiken zum Scheitern verurteilt. Gleichzeitig schwinden in der Gegenwart die historisch entstandenen nationalen Schutzräume für regionale Sonderwege. Risiken werden vom Staat auf die regionale Ebene verlagert, ohne dass diese über neuartige Machtinstrumente verfügt (vgl. Elsner 2000). So sind Regionen mehr und mehr auf sich selbst zurückgeworfen. Eine Reaktion darauf sind zunehmende interregionale Verdrängungswettbewerbe oder Standortkriege um knappe Investitionen. Ein Beispiel dafür ist der Konkurrenzkampf zwischen Innenstädten und ihrem Umland um die Ansiedlung von Handel und Gewerbe durch besondere Subventionen. Räumliche Über- und Unterversorgung, Übernutzung, Verdrängung und ähnliche Verwerfungen sind die Folge. Dies geschieht jedoch auch für die Gewinnerregionen ohne Garantie, dass die ökonomischen Nutznießer dieses Standortkrieges nach dem Verzehr der Gewinne nicht wieder weiterziehen. In Folge solcher reinen Verdrängungswettbewerbe entstehen Gewinner- und Verliererregionen. Aus ihrer Sicht erscheint ein Ausgleich der dabei entstehenden regional ungleich verteilten Kosten als externe Aufgabe der übergeordneten Politik bzw. des individuellen Lebens. In dem Maße, wie nationale Ausgleichs- und Schutzmechanismen an Kraft und Legitimation verlieren, werden regionale Disparitäten verstärkt. Ökonomische, ökologische und soziale Risiken werden zunehmend regionalisiert und individualisiert. Da der Erfolg im regionalen und individuellen Verdrängungswettbewerb ständig neu erkämpft werden muss, können allerdings die heutigen Gewinner die Verlierer von morgen sein, während die Verlierer von heute möglicherweise die Basis ihrer Entwicklung verloren haben und sich so aus eigener Kraft auch in Zukunft nicht wieder reorganisieren können. Ihnen droht der Verfall. Die Folge ist eine allgemeine Verunsicherung aller Regionen bei gleichzeitig zunehmender Polarisierung zwischen ihnen. Die Lösung des einen Problems ist ohne das andere nicht mehr möglich. Zukunftsfähige Wege aus diesem Dilemma liegen aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeiten und der Entwicklungsinteressen nicht in der Abkehr von jeglichem Regionenwettbewerb. Bedeutsam ist vielmehr, diesem durch Kommunikation und Zusammenarbeit benachbarter Regionen im gegenseitigen Interesse einen anderen Charakter zu geben (vgl. Segert et al. 2004a). Der Aufbau von Städtepartnerschaften, von regionalen Clustern und überregionalen Netzwerken weist in diese Richtung.

Wachsende räumliche Disparitäten, die Zentralisierung von Entwicklungschancen in ökonomisch besonders potenten Räumen sowie die sozial-räumliche Ausgrenzung der in ihnen lebenden Menschen bilden negative Konsequenzen aller zuvor beschriebenen räumlichen Deprivationen. Anders als von der klassischen Wirtschaftstheorie angenommen, erzeugt ökonomisches Wachstum nicht automatisch räumlichen Ausgleich von Entwicklungs- und Lebenschancen. Während beispielsweise in den vergangenen Jahrzehnten im nationalen Vergleich eine Annäherung regionaler Wirtschaftsleistungen und Kaufkraft zu verzeichnen ist, trifft dies auf der regionalen Ebene nicht uneingeschränkt zu (vgl. Davis et al. 2003). Während es einigen Regionen gelingt zu den Erfolgsregionen aufzuschließen, gelingt das anderen nicht. Im Gegenteil die regionalen Disparitäten wachsen. Dabei entstehen verschiedene Arten

von Verliererregionen. Wenn dann der Entwicklungsmaßstab erfolgreicher Regionalentwicklung vorrangig ökonomisch definiert wird und wenn es möglich ist, über Standortkriege und räumliche Externalisierung von unprofitablen Raumfunktionen die Entwicklung von bestimmten Räumen auf Kosten anderer voranzutreiben, warum sollen sich Regionen an den Kosten einer gemeinsamen nachhaltigen Welt beteiligen? Räumliche Ausgrenzungen sind die Folge. Sie betreffen ganze Kontinente wie Afrika, Länder mit Extraktionsökonomien, aber tendenziell auch unzugängliche ländliche Regionen und ausgegrenzte Stadtquartiere, die sich in unmittelbarer Nähe zu Nobelquartieren befinden können. Es ist also nicht das Kriterium der Ferne oder Nähe, das erfolgreiche und integrierte Raumentwicklung bestimmt. Ebenso wenig wird es durch die Größe eines Raumes bestimmt. Es ist auch keine spezielle Raumebene, zum Beispiel die neuerdings stärker thematisierten Regionen, die die Lösung von räumlichen Nachhaltigkeitsdefiziten garantiert. Regionen können mit ihren Strategien wie andere Räume auch wachsende Disparitäten verstärken, indem sie natürliche oder historisch entstandene Besonderheiten einsetzen, um andere Regionen im Verdrängungswettbewerb auszuschalten. Oder sie können ihnen entgegenwirken, indem sie diese im Austausch mit anderen Räumen und deren besonderen Kräften potenzieren. Nachhaltige Raumentwicklungen bedürfen daher eines Mehrebenenansatzes, der Aktivitäten von Orten über Regionen bis zur globalen Welt vermittelt. Inwieweit dieser eines neuen Politiktyps bedarf, worin er bestehen soll und wie er institutionalisiert werden kann, ist derzeit in der Diskussion (vgl. Brand 2002). Aus der Erfahrung des Agenda-21-Prozesses impliziert er Reflexionsstrategien, Partizipationsstrategien, Ausgleichs- und Konfliktregulierungsstrategien sowie Innovationsstrategien (vgl. Minsch et al. 1998). Durch die Suche nach entsprechenden neuen politischen Formen kann der weiteren räumlichen Polarisierung, Verunsicherung und der Ausgrenzung von Verliererräumen entgegengewirkt werden.

Es zeigt sich, dass regionale Bedingungen als konkreter Bezugsrahmen für ein zukunftsfähiges Leben ein neues Gewicht gewinnen. In und zwischen ihnen werden die verschiedenen Nachhaltigkeitsdefizite in konkreter Weise wirksam. Ein umfassender Regionalvergleich müsste sie alle thematisieren. Nachfolgend werden jedoch zunächst die unter 5. genannten wachsenden regionalen Ungleichheiten besonders untersucht. Dabei werden Disparitäten im Zugang zu allgemeinen Entwicklungsressourcen sowie Unterschiede regionalspezifischer Potentiale unterschieden und ihre Ausprägungen in verschiedenen Regionstypen untersucht. Bei ersteren ist aus der Nachhaltigkeitsperspektive eine Angleichung an durchschnittlich gegebene Standards anzustreben, bei letzteren werden Besonderheiten abgebildet, die durch Nivellierung eher den Verlust von Entwicklungspotentialen bedeuten würden. Die aus ihnen erwachsende funktionale Sonderposition von Regionen kann im eigenen Interesse wie auch zum Nutzen anderer entwickelt werden.

1.2 Regionale Dimension sozialer Ungleichheiten

These 2:

Soziale Ungleichheiten¹ widerspiegeln sich nicht nur in Disparitäten sozialer Gruppen, sondern auch in räumlichen Ungleichheiten beispielsweise zwischen urbanen und ländlichen Räumen² in Deutschland bzw. der Europäischen Union oder auch zwischen erfolgreichen und weniger erfolgreichen Regionen. Überschreiten räumliche Disparitäten ein legitimes und politisch regulierbares Maß, so werden sie selbst zu Hemmnissen für die Regionalentwicklung und beeinträchtigen längerfristig auch die nachhaltige nationale und europäische Entwicklung.

Die Erweiterung der Europäischen Union und ihr bisheriger Integrationsprozess haben die regionale Dimension sozialer Ungleichheiten auf die Agenden der europäischen und nationalstaatlichen Politiken gesetzt und fordern auch die soziologische Forschung heraus, sich diesen Prozessen stärker zuzuwenden. Bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft in den 1950er Jahren spielten räumliche Disparitäten zunächst eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund standen Gemeinschaftspolitiken für die Entwicklung bestimmter Wirtschaftssektoren. Die Politiken auf nationaler Ebene waren ebenfalls durch sektorale Wirtschaftspolitiken sowie durch Themen sozialer Angleichung unterschiedlicher sozialer Gruppen geprägt. Ihre Lösung wurde vorrangig im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft bzw. des nationalen Wohlfahrtsstaatsmodells bearbeitet. Durch mehrere Beitrittswellen in allen folgenden Jahrzehnten erweiterten sich das Territorium der Union erheblich und mit ihm die räumlichen Disparitäten zwischen den Ländern und zwischen verschiedenen Regionstypen. Dies gilt bereits mit dem Beitritt südeuropäischer Staaten wie Griechenland, Spanien und Portugal, in besonderem Maße aber durch den Beitritt der osteuropäischen Länder 2004 (Abb. 1). Nicht nur die einzelnen EU-Mitgliedsländer, sondern auch ihre verschiedenen Regionen sind mit spezifischen ökonomischen, politischen, sozialen, kulturellen und natürlichen Ressourcen ausgestattet und Feld konkreter Akteure. Räumliche Unterschiede bezüglich verfügbarer Ressourcen wie auch in der Sozialstruktur und der Lebensführung zeigen sich beispielsweise, zwischen nord- und südeuropäischen Staaten und Regionen oder innerhalb der Staaten etwa zwischen ost- und westdeutschen Regionen oder zwischen ländlichen und urbanen Regionen in der gesamten Europäischen Union. Solche regionalen Disparitäten werden einerseits durch die innereuropäische Zusammenarbeit abgebaut, andererseits durch den gleichzeitigen Wettbewerb zwischen allen Ländern und Regionen verstärkt. Diese gegenläufigen Tendenzen können nicht aufgehoben, sondern nur in bestimmtem Maße reguliert werden. Hinzu kommt, dass die EU-Mitgliedsländer im Zuge der sich verstärkenden Integration verschiedene Instrumente zur Beeinflussung räumlicher Disparitäten an die Europäische Union abgetreten haben. So entfielen mit dem gemeinsamen Binnenmarkt die Möglichkeiten, Märkte über Zölle zu regulieren oder durch die gemeinsame Währung die Möglichkeiten, über nationale Wechselkurse Unterschiede in den Wirtschaftsleistungen auszugleichen. Daraus ist für die Europäische Union die Notwendigkeit erwachsen, Auswirkungen ihrer Gemeinschaftspolitiken auf das Maß nationaler und regionaler Ungleichheiten vorausschauend zu beachten und ihnen durch eine geeignete Raumentwicklungspolitik sowie die nationalen Raumordnungspolitiken entgegenzuwirken. Die Notwendigkeit, räumliche Ungleichheiten auf verschiedenen innereuropäischen Politikebenen zu bearbeiten, erwächst somit sowohl aus ihrer territorialen Expansionslogik als auch aus ihrer internen Integrationslogik. Beide werden jedoch durch den wachsenden Globalisierungsdruck auf eine harte Probe gestellt, durch den die Europäische Union als Wirtschaftsraum dazu gedrängt wird, ihre Wettbewerbsfähigkeit in Zukunft eher auf Kosten, denn durch internen Ausgleich regionaler Ungleichheiten zu erhöhen.

¹ Soziale Ungleichheiten verweisen auf regelmäßige Unterschiede bei der Partizipation an „wertvollen Gütern“ einer Gesellschaft aufgrund der Stellung im sozialen Beziehungsgefüge (vgl. Hradil 1999).

² Ländliche Räume werden durch ihre geringe Bevölkerungsdichte definiert. Beträgt sie weniger als 150 Einwohner je km², so werden sie den ländlichen Typen zugerechnet. Urbane Räume sind verdichtete Räume. Bei ihnen kann zwischen Kernstädten mit mindestens 100 000 Einwohnern, hoch verdichteten und verdichteten Räumen unterschieden werden (vgl. BBR 2004a).

Infolge dieser Entwicklungen wurde auch das Thema „regionaler Ungleichheiten“ verstärkt zum Gegenstand des europäischen Diskurses. So heißt es im dritten Zwischenbericht zur Kohäsionspolitik der Europäischen Union: „Damit die Union ihr wirtschaftliches Potential voll ausschöpfen kann, müssen alle Regionen in die Wachstumsbemühungen einbezogen werden und alle Unionsbürger die Möglichkeit haben, einen Beitrag dazu zu leisten“ (EU 2004, VII).



Abbildung 1: Mitgliedsländer der Europäischen Union (Quelle: Europäische Union, Kartengrundlage EasyMap)

Über die Entwicklung einer europäischen Raumentwicklungspolitik wurde bereits seit Ende der 1980er Jahre diskutiert. Dies findet seinen Ausdruck in den Dokumenten „Europa 2000“ von 1991, „Europa 2000+“ von 1995 und zuletzt im „Europäischen Raumentwicklungskonzept EUREK“ von 1999 (vgl. EU 1991, 1995, 1999b). Ihre Aktualisierung ist in der Diskussion. Als Ziel der sich herausbildenden europäischen Raumpolitik wurde „eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung der Territorien der Europäischen Union“ benannt (EU 1999a, 3). Das heißt, dass sie den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa mit den Zielen verbindet, die natürlichen Lebensgrundlagen und eine ausgeglichene Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Raumes zu entfalten (vgl. Wolf 2003). Nach dem Nachhaltigkeitsprinzip sollen auf diese Weise sozialer Ausgleich, ökologische Sicherung und ökonomische Entwicklung miteinander verbunden werden.

In diesem Prozess wird auch ländlichen Regionen Aufmerksamkeit zugewendet. Sie nehmen nach wie vor eine große räumliche Dimension in Europa ein. Wie Abb. 2 zeigt, konzentrieren sich urbane Gebiete und eine damit verbundene demographische Dichte und wirtschaftliche Aktivitäten auf zentrale europäische Territorien, das so genannte „Pentagon“, das sich von North Yorkshire in England über Franche-Comte' in Frankreich und Hamburg in Norddeutschland bis nach Mailand in Norditalien erstreckt. Diese Region vereinigt „18 % der Fläche, 41 % der Einwohner, 48 % des BIP und 75 % der FuE-Ausgaben der EU15 auf sich“ (EU 2004, 27). Dieser Konzentrationsprozess schreitet voran und befördert bzw. stabilisiert territoriale Disparitäten zwischen Metropolen und ihrem weitläufigen Umland auf der europäischen, nationalen und regionalen Ebene. „Zahlreiche Städte breiten sich infolge des Anstiegs ihrer wirtschaftlichen Aktivität und ihrer Bevölkerung immer weiter aus und dringen in die umliegenden ländlichen Gebiete ein – der Prozess der so genannten 'Rurbansation', der diffusen Verstädterung des ländlichen Raums - während in ländlichen Gebieten, in denen nicht einmal Kleinstädte existieren, die Bevölkerungszahlen zurückgehen und der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen immer schwieriger wird“ (ebenda). Die Zukunft ländlicher Regionen ist unter diesen Bedingungen zunehmend von der Entwicklung einer vielgestaltigen ländlichen Wirtschaft und der Gewähr dazu erforderlicher wirtschaftlicher und sozialer Grundlagen abhängig. Sie müssen wirtschaftliche Aufgaben erfüllen, die auch im Zuge der Tertiärisierung und Modernisierung gesellschaftlich bedeutsam sind. Sie tragen eine hohe Verantwortung für die Erzeugung gesunder Lebensmittel. Sie sind als natürlicher Erholungsraum und Wohnraum für Stadtbewohner bedeutsam. Darüber hinaus leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen und zum Schutz von Natur- und Kulturlandschaften (vgl. Ahrens 2002). Dabei müssen sich ländliche Gebiete entsprechend ihrer räumlichen und wirtschaftlichen Lage unterschiedlichen Herausforderungen stellen.

Die Europäische Union unterscheidet in diesem Zusammenhang drei Arten von ländlichen Gebieten (EU 2004, 29/30):

1. Ländliche Gebiete, die in die Gesamtwirtschaft integriert sind und sowohl wirtschaftliches Wachstum als auch einen Anstieg ihrer Bevölkerung verzeichnen. Sie liegen oftmals in der Nähe größerer Städte, die Beschäftigung konzentriert sich auf den Verarbeitungssektor und das Dienstleistungsgewerbe, der größte Teil der Fläche wird jedoch landwirtschaftlich genutzt. Ländliche Gebiete in Deutschland sind vor allem diesem 1. und dem folgenden 2. Typ zuzuordnen.
2. Mittlere ländliche Gebiete, die ziemlich weit von den nächsten Städten entfernt liegen, jedoch über gute Verkehrsverbindungen und eine relativ gut ausgebaute Infrastruktur verfügen. Meistens haben diese Gebiete stabile Bevölkerungszahlen und befinden sich in einem wirtschaftlichen Diversifizierungsprozess. In einigen Mitgliedsstaaten sind in solchen Gebieten große landwirtschaftliche Betriebe angesiedelt.
3. Abgelegene ländliche Gebiete, die dünn besiedelt sind und in vielen Fällen in den Randregionen der Union liegen. Ihre Abgeschiedenheit beruht häufig auf topographischen Faktoren, wie z.B. Bergketten. Sie sind gekennzeichnet durch Überalterung ihrer Bewohner, schlecht ausgebaute Infrastruktur, unzureichendes Dienstleistungsniveau, niedriges Pro-Kopf-Einkommen, gering qualifizierte Arbeitskräfte und schwache Integration in die Gesamtwirtschaft. Ihre Bevölkerung hängt im Allgemeinen weitgehend von der Landwirtschaft ab und ist rückläufig. Solche Gebiete liegen vor allem im Südwesten

Portugals, im Norden und Nordosten Spaniens, in Zentralfrankreich, Schottland, Finnland und Schweden (Abb. 2).

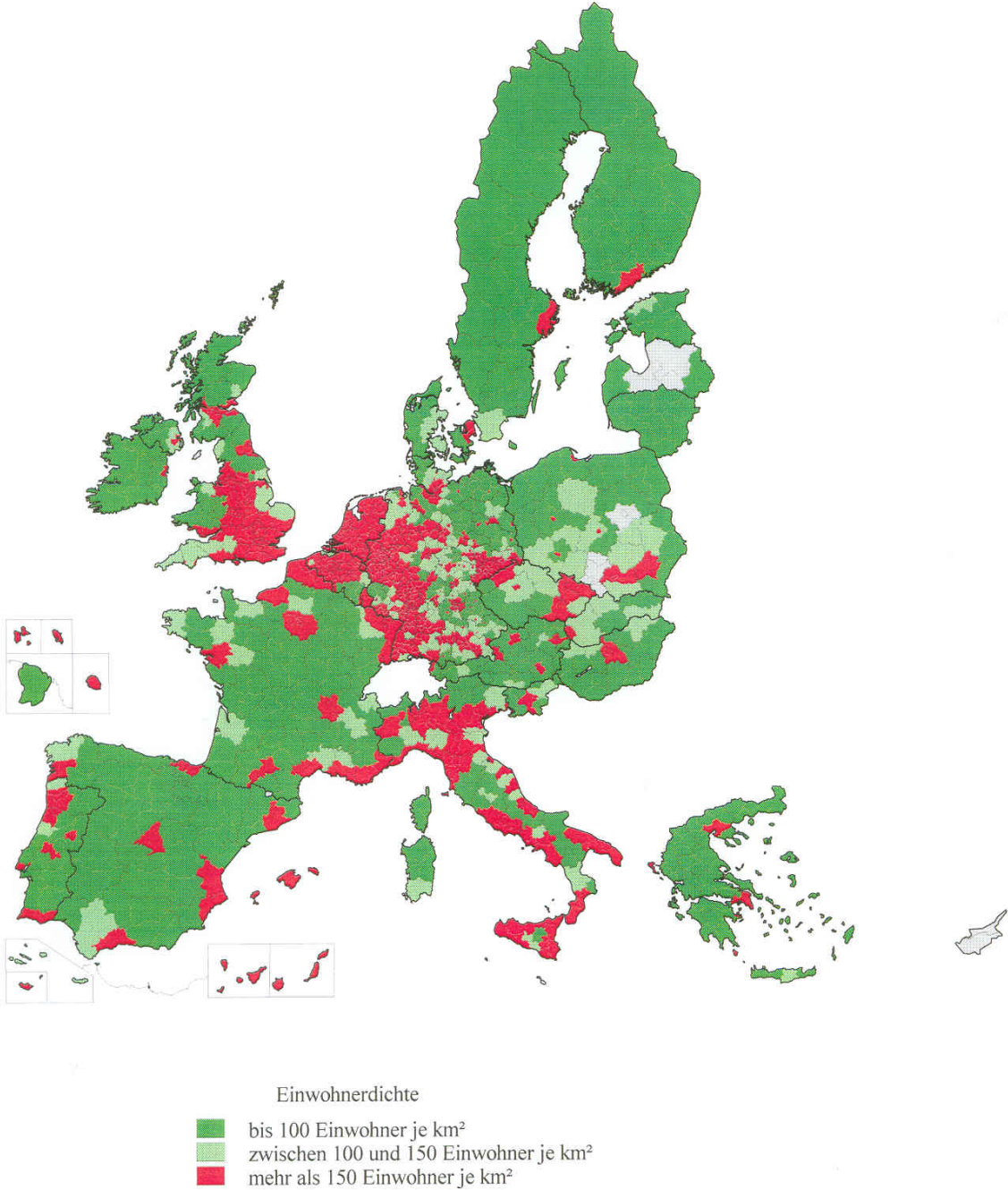


Abbildung 2: Ländliche Gebiete 2001 in den NUTS3-Regionen der Europäischen Union und der Beitrittskandidaten (Quelle: Eigene Darstellung nach Eurostat o. J., Kartengrundlage EasyMap)

Entsprechend ihrer konkreten Situation müssen sich ländliche Gebiete unterschiedlichen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Herausforderungen stellen. Besondere Aufmerksamkeit brauchen geographisch benachteiligte Regionen, wo sich Problemlagen zuspitzen. Sie sind schwer zu erreichen und von großen Absatzmärkten weit entfernt. Die Bereitstellung von Infrastruktur und Dienstleistungen jeder Art ist kostspielig und schwer zu begründen, denn die Bevölkerungszahl liegt hier häufig unter der „kritischen Grenze“, die Investitionen aus wirtschaftlicher Sicht rechtfertigt. Diese Situation wird durch Überalterung und rückläufige Bevölkerungszahlen häufig zugespitzt. Dennoch bewirken diese geographisch verursachten Nachteile nicht zwangsläufig eine ungünstige wirtschaftliche Entwicklung. Verschiedene Beispiele innerhalb der Europäischen Union belegen die Chance, vorhandene Bedingungen als Gestaltungspotentiale zu erschließen. Erfolgreiche ländliche Regionen beweisen, dass dieser Raumtyp über eigenständige Ressourcen für die nachhaltige Entwicklung verfügt, die schutz- und entwicklungswürdig sind. Das spricht für eine modifizierte Fortführung der bisherigen Schwerpunkte europäischer Raumpolitik.

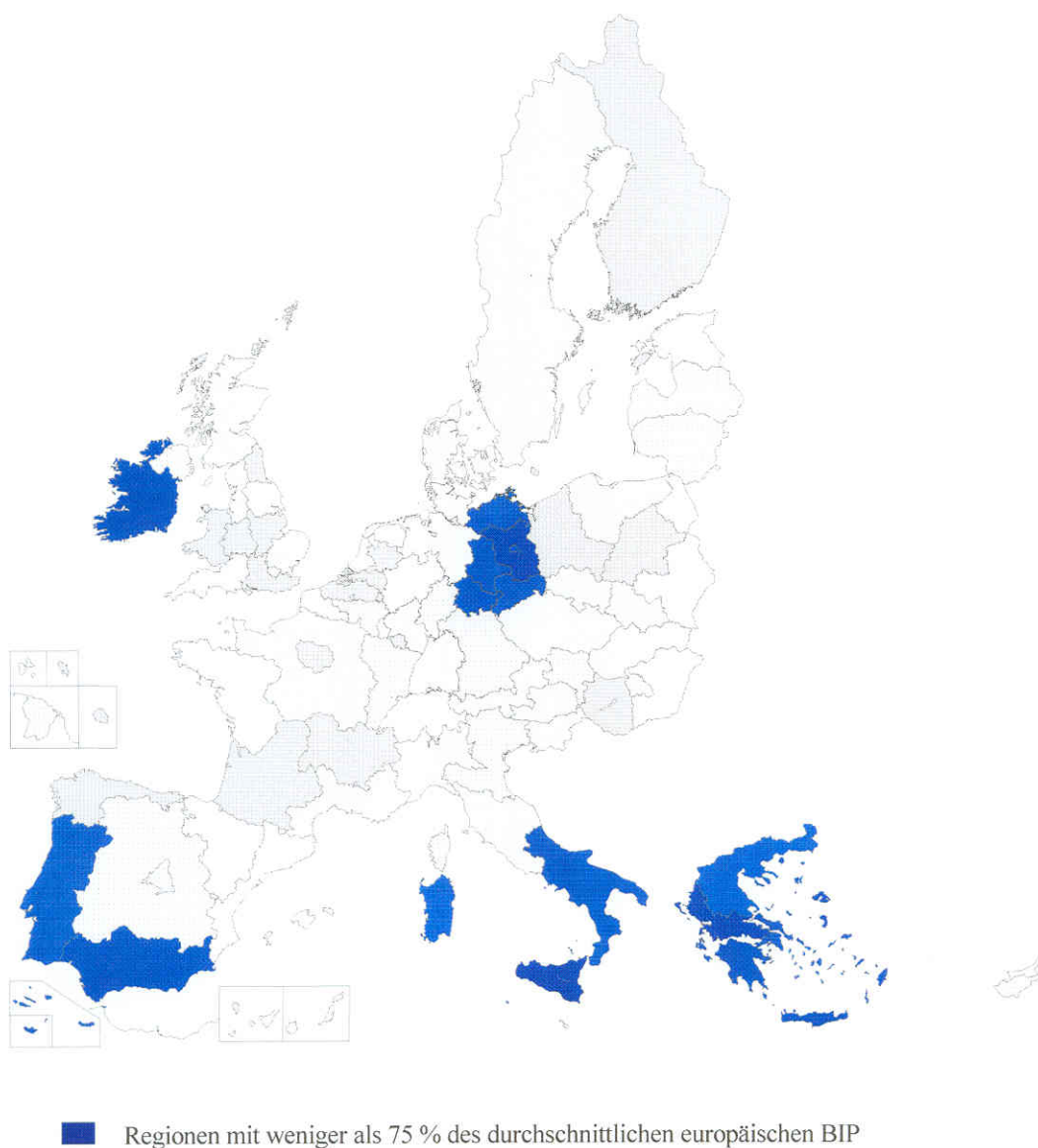


Abbildung 3: NUTS2-Regionen mit einem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner kleiner als 75 % des durchschnittlichen Wertes der Europäischen Union 2001 (Quelle: EU 2004, Kartengrundlage Easy-Map)

Als wichtiges Instrument bei einer sozialen Annäherung der europäischen Regionen erweist sich die Förderung von „Ziel-1-Gebieten“ (Abb. 3). Dabei handelt es sich um Regionen, die weniger als 75 % des durchschnittlichen Bruttoinlandsproduktes pro Einwohner der Europäischen Union erreichen. Dies betrifft seit 1999 Griechenland und den Mezzogiorno mit 68 %, Ostdeutschland mit 72 % sowie Portugal mit 73 % Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt. Irland konnte aufgrund der erfolgreichen Nutzung der europäischen Integrationspolitik 1999 bereits ein Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von 111 % des europäischen Durchschnittes erreichen (Beutel 2002, 6). Über verschiedene Förderprogramme wird bisher insbesondere die Anbindung peripherer und strukturschwacher Regionen an die europäischen Kernregionen vorangetrieben, indem unterentwickelte Infrastrukturen ausgebaut werden. In den laufenden Programmen werden im Zeitraum zwischen 2000 und 2006 dafür EU-Mittel in Höhe von 136.998 Mio. € aufgewendet. Sie werden durch erhebliche Kofinanzierungen auf der nationalen Ebene sowie durch private Investoren aufgestockt (Beutel 2002, 26f). Darüber hinaus wird beispielsweise in Deutschland die Raumentwicklungspolitik durch länderinterne Instrumente wie den Länderfinanzausgleich zwischen reicheren und ärmeren Bundesländern national begleitet. Wie man an der Definition der Ziel-1-Gebiete der europäischen Raumentwicklungspolitik sehen kann, wird der Regionsbegriff für Territorien mit sehr unterschiedlicher Größe verwendet. Zum Teil sind ganze Länder darunter gefasst, die den entsprechenden Unterscheidungskriterien insgesamt entsprechen, zum Teil betrifft es Regierungsbezirke oder Bundesländer (Abb. 3). In jedem Fall basiert aus der Perspektive der Europäischen Union ihre Raumpolitik auf der statistischen Analyse der NUTS-Regionen, die ihrerseits unterschiedlich erfasst werden.³ Darauf aufbauend gehen einige Fördermittel direkt in solche verwaltungstechnisch definierten Regionen, während andere Programme wie INTERREG oder Leader+ unterschiedliche Initiativen zur Regionalentwicklung fördern, die sich ihrerseits in förderfähigen Regionen der Europäischen Union befinden (Abb.4).

Die Unterschiede im Lebensniveau und der Wirtschaftskraft der europäischen Länder und ihrer Regionen waren historisch denkbar hoch und nach mehr als 50 Jahren Gemeinschaftspolitiken sind sie immer noch bedeutsam (vgl. EU 2004). Dennoch kann die Europäische Union infolge ihrer raumrelevanten Politiken in den vergangenen Jahrzehnten auf eine Angleichung der Wirtschaftsleistung und der Lebensverhältnisse verweisen. Sie vollzog sich in den 1950er und 1960er Jahren in hohem Tempo, verlangsamte sich danach und kehrte sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre sogar kurzzeitig um, um seit den 1980er Jahren wieder etwas an Tempo zu gewinnen (vgl. Tondl 1999). Insgesamt ist die europäische Kohäsionsbilanz also bei sich verlangsamendem Kohäsionstempo positiv einzuschätzen. Allerdings sind die Disparitäten zwischen den Mitgliedsländern stärker als die zwischen den Regionen gesunken.

Als wichtigste Ausgangsgröße für die Analyse der Annäherung auf der Länder- und der regionalen Ebene wird in der Europäischen Union das Bruttoinlandsprodukt herangezogen. Die größte Annäherung an das durchschnittliche Wachstum des Bruttoinlandsproduktes pro Einwohner vollzog sich im Saldo in den Kohäsionsländern⁴, auch wenn diese mit den Konjunkturphasen schwankt (Abb. 5). An erster Stelle steht dabei Irland, dessen Anteil am durchschnittlichen BIP/Einwohner der EU beispielsweise zwischen 1988 und 2000 von 64 % auf 119 % stieg. „Der anfängliche Rückstand der drei übrigen Kohäsionsländer hat sich um knapp ein Drittel verringert, von 68 % auf 79 %“ (EU 2002a, 9). In den europäischen Ziel-1-Gebieten stieg das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 1994-2001 um jährlich 3 % und im Durchschnitt der EU15 nur um 2 % (EU 2004, ix). Das Wachstum betrifft insbesondere die Ziel-1-Gebiete der Kohäsionsländer.

³ In der EU15 gibt es 78 NUTS-1-Gebiete in der Größe der deutschen Bundesländer. NUTS-2-Gebiete sind kleiner strukturiert und entsprechen z. B. den deutschen Regierungsbezirken oder den italienischen Regionalbezirken. Sie sind eine wichtige Basis, um regionale Prozesse zu kennzeichnen. In der EU15 gibt es 210 NUTS-2-Gebiete. NUTS-3-Regionen sind die kleinste Ebene europäischer Raumpolitik, in der EU15 beträgt ihre Zahl 1093. Sie entsprechen den deutschen Kreisen, den französischen Departments, den italienischen bzw. spanischen Provinzen. Mittel aus den europäischen Strukturfonds werden auf diesen unterschiedlichen Ebenen ausgereicht.

⁴ Zu den Kohäsionsländern zählen Portugal, Spanien, Irland und Griechenland.

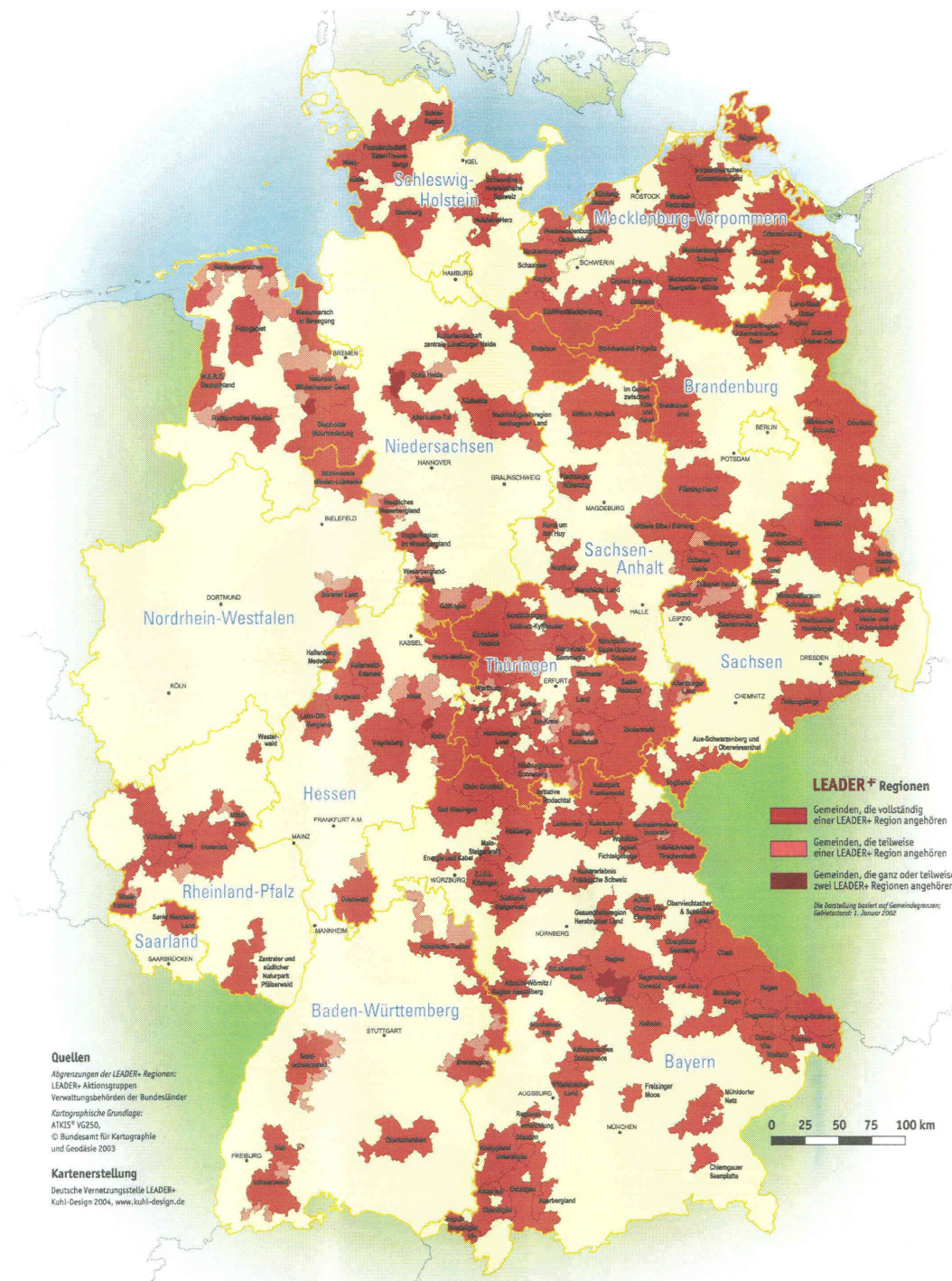


Abbildung 4: Leader+ Regionen in Deutschland (Quelle: Deutsche Vernetzungsstelle Leaderplus o.J.)

Diese Annäherung ist umso bedeutsamer, als im gleichen Zeitraum auch die Bevölkerung dieser Länder angewachsen ist. Trotz dieser positiven Veränderungen bestehen jedoch nach wie vor große Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union und zudem zwischen ihren Regionen.

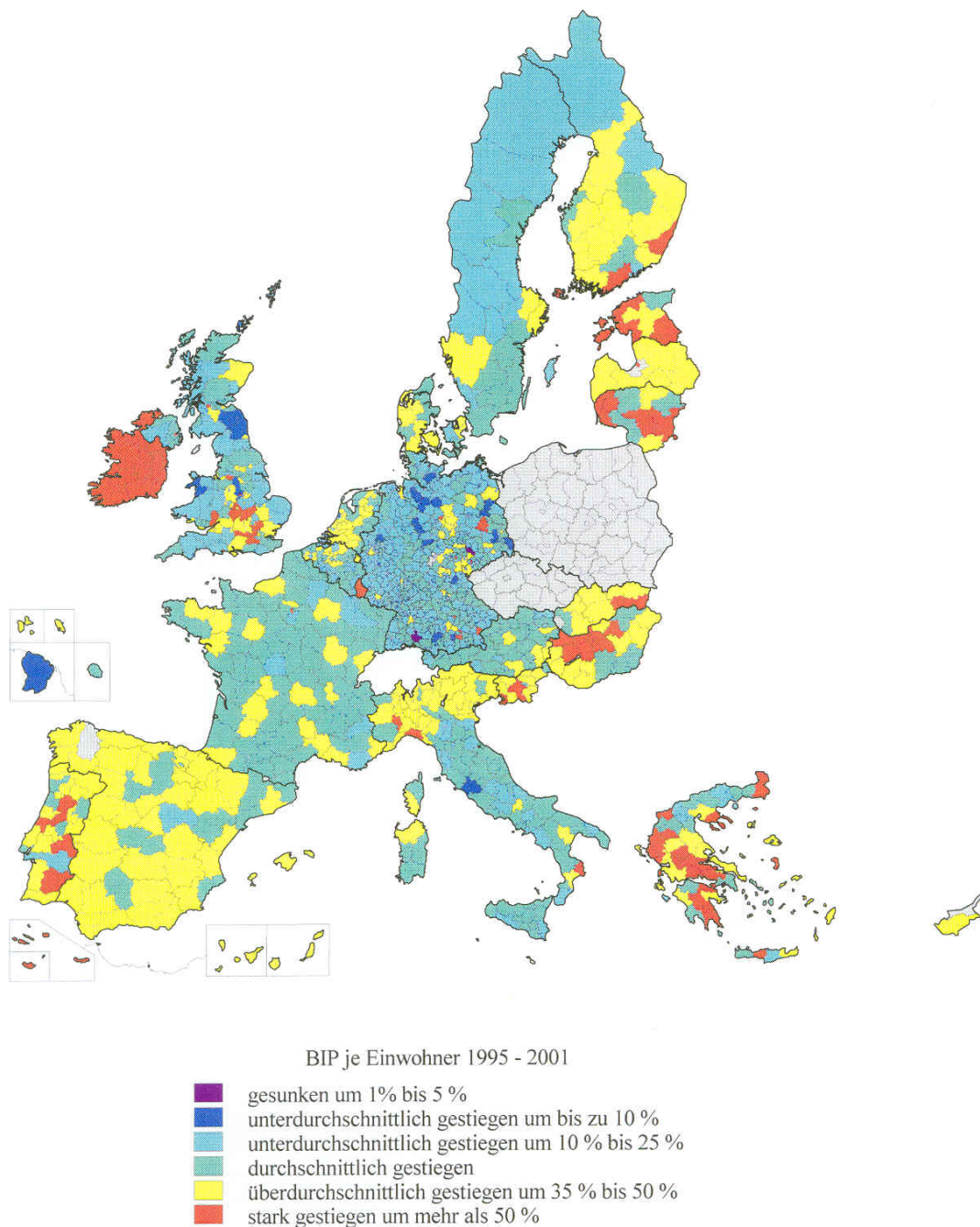


Abbildung 5: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Kaufkraftstandards je Einwohner der NUTS3-Regionen der Europäischen Union und der Beitrittskandidaten 1995-2001 (Quelle: Eigene Berechnungen nach Eurostat o. J., Kartengrundlage EasyMap)

So schätzt die EU für 2001 ein, dass in Griechenland und Portugal das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt noch immer nur rund 70 % oder weniger des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt (Eurostat 2003). In den Ziel-1-Gebieten außerhalb der Kohäsionsländer fällt das Wachstum geringer aus und liegt etwa

auf europäischem Durchschnittsniveau. Das betrifft auch die ostdeutschen Bundesländer, wo die gestiegene Wertschöpfung nicht zur Angleichung reicht, aber immer noch höher ausfällt, als in den anderen deutschen Regionen (EU 2004). Insofern werden die historischen Disparitäten zwischen den verschiedenen Regionen der Europäischen Union mit dem gegenwärtigen Kohäsionstempo abgebaut, sie sind aber weiterhin groß. In 29 NUTS2-Regionen beträgt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner weniger als zwei Drittel des Durchschnitts der EU15. Diese liegen vorrangig in Südeuropa sowie sechs in ostdeutschen NUTS2-Regionen, vier auf französischen Inseln und eine in Südengland. Mit dem Beitritt der osteuropäischen Länder erweitert sich dieses Spektrum um die Mehrzahl der dortigen Regionen, deren Bruttoinlandsprodukt sogar unter 50 % des Durchschnitts der EU15 liegt. Regionen mit Wachstumsproblemen finden sich jedoch nicht allein in Ziel-1-Gebieten mit einem Bruttoinlandsprodukt von weniger als 75 %. Sie betreffen auch ehemals erfolgreiche Regionen mit untergehenden traditionellen Industrien, mit Bevölkerungsschwund, Versorgungslücken und anderen Problemen. Dabei werden von Seiten der Europäischen Union 11 NUTS2-Gebiete als Problemregionen eingestuft, deren BIP-Niveau nur wenig über 75 % liegt und deren BIP-Wachstum weniger als die Hälfte des Durchschnitts der EU15 beträgt. Dadurch sind sie gefährdet, zukünftig unter die 75%-Schwelle zu fallen. Sie bedürfen daher der frühzeitigen Intervention um nicht die Gruppe der Ziel-1-Gebiete unfreiwillig zu vergrößern. Bezieht man die NUTS-3-Ebene in den Regionenvergleich ein, so zeigt sich, dass in den Kohäsionsländern und in Süditalien vorrangig ländliche Gebiete von der überdurchschnittlichen Steigerung der Bruttoinlandsprodukts profitieren. Innerhalb Deutschlands vollzieht sich eine gegenläufige wirtschaftliche Entwicklung. Während es in Westdeutschland vorrangig städtische und urbane Gebiete sind, die durch eine überdurchschnittliche Wertschöpfungssteigerung auffallen, sind es in Ostdeutschland eher ländliche Kreise (Abb. 5). Die einzigen europäischen Kreise mit einem zwischen 1995 und 2001 sinkenden Bruttoinlandsprodukt betreffen je einen urbanen (Leipzig Land) und einen ländlichen Kreis (Sigmaringen).

Ähnlich dem Bruttoinlandsprodukt unterliegt der Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter innerhalb der Europäischen Union Schwankungen. Im Durchschnitt liegt er 2002 bei 64 % der erwerbsfähigen Bevölkerung und ist allein seit 1996 um etwa 4 % gestiegen (EU 2004, 188). In allen Kohäsionsländern der Europäischen Union war die Wachstumsquote doppelt so hoch und stieg bis 2002 auf 60 %. Damit wurde der Abstand innerhalb von sechs Jahren halbiert. Irland erreichte aufgrund seines besonders starken Wachstumstempos sogar eine Beschäftigungsquote, die leicht über dem EU-Durchschnitt liegt. In Spanien ist ebenfalls ein überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum zu verzeichnen, das aufgrund des geringen Ausgangsniveaus jedoch mit den inzwischen erreichten 56,3 % noch unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Allein Griechenland verzeichnet unter den Kohäsionsländern ein unterdurchschnittliches Beschäftigungswachstum von 2 % und erreicht auch nur eine unterdurchschnittliche Beschäftigungsquote von 55,4 %. Nur in Italien wurde eine noch geringere Beschäftigungsquote verzeichnet (ebenda, 194). Auch zwischen den Regionen hat sich der Abstand bei der Beschäftigungsquote verringert, da das Beschäftigungswachstum in den Ziel-1-Gebieten insgesamt mit 1,5 % pro Jahr größer ausfiel als im Durchschnitt der Europäischen Union. An dieser Entwicklung sind die einzelnen Regionen sehr unterschiedlich beteiligt. Aufgeholt haben insbesondere die Ziel-1-Gebiete in Irland und Spanien, während das Beschäftigungswachstum in den griechischen und süditalienischen Fördergebieten jeweils unter dem europäischen Durchschnitt blieb, wodurch sich der Abstand weiter vergrößerte. In den ostdeutschen Regionen wurde die Beschäftigung sogar um 0,5 % pro Jahr abgebaut, allerdings von einem höheren Niveau aus (ebenda).

In engem Zusammenhang mit Erwerbslosigkeit steht das Armutsrisiko. Innerhalb der EU15 waren 2000 etwa 15 % der Bevölkerung von relativer Deprivation⁵ bedroht. In den südeuropäischen Ländern und in Irland war dieser Anteil relativ hoch (ebenda, X). Dennoch kann eingeschätzt werden, dass die regionalen Disparitäten verringert wurden. So sank der Abstand des Pro-Kopf-Einkommens in den Ziel-1-Gebieten im Verhältnis zum Durchschnitt der EU15 zwischen 1988 und 1998 um ein Sechstel (EU 2005). Die Eingliederung von Berufstätigen in den Arbeitsmarkt erweist sich daher nach wie vor als Hauptaufgabe, um das Armutsrisiko zu verringern und regionale Ungleichheiten im Einkommen abzubauen. Entsprechende Chancen stehen in engem Zusammenhang mit dem Bildungs- und Qualifi-

⁵ Deprivation wird definiert als Einkommen von weniger als 60 % des nationalen Medianwertes.

kationsniveau der Bevölkerung. Die Anzahl von Personen mit einem Bildungsabschluss über die Grundausbildung hinaus ist in den Ziel-1-Regionen vor allem Spaniens, Italiens und Portugals deutlich geringer als in den anderen EU15-Staaten. Einzige Ausnahme sind die ostdeutschen Bundesländer, wo diese Anzahl mit rund 80 % weit über dem EU-Durchschnitt von 64 % liegt (EU 2004, xii). Auch an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen nehmen in Griechenland und Portugal mit unter 20 % bei weitem weniger Personen teil als im EU-Durchschnitt. Mit der Förderpolitik der Europäischen Union und nationalen Strategien wurden in diesem Bereich ebenso wie bei der Senkung der Arbeitslosigkeit und des Armutrisikos Fortschritte erreicht, die fortzusetzen sind.

Der zwar langsame, aber mehrdimensionale Abbau von regionalen Disparitäten, schließt einen tendenziellen Abbau von sozialen Ungleichheiten zwischen urbanen und ländlichen Regionen ein, obwohl auch hier das Entwicklungsniveau von Land zu Land verschieden ist. Beispielsweise verzeichnen ländliche Gebiete zwischen 1995 und 1999 eine etwas überdurchschnittliche Beschäftigungsentwicklung. Gleichwohl geht es seit längerem bei der Angleichung von Lebensverhältnissen und Entwicklungspotentialen nicht mehr vorrangig darum, ländliche (vormoderne) Regionen an urbane (moderne) Regionen bzw. Städte anzugleichen. Es geht vielmehr darum, weniger entwickelte Regionen und Städte, die von verschiedensten sehr unterschiedlichen Umstrukturierungen betroffen sind, in diesem Prozess zu stärken und so die Europäische Union insgesamt wettbewerbsfähiger zu machen. Diese Entwicklung wird durch nationale Politiken eines regionalen Ausgleichs begleitet. Konkret bezogen auf ländliche Räume in Deutschland erfordert ihre gleichwertige Entwicklung, künftige Entwicklungskonzeptionen stärker an den regionalen Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken auszurichten. Die Förderung nachhaltiger Wirtschafts- und Lebensbereiche in ländlichen Regionen schließt daher in unterschiedlichem Maß die Land- und Forstwirtschaft ein und muss sich zugleich über den eigentlichen Agrarbereich hinausgehend auf Dienstleistungen, produktives Gewerbe, Tourismus und Naturschutz etc. beziehen (vgl. BMVEL 2003). Werden dabei konkrete Ressourcen beachtet, kann ein Abbau regionaler Disparitäten vorangetrieben werden.

Die erzielten und zukünftig anvisierten Erfolge bei der sozialen und wirtschaftlichen Angleichung Europas sind gegenwärtig durch verschiedene Prozesse gefährdet. So verschärft sich der globale ökonomische Wettbewerb und erfordert Konsequenzen für die raumpolitischen Zielsetzungen. Die EU-Osterweiterung überfordert die bisherigen Instrumentarien der Regionalentwicklung. Auch die neuen demographischen Herausforderungen wie der Bevölkerungsabbau und die Alterung verlangen die Überarbeitung der bisherigen raumpolitischen Entwicklungskonzepte. Gleiches gilt für die problematischen Folgen des Beschäftigungsabbaus in der Industrie sowie in der Agrarwirtschaft, für die Probleme des Zugangs zu modernen Wissenssystemen sowie der Umweltverschmutzung und der Ressourcenübernutzung. Unter diesen Bedingungen scheinen die bisherigen Formen der Regionalpolitiken auf deutscher und europäischer Ebene nicht mehr finanzierbar und politisch organisierbar. Sie werden daher in ihren bisherigen Zielen und Wegen (gleichwertige Lebensverhältnisse, Chancengleichheit, Förderung der Infrastrukturen peripherer Regionen) erneut diskutiert.

Erforderlich ist diese Modifizierung europäischer Raumpolitik auch, weil regionale Ungleichheiten wie andere Disparitäten aus der Perspektive gleichwertiger Lebensverhältnisse nur teilweise legitim sind. Mit der Erweiterung der Europäischen Union können sie zukünftig einen Grad erreichen, der von den Betroffenen in verschiedenen ländlichen oder urbanen Regionen nicht mehr akzeptiert wird. Dadurch kann die Politik der europäischen Integration erschwert werden. So ist es angesichts des Modernisierungsdrucks, der auf den Regionen lastet, möglich, dass urbane Regionen als die wichtigsten modernen Wirtschaftszentren die ganze Aufmerksamkeit auch der Raumpolitiken auf sich ziehen. Durch solche Schwerpunktsetzungen könnten zukünftig ländliche Regionen, zumal in peripherer Lage, aus dem Blickfeld geraten und nicht mehr gemäß dem Ausgleichsprinzip gefördert bzw. gemäß ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entwickelt werden. Der Ausgang dieses ungleichheitsrelevanten politischen Diskurses über die künftige Europapolitik und auch über die deutsche Raumpolitik ist noch offen. Die Soziologie nimmt darauf gegenwärtig wenig Einfluss.

Unter den beschriebenen veränderten Bedingungen erscheint es notwendig, räumliche Ungleichheiten in und zwischen den Nationen stärker analytisch in den Blick zu nehmen (vgl. Heidenreich 2003), um

ihre Bedeutung für die Sicherung des Sozialmodells der Europäischen Integration sowie für die Entwicklung der EU zum ersten internationalen Wirtschaftsstandort zu erkunden. In diesem Zusammenhang befasste sich der 32. Soziologentag 2004 in München unter dem Thema „Soziale Ungleichheit – Kulturelle Unterschiede“ in vielfältiger Weise mit räumlichen Ungleichheiten in Europa (vgl. DGS 2004). Kritisiert wird die bisher dominante nationalstaatliche Forschungsperspektive der deutschen Soziologie. Sie analysiert soziale Ungleichheiten innerhalb von Nationalstaaten, während solche zwischen den Nationen bzw. zwischen gleichartigen Regionen verschiedener Staaten als legitim vorausgesetzt werden (vgl. Beck 2004). Diese Position ist unter den Bedingungen der europäischen Integrationsbestrebungen weder hinreichend erklärungsfähig für neue Disparitäten noch wirkt sie politisch handlungsorientierend. Es entsteht die Frage, welche Art und welches Maß an regionalen Ungleichheiten für diese beiden Prozesse förderlich und welche zunehmend hemmend wirken. Bezogen auf ländliche Regionen heißt dies beispielsweise zu fragen, in Bezug auf welche Ressourcen sie in welchem Maße ausgegrenzt werden und worauf ihre spezifische Entwicklung aufbauen kann.

Solche Regionalanalysen können an die raumbezogenen Sozialanalysen Bourdieus und an Forschungsergebnissen der Stadtforschung anknüpfen. So betont Bourdieu, dass sich im physischen Raum soziale Ungleichheiten in der Verteilung unterschiedlicher Arten von Dienstleistungen und Gütern sowie von physischen Akteuren und Gruppen mit unterschiedlicher Ressourcenausstattung widerspiegeln (vgl. Bourdieu 1997). Sie erwachsen aus der wirtschaftlichen Struktur einer Region, dem sozialräumlichen Machtgefüge und kulturellen Abgrenzungspraktiken unterschiedlicher sozialer Milieus. Diese leben in charakteristischen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Räumen, deren Gestaltung ihre Lebensziele und -chancen beeinflussen. Dies gilt für alle möglichen Räume vom Stadtquartier bis zur Urlaubsregion. In der Stadtforschung werden sozialräumliche Ungleichheiten beispielhaft herausgearbeitet. Die Ausstattung von Stadtquartieren mit Wohnraum, Infrastrukturen und natürlichen Ressourcen beispielsweise bewirkt die Ansiedlung bestimmter sozialer Gruppen bzw. Milieus, deren Vertreter ihrerseits die soziale Entwicklung ihres Umfeldes stark beeinflussen. Auf diese Weise kommt es zur sozialen Segregation von verschiedenen Stadtvierteln (vgl. Häußermann et al. 1987; Dangschat 1996). Diese Prozesse lassen sich auf größere Regionen übertragen. Sie bestätigen, dass sich auch Regionen als wichtige räumliche Dimension sozialer Ungleichheiten erweisen. Hier existierende soziale, wirtschaftliche, ökologische und politische Bedingungen erweisen sich als konkrete Ressourcen für regionale Entwicklungen. So können Beschäftigungsangebote in einer Region oder aber ihre Kinderfreundlichkeit Migration bewirken, die eine positive Entwicklungsspirale auslösen. Gute infrastrukturelle Angebote locken Akteure an, die regionale Ökonomien und damit verbunden individuelle Lebenslagen positiv beeinflussen können. Insofern erweisen sich räumliche Disparitäten als wichtiges Moment sozialer Unterschiede.

„Regionen“ als spezifische Raumeinheit werden in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen oder der Raumordnung unterschiedlich begriffen. Entsprechend der jeweiligen Perspektive werden sie als räumliche Verflechtung einer bestimmten Art verstanden. Das können für politische Verwaltungen Bundesländer, Landkreise oder Gemeinden sein. Regionen können aber auch durch wirtschaftliche, naturräumliche oder kulturelle Verflechtungen voneinander unterschieden werden. Die Autorinnen folgen jenen Bestimmungen, die davon ausgehen, dass viele aktuelle Probleme nicht mehr auf den traditionellen politischen Ebenen, wie Nationen, Ländern, Gemeinden zu lösen sind. Das betrifft Lösungen für die Daseinsvorsorge (wie Wasser, Abwasser, Lebensmittelversorgung, Schulen, ärztliche Versorgung) unter den Bedingungen der Alterung und Schrumpfung ebenso wie solche für die Sicherung von Beschäftigung und die Entwicklung moderner Wirtschaftssektoren. Sie bedürfen mehr und mehr einer Zwischenebene der Koordination, eben der Regionen, die verschiedene Gemeinden und Landkreise oder lediglich kulturell verbundene Räume integrieren. Regionen sind aus dieser Perspektive keine nahtlos aneinanderpassenden verwaltungstechnischen Einheiten, sondern sich überlagernde oder weiße Flecken erzeugende Räume für die Gestaltung ökologischer, sozialer und ökonomischer Problemlagen. In diesem Sinn definiert Fürst Regionen als räumlich abgegrenzte, multifunktionale, übergemeindliche Handlungssysteme, die aber keine Gebietskörperschaften sind (vgl. Fürst 2002). Letzteres stellt aus Sicht der Autorinnen eine unnötige Einschränkung dar, weil auch politische Verwaltungseinheiten wie etwa Landkreise oder Verwaltungsbezirke Regionen bilden können. Sei es, weil sie aktiv regionalspezifische Entwicklungsprojekte entwerfen. Sei es, weil sie durch andere politi-

sche Handlungsebenen als relativ einheitlicher Lebensraum wahrgenommen und behandelt werden. Als Beispiel kann Ostdeutschland dienen, das aus der Perspektive der europäischen Raumpolitik eine Region zur Förderung von Ziel-1-Gebieten, gleichzeitig aber auch eine Vielzahl von Leader+-Regionen bildet (Abb. 3, Abb. 4). Eine ähnliche Perspektive ergibt sich aus der deutschen Raumordnungspolitik, die das Gebiet über den Solidarpakt und über die verschiedenen Regionalförderprogramme als Gesamttraum für intern ungleich verteilte Regionalprojekte behandelt.

Sollen solche nicht eindeutig abgrenzbaren regionalen Entwicklungen in unterschiedlichen Räumen eines Landes bzw. der Europäischen Union analysiert werden, so ergeben sich methodische Probleme. So ist die Analyse von raumspezifischen Problem- und Ressourcenlagen für die Regionenanalyse unverzichtbar. Erst auf ihrer Grundlage sind die empirisch nachweisbaren regionalen Entwicklungsinitiativen realistisch und differenziert einschätzbar. Diese unverzichtbaren Daten zur räumlichen Ungleichheit liegen aber nur jeweils für eindeutig abgrenzbare, weil verwaltungstechnisch definierte, Räume vor. Regionen begrenzen sich jedoch häufig nicht darauf. Bilden sie sich auf der Grundlage von Allianzen oder naturräumlichen oder kulturellen Identitäten, so sind sie nur mit einem nicht zu leistenden Arbeitsaufwand statistisch zu vergleichen. Strukturdaten werden nur für verwaltungstechnisch definierte Regionen regelmäßig vorgelegt. Um regional bestimmte verschiedenartige Lebenslagen wenigstens in Grundzügen herauszuarbeiten, wird daher notgedrungen auf diese Daten zurückgegriffen. Es wird davon ausgegangen, dass sie ein gewisses Raster an Handlungsbedingungen für die Entwicklung von Regionen als spezifischen räumlichen Koordinationsstrukturen abbilden.

1.3 Ländliche Regionaltypen

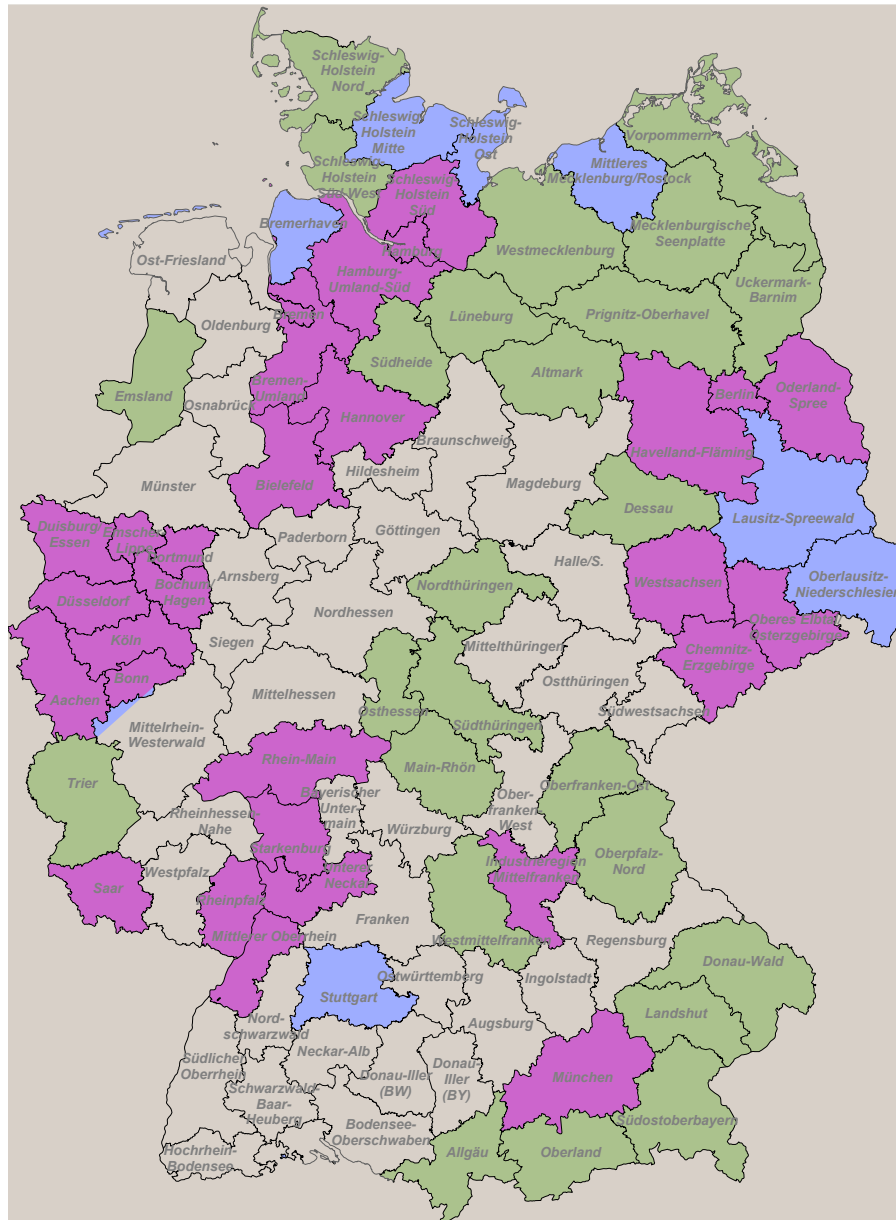
In allen Regionen überlagern sich jeweils spezifische Entwicklungsressourcen und Benachteiligungen. Das gilt für urbane wie für ländliche Gebiete. Dementsprechend verfügen ländliche Räume neben spezifischen Benachteiligungen über eigene Ressourcen für nachhaltige Entwicklung, die bisher zu wenig Beachtung finden. Aus ihnen können sich raumtypische Pfade nachhaltiger Entwicklung oder Barrieren ergeben, die es zu kennzeichnen gilt. Solche regionaltypischen Bedingungen lassen sich an verschiedenen ökonomischen, sozialen oder ökologischen Parametern messen. Aus der Perspektive von regionaler Ungleichheit und einer nachhaltigen Entwicklung ländlicher Gebiete sind folgende Faktoren für die Entwicklungschancen bzw. -begrenzungen einer ländlichen Region bedeutsam:

1. die demographische Struktur (positive Bevölkerungsentwicklung, ausgewogene Altersstruktur und hohe Lebenserwartung),
2. die Bildungsstruktur (hoher Anteil mittlerer Schul- und Berufsabschlüsse),
3. die Beschäftigungsstruktur (diversifiziert, hoher Frauenerwerbsanteil, geringe Arbeitslosigkeit),
4. die Wirtschaftskraft (hohes Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, hohe Investitionsrate im produktiven Gewerbe),
5. die Finanzen (verfügbares Haushaltseinkommen, geringe Schuldenlast öffentlicher Haushalte, geringer Anteil an Sozialhilfeempfängern),
6. die soziale Infrastruktur (ausreichende Zahl an Kindergartenplätzen, an medizinischen Einrichtungen, an Ausbildungsangeboten),
7. die ökologische Ausstattung (ausgedehnte Freiflächen, wachsender ökologischer Landbau),
8. die technische Infrastruktur (rasche Erreichbarkeit von Oberzentren).

Für diese Ungleichheitsparameter stehen sowohl auf der europäischen wie auf der nationalen Ebene statistische Daten zur Verfügung. Darüber hinaus stellen die Raumpolitik auf subnationaler Ebene (zum Beispiel Förderprogramme des ökologischen Landbaus, Dorferneuerungs- oder Infrastrukturprogramme) sowie die regionale und die überregionale Vernetzung verschiedener Akteure und vorhandener Humankapitale eigenständige Entwicklungsressourcen für ländliche Regionen dar. Sie erweisen sich als regionale Ungleichheit generierende Aspekte, die mit den statistisch nachweisbaren Parametern in Beziehung stehen. Da sie vorrangig im Ergebnis qualitativer Analysen abzubilden sind, werden sie in der vorliegenden Studie nur punktuell herangezogen (Abschn. 3).

Alle aufgeführten Faktoren lassen sich für die Raumanalyse der europäischen Länder anwenden. Sie ist in der vorliegenden Studie auf ländliche Räume in Deutschland konzentriert, wobei die Datenlage fallweise Vergleiche zu europäischen ländlichen Räumen gestattet. In Deutschland bearbeitet die Raumordnungspolitik regionale Ungleichheiten bisher vorrangig mittels folgender Klassifizierungen:

- großräumige Regionsgrundtypen,
- kleinräumigere siedlungsstrukturelleg Regionstypen,
- siedlungsstrukturelle Kreistypen (vgl. BBR 2001).



Siedlungsstruktureller Regionsgrundtyp Gebietsstand 2001

Klasse	Verteilung
Agglomerationsräume	■
Verstädterte Räume	■
Ländliche Räume	■

Abbildung 6: Regionsgrundtypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003)

Als Regionsgrundtypen werden großräumige, funktional abgegrenzte Räume bezeichnet, die in der Regel den jeweiligen Planungsregionen in den Bundesländern entsprechen (Abb. 6). Gemäß der zent-

ralörtlichen Bedeutung des Zentrums und der Bevölkerungsdichte werden dabei drei großräumige Grundtypen unterschieden:

- Agglomerationsräume,
- verstädterte Räume
- ländliche Räume (vgl. BBR 2004a).

Aufgrund der starken internen Heterogenität dieser großräumigen Grundtypen werden zur weiteren Differenzierung zum einen sieben siedlungsstrukturelle Regionstypen unterschieden, mit denen die Raumordnungsregionen entsprechend der Einwohnerdichte und ihrer zentralörtlichen Bedeutung differenziert werden. Zur genaueren Charakterisierung ländlicher Räume werden zum anderen neun siedlungsstrukturelle Kreistypen unterschieden. Bei dieser Neunerskala werden Kernstädte⁶ sowie verschieden stark verdichtete Kreise in Agglomerations-, in verstädterten und in ländlichen Regionen differenziert (vgl. BBR 2004a, Abb.7). Im Vergleich zur Skala der sieben siedlungsstrukturellen Raumtypen werden dabei auch in Agglomerationsräumen und in verstädterten Räumen ländliche Kreise (mit einer Dichte unter 150 Einwohnern pro km²) ausgewiesen (Abb. 7; Tab. 1). Zur Kennzeichnung regionaler sozialer Ungleichheiten zwischen urbanen und ländlichen Räumen werden in der vorliegenden Untersuchung ausschließlich diese neun siedlungsstrukturellen Kreistypen genutzt. Sie entsprechen auf der europäischen Ebene den NUTS-3-Regionen und bieten die größte Differenzierungstiefe der Regionsgrundtypen. Neben Stadt-Land-Unterschieden können damit auch wachsende Differenzierungen zwischen ländlichen Kreistypen abgebildet werden. Betrachtet man nur die sozialen Differenzierungen zwischen den 3 Regionsgrundtypen (Abb. 6), so fallen die verschiedenartigen sozialen Chancen der strukturell unterschiedenen ländlichen Kreistypen (8) bzw. (9) weniger ins Auge. Auch finden sich sowohl in Agglomerations- wie in verstädterten Räumen ländliche Kreistypen (4) und (7), deren Entwicklung anderen Regeln folgt als die anderer verstädterter Kreistypen. Räumliche Ungleichheiten werden daher auf dieser Differenzierungsebene, die sich an den Kreisstrukturen in den Regionsgrundtypen orientiert, am ehesten sichtbar.

Tabelle 1: Ländliche Kreistypen in den Regionsgrundtypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003)

Ländliche Kreistypen in Deutschland in ländlichen Räumen:	Schlüssel	Einwohnerdichte pro km²
Ländliche Kreise höherer Dichte in ländlichen Räumen	(8) ⁷	> 100
Ländliche Kreise geringerer Dichte in ländlichen Räumen	(9) ⁷	< 100
Ländliche Kreistypen in verdichteten Räumen:		
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(4) ⁷	< 150
Ländliche Kreise in verstädterten Räumen	(7) ⁷	< 150

Ländliche Kreise werden heute ihrem Status nach nur noch nach der Bevölkerungsdichte bestimmt. Ihre frühere Beschreibung als Orte landwirtschaftlicher Produktion greift zu kurz, da diese häufig nur noch einen Bruchteil ihres Bruttoinlandsproduktes ausmacht. „Ländliche Räume weisen erhebliche Unterschiede in ihrer Wirtschaftsstruktur und Entwicklungsfähigkeit, in der Ausstattung mit Infrastruktur und in der Eignung für Landwirtschaft und Tourismus auf. Ländlichen Räume in der Nähe zu Verdichtungsräumen stehen unter dem Einfluss zunehmender Verstädterung und einer Angleichung der wirtschaftlichen Struktur durch Ansiedlung von Bewohnern und Betrieben aus den Kernstädten und durch den schnellen Zugang zu städtischen Angeboten. Gebiete in Entfernung von den wirtschaftlichen Zentren leiden dagegen weiterhin unter geringen Investitionen, geringer Bevölkerungsdichte und einer Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte. Ihnen fehlt die Möglichkeit, städtische Angebote schnell zu erreichen. Als übereinstimmendes Merkmal dieser unterschiedlichen Ausformungen ländlicher Räume in Deutschland verbleibt nur noch die vergleichsweise geringe Bevölkerungsdichte“ (BBR 2001, 39). In Deutschland lassen sich vier ländliche Kreistypen unterscheiden (Tab.1).

⁶ In Kernstädten leben mehr als 100 000 Einwohner.

⁷ Im folgenden Text werden häufig nur die Schlüssel der einzelnen siedlungsstrukturellen Kreistypen benutzt. So steht „Kreistyp (8)“ für „Ländliche Kreise höherer Dichte in agglomerationsfernen Räumen“ usw. Steht in der Klammer (OD8), so bezieht sich die Analyse ausschließlich auf die ostdeutschen Kreise dieses Typs (8) usw.

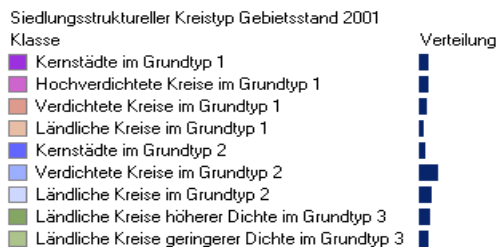
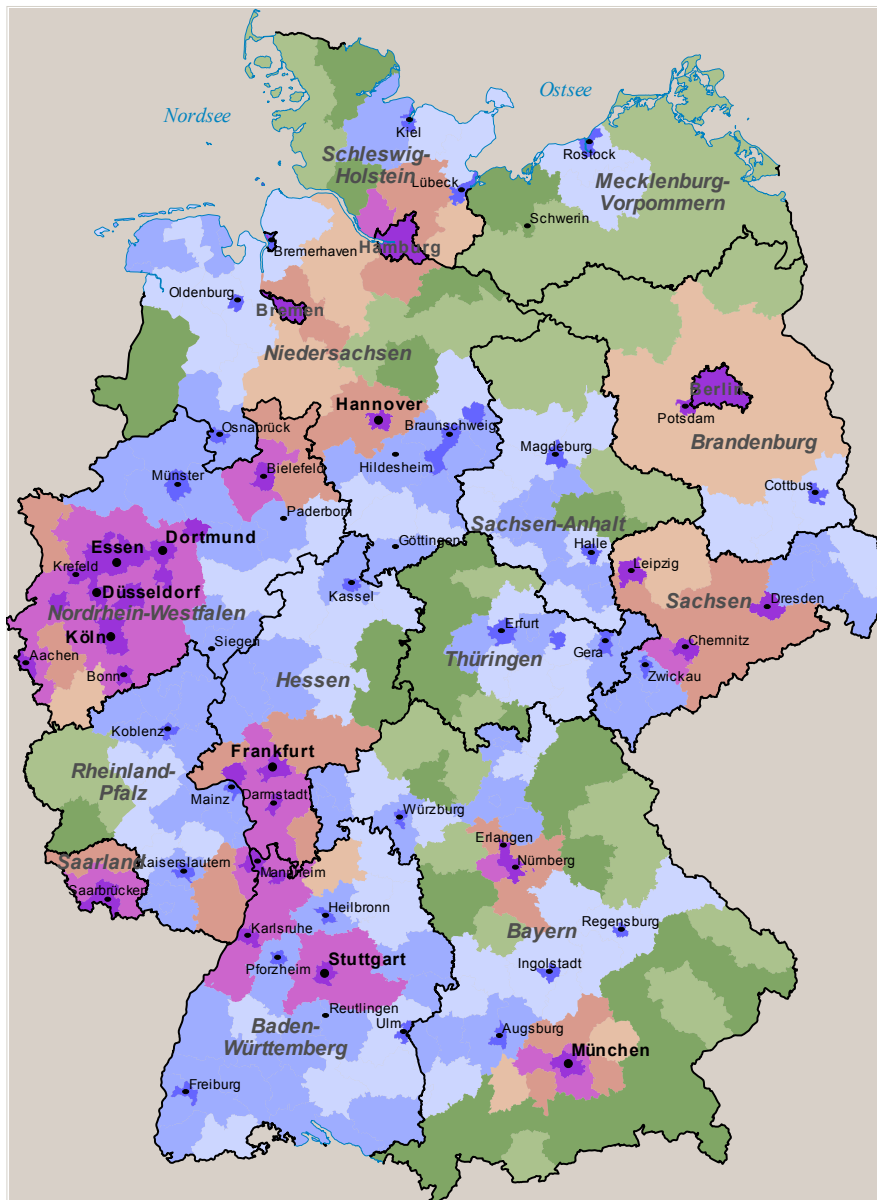


Abbildung 7: Siedlungsstrukturelle Kreistypen in den 3 Regionsgrundtypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003)

Bei der Analyse ländlicher Kreistypen ist zu beachten, dass in der deutschen Raumordnung kreisfreie Städte mit weniger als 100.000 Einwohnern, die in den jeweiligen Kreisen liegen, zu diesen ländlichen

Raumtypen hinzugezählt werden⁸. Dies ist gerechtfertigt, da die jeweiligen Regionen immer auf Beziehungen zu ihren Städten aufbauen. Auch in verdichteten Regionen gehören kreisfreie Städte, die weder Oberzentrum noch Metropolen darstellen, statistisch zum jeweiligen Kreistyp und beeinflussen dessen strukturelle Parameter. Bei ländlichen Kreisen in Agglomerationsräumen sind die entsprechenden Metropolen statistisch gesondert ausgewiesen, dadurch muss die Bewertung ihrer Ressourcen und Problemlagen um die gut zugänglichen Metropolenressourcen und -probleme erweitert werden.⁹ In jedem Raumtyp verbinden sich unterschiedlich dicht besiedelte Flächenkreise und Städte zu einem spezifischen Ganzen. Mit diesen Verflechtungen zwischen Städten und ländlichem Umland setzt sich der neue Ansatz der Metropolenregionen auseinander. Er basiert auf dem Leitbild der dezentralen Konzentration, das angesichts der demographischen Veränderungen in urbanen und ländlichen Regionen bearbeitet wird. Im Zusammenhang mit anhaltenden Schrumpfungstendenzen wird nach den Verflechtungen der Ballungsräume mit den umliegenden Gebieten gefragt. Besondere Aufmerksamkeit erfährt dabei eine angemessene Infrastrukturausstattung vor allem ländlicher peripherer Gebiete. Das Leitbild der dezentralen Konzentration bedarf für diese Gebiete bei starkem Bevölkerungsverlust „einer Konkretisierung hinsichtlich der Grade der Konzentration bzw. Dekonzentration“ von Angeboten der Daseinsvorsorge (Bucher et al. 2004, 3). Ein Zusammenschluss zu größeren regionalen Einheiten mit dem Ziel des Ausgleichs vorhandener Angebote steht zur Debatte. Dieser Ansatz beachtet die aus dezentraler Konzentration entstehenden Entwicklungsmöglichkeiten für alle beteiligten Teilräume. Allerdings sind insbesondere fernen ländlichen Regionen durch die beschränkte Erreichbarkeit von Metropolen Grenzen gesetzt, die sich nachteilig auf regionale Vernetzungen und Entwicklungsimpulse sowie auf die Lebensbedingungen ihrer Bewohner auswirken können.

Tabelle 2: Verteilung der ländlichen Kreise auf die bundesdeutschen Flächenländer (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Bundesland	Kreise gesamt ¹⁰	Ländliche Kreise gesamt	Ländl. Kreise %	Kreistyp 4	Kreistyp 7	Kreistyp 8	Kreistyp 9
Bayern	96	64	66	2	15	33	14
Brandenburg	18	16	88	10	3	0	3
Sachsen-Anhalt	24	16	66	0	8	4	4
Thüringen	23	15	65	0	5	8	2
MVP	18	17	94	0	2	3	12
Niedersachsen	47	24	51	5	12	4	3
Sachsen	29	5	17	3	2	0	0
Rheinland-Pfalz	36	10	28	0	5	2	3
SHS	15	8	53	1	2	3	2
Hessen	26	6	23	0	4	2	0
NRW	54	3	6	1	2	0	0
BWB	44	9	20	1	8	0	0
Saarland	6	0	20	0	0	0	0
Summe	436	193	44	23	68	59	43

Die deutschen Bundesländer unterscheiden sich sehr stark im Anteil ihrer ländlichen Kreise. Nach der quantitativen Verteilung der Kreistypen haben die ostdeutschen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt sowie Thüringen und das westdeutsche Bayern, in geringerem Umfang auch Schleswig-Holstein und Niedersachsen, eine höhere Zahl an Kreisen ländlichen Typs als Kernstädte sowie verdichtete Kreise (Tab. 2, Abb. 8). Gleichzeitig zeigt Tabelle 2, dass die Raumtypen (4)

⁸ So gehören in Ostdeutschland Brandenburg/Havel und Frankfurt/Oder als kreisfreie Städte zum Kreistyp (4), Görlitz-Stadt zum Kreistyp (7), Schwerin, Wismar, Dessau, Suhl und Eisenach zum Kreistyp (8), Greifswald, Neubrandenburg und Stralsund zum Kreistyp (9).

⁹ Ist in der nachfolgenden Analyse von ländlichen Regionen die Rede, so sind die ländlichen Kreistypen (8) und (9) bzw. der Regionsgrundtyp 3 (ländlicher Raum) gemeint. Ist von ländlichen Kreistypen die Rede, so werden damit neben (8) und (9) auch die beiden ländlichen Kreistypen (7) und (4) in verdichteten Räumen bezeichnet.

¹⁰ Die Stadtstaaten sind in die Zahl der Kreise hier nicht einbezogen, da sie nicht über ländliche Kreise verfügen.

und (9) überdurchschnittlich durch ostdeutsche Kreise geprägt sind, während die ländlichen Kreistypen (7) und (8) ausgewogen verteilt sind. Darüber hinaus finden sich die durch Metropolen geprägten Raumtypen (1) und (2) überproportional in westdeutschen Regionen. Mecklenburg-Vorpommern weist den höchsten Flächenanteil an ländlichen Kreisen bezüglich seiner Landesfläche auf. Es kann auf weitaus weniger urbane Kerne zurückgreifen als beispielsweise Bayern, das ebenfalls über eine Vielzahl ländlicher Kreise verfügt. Zudem nimmt Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der vergleichsweise hohen Zahl an agglomerationsfernen dünn besiedelten Räumen eine Sonderstellung ein.

Ausgehend von dieser territorialen Verteilung von Ländlichkeit ergibt sich die Frage, welche regionalen Ungleichheiten sich damit verbinden und inwieweit diese nachhaltige Entwicklungen unterstützen können. Im Kapitel 2 wird diesem Problem anhand typischer Ressourcen der vier ländlichen Kreistypen (Tab. 1) nachgegangen. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede in den Entwicklungsressourcen und -barrieren der verschiedenen ländlichen Kreistypen, denn die neuen demographischen, wirtschaftlichen und ökologischen Chancen und Probleme betreffen sie in differenzierter Weise. Darüber hinaus können die ländlichen Regionen unterschiedlichen Typs auf ein jeweils bestimmtes Maß an besonderen Entwicklungsfaktoren zurückgreifen. In der nachfolgenden Analyse werden Typen regionaler Problem- und Ressourcenlagen beispielhaft für vier verschiedene ländliche Kreistypen in Deutschland herausgearbeitet. Sie können ihrerseits als Ausgangspunkt genutzt werden, um regionalspezifische Entwicklungsstrategien zu identifizieren, die auf regionaltypischen und individuellen Problem- und Ressourcenlagen aufbauen. Sie können auch als Basis für die Bewertung der Passfähigkeit von Förderprogrammen der Raumentwicklungspolitik dienen.

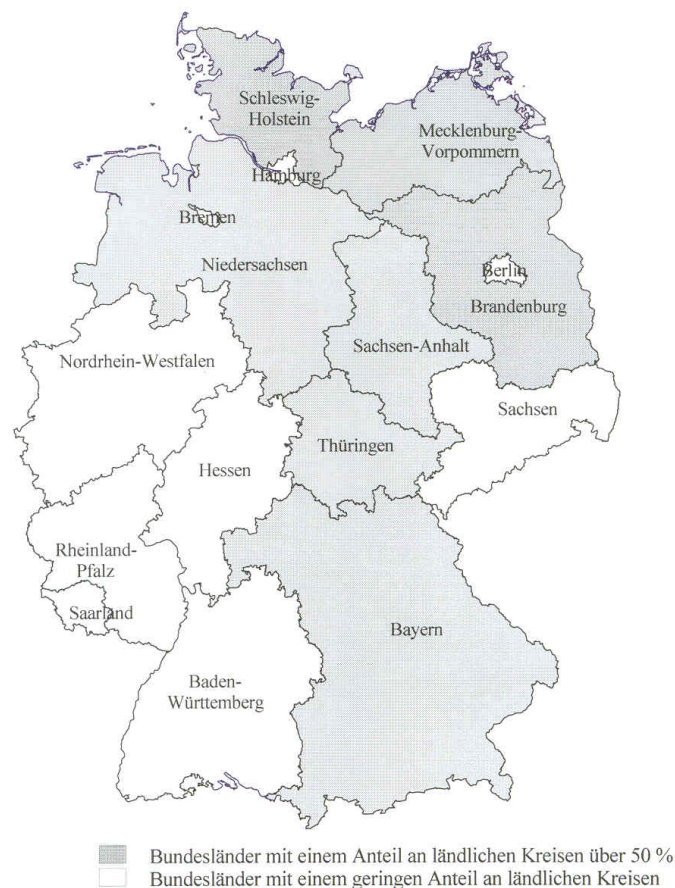


Abbildung 8: Bundesländer in Deutschland nach ihrem Anteil an ländlichen Kreisen (Quelle: Eigene Darstellung nach INKAR 2003, Kartengrundlage EasyMap)

2. Regionale Ungleichheiten nach einzelnen Parametern

These 3:

Jedes Moment sozialer Ungleichheit hat eine spezifische Bedeutung für die Regionalentwicklung. Einzelne Ressourcen oder Risiken sind daher nicht wechselseitig substituierbar, sie beeinflussen einander aber in ihrer Entfaltung. Daher ist es notwendig jedes dieser Momente auf der Raumbene zu analysieren.

Im Folgenden werden räumliche Ungleichheiten zwischen den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland nach den oben genannten Parametern sozialer Ungleichheit genauer betrachtet: demographische Struktur, Bildungsstruktur, Beschäftigungsstruktur, Wirtschaftskraft, Finanzen, soziale Infrastruktur, ökologische Ausstattung und technische Infrastruktur. Es werden neben Zustandsbeschreibungen regionaler Ungleichheiten jeweils die aktuellen Veränderungen analysiert, die für einen Abbau oder eine Verschärfung regionaler Ungleichheiten bedeutsam sind. Dieses sichtbare Maß regionaler Ungleichheit zwischen verschiedenen Regionstypen in Deutschland wird mit verfügbaren Daten über regionale Ungleichheiten im Rahmen der Europäischen Regionen verglichen und damit verbundene Probleme diskutiert. Es wird gezeigt, wo deutsche ländliche Gebiete Entwicklungsressourcen bzw. -probleme aufweisen, die für die verschiedenen Typen europäischer ländlicher Regionen charakteristisch sind, wo sie im europäischen Rahmen Vorreiter sind oder aber bei welchen ungleichheitsrelevanten Parametern Deutschland in einigen Regionstypen vor nationalen Problemen steht. Bei der Einschätzung regionaler Ungleichheiten werden Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt, sofern sie Ansprüche für regionale Entwicklungsstrategien beeinflussen. Die Analyse basiert auf kreisgenauen Daten vorrangig der Jahre 2000 und 2001 und des Entwicklungszeitraumes 1990 bzw. 1995 bis 2001, die vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung erarbeitet wurden.¹¹ Darüber hinaus wurden Daten von Eurostat genutzt, die sich auf europäische Ziel-3-Gebiete und Ziel-2-Gebiete beziehen.¹²

2.1 Bevölkerung

Die Demographie beeinflusst die regionale Entwicklung in mehrfacher Hinsicht. Mit ihr können sich verschiedene Ungleichheit generierende Parameter verbinden. Das bezieht sich sowohl auf die Bevölkerungszahl wie auf ihre Struktur. In der Europäischen Union – der bevölkerungsreichsten weiter entwickelten Region der Welt – leben 2001 378 Millionen Einwohner. Die weiter entwickelten Länder haben 19 % Anteil an der Weltbevölkerung, darunter die EU15 plus Beitrittskandidaten 7 % und die Vereinigten Staaten 5 % (Eurostat 2004, 40). Innerhalb der EU15 plus Beitrittskandidaten stellt

¹¹ Eine wichtige statistische Basis stellen die „Aktuellen Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden“ (INKAR 2003), herausgegeben vom BBR (2004b) dar. Sind im folgenden Text keine speziellen Quellen ausgewiesen, so sind die statistischen Daten dieser CD-Rom entnommen. Darüber hinausgehende Datenquellen werden jeweils extra verzeichnet.

¹² Kreisgenaue Daten für die europäischen Mitgliedsländer liegen nur für ausgewählte Indikatoren vor, die in der vorliegenden Analyse berücksichtigt werden.

Deutschland mit 18 % Anteil das bevölkerungsreichste Land dar, es folgen Frankreich, Großbritannien und Italien mit jeweils 13 % (ebenda). Die europäische Bevölkerung ist in den Jahren 2000 bis 2001 um 4,1 % und damit schneller als in den Jahren 1995-1999 gewachsen, jedoch nicht so schnell wie die Bevölkerung in den Vereinigten Staaten (9 %) (Eurostat 2003, 79). Zwischen 1991 und 2001 steigt die Zahl der Einwohner in der EU15 durchschnittlich um 3,5 %. Das Bevölkerungswachstum der Europäischen Union beruht zu 75 % auf Nettozuwanderungen (Eurostat 2003, 37). Den höchsten Zuwachs verzeichnen Luxemburg mit 14,8 % und Irland mit 8,7 %. Auch im dicht besiedelten Deutschland steigt die Einwohnerzahl in diesem Zeitraum um 3,1 %. Es liegt damit noch vor Belgien mit 2,8 % und Italien mit 1,9 % Bevölkerungswachstum zwischen 1991 und 2001 (Eurostat 2003, 84). Eine für die Europäische Union und besonders Deutschland zutreffende abgeschwächte Zunahme der Einwohnerzahl ist an sich nicht negativ zu werten. Allerdings können sich soziale Ungleichheiten vor diesem Hintergrund verschärfen, wenn einzelne Regionen von damit einhergehenden Schrumpfungsprozessen besonders stark betroffen sind.

In diesem Zusammenhang fällt bei Abb. 9 ins Auge, dass sich solche Regionen mit Bevölkerungsverlusten nicht kleinräumig verteilen. Sie konzentrieren sich vielmehr außer in Großstädten zusätzlich eher in großen zusammenhängenden ländlichen Räumen. Diese befinden sich in Schweden, Nordspanien, in den östlichen und westlichen Küstenregionen von Finnland, in Ostdeutschland mit Ausnahme des Berliner Umlandes, in Mittelfrankreich und Süditalien. Im Gegenzug dazu konzentrieren sich Regionen mit überdurchschnittlichem Bevölkerungszuwachs im urbanen Gürtel Europas sowie außerhalb davon vor allem in Teilen Frankreichs (vgl. Abb. 2). Es zeigt sich demnach, dass Europa nach wie vor durch eine Abwanderung aus ländlichen in urbane Gebiete geprägt ist. Betroffen sind insbesondere abgelegene, dünn besiedelte Gebiete mit weniger als 100 Einwohnern je km² (vgl. Abb. 2). Die NUTS3-Region mit den höchsten Bevölkerungsverlusten innerhalb Europas ist mit -17,2 % zwischen 1995 und 2001 das griechische Korinthia, in dem 63 Menschen je km² leben.

In Deutschland zeigt sich in diesem Zusammenhang eine problematische Tendenz. Insbesondere Großstädte (1) und (5) sowie agglomerationsferne dünn besiedelte Kreise (9) haben an Bevölkerung verloren (Tab. 3). Diese Schrumpfung ergibt sich bei großen Städten aus der Suburbanisierung, bei fernen ländlichen Gebieten aus dem Beschäftigungsabbau im 1. und 2. Sektor. Im Gegensatz dazu haben ländliche Kreistypen in verstäderten Regionen (4) und (7) überdurchschnittlich viele Einwohner hinzugewonnen. Alle ostdeutschen Kreistypen mit Ausnahme von (OD4) verzeichnen eine ungleiche Entwicklung durch anhaltend hohe Abwanderungsverluste (Anlage, Tab. 1). Neben der Bevölkerungszahl kann auch ihre Struktur als Ungleichheitsfaktor wirken. Europa muss trotz des leichten Bevölkerungswachstums mit einem zweifachen demographischen Problem umgehen: der zunehmenden Alterung seiner Bevölkerung und der abnehmenden Quantität nachwachsender Generationen. Der für Europa typische demographische Wandel, der sich als grundlegende Herausforderung der kommenden Zeit erweist, betrifft auch deutsche Regionen (Anlage, Tab. 1). Die Lebenserwartung ist seit 1991 europaweit gewachsen. Sie liegt in der EU15 und auch in Deutschland 2001 bei durchschnittlich 78 Jahren, bei Männern beträgt sie 75 Jahre, bei Frauen 81 Jahre. Die regionalen Unterschiede sind hinsichtlich der Lebenserwartung gering. Die Europäische Union liegt damit vor den USA mit 74 bzw. 80 Jahren und hinter Japan mit 78 bzw. 84 Jahren Lebenserwartung (Eurostat 2004, 58). Der Anteil der EU15-Bewohner zwischen 65 und 79 Jahren erhöhte sich zwischen 1992 und 2000 von 11,3 % auf 12,6 %. Gegenwärtig leben in der EU15 16,8 % Menschen, die älter als 64 Jahre sind (Eurostat 2004, 62). Deutschlandweit wächst die Lebenserwartung in allen Regionen, wobei diese Steigerung in den agglomerationsfernen dünn besiedelten Gebieten (9) etwas niedriger ausfällt. Die Überwindung noch vorhandener regionaler Unterschiede bei der Lebenserwartung ist von Beschäftigungsangeboten und der sozialen Infrastruktur in den betroffenen Gebieten abhängig. Im Unterschied zur Lebenserwartung ist die regionale Ungleichheit hinsichtlich der Altersstruktur in der Europäischen Union groß. Das zeigt sich beispielsweise am Anteil nachwachsender Generationen an der Gesamtbevölkerung. Einer vorläufigen Schätzung zufolge liegt die Zahl der Lebendgeborenen in der EU15 im Jahr 2001 bei ca. 4,01 Millionen und damit um 45.000 niedriger als im Jahr 2000 (Eurostat 2003, 40). Zwischen 1995 und 2001 wächst der Anteil an Kindern bis zu 5 Jahren lediglich in Luxemburg, Irland und Dänemark, während er in allen anderen Ländern rückläufig ist. Das betrifft besonders Schweden (-22,6 %) und Österreich (-10,6 %). Die Spannweite reicht von einer Abnahme der Kleinkinder (bis zu 5 Jahren) um

-29 % in der Region Övre Norrland (Schweden) bis zu einer Zunahme des Kleinkinderanteils um 12,6 % in der Region Flevoland (Niederlande).

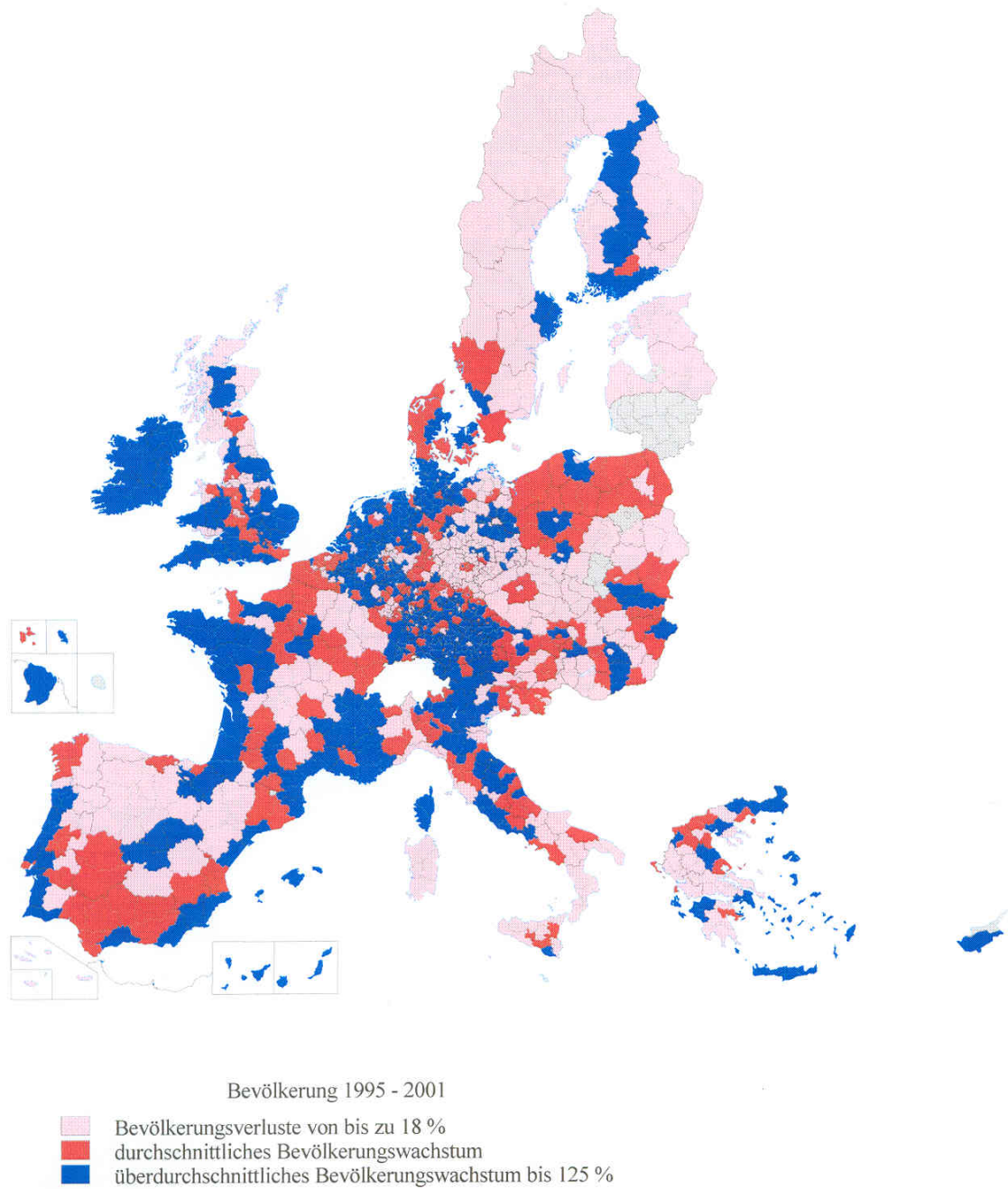


Abbildung 9: Bevölkerungsentwicklung 1995-2001 der NUTS3-Regionen der Europäischen Union sowie der Beitrittskandidaten (Quelle: Eigene Berechnungen nach Eurostat o. J., Kartengrundlage EasyMap)

Deutschland hat an dieser regionalen Spreizung überdurchschnittlich teil, weil die Alterung in den Städten und in ostdeutschen Regionen im europäischen Vergleich besonders hoch ist. Deutschlandweit lag der Rückgang an Kindern bis zu 5 Jahren zwischen 1995 und 2001 bei -5,8 % (INKAR 2003). Ein Mangel an nachwachsenden Generationen zeigt sich vor allem in ihren Großstädten (1) und (5) (Anlage, Tab 1). Ihr Anteil verringerte sich in den letzten Jahren allerdings auch in ländlichen Regionen (8) und (9). Die problematischen demographischen Trends wie Bevölkerungsverluste oder ein Rückgang der Geburtenzahlen verstärken sich in ländlichen Regionen durch eine geringe Bevölkerungsdichte. Einwohnermangel und Alterung der Bevölkerung können die Funktionsfähigkeit der vorhandenen Infrastruktur in betroffenen Gebieten ab einem gewissen Grad in Frage stellen. So müssen beispielsweise immer häufiger Bildungseinrichtungen in Regionen mit einem Mangel an Kindern und Jugendlichen schließen. Sie sind für Bewohner entlegener Orte dann nur noch über große Distanzen zu erreichen. Die medizinische Versorgung und die Pflegeeinrichtungen entsprechen nicht dem Bedarf der älter werdenden Bewohner in diesen Regionen u. a. m.

2. 1. 1 Bevölkerungsentwicklung

Die verschiedenen ländlichen Kreistypen haben in Deutschland eine Einwohnerdichte zwischen 137 und 69 Einwohnern je km² (Tab. 3). Dies verweist auf eine starke interne Differenzierung. Im europäischen Vergleich ist eine geringe Dichte nicht ungewöhnlich (Abb. 9). So weist ganz Dänemark 2001 eine Bevölkerungsdichte von 124,1 Einwohner je km² auf und die Tschechische Republik einen Wert von 130,2. Eine ganze Reihe griechischer, schwedischer, irischer, schottischer und spanischer Regionen sowie viele Regionen der osteuropäischen Beitrittsländer verfügen über eine Bevölkerungsdichte, die zum Teil weit unter 69 Einwohner je km² liegt. Derart geringe Bevölkerungszahlen müssen sich regional jedoch nicht problematisch auswirken, so lange historisch dünn besiedelte Räume ihre Bevölkerung relativ stabil reproduzieren. So liegt die Abwanderung zwischen 1995 und 2001 in Schottland bei 0,4 % und in Estland bei 0,3 %. Viele finnische, irische und griechische Regionen haben in diesem Zeitraum von einem relativ geringen Niveau aus sogar an Bevölkerung gewonnen. Das heißt, dass selbst einige ferne ländliche Räume interessante Lebensperspektiven für Jüngere und Menschen aus anderen Regionen bieten, indem sie beispielsweise ihr produktives Gewerbe, ihre Dienstleistungen, ihren Tourismus oder ihre Landwirtschaft entwickeln.

In Deutschland haben drei der vier ländlichen Kreistypen zwischen 1990 und 2001 überproportional an Bevölkerung gewonnen (Tab. 3). Die ländlichen Kreise in Agglomerationsräumen (4) verzeichnen sowohl in Ost- wie in Westdeutschland deutliche Bevölkerungszuwächse. Sie liegen bei 6,8 % bzw. 12,9 %. Dieser Zuwachs zeigt in den entsprechenden ostdeutschen Kreistypen (OD4) allerdings weniger Wirkung, weil die Bevölkerungsdichte mit durchschnittlich 99 Einwohnern je km² geringer ausfällt als in westdeutschen (WD4) mit 126 Einwohnern je km². Die höchsten Gewinne verzeichnen die bayrischen Kreise des Typs (4) mit durchschnittlich 21,8 % zwischen 1990 und 2001, in Ostdeutschland weisen Brandenburger Kreise des Typs (4) ein durchschnittliches Wachstum von 6,3 % auf. Sie haben in dieser Zeit von Zuzügen aus dem Großraum Berlin profitiert. Die drei ländlichen Kreise des Typs (4) in Sachsen halten ihr Einwohnerzahl zwischen 1990 und 2001 im Durchschnitt (-0,1 %).

Dünn besiedelte, ferne ländliche Räume (9) haben nach den Großstädten (5) und (1) im vergangenen Jahrzehnt deutschlandweit am stärksten an Bevölkerung verloren. In ihnen lag der Verlust bei -1,1 %, in den Städten (5) und (1) bei -3,7 % bzw. -1,5 %. Die Brisanz des Bevölkerungsverlustes ist allerdings bei dem ländlichen Kreistyp (9) viel größer, da er von einem weitaus geringeren Niveau ausgeht und häufig eine kritische Grenze unterschreitet. Zieht man zusätzlich die zukünftig erwartbaren Folgen der Abwanderung jüngerer qualifizierter Menschen und insbesondere von jungen Frauen in Betracht, so werden die eigentlichen demographischen Probleme in agglomerationsfernen ländlichen Gebieten erst mittelfristig vakant.

Tabelle 3: Bevölkerungsdichte je km² 2001 und Bevölkerungsentwicklung 1990-2001 sowie 1995-2001 in Prozent in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Schlüssel	Bev.dichte 2001 / km ²	Bevölk. 90-01 (%)	Bevölk. 95-01 (%)
Kernstädte in Agglomerationsregionen	(1)	2157	-1,3	-1,5
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsregionen	(2)	532	6,9	2,5
Verdichtete Kreise in Agglomerationsregionen	(3)	224	7,5	2,7
Ländliche Kreise in Agglomerationsregionen	(4)	109	9,4	6,1
Kernstädte in verstädterten Regionen	(5)	1113	-4,7	-3,7
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	(6)	210	6,1	1,6
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	(7)	112	5,4	1,5
Ländl. Kreise höherer Dichte in ländlichen Regionen	(8)	137	4,4	1,1
Ländl. Kreise geringerer Dichte in ländlichen Regionen	(9)	69	-1,1	-1,1
Deutschland		231	3,4	0,8

Der hohe Bevölkerungsschwund betrifft ferne dünn besiedelte Räume in Ostdeutschland (OD9) weit- aus stärker als die westdeutschen (WD9). Sie liegen mit 59 Einwohnern je km² bereits deutlich unter der durchschnittlichen Einwohnerdichte dieses Typs. Wie Tabelle 4 zeigt, sind sie zudem durch absolute Bevölkerungsverluste gekennzeichnet. Ferne ländliche Kreise in den westdeutschen Ländern (WD9) sind zwar zum Teil ebenfalls sehr dünn besiedelt, sie haben jedoch im Durchschnitt eine Dichte von 82,5 Einwohnern je km². Die mit Abstand niedrigsten Werte weist bei diesem Typ (WD9) das niedersächsische Lüchow-Dannenberg mit 42 Einwohnern je km² auf, während solche Einwohnerdichten im ostdeutschen Typ (OD9) häufiger auftreten: in den mecklenburgischen Kreisen Müritz und Mecklenburg-Strelitz liegt sie bei 41 bzw. 42 Einwohnern je km², im Altmarkkreis Salzwedel in Sachsen-Anhalt und der in der Prignitz in Brandenburg bei 44 Einwohnern je km². Darüber hinaus haben ostdeutsche ferne dünn besiedelte ländliche Kreise (OD9) zwischen 1990 und 2001 durchschnittlich 8,4 % ihrer Bevölkerung verloren. Das sind die höchsten Verluste in Deutschland. Im europäischen Vergleich werden sie lediglich von den griechischen Regionen Sterea Ellada mit -13% und Peloponnisos mit -8,6 % an Bevölkerungsverlusten übertroffen.

Tabelle 4: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der demographischen Entwicklung ihrer ländlichen fernen dünn besiedelten Kreise (9) 1990-2001 in Prozent (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Bundesland	Bevölkerung des Kreistyps (9) 90-01 (%)
Schleswig-Holstein	7,3
Niedersachsen	7,2
Rheinland-Pfalz	6,7
Bayern	6,1
Thüringen	-6,9
Sachsen-Anhalt	-8,1
MVP	-8,6
Brandenburg	-10,4

Die negative Rangfolge unter den ländlichen fernen Regionen wird für den Zeitraum von 1990 und 2001 von den mecklenburgischen Städten Neubrandenburg¹³ (-19,7 %) und Greifswald (-19,2 %) angeführt, bei den Landkreisen folgen die brandenburgische Prignitz mit -13,6 % und das mecklenburgische Ücker-Randow (-13,1 %). Im Gegensatz dazu verzeichnen alle westdeutschen peripheren dünn besiedelten Kreistypen (WD9) zwischen 1990 und 2001 mindestens einen kleinen positiven Bevölkerungsgewinn. Dieser reicht von 14,6 % im bayrischen Dingolfing-Landau bis zu 0,4 % in Tirschen-

¹³ Neubrandenburg und Greifswald rechnen als kreisfreie Städte zum fernen dünn besiedelten Kreistyp (9), vgl. Fußnote 8.

reuth. Im Durchschnitt liegt er bei 6,7 %. Tabelle 4 zeigt die demographischen Belastungen ferner ländlicher dünn besiedelter Räume (9) zwischen den Bundesländern.

Eine gegenläufige Bevölkerungsentwicklung vollzieht sich auch zwischen den ost- und westdeutschen Kreisen der Typen (8) und (7). In Westdeutschland verbuchen die ländlichen Kreise des Raumtyps (WD8) zwischen 1990 und 2001 einen durchschnittlichen Bevölkerungsgewinn von 8,5 % (Anlage, Tab. 1). Spitzenreiter ist der niedersächsische Kreis Lüneburg mit Zuwächsen von 22,8 %, mit 17,8 % folgt das bayrische Landshut. Nur in drei Kreisstädten und einem Kreis dieses Typs (WD8) sind Verluste zwischen -4,6 % und -0,6 % zu verzeichnen. Im Vergleich der Bundesländer kann Niedersachsen in diesem ländlichen Kreistyp (8) die höchsten Bevölkerungsgewinne verbuchen (Tab. 5). Ostdeutsche agglomerationsferne Kreise mit höherer Dichte (OD8) gibt es vor allem in Thüringen und Sachsen-Anhalt. Die Einwohnerdichte liegt dort mit 138,2 Einwohnern je km² nur geringfügig unter der deutschlandweiten Einwohnerdichte dieses Kreistyps. Wie Tabelle 5 zeigt, verzeichnen sie jedoch im Unterschied zum westdeutschen Trend zwischen 1990 und 2001 deutliche Bevölkerungsverluste von durchschnittlich -8,7 %. Sie betreffen insbesondere die Stadt Schwerin¹⁴ (-21,6 %) in Mecklenburg-Vorpommern und die Stadt Suhl (-18,4 %) in Thüringen. Bei den Landkreisen dieses Typs (OD8) haben Bitterfeld (-13,1%) und Bernburg (-11,7%) in Sachsen-Anhalt die höchsten Verluste. Eine Ausnahme stellt der Kreis Nordwestmecklenburg mit einem Bevölkerungsgewinn von 11,3 % im Berichtszeitraum dar.

Tabelle 5: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der demographischen Entwicklung ihrer ländlichen fernen dichter besiedelten Kreise (8) 1990-2001 in Prozent (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Bundesland	Bevölkerung des Kreistyps (8) 90-01 (%)
Niedersachsen	13,8
Bayern	6,7
Hessen	5,3
Rheinland-Pfalz	5,2
Schleswig-Holstein	4,3
Thüringen	-8,2
MVP	-8,8
Sachsen-Anhalt	-12,5

Die westdeutschen ländlichen Kreise Typs (WD7) haben eine Dichte von 119 Einwohnern je km². Demgegenüber liegen die 20 ostdeutschen ländlichen Kreise in verstäderten Regionen (OD7) mit einer durchschnittlichen Einwohnerdichte von 98,9 pro km² deutlich unter dem deutschlandweiten Mittel (Anlage, Tab. 1). Ungeachtet dieses Unterschieds zeigen sich gerade bei diesem Kreistyp (7) im dünner besiedelten Mecklenburg-Vorpommern positive Bevölkerungstendenzen. Es kann als ostdeutsche Ausnahme Gewinne von 8,8 % verbuchen (Tab. 6). In Bad Doberan betragen sie 26,3 % im Zeitraum 1990-2001, allerdings von einer deutlich nach unten abweichenden Einwohnerdichte je km² aus (87). In den westdeutschen ländlichen Kreisen des Typs (WD7) lagen die Gewinne zwischen 1990 und 2001 bei durchschnittlich 9,4 % (Anlage, Tab. 1). Sie sind im Land Niedersachsen am höchsten (Tab. 6). Seine Kreise Cloppenburg und Gifhorn verzeichnen Spitzengewinne von 25,4 % bzw. 23,1 %. Fünf westdeutsche Kreise des Typs (WD7) haben Bevölkerungsverluste zwischen -0,4 % und -5,5 %. In den ostdeutschen Kreisen dieses Typs (OD7) betragen die Einwohnerverluste demgegenüber durchschnittlich -4,8 %, wobei Sachsen und Brandenburg mit Verlusten von -15,3 % bzw. -8,7 % besonders betroffen sind (Tab. 6). Den höchsten Einwohnerrückgang verzeichnet zwischen 1990 und 2001 das sächsische Görlitz¹⁵ mit einem Minus von 21,2 %, gefolgt vom brandenburgischen Landkreis Oberspreewald-Lausitz mit -13,9 %.

¹⁴ Schwerin und Suhl rechnen als kreisfreie Städte zum fernen dichter besiedelten Kreistyp (8), vgl. Fußnote 8.

¹⁵ Görlitz rechnet als kreisfreie Stadt zum agglomerationsnahen Kreistyp (7), vgl. Fußnote 8.

Tabelle 6: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der demographischen Entwicklung ihrer ländlichen Kreise in verstäderten Regionen (7) 1990-2001 in Prozent (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Bundesland	Bevölkerung des Kreistyps (7) 90-01 (%)
Niedersachsen	11,9
Baden-Württemberg	11,3
MVP	8,8
Rheinland-Pfalz	7,6
Schleswig-Holstein	5,8
Nordrhein-Westfalen	5,6
Hessen	3,4
Sachsen-Anhalt	-1,2
Thüringen	-5,4
Brandenburg	-8,7
Sachsen	-15,3

Zusammengefasst kann man gegenwärtig, mit Ausnahme des siedlungsstrukturellen Typs (4), von gegenläufigen Bevölkerungstendenzen in ost- und westdeutschen ländlichen Räumen sprechen. Der in Ostdeutschland anhaltende Trend zu Bevölkerungsverlusten trifft neben den dünn besiedelten agglomerationsfernen ländlichen Kreisen (OD9) auch – abgesehen von einzelnen Ausnahmen - die dichter besiedelten agglomerationsfernen Kreise (OD8) und die ländlichen Kreise in verstäderten Regionen (OD7). Diese Verluste vollziehen sich vor dem Hintergrund einer vergleichsweise geringen Bevölkerungsdichte in den Kreistypen (OD7) und (OD9). Im Unterschied dazu können – wiederum abgesehen von einigen Ausnahmen – alle diese Kreise in Westdeutschland (WD7, WD8, WD9) zwischen 1990 und 2001 an Bevölkerung hinzugewinnen.

Die Schrumpfungsprozesse in ostdeutschen ländlichen Regionen weisen auf einen potentiellen Mangel an nutzbarem Humankapital hin. Gelingt es nicht, sie zu stoppen, werden diese Gebiete allmählich veröden. Weniger mobile Bürger verbleiben in ihrem Umfeld, während Vertreter der nachwachsenden und berufsfähigen Generationen es verlassen. Sie aber sind für die Gewährleistung der regionalen wirtschaftlichen und sozialen Kreisläufe unerlässlich. In dieser Tragweite handelt es sich um ein Problem, das neben ostdeutschen nur wenige europäische Regionen betrifft. Seine Minderung bedarf daher vorzugsweise nationaler Ressourcen. Darüber hinaus sind europaweite Erfahrungen bedeutsam, um diesem Problem zu begegnen. In Schweden beispielsweise bewirkte eine Kompensationsstrategie für Regionen mit kleiner und schrumpfender Bevölkerung die Gründung einer nationalen Entwicklungsagentur für den ländlichen Raum, die nach Wegen zum Erhalt dieser Regionen sucht. Zu diesem Zweck werden Zuwendungen an die Gemeinden unter anderem durch einen altersbezogenen Faktor beeinflusst. Die Agentur versucht, Basisdienstleistungen in schrumpfenden Regionen aufrechtzuerhalten. Dazu werden ein Steuerausgleichssystem, die Erweiterung von Regionen, eine verstärkte kommunale Zusammenarbeit und integrierte regionale Entwicklungsprogramme genutzt (vgl. Persson 2003). Verschiedene Ansätze zur Aufrechterhaltung von sozialen und technischen infrastrukturellen Einrichtungen werden auch in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Brandenburg entwickelt (vgl. Thrun 2003). Einer Entleerung ländlicher, insbesondere strukturschwacher Räume sollte nicht nur aus sozialer, sondern auch aus ökologischer Sicht entgegengewirkt werden. In zunehmendem Maß sind Ballungsgebiete durch den Feinstaubgehalt der Luft und durch Lärm in besonderer Weise belastet, vielfach werden hier Grenzwerte erreicht bzw. überschritten (vgl. Coenen et al. 2003). Dieser Zustand wird durch anhaltende Zersiedelung und Urbanisierung des großstädtischen Umfeldes verstärkt, während umweltfreundliche ländliche Regionen unter Bevölkerungsarmut leiden.

2. 1. 2 Lebenserwartung

Die Lebenserwartung der Deutschen ist in den letzten Jahrzehnten gestiegen. Sie liegt gegenwärtig bei Männern bei 75 Jahren, bei den Frauen um 6 Jahre höher bei 81 Jahren. Damit entspricht Deutschland dem europaweiten Niveau mit einem Durchschnittsalter für beide Geschlechter von derzeit 78 Jahren.

Tabelle 7: Lebenserwartung der deutschen Männer und Frauen im Jahr 2000 in Jahren in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Schlüssel	Lebenserwartung der Männer (Jahre) 2000			Lebenserwartung der Frauen (Jahre) 2000		
		WD	D	OD	WD	D	OD
Kernstädte in Agglomerationsregionen	(1)	74,8	74,8	74,7	80,8	80,8	80,7
Hoch verdicht. Kreise in Agglomerationsr.	(2)	75,7	75,7	74,2	81,2	81,2	80,7
Verdichtete Kreise in Agglomerationsregionen	(3)	75,5	75,3	74,4	81,0	81,0	81,0
Ländl. Kreise in Agglomerationsregionen	(4)	74,9	74,2	73,7	80,7	80,5	80,4
Kernstädte in verstädterten Regionen	(5)	75,0	74,7	73,8	81,6	81,3	80,5
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	(6)	75,5	75,1	73,4	81,3	81,2	80,2
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	(7)	75,1	74,5	72,9	81,2	81	80,5
Ländl. Kreise höh Dichte in ländl. Regionen	(8)	75,3	74,9	73,3	81,3	81	80,3
Ländl. Kreise ger. Dichte in ländl. Regionen	(9)	74,5	73,3	72,1	80,9	80,4	79,8
Deutschland		75,3	74,9	73,7	81,1	81	80,5

Die regionalen Differenzen zwischen den verschiedenen Kreistypen hinsichtlich der Lebenserwartung ihrer männlichen und weiblichen Bewohner sind nicht gravierend (Tab. 7). Dennoch ist festzuhalten, dass sie sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen deutschlandweit in agglomerationsfernen dünn besiedelten Landkreisen (9) am niedrigsten ausfällt. Interessanterweise trifft dies nicht auf dichter besiedelte ländliche Regionen (8) zu. Hier wirken sich offenbar vielfältigere Beschäftigungsangebote und eine bessere Lebensqualität positiv auf das Lebensalter aus. Sie können sich daher mit der Lebenserwartung in einigen urbanen Regionen messen. Demgegenüber nehmen agglomerationsnahe ländliche Kreise (4) den vorletzten Rang in der Lebenserwartung ein. Die höchste Lebenserwartung haben Männer im bayrischen Fürstentfeldbruck (WD2) mit 77,7 Jahren. Bei Frauen liegt die höchste Lebenserwartung bei 82,9 Jahren im bayrischen Starnberg (WD3) und in Tübingen (WD6) in Baden-Württemberg. Die geringste Lebenserwartung bei den Männern findet sich in den mecklenburgischen Landkreisen Demmin mit 70,1, Müritztal mit 71,1 und Rügen mit 71,2 Jahren, die alle dem Kreistyp (OD9) zurechnen. Deutschlandweit haben ostdeutsche Männer aller ländlichen Kreistypen eine unterdurchschnittliche Lebenserwartung und darüber hinaus die Männer in Mecklenburg-Vorpommern die niedrigste Lebenserwartung überhaupt. Bei den Frauen fällt der Abstand in der Lebenserwartung von Landbewohnerinnen zu der von Frauen in anderen Kreistypen geringer aus als bei den Männern. Bei ihnen findet sich die niedrigste Lebenserwartung in der thüringischen Kreisstadt Eisenach (OD8) mit 77,1 Jahren, gefolgt von Pirmasens (WD3) in Rheinland-Pfalz mit 77,3 Jahren. Deutschlandweit haben unter den Frauen die saarländischen die niedrigste Lebenserwartung.

2. 1. 3 Altersstruktur

Das Deutschland des Jahres 2000 ist eine überalternde Gesellschaft. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen bis zu 18 Jahren liegt in diesem Jahr bei 19 % (Anlage, Tab. 1).¹⁶ Besonders geringe Anteile haben daran die Großstädte (1) und (5), während sie in allen anderen urbanen und ländlichen Kreisen zwischen 19,4 % und 20,3 % liegen. In ostdeutschen Regionen fällt der Anteil der Kinder und Jugendlichen geringer aus als in allen vergleichbaren westdeutschen Räumen, weil sich ihre Zahl

¹⁶ Der für eine ausgewogene Altersverteilung ideale Anteil von 30 % unter 20-Jährigen an der Bevölkerung wird nirgendwo in Deutschland erreicht (vgl. Kröhnert et al. 2004)

durch den Geburtenknick Anfang der 1990er Jahre rapide verringerte. Von den 20 Kreisen, in denen Ende 2000 die wenigsten unter 6-Jährigen leben, liegen sechs in Sachsen-Anhalt (vgl. Kröhnert et al. 2004).

Der demographische Trend einer Überalterung zu Ungunsten der nachwachsenden Generationen vollzieht sich in Deutschland flächendeckend (Tab. 8). Ihr Anteil sinkt zwischen 1995 und 2000 besonders stark in Kernstädten verdichteter Gebiete (5) und den ländlichen Kreistypen (9), gefolgt vom Kreistyp (8). So geht der Anteil von Kindern bis 6 Jahre in diesem Zeitraum im anhaltinischen Kreistyp (OD9) um -10,7 %, im rheinland-pfälzischen Kreistyp (WD9) um -10,5 % und im bayrischen Kreistyp (WD9) um -9,5 % zurück. Ähnlich hohe Verluste betreffen den anhaltinischen und thüringischen Kreistyp (OD8) sowie den bayrischen Kreistyp (WD8) mit Verlusten zwischen -9,4 und -8 %. In abgeschwächtem Maße betrifft dies auch alle anderen Kreistypen. Perspektivisch wird der geringe Anteil von Kindern und Jugendlichen daher nicht nur die Großstädte, sondern auch verstärkt ländliche Regionen treffen, in denen bisher traditionell relativ viele Nachwuchsende leben. Eine positive Ausnahme von diesem Trend bilden Kreise des ländlichen Typs (4) und des verdichteten Typs (2), in denen ein leichtes Wachstum bei der Zahl an Kindern und Jugendlichen zu verzeichnen ist. Beim Kreistyp (4) wird diese positive Tendenz durch die brandenburgischen Kreise (OD4) dieses Typs bewirkt, hier stieg die Zahl an Kindern und Jugendlichen zwischen 1995 und 2000 im Schnitt um 11,3 %, während sie sich beispielsweise im niedersächsischen Kreistyp (WD4) um -2,9 % verringerte. Am stärksten wuchs der Anteil der Kinder bis 6 Jahre zwischen 1995 und 2000 im brandenburgischen Potsdam-Mittelmark um 33,5 %. Dem steht als negatives Beispiel das sächsische Hoyerswerda (OD6) mit einem Verlust von 30,9 % gegenüber.

Der deutschlandweit geringste Anteil an Kindern und Jugendlichen bis zu 18 Jahren findet sich in den ostdeutschen Großstädten (OD5) und (OD1) sowie in hoch verdichteten Kreisen in Agglomerationsräumen (OD2) (Anlage, Tab. 1). Betrachtet man ausschließlich die ländlichen Kreise, so führt der ostdeutsche Kreistyp (OD8) die Negativbilanz an, gefolgt vom ostdeutschen Kreistyp (OD7). Die höchsten Anteile an Kindern und Jugendlichen bis zu 18 Jahren unter den ostdeutschen Landkreisen weisen die Typen (OD9) und (OD4) auf, wobei die dünn besiedelten fernen Kreise (OD9) ihre Position aufgrund ihres vergleichsweise ausgeprägten Rückgangs an Geburten nicht halten werden. Alle ländlichen Kreistypen in Ostdeutschland (OD4, OD7, OD8, OD9) haben – wie die urbanen Räume auch – anteilig weniger Kinder und Jugendliche als die westdeutschen Vergleichsregionen. Dieses Problem kann sich durch den höheren Anteil an Kindern im ostdeutschen Kreistyp (OD4) und ihren relativ geringen Rückgang im ostdeutschen Kreistyp (OD7) perspektivisch etwas abmildern. Inwieweit damit allerdings Folgen des ostdeutschen Geburtenknicks Anfang der 1990er ausgeglichen werden können, bleibt offen.

Tabelle 8: Altersgruppierungen in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland 2000 und ihre Entwicklung 1995-2000 in Prozent (Quelle: INKAR 2003)

Schl.	Altersgruppen (%)													
	Bis 6 00	bis 6 95-00	6-18 00	6-18 95-00	18-25 00	18-25 95-00	25-30 00	25-30 95-00	30-50 00	30-50 95-00	50-65 00	50-65 95-00	65+ 00	65+ 95-00
(1)	5,3	-5,8	11,2	-3,5	7,9	0,3	6,8	-24,1	32,1	3,2	19,6	-1,8	17,1	2,9
(2)	6,2	-4,5	13,3	5,3	7,4	-1,7	5,7	-27,9	31,7	7,0	19,5	1,4	16,2	10,9
(3)	5,9	-2,6	13,5	1,8	7,6	1,1	5,5	-27,9	31,5	8,0	19,4	2,8	16,6	9,5
(4)	5,3	3,6	14,1	-4,0	8,2	11,5	5,3	-25,1	32,6	14	19,0	3,5	15,5	15,3
(5)	5,1	-8,1	11,4	-10,9	8,9	0,6	6,9	-27,3	31,3	1,0	19,0	-2,2	17,4	3,7
(6)	6,1	-6,1	14,1	1,6	8,0	-0,5	5,8	-27,2	31,3	7,5	18,2	1,6	16,5	8,4
(7)	5,9	-5,9	14,4	-2,0	8,1	0,5	5,6	-26,0	31,3	8,0	18,1	1,6	16,6	9,2
(8)	5,8	-6,9	13,8	-1,7	8,1	0,6	5,8	-26,4	31,0	6,9	18,5	2,6	16,9	7,3
(9)	5,2	-8,2	14,4	-10,1	8,5	4,7	5,4	-27,2	31,6	5,7	18,2	-1,8	16,7	11,1
D	5,7	-5,4	13,1	-1,2	7,9	0,6	6,0	-26,3	31,6	6,2	18,9	0,6	16,6	7,6

Zu vermuten ist, dass der überdurchschnittliche Mangel an jungen Menschen in den ostdeutschen ländlichen Regionen künftig kaum aufgeholt wird, denn die Frauen haben hier einen unterdurchschnittlichen Anteil an der Bevölkerung. Er bewegt sich – bezogen auf 100 Männer – zwischen 96,8 % im brandenburgischen Potsdam (OD1) und 76,1 % im mecklenburgischen Ücker-Randow (OD9). Unter den ostdeutschen ländlichen Kreisen verzeichnen die mecklenburgischen Städte Greifswald (OD9) und Stralsund (OD9) sowie der brandenburgische Landkreis Oberhavel (OD4) die höchsten Frauenanteile zwischen 94,8 % und 90,7 %. Ende 2001 lebten im ländlich geprägten Mecklenburg-Vorpommern je 100 Männer zwischen 18 und 30 Jahren nur noch 86 Frauen derselben Altersgruppe. „Damit fehlen dort junge Mütter, was ein Frühindikator für weitere Bevölkerungsverluste ist“ (Kröhnert et al. 2004, 7). Die Fertilitätsrate liegt in Ostdeutschland mit 1,16 unter der in Westdeutschland mit 1,42. Das betrifft auch alle ländlichen Kreistypen in Ostdeutschland.¹⁷ Demgegenüber ist in ostdeutschen ländlichen Kreisen die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen durchschnittlich größer als in Westdeutschland und zwischen 1995 und 2000 angewachsen (Tab. 9). Hier kommen die geburtenstarken Jahrgänge der 1970er Jahre in der DDR zum Tragen. Diese Gruppe kann sich als Potential wirtschaftlicher Entwicklung erweisen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass sie durch Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote im ländlichen Raum gehalten wird. Das stellt sich jedoch angesichts der hohen Arbeitslosigkeit (vgl. Abschn. 2.3.3) und der ungenügenden Ausbildungsangebote (vgl. Abschn. 2.6.2) als schwierig dar.

Tabelle 9: Altergruppierungen in ländlichen Kreisen 2000 und 1995-2000 in Prozent in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Schl.	Altersgruppen (%)													
	Bis 6 00	bis 6 95-00	6-18 00	6-18 95-00	18-25 00	18-25 95-00	25-30 00	25-30 95-00	30-50 00	30-50 95-00	50-65 00	50-65 95-00	65+ 00	65+ 95-00
(4)														
WD	6,7	-1,8	14,2	10	7,3	-3,8	5,7	-27,5	31,8	10,6	18,6	5,9	15,7	9,1
D	5,3	3,6	14,1	-4	8,2	11,5	5,3	-25,1	32,6	14	19	3,5	15,5	15,3
OD	4,2	11,1	14	-12,7	8,9	24	5	-22,8	33,3	16,7	19,2	1,8	15,4	20,8
(7)														
WD	6,6	-6,1	14,7	5,5	7,7	-4,2	5,8	-26	31	8,6	17,7	3,1	16,5	8,5
D	5,9	-5,9	14,4	-2	8,1	0,5	5,6	-26	31,3	8	18,1	1,6	16,6	9,2
OD	3,9	-4,5	13,8	-19,6	9,1	14,4	5,1	-25,9	32,2	6,3	19,2	-2	16,8	11
(8)														
WD	6,3	-6,8	14	6	7,8	-2,4	5,9	-26,7	30,8	8,6	18,2	4,4	16,9	6,7
D	5,8	-6,9	13,8	-1,7	8,1	0,6	5,8	-26,4	31	6,9	18,5	2,6	16,9	7,3
OD	4	-7,2	13,3	-23,3	9,3	11,2	5,4	-25,1	31,6	1,1	19,6	-3,3	16,8	9,7
(9)														
WD	6,3	-7,8	14,3	5,4	7,7	-4,3	5,8	-26	30,5	8,1	17,8	2,3	17,5	7,6
D	5,2	-8,2	14,4	-10,1	8,5	4,7	5,4	-27,2	31,6	5,7	18,2	-1,8	16,7	11,1
OD	4	-8,7	14,5	-22,1	9,4	14,1	5	-28,6	32,6	3,4	18,6	-5,6	15,9	15,4

Der Anteil an Erwerbsfähigen im Alter von 18-65 Jahre ist deutschlandweit in den Großstädten (1) und (5) am höchsten (Anlage, Tab. 1). Auf dem 3. Rang folgt bereits der ostdeutsch geprägte ländliche Kreistyp (4) mit 65,1 %. Hier schlagen die hohen Bevölkerungsgewinne zwischen 1990 und 2001 zu Buche (Tab. 3). So wuchs beispielsweise die Gruppe der 30- bis 50-Jährigen im brandenburgischen Potsdam-Mittelmark um 30,5 % und die der 50- bis 65-Jährigen zwischen 1995 und 2000 um 8,8 %. Im bayrischen Erding (WD4) lag das entsprechende Wachstum bei 19,8 % bzw. 11 %. Die anderen ländlichen Kreistypen liegen mit ihrem Anteil an erwerbsfähigen Altersgruppen gemeinsam mit verdichteten Kreisen in verstäderten Regionen (6) auf den hinteren Rängen. Dabei zeigen sich zwischen ost- und westdeutschen ländlichen Regionen Unterschiede. Die westdeutschen Kreistypen (WD9),

¹⁷ Bei gleich bleibender Lebenserwartung bleibt eine Bevölkerung stabil, wenn jede Frau im Schnitt 2,1 Kinder bekommt (vgl. Kröhnert et al. 2004).

(WD7) und (WD8) haben die geringsten Anteile an den erwerbsfähigen Altersgruppen zwischen 30 und 65 Jahren, während er in den vergleichbaren ostdeutschen ländlichen Regionen höher liegt. Der höhere Anteil an Berufsfähigen betrifft auch den ostdeutschen Kreistyp (OD4) im Vergleich zum westdeutschen (WD4). Dabei ist herauszuheben, dass in diesem Kreistyp (OD4) zwischen 1995 und 2000 auch bedeutend höhere Zuwächse an Berufsfähigen erfolgten als im Vergleichstyp (WD4) (Tab. 9). Dies betrifft insbesondere die Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen, die beispielsweise im brandenburgischen Kreistyp (OD4) um 17,9 %, im niedersächsischen Kreistyp (WD4) um 8,2 % wuchs. In ostdeutschen ländlichen Regionen findet sich dementsprechend ein hohes Potential an berufsfähiger Bevölkerung zwischen 30 und 65 Jahren, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht.

Auch bei einem Vergleich der ostdeutschen Kreistypen liegt der Anteil Berufsfähiger in ländlichen Kreisen höher als in den hoch verdichteten und verdichteten Kreisen in verstäderten Regionen (OD2), (OD3) und (OD6). In ostdeutschen ländlichen Regionen sind die Verluste an Berufsfähigen bspw. durch Abwanderung insgesamt geringer als in den urbanen ostdeutschen Regionen. Sie waren zwischen 1995 und 2000 in den ostdeutschen Kernstädten in verstäderten Regionen (5) bei den 30- bis 65-Jährigen mit durchschnittlich -7 % am höchsten, die dünn besiedelten peripheren Regionen (OD9) folgen mit -5,6 % bei den 50- bis 65-Jährigen. In diesem agglomerationsfernen ländlichen Raumtyp vollzog sich eine differenzierte Entwicklung. Mecklenburg-Vorpommern verzeichnet einzelne Gewinne bei den Altersgruppen der 30- bis 65-Jährigen. In Ludwigslust (OD9) beispielsweise wuchs die Gruppe der 30- bis 50-Jährigen zwischen 1995 und 2000 um 14,3 %. Andere mecklenburgische Kreise weisen demgegenüber eher Verluste auf wie die Städte Neubrandenburg oder Greifswald (OD9), wo sich der Anteil der 30- bis 50-Jährigen um 11,3 % bzw. 10,8 % reduzierte. Das kann einerseits Folge der Alterungsprozesse in der Bevölkerung sein. Andererseits sind nicht nur die Bewohner der Kernstädte in verstäderten Regionen (OD5) sondern auch die Städter in ländlichen Regionen mobil. Angesichts der starken Verluste an Beschäftigungsangeboten in ihrem regionalen Umfeld sind sie offenbar bereit, mit dem Ziel einer Beschäftigung abgelegene ländliche Regionen zu verlassen.

Der höchste Anteil an der Altersgruppe der über 65-Jährigen konzentriert sich deutschlandweit in den Großstädten (5) und (1), gefolgt von den ländlichen Kreistypen (8) und (9) mit ebenfalls überdurchschnittlichen Anteilen, wobei diese Tendenz nicht auf den ostdeutschen Kreistyp (OD9) zutrifft (Anlage, Tab.1). Sowohl im west- wie im ostdeutschen Kreistyp (4) ist der Seniorenanteil am geringsten (Tab. 9). Betrachtet man die Zuwachsraten zwischen 1995 und 2000, so holt der agglomerationsnahe ländliche Kreistyp (4) jedoch deutschlandweit auf, er verzeichnet die höchsten Zuwachsraten bei Personen über 65 Jahre zwischen 1995 und 2000 (Tab. 9). Sie betragen im brandenburgischen Oberhavel (OD4) 28,6 % und in Märkisch-Oderland (OD4) 27,7 %. Mit einigem Abstand folgen agglomerationsferne dünn besiedelte Kreise (9) sowie hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen (2). In der mecklenburgischen Stadt Neubrandenburg (OD9) wuchs ihr Anteil um 34,9 %. Wie Tabelle 9 zeigt, hat ihre Zahl in Ostdeutschland vor allem im ländlichen Kreistyp (OD4) und mit einigem Abstand in fernen dünn besiedelten Regionen (OD9) und im ländlichen Kreistyp (OD7) zugenommen. Sie steigerte sich im brandenburgischen Kreistyp (OD4) beispielsweise durchschnittlich um 22,3 % und im mecklenburgischen Kreistyp (OD9) um 18,9 %. Insgesamt kann man davon ausgehen, dass sich die Zahl der Senioren in den ostdeutschen ländlichen Regionen erhöht. Prognostisch wird Ostthüringen den Rang der ältesten Region Deutschlands einnehmen, 2020 werden 36 % der Bevölkerung älter als 60 Jahre sein (vgl. Kröhnert et al. 2004). Ressourcen für eine wirtschaftliche Entwicklung und Probleme einer angemessenen Infrastruktur zum Beispiel hinsichtlich der medizinischen Betreuung oder der Einkaufsmöglichkeiten stellen sich unter diesem Vorzeichen für entfernte ländliche Regionen neu.

Betrachtet man die deutschen Länder mit mehr als 50 % ländlichen Kreisen, so schneidet Brandenburg hinsichtlich der Reproduktion seiner Bevölkerung in den ländlichen Kreisen zwischen 1995 und 2000 am besten ab (Tab. 10). Den letzten Rang belegt Bayern, in seinen ländlichen Kreisen sind bei der Altersgruppe der bis 6-Jährigen die größten Verluste zu verzeichnen mit -8,1 %. Auch bei den Berufsfähigen zwischen 30 und 50 Jahren liegt Brandenburg mit seinen ländlichen Kreisen auf dem 1. Rang, gefolgt von Schleswig-Holstein. Hier belegt Thüringen wegen seiner hohen Wanderungsverluste den letzten Rang. Die positiven Tendenzen in Brandenburg werden durch seine agglomerationsnahen

Kreise bewirkt, während in den entfernten Kreisen ähnliche Alterungstendenzen wie in Thüringen, Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen sind.

Tabelle 10: Rangfolge der Bundesländer mit einem Anteil von mehr als 50 % ländlichen Kreisen bei der Entwicklung ausgewählter Altersgruppen 1995-2000 (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Bundesland	bis 6-Jährige 95-00	30-50-Jährige 95-00	65+-Jährige 95-00
Brandenburg	3,0 % (1. Rang)	10,8 % (1. Rang)	18,5 % (2. Rang)
Niedersachsen	-3,4 % (2. Rang)	9,2 % (3. Rang)	10,2 % (4. Rang)
SHS	-3,5 % (3. Rang)	10,7 % (2. Rang)	7,3 % (7. Rang)
Sachsen	-4,0 % (4. Rang)	5,3 % (5. Rang)	11,8 % (3. Rang)
MVP	-5,3 % (5. Rang)	4,2 % (6. Rang)	19,7 % (1. Rang)
Sachsen-Anhalt	-5,8 % (6. Rang)	4,0 % (7. Rang)	9,8 % (5. Rang)
Thüringen	-5,3 % (7. Rang)	2,2 % (8. Rang)	8,9 % (6. Rang)
Bayern	-8,1 % (8. Rang)	7,7 % (4. Rang)	7,2 % (8. Rang)

In der Vergangenheit war die Alterung eher ein städtisches Problem. Dies scheint sich nun zu ändern. Über diesen Trend können auch die positiven Entwicklungen bei einigen Altersgruppierungen in einzelnen ländlichen Gebieten nicht hinwegtäuschen. Probleme machen sich an der zunehmenden Überalterung, fehlendem Nachwuchs und einem Rückgang an berufsfähigen Altergruppierungen bemerkbar (Tab. 8, Anlage, Tabelle 1). Ostdeutsche ländliche Regionen sind besonders stark durch überdurchschnittliche Abwanderung und zusätzlich durch einen starken Geburtenmangel verbunden mit einem Rückgang an nachwachsenden Generationen betroffen. Selbst positive Tendenzen im brandenburgischen agglomerationsnahen Raum, der durch Zuzüge aus Berlin Gewinne in allen Altersgruppen verzeichnet oder in Mecklenburg-Vorpommern, wo einzelne landschaftlich attraktive Kreise positive demographische Entwicklungen verzeichnen, können die mehrheitlichen Verluste in den reproduktions- und produktionsfähigen Altersgruppen in ostdeutschen ländlichen Räumen nicht ausgleichen. Damit zeigt sich in ostdeutschen Regionen ein allgemeines Problem ländlicher Gebiete eher als in den entsprechenden westdeutschen Räumen und in einigen Problemgebieten sogar in erschreckender Stärke. Die Zahl der Nachwachsenden wird zunehmend auch in ländlichen Regionen von vornherein beschränkt und sie fehlen zukünftig für die hier angesiedelte regionale Wirtschaft. Damit bahnt sich ein Mangel an Fachkräften für traditionelle ländliche Arbeiten an, wie ihn beispielsweise die Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt bereits erleben (vgl. MLUR 2003, 19; Wiener 2004). Entwicklungstrends in der Europäischen Union zeigen, dass es sich bei der abnehmenden natürlichen Bevölkerungsreproduktion um ein Problem handelt, das sich europaweit und besonders in einzelnen Regionen verschärft. Eine überalternde Bevölkerung in hoch entwickelten Gesellschaften weist auf ein Nachhaltigkeitsdefizit. Die Bevölkerung nimmt die sozialen, ökonomischen und ökologischen Lebensbedingungen hinsichtlich ihrer Kinderfreundlichkeit als unzureichend wahr. Das betrifft auch Bewohner ländlicher Regionen, wo die demographische Situation in Deutschland wie in Europa insgesamt durch nachholende Alterung gegenüber urbanen Regionen sowie durch eine demographische Entleerung von ländlichen Problemgebieten gekennzeichnet ist. Die Alterung betrifft zukünftig verstärkt auch ländliche Regionen, weil sich mit wachsendem Lebensniveau und urbanisierten Lebensformen die Fertilitätsrate vergleichbar mit urbanen Regionen verringert (vgl. INKAR 2003). Gleichzeitig hält aufgrund des begrenzten Arbeitsmarktes die Migration junger Leute aus ländlichen in städtische Gebiete an, was den allgemeinen demographischen Wandel für die ländlichen Regionen besonders problematisch macht. Selbst wenn urbane und ländliche Regionen durch statistisch vergleichbare Trends betroffen sind, so fehlt doch in ländlichen Gebieten häufig die notwendige Infrastruktur zu ihrer sozial verträglichen Bearbeitung. Daher stellen Alterung und Entleerung eine besondere Herausforderung für die betroffenen Regionen und die Gesamtgesellschaft dar. Um die Migration aus ländlichen Gebieten zu begrenzen scheint es besonders wichtig, flexible Infrastrukturen sowie regionale Beschäftigungsangebote zu entwickeln, die sich nicht unmittelbar an den erfolgreichen städtischen Formen orientieren, sondern stärker die regionalen Stärken nutzen.

2.2 Bildungsstruktur

Das Bildungs- und Qualifikationsniveau erweist sich als grundlegendes Merkmal einer sozialen Struktur, seine Differenzierung oder gar Polarisierung verweist auf den Grad sozialer Ungleichheit. In der Europäischen Union ist das Bildungsniveau¹⁸ der Bevölkerung insbesondere durch nationalstaatliche Anstrengungen seit Ende der 1960er Jahre beträchtlich gestiegen. Dies gilt in besonderem Maße für Frauen. In der EU15 plus Beitrittsländer weisen 21,5 % der Bewohner einen hohen Bildungsgrad auf, 42,4 % einen mittleren und 36,2 % einen niedrigen (EU 2003a, 69). In Belgien, Dänemark, Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich umfasst die Personengruppe mit Hochschulabschluss mehr als ein Viertel der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren, während der Anteil der Bevölkerung mit niedriger Bildung in Belgien, Griechenland, Spanien, Irland, Italien, Luxemburg und Portugal mehr als 40 % ausmacht (EU 2003a, 70). Dabei konnten Spanien, Italien und Portugal den Anteil an niedrig Gebildeten zwischen 25 und 34 Jahren im Vergleich zu ihrer Gesamtbevölkerung zwischen 25 und 64 deutlich verringern (EG 2003, 24). Heute haben 75 % der jungen Menschen im Alter zwischen 25 und 29 Jahren in der Europäischen Union einen Abschluss der Sekundarstufe II. Gleichzeitig verlassen jedoch 19 % der 18-24-Jährigen das Bildungssystem höchstens mit einem Abschluss der Sekundarstufe I (EU 2003a, 25). Dennoch kann die Europäische Union mit dieser Steigerung des Bildungsniveaus seiner Bevölkerung weltweit eine gute Position behaupten und sie entwickelt eine wichtige Ressource beim Übergang in die Wissensgesellschaft. Zudem steigt mit dem Bildungsniveau im Allgemeinen die Chance für eine Erwerbstätigkeit. Die deutsche Bevölkerung besitzt im europäischen Vergleich ein gutes Bildungsniveau. Unter den Schulabgängern überwiegen mit zwei Fünfteln solche mit einem Realschulabschluss, während einen Hauptschulabschluss oder die Hochschulreife je ein Viertel der Schulabgänger der 18-65-Jährigen nachweisen können (INKAR 2003). Mit ihrem Anteil an Personen mit hohem Bildungsniveau (22,3 %) liegt Deutschlands Bevölkerung bei überdurchschnittlichen Werten auf Rang 10 der EU15-Länder. Die ersten Ränge belegen Finnland mit einem Anteil von 32,4 % und Großbritannien mit 29,5 % an hoch gebildeten Personen, das geringste Niveau zeigt Portugal mit 9 %. Mit seinem Anteil an Personen mit mittlerer Bildung ist Deutschland nach Österreich (60,7 %) auf Rang 2 platziert. Bei Personen mit geringer Bildung zeigt es europaweit die niedrigsten Anteile mit 17 % (EU 2004, Tabellenanhang 188-203). Bei der beruflichen Bildung für hoch qualifizierte Beschäftigungen fand in den EU15-Ländern nur eine mäßige Entwicklung statt. Die absolute Zahl an Schülern und Studenten bis zu 29 Jahren lag 2001 mit 65.913.000 unter der von 1990 mit 67.516. Entsprechend der abnehmenden Größe nachwachsender Kohorten ist sie rückläufig. Der Prozentsatz der erwachsenen Bevölkerung der Europäischen Union, der an einer allgemeinen oder beruflichen Bildung teilnimmt, hat sich auf 8,4 % eingependelt (EU 2003a, 69). Gleiches betrifft die Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung, die 2001 auf dem gleichen Niveau von 1,9 % des Bruttoinlandsproduktes der EU15 wie 1991 liegen. In den Vereinigten Staaten und Japan stagniert dieser Aufwand ebenfalls, er liegt jedoch mit 3 % in den USA und 2,7 % in Japan deutlich über dem Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union (Eurostat 2003, Tab. 6i1ab). Innerhalb Europas zeigen sich starke regionale Unterschiede bei der Qualifizierung und dem beruflichen Einsatz hoch qualifizierter Personen. Belgien, Deutschland, die Niederlande und Schweden haben überdurchschnittlich viele Regionen, in denen der Anteil der Arbeitskräfte in wissenschaftlich-technischen Berufen über 30 % aller Arbeitskräfte liegt (EU 2003a, Tab. rdt2). Die Bedeutung der Hochtechnologie im verarbeitenden Gewerbe und den Dienstleistungen hat in jüngster Zeit merklich zugenommen. 2001 waren EU-weit 12 Millionen Menschen in Hochtechnologie-Bereichen des verarbeitenden Gewerbes beschäftigt, was einem Anteil von 7,6 % aller Beschäftigten entspricht. Er weist eine starke regionale Konzentration auf und reicht von 0,7 % in der spanischen Region Extremadura bis zu 21 % im deutschen Raum Stuttgart. 13 der führenden Hochtechnologie-Regionen liegen in Deutschland, jeweils zwei in Frankreich, Italien und Großbritannien (EU 2003a, 80). Der Beschäftigtenanteil in Hochtechnologiebereichen des Dienstleistungssektors reicht von 0,9 % in Extremadura bis zu 10,3 % im briti-

¹⁸ Eurostat bezeichnet als Personen mit niedrigem Bildungsniveau solche, die einen Abschluss der Primarstufe oder Sekundarstufe I haben. Ein mittlerer Bildungsgrad bezeichnet Bildungsabgänger mit einem Abschluss der Sekundarstufe II oder höher (ISCED 3-4), die aber keine Hochschule absolviert haben. Einen hohen Bildungsgrad haben Absolventen aus dem tertiären Bereich, die ihren Abschluss an einer Hochschule erworben haben (EU 2003b, 69).

schen Berkshire, Buckinghamshire und Oxfordshire (EU 2003a, 81). Ungeachtet seiner Vorreiterrolle im Hochtechnologiebereich liegt Deutschland bei der beruflichen Qualifikation seiner Bevölkerung im europäischen Vergleich im Mittelfeld. Beschäftigte mit mittlerer Qualifikation sind hier mit zwei Dritteln überproportional vertreten, Beschäftigte mit hoher Qualifikation erreichen nur einen Anteil von 8,7 % (INKAR 2003). In einigen Regionen besteht ein Nachholbedarf in der Ausbildung zu hoch qualifizierten Berufen. Das betrifft auch die EU15 als ganzes. Wenngleich kreisgenaue Daten zur regionalen Verteilung der europäischen Bildungsniveaus fehlen, lässt die Spannweite zwischen den EU-Mitgliedsländern mit einem höheren Anteil an hoch Gebildeten und denen mit einem geringeren Niveau darauf schließen, dass in diesem Bereich regionale Ungleichheiten ausgeprägt sind. Das betrifft in abgeschwächtem Maß auch Deutschland, dessen Regionen sich intern im Bildungs- und Qualifikationsniveau ihrer Bewohner unterscheiden. Die Trennlinien verlaufen insbesondere zwischen urbanen und ländlichen Regionen, nach wie vor verfügen Städter über eine durchschnittlich höhere Bildung (Anlage, Tab. 2). Aber auch Bewohner der verschiedenen ländlichen Regionen weisen Qualifikationsunterschiede auf, in einigen ostdeutschen ländlichen Kreisen verfügen die Bewohner aufgrund ihrer hohen beruflichen Qualifikationen über gute Voraussetzungen für zukunftsfähige Beschäftigungen.

2. 2. 1 Bildungsniveau

In den urbanen Gebieten Deutschlands leben überdurchschnittlich viele Schulabgänger mit Hochschulreife. In ländlichen Kreisen hingegen leben überproportional viele Menschen mit mittleren Abschlüssen. Wie Tabelle 11 zeigt, gibt es in ländlichen Regionen (8) und (9) sowie in ländlichen Kreisen des Typs (7) überdurchschnittlich viele Schulabgänger mit Hauptschulabschluss, in denen des Typs (4), (7) und (8) zusätzlich solche mit Realschulabschluss oder vergleichbaren Abschlüssen.¹⁹ Als problematisch erweist sich der hohe Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss, der in allen ländlichen Kreistypen wie auch in den Großstädten (1) und (5) über dem Durchschnitt liegt (Tab. 11). Damit fehlen wertvolle humane Ressourcen, die für die Konzipierung nachhaltiger Entwicklungsstrategien qualifiziert sind (vgl. Banse 2003). Zudem stehen fehlende Schulabschlüsse in einem engen Zusammenhang mit mangelnder Chancengleichheit hinsichtlich der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen.

Tabelle 11: Schulabgänger 2001 in Prozent in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Schl.	Schulabgänger ohne Abschluss 2001 (%)			Schulabgänger mit Hauptschulabschluss 2001 (%)			Schulabgänger mit Realschulabschluss oder Ähnlichem 2001 (%) ¹⁹			Schulabgänger mit Hochschulreife 2001 (%)		
	WD	D	OD	WD	D	OD	WD	D	OD	WD	D	OD
(1)	9,5	10	11,1	23,2	21,4	16,7	36,9	38	41,1	30,4	30,6	31,1
(2)	7,5	7,5	9,3	24,9	24,5	8,8	41,5	41,9	56	26,1	26,1	25,9
(3)	8,9	9,4	11,1	27,6	23,8	11,7	40,6	43,9	54,2	22,9	22,9	23
(4)	9,5	9,8	10	30,4	23	18,4	41,8	44,2	45,7	18,3	23	25,9
(5)	9,4	10,7	14,2	22,7	20,4	14,7	36,3	40	48,8	31,6	28,9	22,3
(6)	8,3	9,1	12,7	30,1	27,5	14,1	41	43	53,9	20,6	20,4	19,3
(7)	9,4	10,3	12,6	32,5	28,3	17,9	41,4	45,1	54,8	17	16,3	14,7
(8)	10,3	11,3	14,3	34,6	30,7	18,1	36,9	41,2	51,2	18,2	17,8	16,4
(9)	9,2	11,5	13,6	37,6	30	23,1	36,6	46,7	55,8	16,6	11,8	7,5
D	8,9	9,7	12,1	27,9	25,3	17	36,6	41,2	49,2	23,8	23,8	21,3

Diese Beziehung konkretisiert sich in den verschiedenen ländlichen Räumen. So weisen Kreise des Typs (4) mit 23 % den größten Anteil an Schulabsolventen mit Hochschulreife auf und liegen damit im Vergleich aller siedlungsstrukturellen Kreistypen auf Rang 4. Im brandenburgischen Dahme-

¹⁹ Die Zahl der Abgänger von Realschulen und vergleichbaren Schultypen beruhen auf eigenen Berechnungen auf Basis von INKAR 2003.

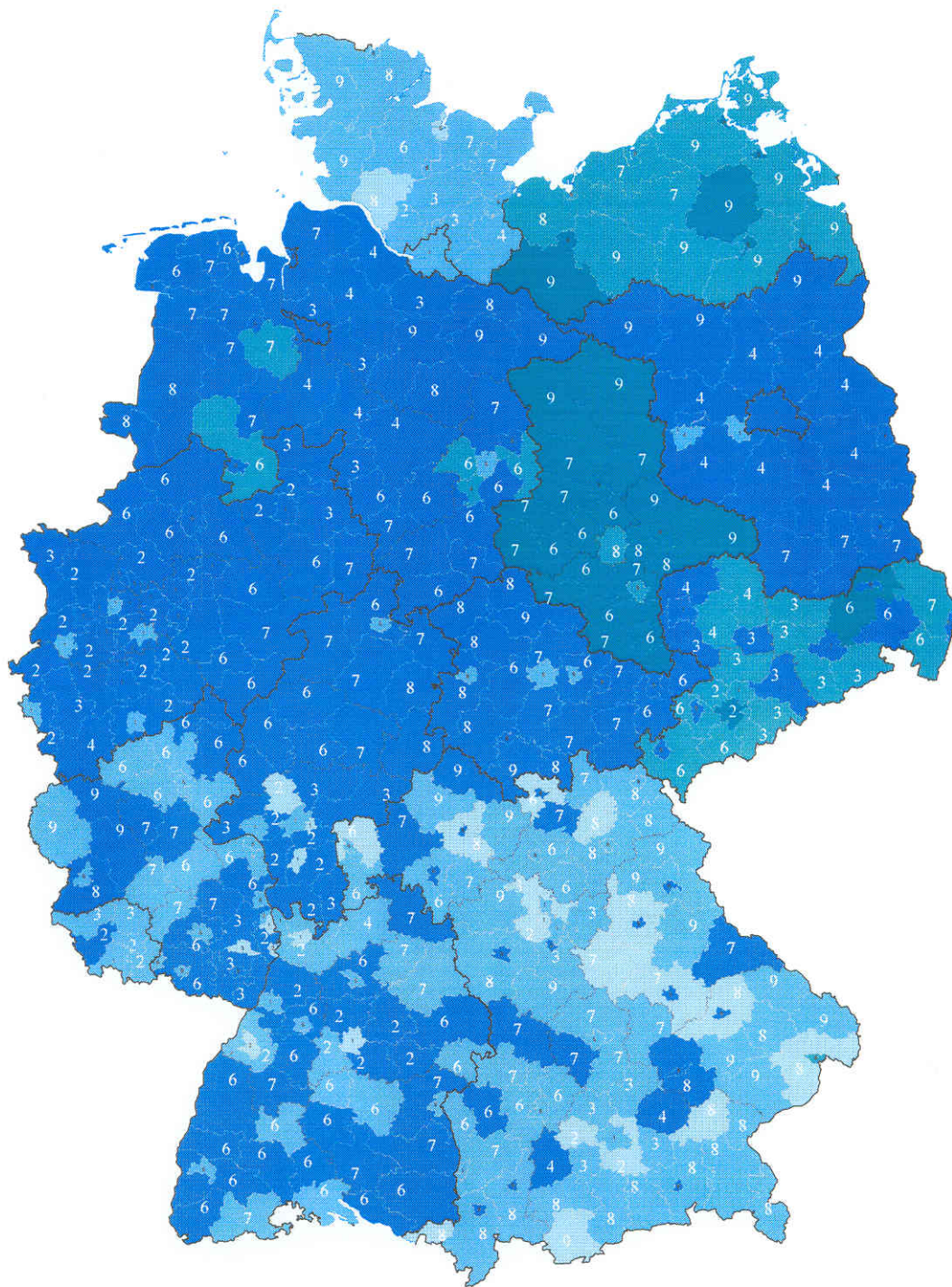
Spreewald lag der Anteil dieser Schulabgänger 2001 mit 29,5 % am höchsten im deutschlandweiten Kreistyp (4). Es folgen Potsdam-Mittelmark mit 29,3 % und das nordrhein-westfälische Euskirchen mit 29 %. In den kreisfreien Städten Brandenburg und Frankfurt/Oder (OD4) lag der Anteil an Abiturienten mit je 36,5 % noch darüber. Damit finden sich im Vergleich aller ländlichen Kreistypen die besten Voraussetzungen für hohe berufliche Qualifikationen und Kompetenzen bei Bewohnern des Kreistyps (4).

Wie Abb. 11 zeigt, gibt es ein tendenzielles Bildungsgefälle von Nord- nach Süddeutschland. Dabei schneiden urbane Gebiete von Nord- und Ostdeutschland am besten ab. Ländliche Kreise zeigen in diesen Regionen häufig ein durchschnittliches Bildungsniveau, gleichzeitig gibt es mehrere Ausreißer in Richtung einer hohen Bildung. Das betrifft in Sachsen-Anhalt den Ohre-Kreis, den Saalkreis (beide OD7), Köthen, Bitterfeld (beide OD8) und in Sachsen den Niederschlesischen Oberlausitzkreis (OD7). Genauere Aussagen zu positiven Ausreißern in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern sind aufgrund der dortigen Umstellung des Schulsystems 2000/2001 nicht möglich. Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Gebieten sind weniger ausgeprägt als in Süddeutschland, wo urbane Kreise einen größeren Bildungsvorsprung gegenüber den dortigen ländlichen Kreisen zeigen. Diese liegen jedoch bei Abschlüssen mittlerer Reife in der Regel im Durchschnitt und etwas besser als ihre Nachbarregionen. Betrachtet man wie in Abb. 10 nur die Abschlüsse mittlerer Reife, so zeigt sich sogar ein Vorsprung gegenüber urbanen Regionen. Mit anderen Worten holen die Bewohner ländlicher Regionen im Bildungsniveau auf, auch hier entwickeln sich Fähigkeiten für den Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft. Deutschland erweist sich mit dieser Bildungsentwicklung als Vorreiter innerhalb der EU15. Bisher gelingt es allerdings nur bedingt, bei regionalen Entwicklungen auf diesen Ressourcen umfassend aufzubauen. Insbesondere in peripheren ländlichen Regionen liegen sie zum Teil brach und/oder sie werden in prosperierende Gebiete abgezogen (Anlage 1, Tab. 2 und 3). Dieser Prozess kann nur durch angemessene Qualifikations- und Beschäftigungsangebote in den wirtschaftlich und sozial peripheren Regionen aufgehalten werden.

2. 2. 2 Berufliches Qualifikationsniveau

Deutschlandweit finden sich in urbanen Regionen mehr Beschäftigte mit hohen beruflichen Qualifikationen als in ländlichen Regionen. In ländlichen Gebieten dominieren ähnlich wie beim Bildungsniveau mittlere berufliche Qualifikationen (Tab. 12). So arbeiten im ländlichen Raum weniger gering Qualifizierte²⁰ als in urbanen Regionen, aber auch weniger Beschäftigte mit hoher Qualifizierung. Gering Qualifizierte leben häufiger in verstäderten Regionen und in Metropolen als in ländlichen Räumen. In urbanen Gebieten konzentrieren sich entsprechend den Beschäftigungsangeboten die hoch und die gering Qualifizierten. Ausgehend von diesem Befund kann man nicht von einer Trennlinie zwischen urbanen und ländlichen Regionen hinsichtlich der beruflichen Qualifikation sprechen. Ungleiche Verteilungen finden sich für diesen Bereich eher in urbanen Regionen und Ressourcen bei den beruflichen Qualifikationen von Bewohnern ländlicher Räume sind nicht von vornherein schlechter.

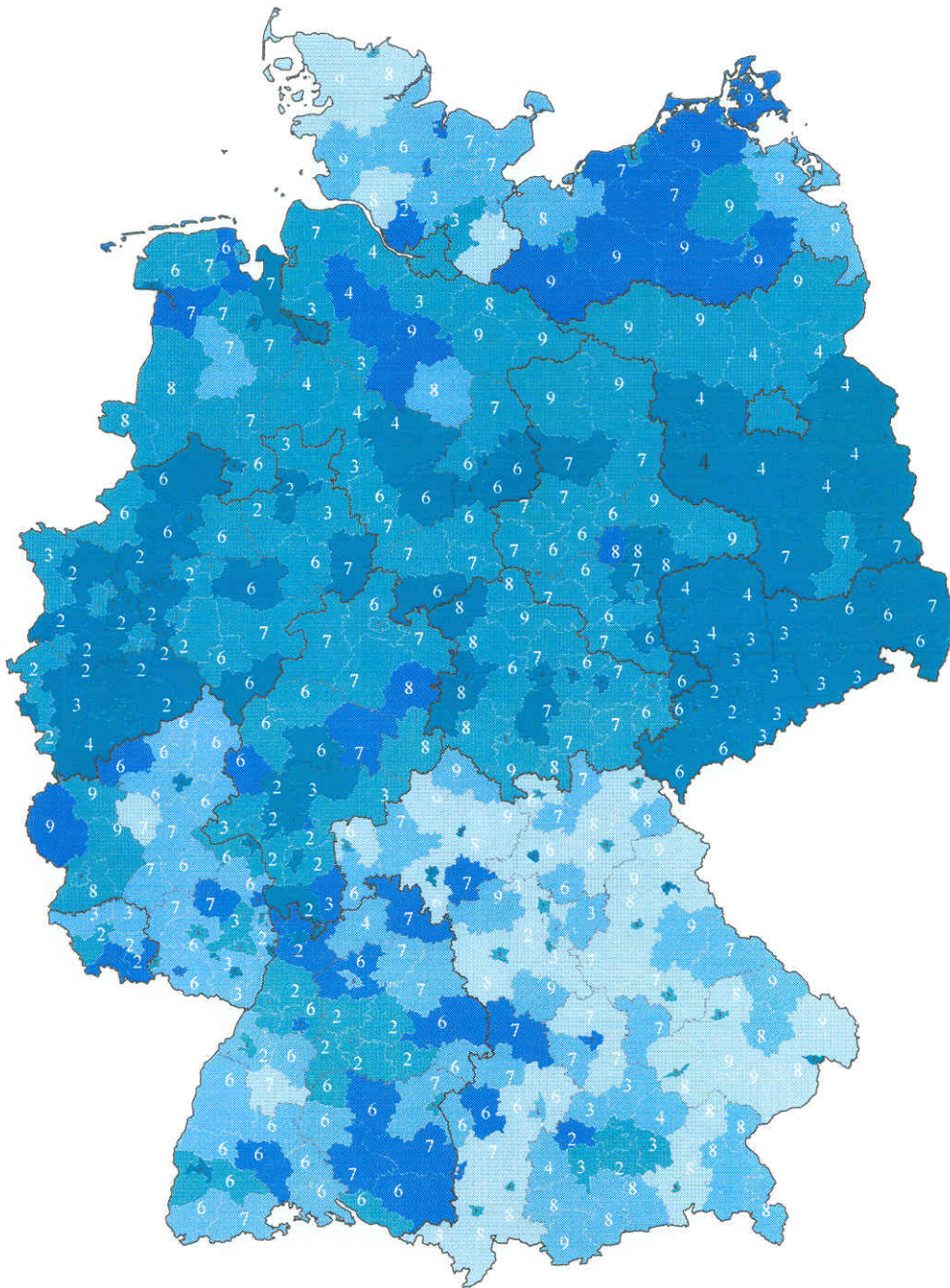
²⁰ INKAR definiert als „geringe Qualifikation: Arbeitnehmer mit Volksschule, jedoch ohne mittlere Reife oder Abitur“, als „hoch qualifizierte Berufsausbildung: Abschluss an höherer Fachschule, Fachhochschule, Hochschule oder Universität“ (BBR 2004a, 121).



Anteil der Schulabgänger mit Abschlüssen mittlerer Reife

- stark unterdurchschnittlich mit weniger als 30 %
- unterdurchschnittlich von 30 % bis 38 %
- etwa im Durchschnitt
- überdurchschnittlich von 52 % bis 60 %
- stark überdurchschnittlich bis zu 81 %

Abbildung 10: Anteil der Schulabschlüsse mittlerer Reife 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003, Kartengrundlage EasyMap)



Anteil der Schulabgänger mit Abschlüssen höherer oder mittlerer Reife

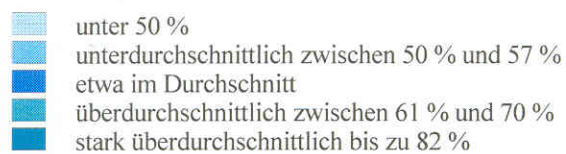


Abbildung 11: Anteil der Schulabschlüsse mittlerer bzw. Hochschulreife 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003, Kartengrundlage EasyMap)

Tabelle 12: Qualifikationsniveau der Beschäftigten 2001 in Prozent in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Schlüssel	Beschäft. mit geringer Qualifikation 01 (%)	Beschäft. mit hoher Qualifikation 01 (%)
Kernstädte in Agglomerationsräumen	(1)	31,0	12,6
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsr.	(2)	32,1	7,9
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(3)	28,7	6,7
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(4)	27,6	6,9
Kernstädte in verstädterten Regionen	(5)	26,0	10,5
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	(6)	28,3	6,2
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	(7)	27,7	5,1
Ländl. Kreise höh. Dichte in ländlichen Reg.	(8)	26,7	5,8
Ländl. Kreise ger. Dichte in ländlichen Reg.	(9)	25,9	5,2
Deutschland		29,2	8,7

Zwischen den ost- und den westdeutschen ländlichen Vergleichsregionen zeigen sich deutliche Unterschiede im Niveau der Berufsqualifizierung. Der Anteil an Beschäftigten mit hoher Qualifikation ist in ostdeutschen ländlichen Räumen anteilig größer als in den westdeutschen. Bei den Beschäftigten mit geringer Qualifikation ist dieses Verhältnis umgekehrt. Diese Tendenz betrifft alle ländlichen Kreistypen, der Anteil von Beschäftigten mit hoher Qualifikation liegt in ostdeutschen ländlichen Kreistypen (7), (4), (8) fast doppelt so hoch wie in den westdeutschen Vergleichsregionen, im ostdeutschen Kreistyp (OD9) mehr als doppelt so hoch (Tab. 13).²¹ Unter den ostdeutschen Ländern wiederum sticht Thüringen mit den vergleichsweise höchsten Anteilen Hochqualifizierter in den ländlichen Kreistypen (OD7), (OD8) und (OD9) hervor. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land bei der beruflichen Qualifikation ihrer Bewohner sind in Ostdeutschland nach wie vor geringer als in Westdeutschland, wo der Nachholbedarf an hohen beruflichen Qualifikationen in ländlichen Regionen höher ist. Bisher sind für eine nachhaltige Entwicklung notwendige Humanressourcen in ostdeutschen ländlichen Räumen vorhanden. Sie liegen jedoch aufgrund der schlechten Beschäftigungsangebote zum Teil brach. Im europäischen Vergleich gehören die ostdeutschen Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu jenen Regionen, in denen die Erwerbsquote von Personen mit hohem Bildungsgrad unter 80 % liegt. In manchen europäischen Regionen sind demgegenüber mehr als 90 % der Bevölkerung mit höherem Bildungsgrad erwerbstätig (EU 2003a, 71). Da diese Qualifizierungspotentiale in ostdeutschen ländlichen Regionen an bestimmte Generationen gebunden sind, ist zu befürchten, dass dieser regionale Qualifizierungsüberschuss mittelfristig abgebaut wird, ohne in ökonomische Leistungskraft umgesetzt zu werden. Die betroffenen Regionen sind auf Grund ihrer ökonomischen und sozialen Situation kaum in der Lage, nach erfolgter Abwanderung ihrer Hochqualifizierten solche Kompetenzen aus eigener Kraft von außen erneut anzusiedeln. Dadurch gehen ihre humanen Voraussetzungen für moderne Entwicklungen unwiederbringlich zurück. Dieses Problem betrifft europaweit auch Regionen Frankreichs, Griechenlands und im Süden Italiens sowie fast ganz Spanien, wo der Beschäftigungsgrad Hochqualifizierter ebenfalls unter 80 % liegt (EU 2003a, 71). Unter diesen Bedingungen verlassen Träger besonders guter Bildung ihr Umfeld oder aber wertvolle Potentiale zur Minderung von Entwicklungsproblemen werden vergeudet. Um den anhaltenden Verlust von Bildungspotenzialen in ländlichen Regionen zu stoppen, bedarf es einer Doppelstrategie die eine innovative regionale Beschäftigungspolitik mit regional passfähigen Bildungsangeboten verbindet. Aufgrund des verbreiteten Charakters des Problems tragen die betroffenen Regionen, ihre Staaten und die Europäische Union dafür gemeinsame Verantwortung.

²¹ Diese Differenz erklärt sich unter anderem aus der unterscheidbaren Struktur landwirtschaftlicher Betriebe in der DDR und der BRD. In der DDR-Landwirtschaft überwogen große Betriebe, die von fachlich versierten Kräften geleitet wurden. Das wirkte sich auf die beruflichen Qualifikationen der in der Agrarwirtschaft Beschäftigten aus und wird noch heute an überdurchschnittlich hohen Berufsabschlüssen in ostdeutschen ländlichen Regionen erkennbar.

Tabelle 13: Qualifikationsniveau der Beschäftigten 2001 in Prozent in den ländlichen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Schlüssel	Beschäft. mit geringer Qualifikation 01 (%)			Beschäft. mit hoher Qualifikation 01 (%)		
		WD	D	OD	WD	D	OD
Ländl. Kreise in Agglomerationsräumen	(4)	32,0	27,6	24,6	4,6	6,9	8,6
Ländl. Kreise in verstädterten Regionen	(7)	30,2	27,7	20,4	4,3	5,1	7,5
Ländl. Kreise höh. Dichte in ländl. Regionen	(8)	28,4	26,7	20,5	5,0	5,8	8,9
Ländl. Kreise ger. Dichte in ländl. Regionen	(9)	30,0	25,9	21,6	3,3	5,2	7,3

2.3 Regionale Beschäftigung

Die Teilhabe am Erwerbsleben beeinflusst in mehrfacher Hinsicht die wirtschaftliche Leistungskraft und die Lebensqualität in Regionen. Sie ist territorial unterschiedlich verteilt, was regionale Ungleichheiten nach sich zieht. Mit Beschäftigungsinitiativen wirkt die Europäische Union dem entgegen. Durch eine wachsende Erwerbsbeteiligung werden wichtige Potentiale für die ökonomische Entwicklung und die soziale Integration in der Union erschlossen. Im Jahr 2000 setzte die Europäische Union Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze auf ihre Agenda. Zunächst wurde das Ziel festgeschrieben, bis 2010 eine Gesamterwerbsquote von 70 % und eine Frauenerwerbsquote von 60 % zu erreichen. Die Europäische Union befindet sich dazu auf einem guten Weg, ihre Gesamterwerbsquote liegt 2001 bei 64,1 % und damit um 4,1 % höher als 1995.²² Die höchsten Beschäftigungsquoten haben Dänemark mit 76,2 % und die Niederlande mit 74,8 %. Die Erwerbsquote für Frauen erhöhte sich in diesem Zeitraum stärker und liegt 2001 bei 55 % (Eurostat 2003, 57). Deutschland liegt mit einer allgemeinen Erwerbsquote von 57,9 % im europäischen Mittelfeld. Allerdings verzeichnet ganz Deutschland zwischen 1995 und 2001 durch verbreitete Rationalisierung und regional konzentrierte Deindustrialisierung einen leichten Beschäftigungsrückgang, der sich regional sehr unterschiedlich auswirkt. Während sich in vielen westdeutschen Regionstypen positive Tendenzen zeigen, vollzieht sich in Ostdeutschland und hier wiederum in allen Regionen ein Beschäftigungsabbau. In etwas abgeschwächtem Maß sind deutschlandweit davon alle ländlichen Gebiete (4), (7), (8), (9) sowie Kernstädte in verstädterten Regionen (5) betroffen.

Hinsichtlich der anteiligen Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche folgt die Europäische Union dem Trend zunehmender Tertiärisierung. Zwischen 1995 und 2001 wird der Anteil der Beschäftigten im primären Sektor um 14,5 % gesenkt, der Beschäftigtenanteil im Dienstleistungssektor wächst um 13,1 %. Im sekundären Sektor steigt der Anteil der Erwerbstätigen um 3,1 %. Die regionale Verteilung der Wirtschaftssektoren ist innerhalb der Europäischen Union jedoch sehr ungleich. 2003 haben in der EU15 Griechenland, Österreich und Portugal Anteile zwischen 16 % und 13 % am primären Sektor, während sie in vielen anderen Ländern nur etwa 5 % oder weniger beträgt. Großbritannien, die Niederlande, Luxemburg und Belgien haben am tertiären Sektor Anteile zwischen 80 % und 76 %, während Griechenland, Spanien, Irland und Italien zwischen 60 % und 70 % an Beschäftigten in diesem Wirtschaftssektor aufweisen (Eurostat 2004, 88). Die deutsche Beschäftigungsstruktur folgt dem europäischen Trend einer Reduzierung des primären zugunsten des tertiären Sektors. Gegenläufig zur europäischen Entwicklung erfolgt jedoch zeitgleich eine Reduzierung von Beschäftigung im sekundären Sektor. In abgeschwächtem Maß gilt auch für Deutschland eine regionale Ungleichverteilung der wirtschaftlichen Sektoren (Anlage, Tab. 3). Abgesehen von traditionell bedingten Unterschieden in der sektoralen Beschäftigungsstruktur zwischen Stadt und Land unterscheiden sich west- und ostdeutsche ländliche Räume in dieser Hinsicht voneinander. In ostdeutschen ländlichen Kreisen ist der Anteil an Beschäftigten im ersten Sektor trotz eines starken Abbaus nach wie vor höher als in westdeutschen. Betrachtet man Grad, Entwicklung und sektorale Verteilung von Beschäftigung, so sind insbesondere

²² In der EU25 beträgt die Beschäftigtenquote 2003 62,9 %, sie liegt bei Männern bei 71 % und bei Frauen bei 55 % (Eurostat 2004, 87).

ostdeutsche ländliche Kreise von einer Problembündelung mit den daraus folgenden Schwierigkeiten beispielsweise im demographischen Bereich betroffen.

Ein zentrales Problem in Europa bildet die Arbeitslosigkeit. Dabei geht es nicht nur um brachliegende humane Kapazitäten, sondern auch um gesellschaftliche Verwerfungen als Folgeerscheinung von Arbeitslosigkeit. Europaweit hat der Anstieg der Erwerbsquoten zu einem leichten Rückgang der Arbeitslosenquote geführt.²³ Sie liegt in der EU15 im Jahr 2001 bei 7,3 % der erwerbsfähigen Personen. Das ist nach wie vor eine höhere Quote als in den Vereinigten Staaten (4,8 %) und Japan (5 %). In den einzelnen Regionen der EU15 schwankt sie zwischen 1,2 % im niederländischen Utrecht und 33,3 % im französischen Reunion. Die Niederlande und Großbritannien haben jeweils 10 NUTS-2-Regionen mit einer Arbeitslosenquote unter 3,8 %. 16 NUTS-2-Regionen aus Italien, Frankreich, Spanien und Deutschland haben demgegenüber eine Arbeitslosenquote über 15,2 % (EU 2003a, 53f). Wie Erwerbsbeteiligung ist auch Arbeitslosigkeit nach wie vor durch Geschlechterzugehörigkeit geprägt. In den meisten Ländern der Europäischen Union ist die Arbeitslosenquote bei Männern niedriger als bei Frauen. Das betrifft insbesondere Griechenland, wo diese Differenz 9 % beträgt. Regional variiert die Arbeitslosenquote von Frauen innerhalb der EU15 zwischen 1,1% und 36 % (EU 2003a, 53). Langzeitarbeitslosigkeit ist ebenfalls ein europaweites Problem. 2001 sind 3,2 % der EU-Erwerbspersonen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, sie machen 44 % der Arbeitslosen aus.²⁴ Mit diesem Ungleichheitsphänomen verbinden sich besondere Nachhaltigkeitsdefizite. Sie liegen nicht nur in der Einschränkung persönlichen Wohlbefindens und sozialer Integration. Langzeitarbeitslose sind zudem dauerhaft bzw. langfristig von formeller Beschäftigung ausgeschlossen, die als legitime und sichere Einkommensquelle gilt und die existentielle Grundversorgung sichert (vgl. Hillebrand et al. 2000). Infolge der wirtschaftlichen und bildungsmäßigen Entwicklung hat sich der Anteil an Langzeitarbeitslosen seit 1996 jedoch verringert (Eurostat 2004, 89). Gemessen am Durchschnitt der Europäischen Union herrscht in Deutschland eine hohe Arbeitslosigkeit. Sie betrifft im Herbst 2002 ca. 3,95 Millionen Personen. Dabei zeigen sich sehr deutliche regionale Differenzen, die deutsche Arbeitsmarktsituation wird nach wie vor von erheblichen Ost-West-Disparitäten bestimmt (Anlage, Tab. 3). In Westdeutschland treten vor allem in den altindustrialisierten Regionen (Saarland, Ruhrgebiet) massive Strukturprobleme auf, aber selbst hier liegt die Arbeitslosenquote nur bei etwa 50 % des ostdeutschen Niveaus. In Ostdeutschland finden sich die höchsten Werte in verstädterten Regionen, neben den verdichteten Kreisen verzeichnen insbesondere die ländlichen Kreistypen die höchsten Arbeitslosenquoten. Die regionale Streuung der Arbeitslosenquote ist in den westdeutschen Bundesländern stärker als in den ostdeutschen, wo sie flächendeckend problematische Werte erreicht. Betrachtet man die Geschlechterverteilung, so stellt die Frauenarbeitslosigkeit in den ostdeutschen Ländern ein immenses Problem dar, ihre Quote liegt hier mit 18,6 % noch über der allgemeinen Arbeitslosenquote. In den westdeutschen Ländern erreicht die Frauenerwerbslosigkeit 7,7 % (BBR 2004a, 174).

2.3.1 Beschäftigungsquote

Die Beschäftigungsquote in Deutschland ist zwischen 1995 und 2001 rückläufig (-1,1 %), wobei die westdeutschen Länder einen leichten Beschäftigungszuwachs von 2,3 % und die ostdeutschen Länder einen starken Beschäftigungsrückgang von -12,7 % verzeichnen. Wie Abb. 12 und Abb. 13 belegen, gibt es in Deutschland ein Beschäftigungsgefälle von West nach Ost. Die wenigen ostdeutschen positiven Beschäftigungsinseln sind im Regelfall Städte. An der positiven Entwicklung nehmen in Westdeutschland hingegen urbane, aber auch ländliche Kreise teil, wobei der Entwicklungsschwerpunkt in Süddeutschland liegt. Auf der Ebene der siedlungsstrukturellen Kreistypen zeigen insbesondere die ländlichen Räume (4), (7) und (9) im Jahr 2001 gemessen am bundesdeutschen Durchschnitt von 49,9 Beschäftigten je 100 Einwohner eine unterdurchschnittliche Beschäftigungsdichte (Tab. 14). Damit tragen sie in der bundesdeutschen Erwerbsgesellschaft eine schwere Hypothek, welche die Abwande-

²³ Aktuellste Zahlen belegen allerdings, dass sie zwischen 2000 und 2003 infolge des deutlich langsameren Wirtschaftswachstums in der EU15 wieder ansteigt (EU 2004, 87).

²⁴ Durch den Beitritt der 10 mittel- und osteuropäischen Länder veränderte sich die Relation 2003, in der EU25 liegt die Arbeitslosenquote 2003 bei 8,8 %, die der Langzeitarbeitslosen bei 3,9 % (Eurostat 2004, 89).

rung qualifizierter Arbeitskräfte und damit letztlich den Bevölkerungsrückgang sowie die Alterung ihrer Bewohner verstärkt. In Arbeitsgesellschaften stellt die Sicherung bzw. die Neuansiedlung von qualifizierten Erwerbsangeboten das Schlüsselkriterium für eine erfolgreiche ländliche Entwicklung dar. Im Vergleich der Beschäftigungsdichte belegen dichter besiedelte agglomerationsferne Räume (8) nach den Metropolen (1) und Kernstädten in verstädterten Regionen (5) den günstigen Rang 3 noch vor den anderen urbanen Räumen (Anlage, Tab. 3). Demgegenüber weisen agglomerationsnahe ländliche Gebiete (4) mit lediglich 39 Beschäftigten je 100 Einwohner die geringste Beschäftigungsdichte unter allen siedlungsstrukturellen Kreistypen auf.²⁵ Die Typen (9) und (7) nehmen erwartungsgemäß die schlechteren Ränge 6 und 7 aller Raumtypen ein.

Tabelle 14: Quote der Beschäftigten je 100 Einwohner 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Schlüssel	Besch. 01/ 100 Einw.		
		WD	D	OD
Kernstädte in Agglomerationsräumen	(1)	67,9	63,7	51
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(2)	44,4	44,3	42,6
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(3)	40,1	40,6	42,4
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(4)	37,6	39	40
Kernstädte in verstädterten Regionen	(5)	73,3	70,7	64,1
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	(6)	44,6	44,4	42,7
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	(7)	42,1	41,6	40,2
Ländliche Kreise höherer Dichte in ländlichen Regionen	(8)	47,1	46,9	46
Ländliche Kreise geringerer Dichte in ländlichen Regionen	(9)	44,4	42,9	41,5
Deutschland			49,9	

Als besonders problematisch ist es anzusehen, dass alle ländlichen Räume gemessen am bundesdeutschen Beschäftigungsrückgang von -1,1 % zwischen 1995 und 2001 einen überdurchschnittlichen Rückgang von einem bereits niedrigen Beschäftigungsniveau aus verzeichnen. Ländliche agglomerationsferne Kreise (9) sind mit -7,2 % und ländliche agglomerationsnahe Kreistypen (4) mit -4,5 % davon am stärksten von allen Raumtypen betroffen. Das bedeutet, dass sich einerseits die Polarisierung zwischen der Beschäftigungsentwicklung urbaner und ländlicher Räume – abgesehen von wenigen Ausnahmen – gegenwärtig verstärkt. Andererseits nehmen auch Disparitäten zwischen den ländlichen Räumen insbesondere zu ungunsten ferner ländlicher Regionen mit geringer Dichte (9) zu. Dies gilt, obwohl sich die Investitionen in das produktive Gewerbe in allen ländlichen Regionen leicht über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 7700 € je Beschäftigten oder nur knapp darunter bewegen. Das bedeutet, dass neue Wege gesucht werden müssen, um auch in ländlichen Räumen Beschäftigungsstabilität oder sogar einen -zuwachs zu erreichen.

Im Vergleich ländlicher Gebiete betrifft der Beschäftigungsabbau in überdurchschnittlichem Maße solche in ostdeutschen Bundesländern. Mit Ausnahme des ostdeutschen Kreistyps (OD4) weisen die anderen Typen (OD7), (OD8) und (OD9) infolgedessen 2001 eine geringere Beschäftigungsdichte auf als ihre westdeutschen Vergleichsregionen (Tab. 14, Abb. 12). Unter den ostdeutschen ländlichen Regionen wiederum verzeichnen der Kreistyp (OD8) mit 46 Beschäftigten je 100 Einwohner 2001 die höchste Beschäftigungsdichte, der Kreistyp (OD4) mit 40 Beschäftigten die niedrigste. Ostdeutsche Frauen, die vor 1990 auch in ländlichen Räumen eine hohe Erwerbsbeteiligung aufwiesen, trifft dieser Abbau besonders. Während der Beschäftigungsabbau im ostdeutschen ländlichen Kreistyp (OD4) geringer ausfällt als in Metropolen (OD1) und Kernstädten verstädterter Regionen (OD5), zeigen ländliche Kreise in verstädterten Regionen (OD7) sowie ferne ländliche Räume (OD8) und (OD9) überdurchschnittliche Beschäftigungsverluste (Tab. 15, Abb. 13). Hier werden Prozesse nachgeholt, die in

²⁵ Das erklärt sich aus dem starken Gewicht der ostdeutschen Landkreise im Raumtyp (4).

den ostdeutschen Großstädten (1) und (5) bereits Anfang der 1990er Jahre in Form eines starken Beschäftigungsabbaus stattgefunden haben.²⁶

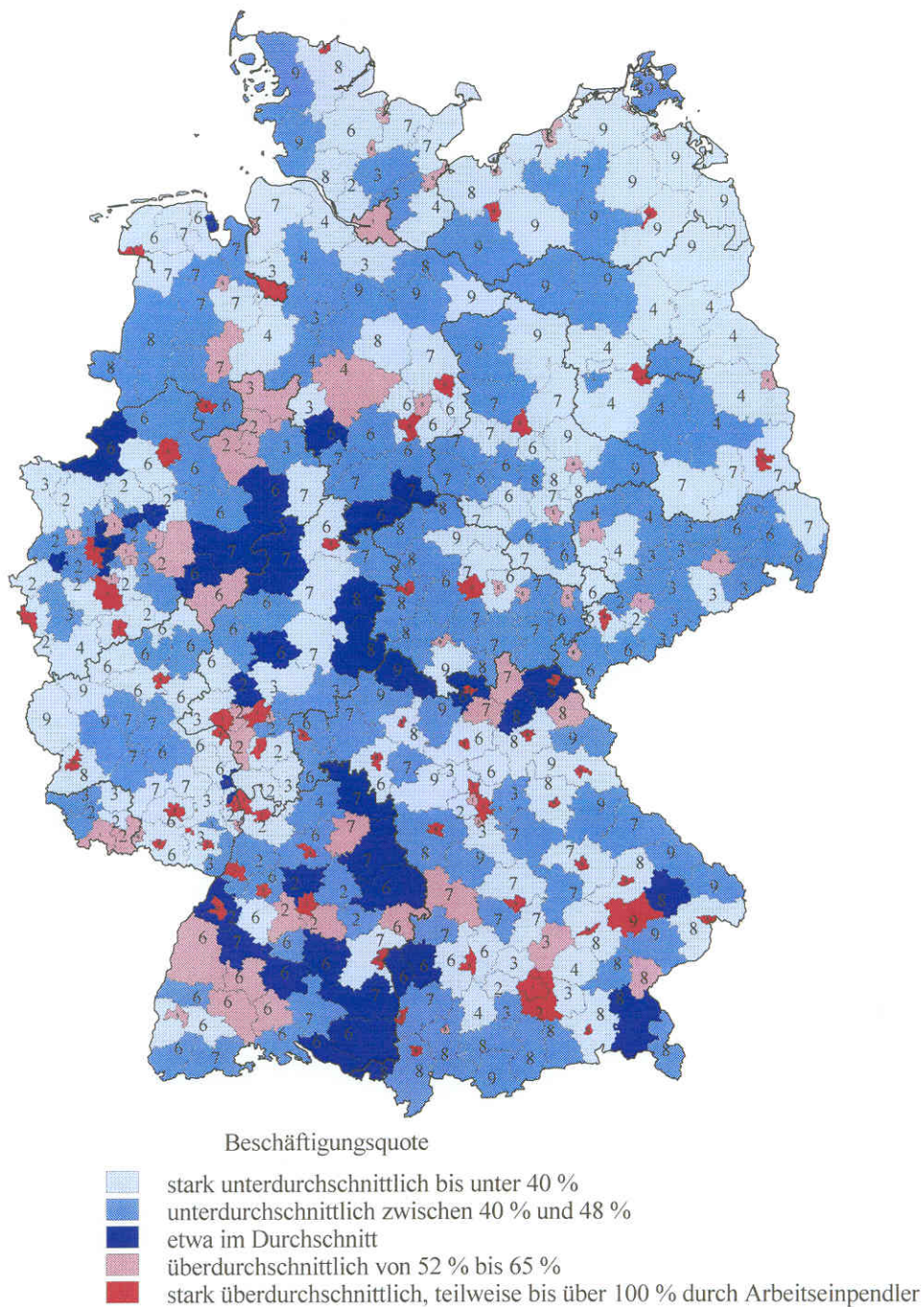
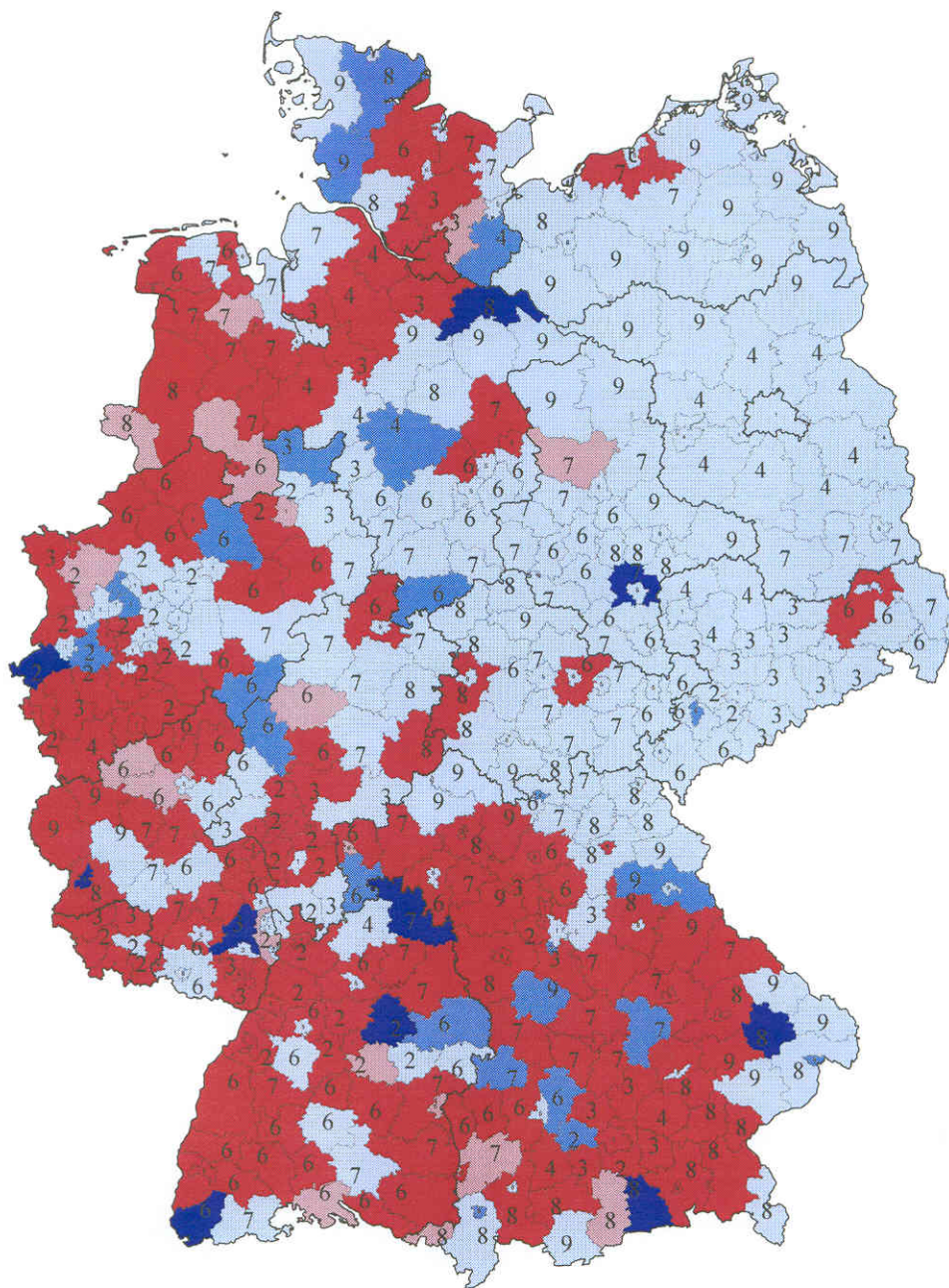


Abbildung 12: Beschäftigungsquote je 100 Einwohner zwischen 15 und 65 Jahren 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003, Kartengrundlage EasyMap)

²⁶ Die ostdeutschen Kernstädte (OD1) und (OD5) weisen 2001 deutlich geringere Beschäftigungsdichten von 51 % bzw. 64 % auf als westdeutsche Kernstädte (WD1) und (WD5) mit 68 % bzw. 73 %. Der weitere Beschäftigungsabbau erfolgte hier von einem bereits geringeren Niveau aus als in westdeutschen Vergleichsregionen.



Veränderung der Beschäftigung

- Beschäftigungsabbau um bis zu 22 %
- unterdurchschnittliches Wachstum um bis zu 0,9 %
- Beschäftigungswachstum etwa im Durchschnitt
- überdurchschnittliches Wachstum um 1,3 % bis 2 %
- stark überdurchschnittliches Wachstum, teilweise um bis zu 25,7 %

Abbildung 13: Beschäftigungsentwicklung 1995-2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003, Kartengrundlage EasyMap)

Tabelle 15: Beschäftigtenentwicklung 1995-2001 in Prozent in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Schlüssel	Beschäftigte 1995-2001 (%)		
		WD	D	OD
Kernstädte in Agglomerationsräumen	(1)	2	-0,9	-11
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(2)	3,8	3,6	-6,5
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(3)	3	-0,9	-14,4
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(4)	3,1	-4,5	-9,1
Kernstädte in verstädterten Regionen	(5)	1,8	-2,8	-14,3
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	(6)	2,7	0,1	-13,6
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	(7)	1,3	-3,6	-15,3
Ländl. Kreise höherer Dichte in ländl. Regionen	(8)	0,9	-2,7	-13,7
Ländl. Kreise ger. Dichte in ländlichen Regionen	(9)	0,2	-7,2	-14
Deutschland		2,3	-1,1	-12,7

Von den 47 ländlichen Kreisen mit Beschäftigungsverlusten über 10 % zwischen 1995 und 2001 liegen vier in Bayern, einer in Niedersachsen und einer in Hessen, die übrigen in Ostdeutschland (Tab. 16). Einschließlich der Städte in den ländlichen Kreisen sind Thüringen mit 6 von seinen 15 Kreisen ländlichen Typs betroffen, Sachsen mit 3 von 5 und Mecklenburg-Vorpommern mit 11 von 17 seiner Kreise dieses Typs.

Tabelle 16: Verteilung hoher Raten des Beschäftigungsabbaus 1995-2001 auf die ländlichen Kreistypen in Ostdeutschland (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Schlüssel	Ostdeutsche Kreise mit einem Beschäftigungsabbau >10 %
Ostdeutsche ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(OD4)	6 (von 11)
Ostdeutsche ländliche Kreise in verstädterten Regionen	(OD7)	11 (von 19)
Ostdeutsche ländl. Kreise höherer Dichte in ländlichen Reg.	(OD8)	8 (von 10)
Ostdeutsche ländl. Kreise geringerer Dichte in ländl. Reg.	(OD9)	15 (von 18)

Den Problemschwerpunkt bilden Sachsen-Anhalt und Brandenburg, wo 10 bzw. 11 von jeweils 16 Kreisen ländlichen Typs einen sehr hohen Beschäftigungsabbau aufweisen. Am stärksten ist der Beschäftigungsrückgang im Landkreis Bitterfeld in Sachsen-Anhalt mit -38,2 %. Dies ist in der EU15 nur noch mit dem französischen Korsika vergleichbar, dessen Wert bei -29,8 % liegt.

Tabelle 17: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der Beschäftigungsentwicklung 1995-2001 in Prozent in ihren ländlichen fernen Regionen (8 + 9) (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Bundesland	Beschäftigung 1995-2001 (%)
Rheinland-Pfalz	+3,2
Bayern	+0,5
Hessen	-0,2
Schleswig-Holstein	-0,6
Niedersachsen	-1,5
Thüringen	-10,1
MVP	-10,6
Brandenburg	-14,3
Sachsen-Anhalt	-18,5

Betrachtet man nur die Kreise in ländlichen Räumen (8) und (9), so führt Sachsen-Anhalt die Rangfolge der Länder mit dem stärksten Beschäftigungsabbau an (Tab. 17). Die mit einschneidenden Beschäftigungsverlusten verbundene Abwanderung junger qualifizierter Gruppen gefährdet den regionalen

Arbeitsmarkt, eigenständige Wirtschaftsentwicklung wird dadurch stark behindert (vgl. LUA 2002). Betrachtet man die westdeutschen Vergleichsregionen (WD8) und (WD9), so zeigen sich auch hier einige Stagnationen. Im schleswig-holsteinischen Kreistyp (WD8) ging die Beschäftigung zwischen 1995 und 2000 um -1 % zurück, im niedersächsischen Kreistyp (WD9) um -4 %. Wenngleich sich damit regionale Probleme verbinden, sind sie mit Blick auf ostdeutsche Vergleichsregionen zu relativieren, weil sie in einem weniger belasteten weiteren Umfeld ablaufen.

Der starke Beschäftigungsabbau vor allem in den ostdeutschen Regionen erweist sich innerhalb Europas als eine Besonderheit, er erreicht nur in einzelnen Regionen Frankreichs (Korsika) und Griechenlands (Peloponnes) ähnlich dramatische Werte. Während in vielen anderen Staaten ein Zuwachs an Erwerbstätigen erfolgt, wird ihr Anteil in Ostdeutschland nach wie vor großflächig abgebaut. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern verzeichnet Deutschland dabei eine durchschnittliche Erwerbsquote, das heißt der Abbau erfolgt von einem hohen Niveau aus. Im Zuge der Vereinigung ist es nicht gelungen, Deindustrialisierungsprozesse in Ostdeutschland ausreichend mit wirtschaftlichen Neuansiedlungen zu verbinden. Beschäftigungsmangel und hohe Arbeitslosigkeit mit allen daraus erwachsenden Folgen für das Sozialsystem und die wirtschaftliche Entwicklung, für die individuelle Befindlichkeit und für nachhaltige Entwicklungschancen sind die Konsequenz. Die von Beschäftigungsmangel besonders betroffenen Regionen haben nicht nur die Migration erwerbsfähiger Generationen und fehlende Einnahmen zu verzeichnen. Ihre Bewohner sind aufgrund der prekären Arbeitssituation auch zu Tätigkeiten aufgefordert, die verschiedenen Prinzipien der Nachhaltigkeit wie dem Ressourcenschutz oder aber wirtschaftlicher Effizienz widersprechen können (vgl. Hildebrandt 2003). Damit stehen nicht nur die unmittelbar betroffenen ostdeutschen Regionen, sondern Deutschland als Gemeinwesen vor der Aufgabe, diesen Negativtrend durch neue unkonventionelle Beschäftigungsstrategien zu stoppen. Die Unterstützung durch die Europäische Union ist dabei eine wichtige zusätzliche Hilfe. In diesem Zusammenhang sei noch einmal das Beispiel Schweden herangezogen. Hier wird in schwächeren schrumpfenden Regionen eine hohe Zahl an Arbeitsplätzen im Bereich staatlicher Dienstleistungen geschaffen, indem die örtliche Einkommenssteuer durch öffentliche Mittel ergänzt wird. Damit wurden nicht nur die Basisfunktionen in den betroffenen Gebieten aufrechterhalten, sondern auch lokale Arbeitsangebote geschaffen, um die peripheren Regionen am Leben zu erhalten (vgl. Persson 2003). Diese Strategie ist weiter in der Diskussion, da die angestrebten Effekte mit einem hohen Aufwand an öffentlichen Geldern nur partiell erreicht wurden. Darüber hinaus kann auch die großzügige Umverteilung staatlicher Dienstleistungen den lokalen Arbeitsmarkt der betroffenen Regionen nicht gewährleisten. Zudem schwächt die Konzentration staatlicher Dienstleistungen in strukturschwachen Regionen Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Gebieten (vgl. ebenda, EU 2004).

2.3.2 Beschäftigungsstruktur

Die Verteilung der Erwerbstätigen auf die Wirtschaftssektoren 1 (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), 2 (produzierendes Gewerbe) und 3 (Dienstleistungen) gibt Auskunft über regionale wirtschaftliche Perspektiven. Im Rahmen der Europäischen Union folgt Deutschland dem allgemeinen Trend der Reduzierung des Anteils an Erwerbstätigen²⁷ im primären Sektor zugunsten einer Tertiärisierung der Wirtschaft. Zwischen 1995 und 2001 wurde der Anteil der Beschäftigten im primären Sektor in der EU um 14,5 %, in Deutschland sogar um 15,8 % gesenkt. Das Wachstum der Beschäftigtenanteile in Dienstleistungssektor ist jedoch in Deutschland mit 8,4 % zwischen 1995 und 2001 weniger stark als

²⁷ In der Statistik werden unterschiedliche Bezugsgrößen genutzt. „Erwerbstätige sind Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben“. „Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeiter/innen, Angestellte und Personen in beruflicher Ausbildung, die in der gesetzlichen Renten-, Kranken-, Pflege- und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden“ (Statistisches Bundesamt 2002a, 98). Während Eurostat und das Statistische Bundesamt die Erwerbstätigen als Berechnungsgrundlage wählen, nimmt INKAR 2003 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zur Basis. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt deutlich über der der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

in der Europäischen Union mit 13,1 %. Im sekundären Sektor gibt es einen gegenläufigen Trend. Während der Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe in den EU15-Ländern zwischen 1995 und 2001 um 3,1 % stieg, ging er in Deutschland um 7,1 % zurück (Abb. 14).

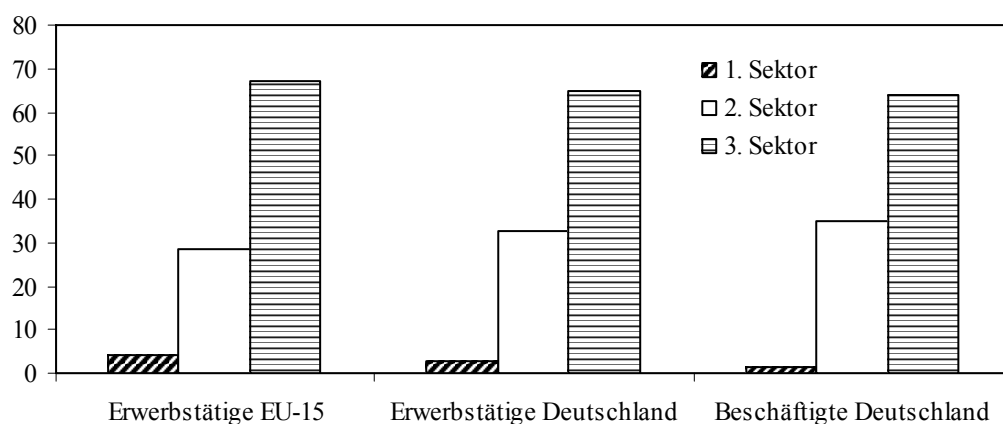


Abbildung 14: Anteil der Beschäftigten bzw. Erwerbstätigen in den Wirtschaftssektoren in der EU15 und in Deutschland 2001 in Prozent (Quelle: INKAR 2003)

In Deutschland zeigen sich zwischen urbanen und ländlichen Gebieten vor allem Differenzen im Anteil der Beschäftigten des primären und des tertiären Sektors (Tab. 18). In den deutschen ländlichen Kreisen arbeiten (traditionell) mehr Beschäftigte im primären Sektor, was auf den nach wie vor gegebenen Stellenwert agrarischer Produktion in diesen Gebieten verweist. Im ländlichen Kreistyp in verstäderten Regionen (7) zeigen sich deutschlandweit zudem die höchsten Anteile im produzierenden Bereich, wobei die Unterschiede zwischen ländlichen und urbanen Gebieten nicht groß sind. Im Dienstleistungssektor haben Großstädte (1) und (5) die mit Abstand höchsten Beschäftigungsanteile. Das betrifft auch die unternehmensbezogenen Dienstleistungen, bei denen zudem die hoch verdichteten Kreise in Agglomerationsräumen (2) hohe Werte aufweisen. Die ländlichen Kreistypen (4) und (9) folgen mit einigem Abstand auf den Rängen drei und vier beim Anteil des tertiären Sektors an den Beschäftigten, wobei sie einen geringeren Anteil an unternehmensbezogenen Dienstleistungen als die verdichteten Kreise (2) und (3) aufweisen. Hierbei kann es sich um reale Tertiärisierungseffekte handeln, die auf moderne Beschäftigungsangebote auch im ländlichen Raum weisen.

Tabelle 18: Beschäftigtenanteil im 1., 2., 3. Sektor und bei unternehmensbezogenen Dienstleistungen im 3. Sektor 2001 in Prozent in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Schlüssel	Beschäftigte (%)			
		1. Sektor	2. Sektor	3. Sektor	untern.-bezog. DL im 3. Sektor
Kernstädte in Agglomerationsräumen	(1)	0,4	25,7	73,9	10,6
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(2)	1,0	41,9	57,2	7,8
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(3)	1,9	37,8	60,2	5,1
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(4)	3,0	33,2	63,7	4,7
Kernstädte in verstäderten Regionen	(5)	0,4	28,0	71,6	7,7
Verdichtete Kreise in verstäderten Regionen	(6)	1,4	43,0	55,6	4,4
Ländliche Kreise in verstäderten Regionen	(7)	2,4	43,4	54,2	3,5
Ländl. Kreise höherer Dichte in ländlichen Reg.	(8)	1,5	39,4	59,1	4,4
Ländl. Kreise ger. Dichte in ländlichen Regionen	(9)	3,6	36,2	60,2	3,6
Deutschland		1,2	35,0	63,7	7,1

Ost- und westdeutsche ländliche Kreise unterscheiden sich hinsichtlich der Beschäftigtenanteile in allen drei Wirtschaftssektoren voneinander. Die ostdeutschen ländlichen Kreise haben eine geringere Beschäftigungsrate im produzierenden Gewerbe, höhere Anteile im primären und deutlich höhere im tertiären Bereich. Das allerdings bei einem starken Abbau der absoluten Zahl an Beschäftigten in allen drei Sektoren. Im industriellen Sektor klafft in Ostdeutschland eine besonders große Lücke. Die eingetretene Strukturverschiebung zwischen den drei Sektoren erweist sich daher als problematisch, weil die Entwicklung des sekundären Sektors in den ostdeutschen ländlichen Kreisen dem relativ und absolut höheren Anteil von Beschäftigten im tertiären Sektor nicht entspricht.

Im primären Sektor weisen deutschlandweit die agglomerationsfernen dünn besiedelten Kreise (9) mit 3,6 % den höchsten Beschäftigtenanteil auf (Tab. 19). Dieser überdurchschnittliche Anteil an Landwirtschaft kann positiv sein, wenn er mit ökonomischen Kapazitäten im verarbeitenden Sektor und einem entsprechenden Absatz einhergeht. In 14 ostdeutschen Landkreisen (OD9) liegt die Beschäftigungsquote im ersten Sektor über 5 % und sie weicht damit deutlich nach oben ab. Diese Landkreise sind nach wie vor in besonderer Weise durch die Landwirtschaft geprägt. Das betrifft am stärksten den Landkreis Mecklenburg-Strelitz (12,2 %). Es folgen die Kreise Demmin (10,7 %) und Parchim (9,1 %) in Mecklenburg-Vorpommern sowie Ostprignitz-Ruppin (7,2 %) und Prignitz (7,1 %) in Brandenburg. In den westdeutschen Vergleichsregionen (WD 9) liegt der höchste Anteil im primären Sektor bei 3,4 % im Lüchow-Dannenberg und Uelzen in Schleswig-Holstein.

Tabelle 19: Beschäftigte im 1. Sektor, 2. Sektor, 3. Sektor und unternehmensbezogene Dienstleistungen 2001 in Prozent in den ländlichen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Ländlicher Kreistyp	Beschäftigte im 1. Sektor			Beschäftigte im 2. Sektor			Beschäftigte im 3. Sektor			untern. bezogene DL im 3. Sektor		
	WD	D	OD	WD	D	OD	WD	D	OD	WD	D	OD
(4)	1,7	3,0	4,0	37,2	33,2	30,5	61,6	63,7	65,5	4,6	4,7	4,8
(7)	1,6	2,4	4,5	46,0	43,4	35,9	52,3	54,2	59,6	3,4	3,5	3,8
(8)	1,1	1,5	2,9	40,8	39,4	34,3	58,0	59,1	62,8	4,4	4,4	4,4
(9)	1,5	3,6	5,8	43,2	36,2	28,7	55,3	60,2	65,4	3,3	3,6	4,0

Noch vor den dichter besiedelten ländlichen Regionen (8) rangieren beim Beschäftigtenanteil im primären Sektor Kreise des Typs (4). Hier liegt das sächsische Torgau-Oschatz mit 7,3 % an der Spitze. Trotz ihrer Agglomerationsnähe findet im Kreistyp (4) in Relation zum 2. und 3. Sektor viel Landbewirtschaftung statt. Ebenfalls hohe Abweichungen vom Durchschnitt zeigen sich bei den ländlichen Kreisen in verstärkten Regionen (7), wo 8 ostdeutsche Kreise eine deutlich höhere Beschäftigtenrate mit mehr als 5 % im 1. Sektor haben. Das betrifft vorzugsweise die Landkreise Sangerhausen (7,6 %) in Sachsen-Anhalt und Sömmerda (7,2 %) in Thüringen. In westdeutschen Vergleichsregionen bildet das niedersächsische Ammerland (WD7) mit 7,9 % Beschäftigten im 1. Sektor die einzige Ausnahme.

Die höchste Beschäftigungsrate im sekundären Sektor weisen deutschlandweit ländliche Kreise in verstärkten Regionen (7) auf (43,4%). Sie sind traditionell mit den Kernstädten dieses Typs und ihrer Wirtschaftsstruktur verbunden. Vorreiter ist hier das bayrische Kronach (WD7) mit 62,6 % Beschäftigten im 2. Sektor. Sechs ostdeutsche Kreise dieses Typs liegen jedoch deutlich unter dieser Rate. Bad Doberan (28,3 %) in Mecklenburg-Vorpommern, der Bördekreis (33,4 %) in Sachsen-Anhalt und der Niederschlesische Oberlausitzkreis (37,1 %) in Sachsen besitzen zugleich im 1. und 3. Sektor überdurchschnittliche Beschäftigungsraten. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich in agglomerationsfernen dünn besiedelten Kreisen (9). Sie haben deutschlandweit mit 36,2 % einen leicht überdurchschnittlichen Beschäftigtenanteil im 2. Sektor. Spitzenwerte weist das bayrische Dingolf-Landau mit 72,9 % Beschäftigten im 2. Sektor auf. Ostdeutsche ländliche Regionen weichen von dieser Tendenz ab, sie haben einen unterdurchschnittlichen Industriebesatz. Die Hälfte der ostdeutschen fernen dünn besiedelten Kreise (OD9) liegt sogar deutlich darunter, das betrifft insbesondere Nordvorpommern (26,1 %) und Mecklenburg-Strelitz (26,2 %) in Mecklenburg-Vorpommern. Vier dieser Landkreise weisen im primären und tertiären Sektor überdurchschnittliche Beschäftigungsraten auf. Eine überdurchschnittli-

che Beschäftigtenquote im 3. Sektor haben Nordvorpommern (67 %) und Müritz (63,3 %) in Mecklenburg-Vorpommern sowie Stendal (64,9 %) und der Altmarkkreis (64,3 %) in Sachsen-Anhalt. Das bezieht sich nicht auf den Anteil unternehmensbezogener Dienstleistungen am tertiären Sektor, er liegt in jedem dieser Kreise unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Kreistyps (OD9). Auch bezogen auf ihre ausgedehnten Freiflächen weisen diese Kreise keine adäquate Entwicklung im touristischen Bereich auf. Insofern widerspiegelt sich in ostdeutschen ländlichen Regionen eher selten eine reale Modernisierung durch Tertiärisierung. Die relativen Verschiebungen zwischen den Wirtschaftsbereichen gingen mit einem starken Abbau von Arbeitsplätzen insbesondere im produktiven Gewerbe einher, was moderne Entwicklungen im Dienstleistungssektor erschwert.

Betrachtet man neben der sektoralen auch die Geschlechterverteilung der Beschäftigten, so ist festzuhalten, dass die Frauenbeschäftigung deutschlandweit in den Kernstädten verstädterter Regionen (5) am höchsten ist. Mit nur geringem Abstand folgen die ländlichen Kreise des Typs (9) und des Typs (4), obwohl gerade in diesen beiden Typen zwischen 1995 und 2001 der höchste Abbau an weiblichen Beschäftigten erfolgte. Dieser Befund erklärt sich aus dem Übergewicht ostdeutscher Landkreise bei den Typen (4) und (9) und dem nachhaltigen Beschäftigungswunsch ostdeutscher Frauen in Folge ihrer hohen Erwerbsbeteiligung in der DDR. Dieser Anspruch schlägt sich in einem nach wie vor höheren Anteil der ostdeutschen Frauen an den Beschäftigten nieder (49 %), welcher bei den westdeutschen Frauen 43,4 % beträgt. Betrachtet man ausschließlich die ostdeutschen siedlungsstrukturellen Kreistypen, so sind zwar in den ostdeutschen Städten (OD5) und (OD1) anteilig die meisten Frauen beschäftigt, auf den nächsten Rängen folgen aber sofort die ländlichen Typen (OD9) und (OD8). Das erklärt sich daraus, dass weibliche Erwerbsarbeit in der DDR flächendeckend war und auch Landfrauen nach wie vor den Wunsch haben, am Erwerbsleben teilzunehmen. Ungeachtet dieses Anspruchs ostdeutscher Frauen auf berufliche Beschäftigung haben sich für viele von ihnen soziale Ungleichgewichte verstärkt. In der Stadt wie auf dem Land geraten sie zunehmend in wirtschaftliche Abhängigkeit von Familienmitgliedern oder öffentlichen Haushalten, weil ihnen Beschäftigung verwehrt bleibt.

Die in Deutschland und speziell in Ostdeutschland erkennbaren Verschiebungen in der Wirtschaftsstruktur zugunsten des Dienstleistungsbereiches sind positive Merkmale einer wettbewerbsfähigen Entwicklung. Wenngleich Deutschland europaweit nicht die führende Position in diesem Prozess einnimmt, verstärken sich dennoch Tendenzen in Richtung einer nachhaltigen, weil ressourcenschonenden und effizienten regionalen Wirtschaft (vgl. Bundesregierung 2002). Als problematisch erweist sich hingegen der Abbau von Kapazitäten im sekundären Sektor insbesondere in ostdeutschen ländlichen Regionen, weil damit wichtige Voraussetzungen auch für die Tertiärisierung der Wirtschaft ungenügend entwickelt sind. Der Abbau von Beschäftigten im primären Sektor insbesondere in Ostdeutschland ist hingegen positiv zu werten, da die deutsche Agrarwirtschaft einen geringen Anteil am Bruttosozialprodukt aufweist. Das entspricht ihrer natürlichen Wettbewerbsstellung in Europa.

2.3.3 Arbeitslosigkeit

Die anhaltende Arbeitslosigkeit stellt in vielen deutschen und europäischen Gebieten ein gravierendes Problem dar. Sie belastet die soziale Qualität von Regionen, ihre dauerhafte Entwicklung und kann zu Abwanderungen führen. Im September 2002 liegt die Arbeitslosenquote in Deutschland bei durchschnittlich 10,5 %. Sie ist regional sehr ungleich verteilt und erreicht in Ostdeutschland einen Wert von 18,5 %. Die ostdeutsche Arbeitslosenquote zeigt damit im Vergleich der EU15-Länder mit 7,6 % im Jahr 2001 einen überdurchschnittlichen Wert. Sie liegt im Jahr 2001 noch vor der in Spanien mit 12,3 % oder Griechenland mit 10,2 %. Im September 2002 gibt es in der Bundesrepublik 36 Kreise mit einer Arbeitslosigkeit über 20 %, die alle im Osten liegen. Darunter wiederum handelt es sich um 25 Kreise ländlichen Typs. Im europäischen Vergleich finden sich 2001 nur 6 Gebiete mit ähnlich hohen Werten: Extremadura (21,1 %), Andalusia (21,2 %), Ceuta y Melilla (20,9 %) in Spanien, das französische Korsika (21,3 %) und Campania (22,4 %) sowie Sicilia (20,8 %) in Italien. Die hohe Arbeitslosigkeit konzentriert sich hier auf einzelne Regionen, während sie in Ostdeutschland fast durchgängig auftritt und durch individuelle Mobilität nicht zu mindern ist. Dies zeigt auch die hohe Quote an Langzeitarbeitslosen (Tab. 20). Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland zwischen 1995

und 2002 durchschnittlich um 0,3 %, in 61 Kreisen bzw. Städten allerdings um mehr als 3 %. Darunter befinden sich 58 ostdeutsche und drei bayerische Kreise. Von diesen 59 ostdeutschen Kreisen wiederum sind 37 ländlichen Typs.

Tabelle 20: Arbeitslosenquote 2002, Entwicklung der Arbeitslosenquote 1995-2002 und Langzeitarbeitslosenquote 2002 in Prozent in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Schl.	Arbeitslosenquote 02 (%)	Arbeitslosenquote 95-02 (%)	Langzeitarbeitslosenqu. 02 (%) ²⁸
Kernstädte in Agglomerationsräumen	(1)	12,5	0,8	33,8
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsr.	(2)	7,6	-0,6	31,0
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(3)	9,3	0,3	32,9
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(4)	13,0	2,3	35,3
Kernstädte in verstädterten Regionen	(5)	12,8	0,5	34,7
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	(6)	9,2	-0,2	32,1
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	(7)	10,4	0,3	33,8
Ländliche Kreise höh. Dichte in ländl. Reg.	(8)	9,5	0,5	30,0
Ländliche Kreise ger. Dichte in ländl. Reg.	(9)	13,8	1,7	35,3
Deutschland		10,5	0,3	33,1

Der deutschlandweite Regionenvergleich der Arbeitslosenquote zeigt, dass erstaunlicherweise dichter besiedelte Kreise in ländlichen Regionen (8) nach hoch verdichteten und verdichteten Kreisen in Metropolennähe (2) und (3) günstige Werte aufweisen. Im Unterschied dazu sind deutschlandweit die dünn besiedelten Kreise in ländlichen Regionen (9) und die im hoch verdichteten Raum (4) besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. Darüber hinaus weisen sie mit 1,7 % bzw. 2,3 % das stärkste Wachstum an Arbeitslosen zwischen 1995 und 2002 auf (Tab. 20). Auch bei der Zahl an Langzeitarbeitslosen zeigen diese beiden Kreistypen die höchsten Werte. Im Vergleich aller ländlichen Kreise liegt die Arbeitslosigkeit 2002 in ostdeutschen agglomerationsfernen dünn besiedelten Kreisen (OD9) am höchsten (Tab. 21).

Tabelle 21: Arbeitslosenquote 2002, Entwicklung der Arbeitslosenquote 1995-2002 und Langzeitarbeitslosenquote 2002 in Prozent in den ländlichen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Kreistyp	Arbeitslosenquote 02 (%)			Arbeitslosenquote 95-02 (%)			Langzeitarbeitslose 02 (%)		
	WD	D	OD	WD	D	OD	WD	D	OD
(4)	7,3	13,0	17,2	0	2,3	4,1	27,7	35,3	37,9
(7)	7,2	10,4	19	-0,6	0,3	3,4	28,2	33,8	39,6
(8)	7,5	9,5	16,3	0,2	0,5	2,0	26,4	30,0	35,6
(9)	7,3	13,8	20,2	0,3	1,7	3,6	25,7	35,3	38,7

Im Kreistyp (9) vollzieht sich, wie in den anderen ländlichen Typen, eine gegenläufige Entwicklung. Während sich die Arbeitslosenquote in den westdeutschen Kreisen (WD9) nur geringfügig erhöht, steigt sie in den ostdeutschen Kreisen (OD9) deutlich an. Sie weist in den mecklenburgischen Landkreisen Ücker-Randow mit 26,4 % und Demmin mit 25,5 % die deutschlandweit höchsten Werte auf. Die höchste Quote an Langzeitarbeitslosen findet sich wiederum in Ücker-Randow mit 44,9 pro 100 Arbeitslose. Es folgen Demmin sowie die brandenburgische Uckermark mit jeweils 44,2 Langzeitarbeitslosen pro 100 Arbeitslose. Auf der Ebene der Bundesländer mit Landkreisen des Typs (9) weist das Land Brandenburg 2002 im Vergleich mit anderen Bundesländern die höchste Arbeitslosenquote sowie die stärkste Steigerung zwischen 1995 und 2002 auf, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (Tab. 22). Das betrifft vorzugsweise die Uckermark mit einer Arbeitslosenquote von 23,2 % im Jahr

²⁸ Die Zahl der Langzeitarbeitslosen weist ihren Anteil je 100 Arbeitslose aus.

2002 und einer Steigerung um 4,3 % zwischen 1995-2002. Betrachtet man diese Entwicklung ist zu konstatieren, dass ländliche periphere Regionen im Nordosten Deutschlands am stärksten unter dem Beschäftigungsproblem leiden. Auch die Abwanderung junger qualifizierter Einwohner mindert die hohen Raten bei Erwerbslosigkeit nicht, weil vorhandene Beschäftigungsangebote den Bedarf nachwachsender Generationen nicht decken können. Arbeitsangebote in dünn besiedelten fernen Kreisen (9) sind gering, hier kommt es kaum zu Neuansiedlungen von Gewerbe und Dienstleistungen. Eine wichtige Chance für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Gebiete, deren Bevölkerung nicht selten überaltert ist, bieten der Landbau und bei landschaftlich schönen Gebieten der Tourismus. Die entstandenen Erwerbsprobleme können allerdings allein damit nicht gelöst werden (vgl. Becker 2000).

Tabelle 22: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der Arbeitslosenquote 2002, der Entwicklung der Arbeitslosenquote 1995-2002 und der Langzeitarbeitslosenquote 2002 in Prozent im Kreistyp (9) (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Bundesland	Arbeitslosenqu. 02 (%)	Arbeitslosenqu. 95-02 (%)	Langzeitarbeitslose 02 (%)
Brandenburg	21,7	5,2	42,3
MVP	20,9	4,5	37,2
Sachsen-Anhalt	18,5	1,6	37,8
Thüringen	17,5	3,1	35,7
Niedersachsen	11,7	0,7	35,7
Schleswig-Holstein	8,7	1,0	24,4
Bayern	6,8	0,4	22,5
Rheinland-Pfalz	6,2	0,6	24,9

Ostdeutsche ländliche Kreise des Typ (OD7) haben im Vergleich der ländlichen Kreise die zweithöchste Arbeitslosenrate, während sie in westdeutschen Kreisen dieses Typs (WD7) am niedrigsten ist (Tab. 23). Hervorzuheben ist das niedersächsische Gifhorn, wo sich die Arbeitslosenquote zwischen 1995 und 2002 um 4,9 % verringerte. Unter den ostdeutschen Landkreisen dieses Typs (OD7) bildet der mecklenburgische Landkreis Bad Doberan die einzige positive Ausnahme, wo sie zwischen 1995 und 2002 leicht um 0,4 % zurückging. In allen anderen ostdeutschen Landkreisen (OD7) stieg die Arbeitslosenquote an. Wie Tab. 23 zeigt, schneiden im Ländervergleich die sächsischen Landkreise des Typs (OD7) besonders schlecht ab. Dies erklärt sich daraus, dass der einzige entsprechende Kreis Niederschlesische Oberlausitz und die darin liegende Stadt Görlitz mit 22,5 % bzw. 25,5 % besonders hohe Arbeitslosenquoten aufweisen.

Tabelle 23: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach den Arbeitslosenquoten 2002, der Entwicklung der Arbeitslosenquote 1995-2002 und der Langzeitarbeitslosenquoten 2002 in Prozent im Kreistyp (7) (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Bundesland	Arbeitslosenquote 02 (%)	Arbeitslosenquote 95-02 (%)	Langzeitarbeitslose 02 (%)
Brandenburg	21,5	6,4	44,4
Sachsen	24,0	8,4	47,9
MVP	18,6	1,6	33,1
Sachsen-Anhalt	18,2	1,9	38,7
Thüringen	17,0	2,5	35,2
Schleswig-Holstein	9,5	0,8	31,5
Niedersachsen	9,4	-1,2	31,3
Hessen	8,7	-0,3	29,5
NRW	8,1	0,4	31,0
Rheinland-Pfalz	7,9	-1,5	30,0
Bayern	5,1	0	22,2
Baden-Württemberg	5,6	-0,9	22,8

Deutschlandweit weisen die ländlichen Kreise im Agglomerationsraum (4) die zweithöchste Arbeitslosigkeit unter den ländlichen Kreisen auf. Während die Quote in den westdeutschen Kreisen dieses Typs (WD4) im Durchschnitt zwischen 1995 und 2002 stabil bleibt, stieg sie im Vergleich der ostdeutschen ländlichen Kreise mit 4,1 % am stärksten in diesem Kreistyp (OD4) an (Tab. 21). Das betrifft insbesondere die Brandenburger Landkreise des Typs (OD4) mit einem durchschnittlichen Anstieg um 4,9 % und speziell die Landkreise Märkisch Oderland, Havelland und Oberhavel. Hier stieg Arbeitslosenquote zwischen 1995 und 2002 zwischen 5,6 % und 4,4 % an. Andere brandenburgische Kreise des Typs (OD4), die in den letzten Jahren zu einer prosperierenden wirtschaftlichen Entwicklung ansetzen, können umliegende Regionen bisher nicht mitnehmen.

In dichter besiedelten Kreisen (8) ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich der ländlichen Kreise 2002 am geringsten. Das betrifft auch die ostdeutschen Kreise dieses Typs (OD8), wo sie zwischen 1995 und 2000 zudem die geringsten Steigerungen aufweist (Tab. 21). Die bayrischen Kreise dieses Typs (WD8) zeigen mit 7,2 % die geringste Arbeitslosenquote 2002, wengleich sie zwischen 1995 und 2002 um 0,5 % stieg. In Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz ging sie geringfügig zurück. Unter den ostdeutschen Landkreisen dieses Typs (OD8) weisen die thüringischen Landkreise mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 16,1 % im Jahr 2002 die geringsten Werte auf, die Arbeitslosenquote stieg hier zwischen 1995 und 2002 um 2,2 %. Eine positive Ausnahme bildet der thüringische Wartburgkreis, wo die Arbeitslosenquote zwischen 1995 und 2002 um 0,8 % zurückging. In den Kreisen des Typs (OD8) in Sachsen-Anhalt ist die Arbeitslosigkeit demgegenüber mit durchschnittlich 20,4 % hoch, sie stieg zwischen 1995 und 2002 um durchschnittlich 3,5%. Im Landkreis Köthen herrscht eine Arbeitslosigkeit von 24,1 %. Diese Spreizung weist auf unterschiedliche Entwicklungstrends im ostdeutschen Kreistyp (OD8). Bei diesem ländlichen Typ deuten sich ebenso wie bei den Typen (4) und (7) unterschiedlich Entwicklungen einzelner ostdeutscher Landkreise an, die mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängen. Demgegenüber sind die ostdeutschen Kreise des Typs (OD9) durchgängig und am stärksten von dem Problem der Arbeitslosigkeit betroffen.

Mit Arbeitslosigkeit verbundene Folgen betreffen ostdeutsche Regionen in besonderem Maß. Eine hohe Arbeitslosigkeit schwächt betroffene Regionen, denn Migrationsprozesse in Gebiete mit ausreichenden Beschäftigungsangeboten halten an. Darüber hinaus mindert sie die Lebensqualität der Betroffenen, wobei sich speziell ihr geringes Konsumniveau lähmend auf die regionale Wirtschaft auswirkt. In diesem Kontext erklären sowohl die deutsche Bundesregierung wie die Europäische Union den Abbau von Arbeitslosigkeit zu einer ihrer vorrangigen Aufgaben. Nicht zuletzt in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie bekennt sich die Bundesregierung dazu, die Arbeitslosigkeit in allen Regionen zu senken und Beschäftigungsangebote zu unterstützen. Damit soll einer unzulässigen Vergeudung von Humanressourcen, einer mangelhaften sozialen Integration und beschränkten Entwicklungsmöglichkeiten in besonders betroffenen Regionen entgegengewirkt werden (vgl. Bundesregierung 2002). Im Rahmen des europäischen ESF-Fonds werden 4,5 Milliarden € zwischen 2000 und 2006 in Ziel-1-Gebiete transferiert, um Humankapital aufzubauen und Beschäftigung zu fördern. 19 % dieser Mittel fließen gegenwärtig in die ostdeutschen Bundesländer, um eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu unterstützen, die Beschäftigungschancen benachteiligter Gruppen zu verbessern und berufliche Aus- und Weiterbildung zu fördern. Nach Schätzungen der EU könnten auf diese Weise 1-2 % neue Arbeitsplätze entstehen (EU 2004, 145-147). Diese Maßnahmen haben nur dann längerfristige Effekte auf den Arbeitsmarkt, wenn sie den regionalen wirtschaftlichen Bedingungen angepasst sind und zukunftsfähige Beschäftigungen fördern.

2.4 Wirtschaftskraft

Das Bruttoinlandsprodukt²⁹ kennzeichnet die wirtschaftliche Stärke von Regionen und bildet eine wichtige Basis für die Lebensqualität ihrer Bewohner. Wirtschaftswachstum erweist sich in der globalisierten Welt heute als die wichtigste Basis, um im weltweiten Wettbewerb zu bestehen. In der Europäischen Union lag das Bruttoinlandsprodukt 2001 bei durchschnittlich 24.140 € pro Einwohner, in den USA bei 32.400 € und in Japan bei 24.290 € pro Einwohner.³⁰ Damit liegt die EU15 bei der Bruttowertschöpfung 2001 auf Rang drei der weiter entwickelten Regionen der Welt. Gleichzeitig konnte sie ihr Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner zwischen 1991 und 2001 auf 147 % steigern, während das Wachstum in den USA bei 142 % und in Japan bei 129 % lag. Den höchsten europäischen Zuwachs erzielte in diesem Zeitraum Irland mit 216 %, auch Griechenland und Portugal konnten ihre Wirtschaftskraft deutlich steigern (Eurostat 2003, 153). Damit wurden regionale Ungleichheiten in der Europäischen Union verringert, wenngleich sie nach wie vor bedeutsam sind (Abb. 5). So erreicht Griechenland trotz tendenzieller Angleichung im Jahr 2001 nur 68,1 % des europaweiten Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner. Die höchsten Werte erzielt Luxemburg 2001 mit 197,4 % des durchschnittlichen europäischen Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner, auf Platz zwei rangiert Irland mit 118,5 % (Eurostat 2003, 154). Die Spanne zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner liegt in der EU15 zwischen 9.813 KKS im griechischen Rodopi und 123.514 KKS im britischen Inner London West (Statistisches Bundesamt o. J.).³¹ Regionale Ungleichheiten beim Bruttoinlandsprodukt verstärken sich durch den Beitritt der ost- und mitteleuropäischen Länder zur EU25 noch einmal grundlegend (vgl. EU 2003a). In Deutschland wächst die Wirtschaft im europäischen Vergleich stetig, allerdings langsamer als in anderen europäischen Ländern. 2001 liegt das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner bei 104,1 % des durchschnittlichen Wertes der EU15-Länder, es wuchs 2000 nur um 0,6 % (Eurostat 2003, 154). Während Deutschland sein Bruttoinlandsprodukt zwischen 1991 und 2001 noch um 143 % steigerte, liegt diese Rate zwischen 1995 und 2001 nur bei 124 % und damit unter dem europäischen Durchschnitt von 131 % (Eurostat 2003, 153). Diese Wirtschaftsentwicklung ist durch die deutsche Vereinigung und den ökonomischen Nachholbedarf aller ostdeutschen Regionen beeinflusst. Anhaltend starke regionale Differenzen in der Wirtschaftskraft sind die Konsequenz dieser Transformation. Innerhalb Deutschlands liegt die Spanne beim Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner im Jahr 2001 zwischen 81.393 € im Münchener Landkreis (WD2) in Bayern und 11.182 € im Mittleren Erzgebirgskreis in Sachsen (OD3) (Statistisches Bundesamt o. J.). Da jedoch alle ostdeutschen ländlichen Kreistypen (OD4), (OD7), (OD8) und (OD9) sowie hoch verdichtete ost- und westdeutsche Kreise (2) zwischen 1995 und 2000 ein überdurchschnittliches ökonomisches Wachstum verzeichnen, wurden regionale Ungleichheiten abgebaut (Anhang 1, Tab. 4). Dennoch ist das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt ostdeutscher ländlicher Kreise nach wie vor deutlich niedriger als das der westdeutschen Vergleichsregionen oder der deutschen Großstädte. Zudem stagnieren inzwischen die Aufholprozesse in einigen Ost- und Westregionen. Europaweit ist Deutschland das einzige Land, in dem in einigen NUTS-3-Gebieten das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1995 und 2001 gesunken ist. Von dieser Entwicklung sind mehr ländliche als städtische Gebiete betroffen (vgl. Abb. 5, Statistisches Bundesamt o. J.).

Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner ist in den deutschen Großstädten (1) und (5) am höchsten. Gemessen am bundesdeutschen Durchschnitt des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner von 24.600 € im Jahr 2001 ist die Wirtschaftskraft aller ländlichen Raumtypen mit durchschnittlich 18.620 € deutlich geringer (Tab. 24). Dieses Problem betrifft agglomerationsnahe ländliche Gebiete (4) mit lediglich

²⁹ Das Bruttoinlandsprodukt gibt Auskunft über die Bruttowertschöpfung einer Region zuzüglich der Gewerbesteuern und abzüglich der Gütersubventionen (Eurostat 2003, 147). Nach einem Wachstumshöhepunkt im Jahr 2000 sinkt das Bruttoinlandsprodukt zwischen 2001 bis 2003 in Deutschland ständig ab, 2003 ging es gegenüber dem Vorjahr um -0,1 % zurück (Statistisches Bundesamt 2004a, 253).

³⁰ Das entspricht 23.340 Kaufkraftstandards (KKS) in der EU15, 32.280 KKS in den USA und 24.350 KKS in Japan (Eurostat 2004, 118).

³¹ Das Bruttoinlandsprodukt wird in der EU15 in Kaufkraftstandards (KKS) pro Einwohner berechnet. Durch die Euroeinführung sind erstmals direkte Preisvergleiche zwischen den Ländern der EU15 möglich. Der Euro hat jedoch in den einzelnen Ländern in Abhängigkeit vom nationalen Preisniveau eine unterschiedliche Kaufkraft, was mit der Umrechnung in KKS nivelliert wird (EU 2003a, 45).

16.900 € je Einwohner am stärksten von allen Kreistypen. Das erklärt sich aus der hohen Zahl an Arbeitslosen (vgl. 2.3.3) und Älteren (vgl. 2.1.3) in diesem Kreistyp. Es folgen dünn besiedelte ferne ländliche Räume (9) mit 17.600 € und ländliche Kreise in verstäderten Regionen (7) mit 18.500 € Bruttoinlandsprodukt je Einwohner.

Tabelle 24: Investitionen in das produzierende Gewerbe in 1000 € 1999/2000, Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in 1000 € 2000 und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner 1994-2000 in Prozent in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Schlüssel	Invest. in prod. Gewerbe 1000 €/Besch. 99/00	BIP je Einw. in 1000 €	BIP 94-00 (%)
Kernstädte in Agglomerationsräumen	(1)	7,7	34,7	13,7
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(2)	6,6	23,8	22,0
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(3)	7,6	19,1	17,1
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(4)	8,6	16,9	21,8
Kernstädte in verstäderten Regionen	(5)	10,6	34,3	17,0
Verdichtete Kreise in verstäderten Regionen	(6)	6,9	20,3	17,4
Ländliche Kreise in verstäderten Regionen	(7)	7,5	18,5	17,1
Ländl. Kreise höherer Dichte in ländl. Regionen	(8)	8,5	21,5	16,2
Ländl. Kreise ger. Dichte in ländl. Regionen	(9)	8,7	17,6	16,0
Deutschland		7,7	24,6	16,7

Der Abstand zwischen der Wirtschaftskraft ländlicher Kreistypen und urbaner Regionen konnte in den Jahren 1994 bis 2000 für Kreise in agglomerationsnahen (4) und in verdichteten Räumen (7) aufgrund des überdurchschnittlichen Wachstums von einem relativ guten Niveau aus stabil gehalten werden. Demgegenüber entwickeln sich Kreise in fernen ländlichen Räumen (8) und (9) weniger erfolgreich (Abb. 15). Hier ist der Abstand zu urbanen Kreisen aufgrund des unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums weiter gewachsen, wobei das Ausgangsniveau der dichter besiedelten peripheren Kreise des Typs (8) deutlich höher ist als das von Kreisen des Typs (9). Günstig hat sich die überproportionale Investitionsquote in das produzierende Gewerbe in drei von vier ländlichen Räumen ausgewirkt (Tab. 24). Dadurch wurde verhindert, dass ländliche Räume den Anschluss an die Entwicklung urbaner Räume verlieren. Um diesen Trend fortzusetzen, sind vergleichbare Investitionsraten auch in Zukunft notwendig. Gleichzeitig hat, bezogen auf diesen Parameter ökonomischer Entwicklung, die Differenzierung zwischen den verschiedenen Typen ländlicher Räume weiter zugenommen. Insbesondere für ländliche ferne Räume hat sich der Abstand zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung durch ein geringeres Wirtschaftswachstum im Untersuchungszeitraum erhöht.

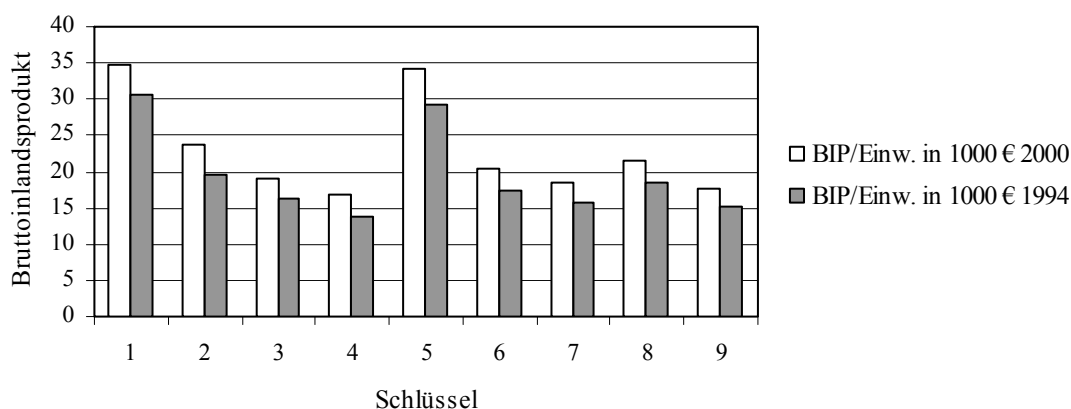


Abbildung 15: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner in 1000 € 1994-2000 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Vergleicht man die west- und ostdeutschen ländlichen Kreise, so liegt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in ostdeutschen ländlichen Kreisen durchgängig unter dem deutschlandweiten Durchschnitt des jeweiligen Kreistyps (Tab. 25). In dichter besiedelten fernen Kreisen (OD8) ist der Abstand zu westdeutschen Vergleichsregionen (WD8) besonders groß, obwohl sie gegenüber den anderen ostdeutschen ländlichen Kreistypen das höchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner aufweisen. Die Spanne liegt zwischen 11.500 € Bruttoinlandsprodukt im mecklenburgischen Nordwestmecklenburg und 37.000 € im bayrischen Traunstein. Das weist auf sehr unterschiedliche wirtschaftliche Ressourcen in den Kreisen dieses Typs. Innerhalb des ostdeutschen Kreistyps (OD4) findet sich mit dem brandenburgischen Kreis Dahme-Spreewald die einzige positive Ausnahme. Auch hier liegt jedoch das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner mit durchschnittlich 18.000 € noch unter dem Durchschnitt des westdeutschen Typs (WD4). Spitzenwerte erzielte das niedersächsische Stade mit 21.8000 €.

Tabelle 25: Bruttoinlandsprodukt in 1000 € je Einwohner 2000 in ländlichen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Kreistyp	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner		
	WD	D	OD
(4)	19.500 €	16.900 €	15.000 €
(7)	19.800 €	18.500 €	14.000 €
(8)	22.900 €	21.500 €	16.000 €
(9)	20.500 €	17.600 €	14.500 €

Ungeachtet dieses durchgängig niedrigeren Bruttoinlandsprodukts haben ostdeutsche ländliche Räume jedoch im Vergleichszeitraum 1994-2000 schneller an Wirtschaftskraft gewonnen als ihre westdeutschen Vergleichsregionen (Tab. 26). Das betrifft insbesondere agglomerationsnahe Räume (OD4), die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung von den nahen Großstädten profitieren und ihre Tertiärisierung vorantreiben konnten. Problematisch ist der ausbleibende Mitnahmeeffekt dieser Gebiete gegenüber umliegenden Regionen.

Tabelle 26: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner 1994-2000 in Prozent in den ländlichen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Kreistyp	Bruttoinlandsprodukt 94-00 (%)		
	WD	D	OD
(4)	18,0 %	21,8 %	25,8 %
(7)	16,3 %	17,1 %	20,4 %
(8)	16,3 %	16,2 %	20,4 %
(9)	16,0 %	15,5 %	20,4 %

Wie Tabelle 27 zeigt, nimmt unter den deutschen Bundesländern mit fernen ländlichen Räumen (8+9) Brandenburg im Wirtschaftswachstum den ersten Rang ein. Niedersachsen liegt mit wesentlich geringeren Werten unter dem bundesdeutschen Schnitt. Die höchsten Wirtschaftsverluste zeigen sich zwischen 1994 und 2000 mit -6,1 % im bayrischen Wunsiedel (WD8), gefolgt vom niedersächsischen Uelzen (WD9) mit -4,6 %. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner liegt hier 2000 bei 21.000 € bzw. bei 18.500 €. Unter den ostdeutschen ländlichen Kreisen dieses Typs ist der thüringische Wartburgkreis (OD8) der einzige ländliche Kreis mit Wirtschaftsverlusten (-4,2 %). Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner liegt hier 2000 bei 15.200 €.

Die Wirtschaftskraft entwickelt sich über die Zeit in allen Kreistypen nicht kontinuierlich, sie ist von Auf- und Abwärtsentwicklungen gekennzeichnet. Wirtschaftlich stagnierende Regionen konnten trotz verschiedener Förderungen und Initiativen ihren Abstand zur Wertschöpfung prosperierender Regionen kaum verringern. Ebenso zeigen ländliche Regionen stabil eine niedrigere Bruttowertschöpfung als urbane. Nach wie vor sind insbesondere ferne ländliche Gebiete schlechter mit modernen gewinnbringenden Unternehmen ausgestattet. In ihrer Entwicklung sind sie neben dem globalen Wettbewerb

und Entwicklungen auf dem Weltmarkt von staatlichen Förderungen beeinflusst. Insbesondere ferne dünn besiedelte Kreise sind von diesen Umfeldbedingungen stark abhängig. Diese wirtschaftliche Differenz zu urbanen Regionen wird sich absehbar erhalten. Sie bildet in Europa stärker als in Deutschland ein grundlegendes Strukturproblem, das die europäische Politik und ihre Instrumente wesentlich beeinflusst (vgl. EU 2004). Die EU-Förderpolitik gegenüber den schwächeren Mitgliedsstaaten und Regionen zielt darauf, deren wirtschaftliche Leistungskraft anschlussfähig zu unterstützen.

Tabelle 27: Rangfolge der deutschen Bundesländer bei dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner 1994–2000 in ihren ländlichen fernen Regionen (8 + 9) (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Bundesland	BIP je Einwohner 94-00 (%)
Brandenburg	23,5
Sachsen-Anhalt	20,7
Schleswig-Holstein	17,8
MVP	17,7
Hessen	17,0
Bayern	15,6
Thüringen	15,3
Rheinland-Pfalz	15,2
Niedersachsen	8,2

Ein wichtiges Anliegen europäischer Regionalförderung zielt in diesem Zusammenhang darauf ab, Problemregionen für ausländische Investoren attraktiver zu machen. Es wird jedoch nur teilweise realisiert, nach wie vor fließt ein unverhältnismäßig großer Teil ausländischer Investitionen in bereits wirtschaftlich starke Regionen. Eine Ausnahme bildet Irland, das zwischen 1999 und 2001 ungefähr 20 % seines Bruttoinlandsproduktes durch ausländische Direktinvestitionen erwirtschaftet. Sie konzentrieren sich jedoch auch in Irland vorrangig auf den besonders prosperierenden Osten des Landes. In Deutschland beträgt der Anteil ausländischer Investitionen am Bruttoinlandsprodukt etwas mehr als 5 %, wobei die ostdeutschen Länder davon anteilig nur ca. 2 % für sich verbuchen können (EU 2004, 97f). Eine weitere Verbesserung von Infrastrukturen und Dienstleistungen mit dem Ziel von Gewerbesiedlungen ist hier dringend erforderlich. Aus der Nachhaltigkeitsperspektive kann dieser Anspruch als widersprüchlich gesehen werden. Einerseits ist die überregionale Wettbewerbsfähigkeit und Ausdehnung regionaler Wirtschaft ausschlaggebend für Wohlstand und gleichwertige Lebensverhältnisse in den verschiedenen Räumen. Andererseits wird durch regionale Konzentration der Wirtschaft und damit eingeschränktes Verkehrsaufkommen die Umwelt geschont.

2.5 Private und öffentliche Finanzen

Einkommen und öffentliche Finanzen sind wichtige Bedingungen für die Gestaltung von Regionen und ihre Anziehungskraft für Investoren und andere Nutzer. Innerhalb der Europäischen Union ist die finanzielle Basis der Bevölkerung in den vergangenen Jahrzehnten tendenziell gewachsen und regionale Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsländern wurden gemindert. So steigen in der EU15 die durchschnittlichen Einkommen pro Einwohner zwischen 1993 und 2002 um 1,5 % (EU 2003a, 9). Die bisher vorliegenden Daten belegen bereits für 1999 ein durchschnittliches Einkommen von 12.223 € je Einwohner (ebenda).³² Das regionale Gefälle ist bei den privaten Haushaltseinkommen recht hoch. Die einkommensstärksten Regionen mit einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen von mehr als 16.000 KKS pro Kopf finden sich in Belgien, Westdeutschland, Nord- und Mittelitalien sowie in Ost-

³² Als verfügbares Einkommen der privaten Haushalte rechnet die Summe, über die sie nach Abzug aller Transaktionen (Steuern, Sozialleistungen, Transfers) verfügen. Im Rahmen der EU15 wird das verfügbare Haushaltseinkommen in Kaufkraftstandards (KKS) berechnet, in Deutschland in €. Die Differenz zwischen dem Einkommen in KKS und € liegt in Deutschland bei ca. 860 € mehr Haushaltseinkommen, wenn sie in KKS berechnet werden.

und Südostengland (EU 2003a, Tab. ect2). Der wohlhabendste EU-Mitgliedsstaat war 1997 Luxemburg (EU 2002b, 31). Durch ökonomische Transferleistungen vor allem in die Kohäsionsländer konnte die Spanne zwischen den niedrigsten Haushaltseinkommen dort und den hohen Einkommen in den wirtschaftsstärksten Ländern verringert werden. Investitionen in die Wirtschaft bewirkten in diesen Ländern bessere Einkommen, wobei nach wie vor deutliche Differenzen bestehen (vgl. EU 2003b). Deutschland liegt bei den privaten Haushaltseinkommen im europäischen Mittelfeld, 1999 beträgt es durchschnittlich 14.590 € und es wächst zwischen 1991 und 2000 um durchschnittlich 3,6 % (EU 2003a, 30). Die regionalen Ungleichheiten bei den Einkommenslagen innerhalb Deutschlands sind zwischen Ost und West ähnlich wie in Italien und Großbritannien relativ hoch. Die Spanne reicht 2001 von einem regionalen Anteil am durchschnittlichen deutschen Haushaltseinkommen in Höhe von 165 % im bayrischen Starnberg (WD2) bis zu einem Anteil von 75,6 % im brandenburgischen Landkreis Oberspreewald-Lausitz (OD7). Ein besonderes Problem besteht in Deutschland darin, dass Einkommensunterschiede zwischen Ost und West vorrangig über soziale Transferleistungen abgebaut werden. Nur zum Teil basieren Annäherungen ostdeutscher Regionen in den privaten Haushaltseinkommen an den Bundesdurchschnitt auf deren aufholender wirtschaftlicher Entwicklung. Ungleichgewichte in den Einkommenslagen konnten auf dieser Basis verringert, aber nicht aufgehoben werden. Zwar zeigen sich die deutlichsten Unterschiede bei den privaten Einkommen deutschlandweit zwischen verstärkten und ländlichen Räumen (Anlage, Tab. 4). Die höchsten Privateinkommen werden in hoch verdichteten Kreisen in Agglomerationsräumen (2) und Metropolen (1), die niedrigsten in den fernen dünn besiedelten ländlichen Regionen (9) erzielt. In Ostdeutschland liegen jedoch die Einkommen in Metropolen (OD1) noch unter dem deutschlandweiten Durchschnitt ländlicher Kreistypen. Über die geringsten Einnahmen verfügen deutschlandweit die Sozialhilfeempfänger. Sie konzentrieren sich derzeit in urbanen Regionen, allerdings ist ihre Zahl in den letzten Jahren auch in ostdeutschen ländlichen Regionen deutlich gestiegen.

Neben den privaten Einkommen der Bevölkerung haben die öffentlichen Finanzen entscheidenden Einfluss auf die soziale und ökonomische Entwicklung von Regionen. Aufgrund der Datenlage kann die regionale Verteilung öffentlicher Gelder in Deutschland mit der in den EU15-Ländern schwer verglichen werden. In der EU15 bestehen unterschiedliche Finanzierungssysteme. In den meisten EU15-Staaten werden Steuern überwiegend auf nationaler Ebene erhoben, während die auf regionaler und lokaler Ebene erzielten Steuergewinne nur einen geringen Anteil am Gesamtbudget zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben ausmachen. 2001 stammen europaweit nur durchschnittlich 15 % der Finanzmittel aus Steuereinnahmen auf regionaler und lokaler Ebene. Lediglich in Deutschland, Österreich und den drei nordischen Staaten lag dieser Anteil höher. In diesen Ländern sind daher Mechanismen des regionalen Finanzausgleichs zwischen wohlhabenden und weniger wohlhabenden Gebiete erforderlich, um soziale Disparitäten zwischen ihnen zu verringern (EU 2004, 92). Ungeachtet dieser unterschiedlichen Finanzsysteme innerhalb der Europäischen Union ist aber belegbar, dass ihre Schuldenlast in den letzten Jahren trotz eines wachsenden Bruttoinlandsproduktes nur zeitweise gesunken ist.³³ Das öffentliche Finanzierungssaldo der EU15 unterliegt Schwankungen. 2001 beträgt es -0,8 %, 2000 liegt es bei 1 % und 1996 noch bei -4,2 %.³⁴ Innerhalb der EU15 sind 2001 Portugal mit -4,1 %, Deutschland mit -2,8 % und Italien mit -2,2 % besonders belastet, während Luxemburg mit 6,6 %, Finnland mit 4,9 % und Schweden mit 4,8 % eine positive Bilanz zwischen Einnahmen und Ausgaben im öffentlichen Sektor verzeichnen (Eurostat 2004, Tab. 6d1ge). In Deutschland sind die Gesamteinnahmen des Staates am Bruttoinlandsprodukt zwischen 1995 und 2001 von 47,3 % zu 45,5 % rückläufig (Eurostat 2003, Tab. 2a1gc). Das hohe öffentliche Defizit Deutschlands hängt neben seiner Steuerpolitik mit seiner wirtschaftlichen Entwicklung und der hohen Arbeitslosigkeit zusammen. Wenn gleich das Steueraufkommen in Deutschland zwischen 1998 und 2000 erheblich gestiegen ist, verteilt

³³ Das in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gemessene öffentliche Defizit der EU25 steigt von 2002 zu 2003 von 2,1 % auf 2,7 %. In Frankreich und Deutschland liegt es 2002 mit 3 % innerhalb der EU15 am höchsten, in beiden Ländern steigt es 2003 auf 4,1 % bzw. 3,9 %, in Griechenland beträgt es 2003 3,2 % (Eurostat 2004, 135). Zwischen 1998 und 2003 steigert auch Portugal seinen öffentlichen Schuldenstand, während er sich in Belgien und Italien deutlich reduziert (ebenda).

³⁴ Während das öffentliche Finanzierungssaldo im Jahr 2001 in den Vereinigten Staaten im Plusbereich liegt (0,6 %), ist es in Japan mit -6,6 % in den weiterentwickelten Regionen der Welt am negativsten.

sich die Steuerkraft verschieden auf die Regionen. Im Unterschied zu den privaten Einkommen haben sich innerhalb Deutschlands bei den Steuereinnahmen klare Disparitäten in der räumlichen Verteilung zwischen urbanen und ländlichen Regionen verstärkt (Anlage, Tab. 5). In allen ländlichen Raumtypen ist der Abstand zu urbanen Räumen aufgrund des geringen Steuerwachstums gestiegen. Das betrifft besonders ferne dünn besiedelte Regionen (9), die vorrangig in Ostdeutschland liegen. Diese Steuerbilanz weist auf mangelnde Ressourcen für eine eigenständige wirtschaftliche und soziale Entwicklung hin, insbesondere in ostdeutschen ländlichen Regionen. Dies macht eine Flexibilisierung des Finanzausgleichs notwendig, der Möglichkeiten und Probleme der regionalen Ebene stärker berücksichtigt.

2.5.1 Haushaltseinkommen

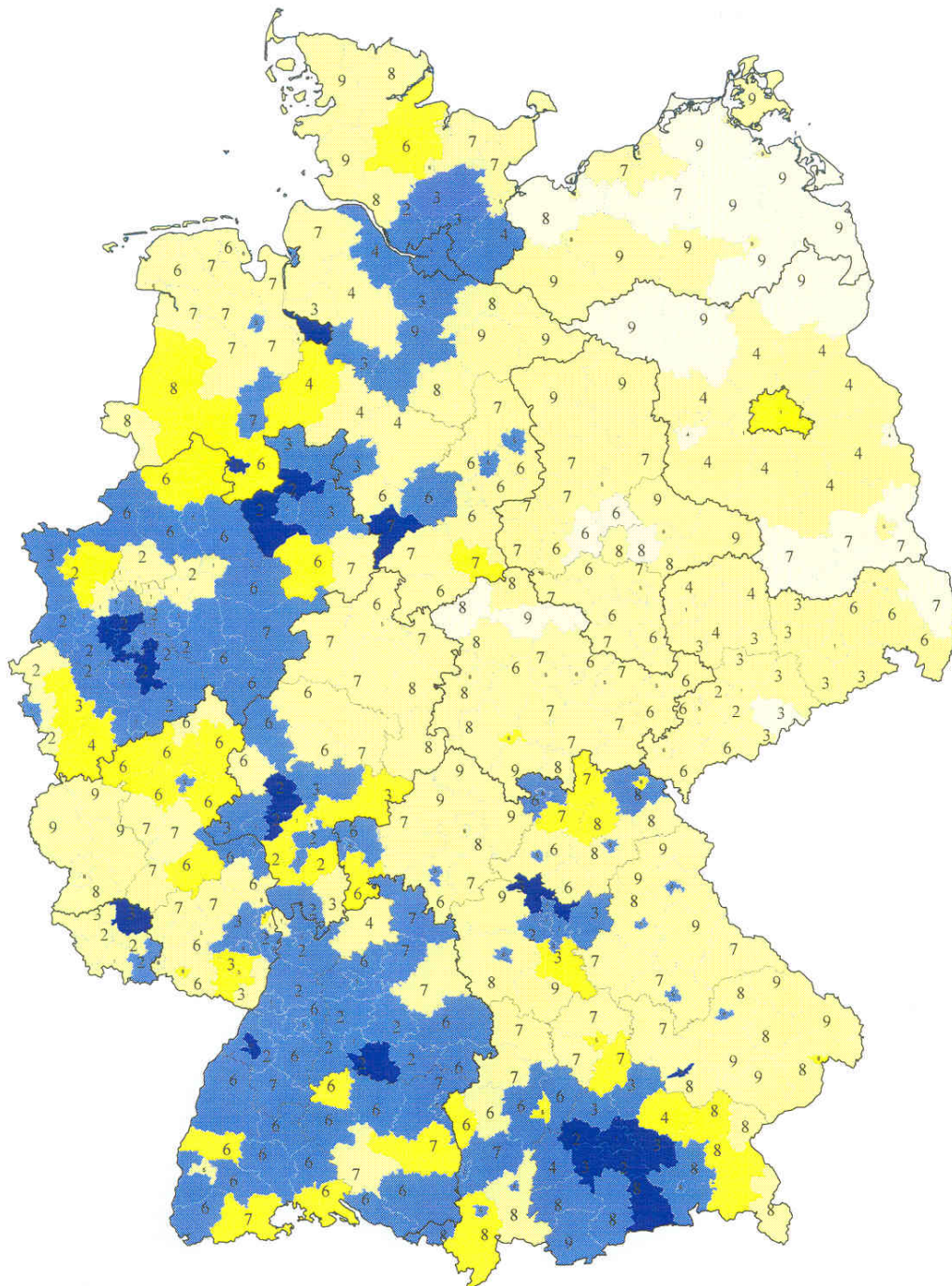
Bei der Steigerung des durchschnittlichen Haushaltseinkommens pro Einwohner zwischen 1995 und 2002 zeigen sich in Deutschland Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen (Abb. 16). In allen ländlichen Gebieten lagen private Einkommen 2001 deutlich unter denen in städtischen, was die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung schmälert. Die niedrigsten Einkommen werden in den peripheren dünn besiedelten Kreisen (9) erzielt, gefolgt von ländlichen Kreisen in verstädterten Regionen (7), wo die höchsten Einkommensverluste zwischen 1995 und 2000 zu verzeichnen sind. Auch in den Regionen des Kreistyps (4) zeigen sich unterdurchschnittliche Einkommen, die allerdings in den letzten Jahren stabil gehalten wurden. Im Vergleich der ländlichen Kreistypen werden in denen des Typs (8) die höchsten Einkommen erzielt, die jedoch auch unter denen aller urbanen Regionen liegen (Tab. 28).

Tabelle 28: Anteil am durchschnittlichen deutschen Haushaltseinkommen 2001 in Prozent (Deutschland = 100) in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: Eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt 2002b)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Haushaltseinkommen je Einwohner 2001 Deutschland = 100		
	WD	D	OD
Kernstädte in Agglomerationsräumen	104,5	103,0	86,4
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	110,4	109,4	88,0
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	107,9	102,3	85,0
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	98,5	92,8	87,7
Kernstädte in verstädterten Regionen	102,7	98,6	87,3
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	100,4	96,8	83,0
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	95,7	91,8	82,4
Ländl. Kreise höherer Dichte in ländlichen Regionen	97,1	94,1	85,1
Ländl. Kreise ger. Dichte in ländlichen Regionen	91,7	86,8	81,4
Deutschland	101,0	100,0	89,4

Das Stadt-Land-Gefälle bei den privaten Haushaltseinkommen wird durch Differenzen zwischen ost- und westdeutschen Räumen noch verstärkt. Tabelle 28 zeigt, dass die Haushaltseinkommen je Einwohner 2001 in ostdeutschen urbanen Gebieten bis zu 22 % unter denen westdeutscher Vergleichsgebiete liegen. Zwischen ost- und westdeutschen ländlichen Kreistypen ist diese Differenz mit mehr als 10 % zwar geringer, aber immer noch erheblich. Im Kreistyp (4) liegt die Spreizung zwischen 111 % im niedersächsischen Stade und 76 % in der brandenburgischen Kreisstadt Frankfurt/Oder, im Kreistyp (7) zwischen 110 % im nordrhein-westfälischen Hochsauerlandkreis und 76 % im brandenburgischen Oberpreewald-Lausitz. Ähnliche Unterschiede zeigen sich bei den peripheren ländlichen Kreisen. Hier liegt das Haushaltseinkommen 2001 im bayrischen Miesbach und Landshut (WD8) bei 121 %, in Nordwestmecklenburg (OD8) demgegenüber bei 79 %. Dieser Abstand in den regionalen Einkommenslagen hängt eng mit der prekären Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt zusammen. Bei einem Vergleich der ostdeutschen Regionen untereinander nimmt nach den hoch verdichteten Kreisen in Agglomerationsräumen (OD2) der Kreistyp (OD4) den 2. Rang bei den privaten Haushaltseinkommen ein. Das ist durch seine örtliche Lage im Speckgürtel der Metropolen, vor allem Ber-

lins bewirkt. Die dünn besiedelten peripheren Regionen des Typs (OD9) erweisen sich als die mit Abstand ärmsten, dicht gefolgt von Regionen des Typs (OD7) auf dem vorletzten Rang.



Anteil am durchschnittlichen deutschen Haushaltseinkommens

- unterdurchschnittlich unter 80 %
- unterdurchschnittlich 80 % bis 97 %
- etwa im Durchschnitt
- überdurchschnittlich von 101 % bis 120 %
- stark überdurchschnittlich bis zu 165 %

Abbildung 16: Anteil am durchschnittlichen Einkommen privater Haushalte 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: Statistisches Bundesamt 2002b, Kartengrundlage EasyMap)

Betrachtet man die Einkommenslagen in den fünf ostdeutschen Ländern, so zeigen sich aufgrund ihres Grades an Ländlichkeit auch hier Differenzierungen in den Einkommenslagen (Tab. 29). Bei den Haushaltseinkommen je Einwohner liegt Mecklenburg-Vorpommern deutschlandweit am Schluss. Beispielsweise verfügen die Einwohner der peripheren Kreise Demmin, Nordvorpommern und Ücker-Randow (OD9) im Jahr 2001 über 77,3 % bis 78,6 % des bundesdurchschnittlichen privaten Haushaltseinkommens. In Demmin lag es 2003 bei 10 566 € auf dem deutschlandweit niedrigsten Niveau (vgl. Kröhnert et al. 2004).

Tabelle 29: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in € je Einwohner 2001, Steigerungen gegenüber 2000 und 1995 sowie Anteil am durchschnittlichen deutschen Haushaltseinkommen 2001 in den ostdeutschen Bundesländern (Quelle: Statistisches Bundesamt 2002b)

Bundesland	Haushaltseinkommen in € 2001	Veränderung zum Vorjahr in %	1995 = 100	Deutschland = 100
Thüringen	14.120	3,1	126,1	85,7
Sachsen	14.119	3,3	123,6	85,7
Brandenburg	14.102	2,8	121,6	85,6
Sachsen-Anhalt	13.702	2,8	121,9	83,2
MVP	13.499	2,7	122,3	82,0
Deutschland	16.467	3,6	117	100

Besonders prägnant sind landesinterne Differenzierungen in Brandenburg. Hier liegen die niedrigsten Einkommen in agglomerationsfernen dünn besiedelten Landkreisen (OD9) und in agglomerationsnahen ländlichen Kreisen (OD7). Das betrifft die Kreise Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster (OD7), die Prignitz, die Uckermark und Ostprignitz-Ruppin (OD9) besonders stark. Dort liegen die privaten Einkommen je Einwohner 2001 nur zwischen 75,6 % und 78,6 % des Bundesdurchschnittes. Demgegenüber erreichen sie in Potsdam-Mittelmark, Oberhavel und Dahme-Spreewald (OD4) über 94 % des Bundesdurchschnittes. Hier wächst das Bruttoinlandsprodukt zwischen 1994 und 2000 zwischen 28 % und 47 %. In Sachsen betrifft der Einkommensabstand vor allem die Niederschlesische Oberlausitz, wo die Einwohner nur über 78,1 % des deutschlandweiten Durchschnittseinkommens verfügen. Im Unterschied dazu sind in Sachsen-Anhalt niedrige Einkünfte um die 80 % des deutschen Durchschnittwertes gleichmäßig auf alle Raumtypen verteilt. Besonders niedrig sind sie in Aschersleben-Staßfurt (OD6) mit 78,1 %. Das betrifft auch Thüringen, wo die Haushaltseinkommen insgesamt etwas höher liegen als in Sachsen-Anhalt.

Regionen mit den niedrigsten Haushaltseinkommen sind auch die mit der höchsten Zahl an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Der Beschäftigungsmangel schlägt sich unmittelbar auf das private Konsumniveau nieder. Infolge der eingeschränkten Kaufkraft können Arbeitsplätze in der regionalen Wirtschaft, beispielsweise im Handel oder im Handwerk, weg brechen. Einwohner mit geringem privaten Einkommen suchen verstärkt nach Zuverdiensten in der Schattenwirtschaft, kriminelle Handlungen können sich verstärken. Daneben entfalten sich alternative Einkommensquellen wie die Subsistenzwirtschaft vor allem in ländlichen Regionen, wodurch allgemeingültige regionale Probleme in den Hintergrund treten. Armut und damit verbundener Beschäftigungsabbau können auch eine verstärkte Abwanderung junger und qualifizierter Bewohner nach sich ziehen, die nach angemessener Entlohnung für ihre Berufsarbeit suchen. Eine Angleichung in den privaten Einkommenslagen mit dem Ziel, ärmere Regionen in die Gesellschaft zu integrieren, bleibt insofern als eine vordringliche soziale Aufgabe erhalten. Basis solcher Angleichungsprozesse sollte wirtschaftliche Entwicklung bzw. Stärke sein. In Deutschland ergibt sich in diesem Zusammenhang vorrangig das Problem, in ostdeutschen Regionen den Anteil sozialer Transferleistungen an den privaten Einkommen zu senken, um einer Entsolidarisierung zwischen den verschiedenen Regionen entgegenzuwirken. Eine Politik diversifizierter Wirtschaft kann bewirken, dass diese sozialen Transfers in ärmere Regionen schrittweise durch reguläre Erwerbseinkommen der dort Lebenden abgelöst werden. Als erfolgreich hat sich in diesem Zusammenhang die Strukturpolitik der Europäischen Union bewährt. In den Kohäsionsländern der EU15 wurden die privaten Einkommenssteigerungen der vergangenen Jahrzehnte vorrangig durch ökonomische Transfers und eine darauf aufbauende verstärkte Investitionstätigkeit in die Wirtschaft

ärmerer Regionen erreicht. Dadurch wurde ihre ökonomische Eigenkraft gestärkt. Aus der Nachhaltigkeitsperspektive sind diese Angleichungen regionaler Wohlfahrtsunterschiede im Sinne größerer Gerechtigkeit aber auch zu problematisieren, da sich mit hohen Einkommen unter den vorherrschenden Lebensstilen auch ein erhöhter Konsum verbindet, der den Ressourcenverbrauch steigert und damit zunehmend die Umwelt belastet (vgl. UBA 2002). Insofern bedarf eine höhere Wohlfahrt für alle europäischen Regionen durch den Abbau regionaler Einkommensdisparitäten auch des Übergangs zu neuen Konsummustern und Lebensstilen, die ein naturverträgliches Ressourcenmanagement in allen Regionen anregen.

2. 5. 2 Steuereinnahmen und Gestaltungsquote

Die Möglichkeiten öffentlicher Einrichtungen, die angestrebte Regionalentwicklung zu steuern, zeigen sich an der Gestaltungsquote ihrer Kommunen, in der sich das Verhältnis von Schulden und Einnahmen der Kreise widerspiegelt.³⁵ Einen wichtigen Indikator für wirtschaftliche Entwicklung bilden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden. In Deutschland steigt das Steueraufkommen zwischen 1998 und 2000 um 61 %, wobei Bund, Länder und Gemeinden unterschiedliche Anteile daran besitzen. Der Finanzausgleich gewährleistet in Deutschland, dass 25 % der Steuereinnahmen für finanzschwache Länder reserviert werden wie die Stadtstaaten, kleine und ostdeutsche Bundesländer.

Tabelle 30: Gestaltungsquote in den siedlungsstrukturellen Kreistypen 2000 in Prozent in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Gestaltungsquote 00 (%)		
	WD	D	OD
Kernstädte in Agglomerationsräumen	133	120	59
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	72	72	122
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	79	83	99
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	82	65	54
Kernstädte in verstädterten Regionen	128	113	81
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	69	73	99
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	73	78	93
Ländl. Kreise höherer Dichte in ländlichen Regionen	94	95	99
Ländl. Kreise ger. Dichte in ländlichen Regionen	77	85	94
Deutschland	89	88	83

Die Gestaltungsquote ist deutschlandweit in Metropolen und Großstädten deutlich ungünstiger als in allen anderen Räumen. Die geringsten Schulden im Verhältnis zu den Einnahmen haben agglomerationsnahe ländliche Kreise des Typs (4) (Tab. 29). Ihre Gestaltungsmöglichkeiten sind durch besonders hohe Einnahmen einzelner Kreise und Städte im Land Brandenburg beeinflusst, das 10 von 23 deutschen Kreisen dieses Typs stellt. Das Land Brandenburg verbucht 2000 die günstige Gestaltungsquote von 47 %. In Brandenburg befinden sich Teltow-Fläming und Oberhavel sowie die kreisfreien Städte Brandenburg/Havel und Frankfurt/Oder, die 2001 neben hohen Steuereinnahmen auch sonstige Einnahmen verbuchen und dadurch deutschlandweit mit 22 % bis 32 % die beste Gestaltungsquote im ländlichen Typ (4) aufweisen. Im Unterschied zum Kreistyp (OD4) besitzen alle anderen ostdeutschen ländlichen Kreistypen eine ungünstigere Gestaltungsquote als die westlichen Vergleichsregionen. Das resultiert vor allem aus geringeren Steuereinnahmen, die 2001 durch ausgleichsorientierte Einnahmen nicht aufgefangen werden. Unter den westdeutschen ländlichen Kreisen besitzen die des Kreistyps (WD7) die günstigste Gestaltungsquote. Hier finden sich die bayrischen Kreise Biberach, Pfaffenhofen, Rhein-Hunsrück in Rheinland-Pfalz und Sigmaringen in Baden-Württemberg mit den deutsch-

³⁵ Die Gestaltungsquote bezeichnet das Verhältnis der Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände / Steuern und steuerähnlichen Einnahmen plus ausgleichsorientierten Einnahmen in Prozent (BBR 2004 b). Je höher die Schulden im Vergleich zu den Einnahmen sind, desto größer wird die Gestaltungsquote. Je kleiner die Gestaltungsquote ist, desto besser kann sich eine Region entwickeln.

landweit günstigsten Gestaltungsquoten (34 % bis 37 %). Demgegenüber ist die Gestaltungsquote unter den westdeutschen ländlichen Kreisen in denen des Typs (WD8) am ungünstigsten und mit der in den ostdeutschen ländlichen Kreisen (OD7, OD8, OD9) vergleichbar (Tab. 30). Hier finden sich mit dem rheinland-pfälzischen Trier (338%) und den bayrischen Kreisen Straubing (250 %) und Hof (249 %) die Regionen mit den höchsten Schulden im Verhältnis zu den Einnahmen deutschlandweit.

Betrachtet man nur die Steuereinnahmen, so verzeichnen ländliche Kreistypen deutschlandweit geringere Einnahmen als verstädterte. Im Regionenvergleich nehmen sie nach allen urbanen Kreistypen die letzten vier Ränge ein (Tab 31). Dabei verringerten die Kreise des Typs (8) und (7) zwischen 1995 und 2000 ihren Abstand etwas, während die ländlichen Kreise des Typs (4) eine geringere Steigerungsrate aufweisen. Die Kreise des Typs (9) zeigen zwischen 1995 und 2000 das geringste Steuerwachstum zumal vom niedrigsten Niveau aus (Tab. 31).

Tabelle 31: Steuereinnahmen 2000 und ihre Entwicklung 1995-2000 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Schlüssel	Steuereinnahme pro Einwohner 2000 (€)	Steuereinnahme 1995-2000 (%)
Kernstädte in Agglomerationsräumen	(1)	672	108
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(2)	604	60
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(3)	483	36
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(4)	371	24
Kernstädte in verstädterten Regionen	(5)	535	86
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	(6)	470	47
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	(7)	405	37
Ländl. Kreise höherer Dichte in ländl. Regionen	(8)	430	47
Ländl. Kreise ger. Dichte in ländlichen Regionen	(9)	319	14
Deutschland		523	61

Im Vergleich der ländlichen Kreistypen verfügen die ostdeutschen über Steuereinnahmen, die durchweg die Hälfte und weniger als die der westdeutschen betragen (Tab. 32). In den ostdeutschen ländlichen Kreisen sind die Steuereinnahmen mit Ausnahme des Raumtyps (OD4) zwischen 1995 und 2000 teils drastisch zurückgegangen. Besonders auffällig ist das in peripheren dünn besiedelten Kreisen (OD9), aber auch im Kreistyp (OD7) zeigt sich eine negative Steuerbilanz. Wie bei der Gestaltungsquote ergibt sich bei den ostdeutschen agglomerationsnahen Kreisen (OD4) das durchschnittliche Wachstum der Steuereinnahmen vor allem aus den Erfolgen einzelner brandenburgischer Landkreise. Herausragend ist der Kreis Teltow-Fläming, der mit 596 € die höchsten Steuereinnahmen pro Einwohner im Jahr 2000 verzeichnet und mit 269 % das höchste Steuerwachstum zwischen 1995 und 2000 im Kreistyp (4). Ihm folgt mit 566 € Steuereinnahmen pro Einwohner das bayrische Erding. Beim Steuerwachstum liegt das brandenburgische Oberhavel mit 133 % noch vor westdeutschen Vergleichskreisen wie dem baden-württembergischen Nieder-Odenwald mit 131% und dem bayrischen Erding mit 110 %. Einzelne ostdeutsche Kreise können sich im Niveau ihrer Steuereinnahmen mit westdeutschen Vergleichsregionen (WD4) messen. Viele andere ost- und westdeutsche Landkreise dieses Typs mussten Steuerverluste hinnehmen.

Eine ähnlich differenzierte Entwicklung zeigt sich bei ländlichen Kreisen in verstädterten Regionen (7). Hier verzeichnen die baden-württembergischen Kreise des Typs (WD7) die höchste Steigerung der Steuereinnahmen zwischen 1995 und 2000 mit durchschnittlich 102 %, es folgen die hessischen Kreise (WD7) mit 75 %. Demgegenüber zeigen die brandenburgischen Kreise dieses Typs (OD7) die durchschnittlich höchsten Verluste an Steuereinnahmen zwischen 1995 und 2000 von -41,3 %, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit durchschnittlich -10% und Schleswig-Holstein mit -8,7 %. Die höchsten Steigerungen kann der bayrische Kreis Main-Spessart mit 159 % verzeichnen, die höchsten Verluste an Steuereinnahmen zeigt im Berichtszeitraum das brandenburgische Elbe-Elster mit -51 %.

Tabelle 32: Steuereinnahmen pro Einwohner in € 2000 und Entwicklung der Steuereinnahmen 1995-2000 in Prozent in den ländlichen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Kreistyp	Steuereinnahmen / Einw. 00 (€)			Steuereinnahmen 95-00 (%)		
	WD	D	OD	WD	D	OD
(4)	486	371	281	36	24	17
(7)	473	405	209	50	37	-4
(8)	490	430	210	57	47	0
(9)	430	319	201	39	14	-17

Steuerverluste betreffen ostdeutsche Kreise des Typs (OD9) in besonderer Weise. Wiederum verzeichnen die brandenburgischen Kreise dieses Typs (OD9) zwischen 1995 und 2000 mit durchschnittlich -44 % die schlechteste Steuerbilanz. Im Einzelnen liegt der Rückgang der Steuereinnahmen mit -57 % in Ücker-Randow in Mecklenburg-Vorpommern und mit -52 % in der brandenburgischen Prignitz in diesem Kreistyp (OD9) am höchsten. Demgegenüber verzeichnen die bayrischen Kreise dieses Typs (WD9) zwischen 1995 und 2000 durchschnittliche Steuergewinne von 58 %. Hervorzuheben ist Schwandorf mit einem Steuergewinn von 86 % in diesem Zeitraum. Unter den ostdeutschen dünn besiedelten Kreisen (OD9) gibt es lediglich vier Kreise mit positiver Steuerbilanz – die Städte Neubrandenburg, Greiswald und Stralsund in Mecklenburg-Vorpommern sowie den Altmarkkreis Salzwedel in Sachsen-Anhalt.

Die Entwicklung des Steueraufkommens zeigt, dass in ostdeutschen ländlichen Kreisen, insbesondere in den fernen, die Ressourcen für eine eigenständige wirtschaftliche und soziale Entwicklung stark eingeschränkt sind. Diese Regionen sind gegenwärtig nicht in der Lage, örtliche Unternehmen zu stabilisieren und Neuansiedlungen aus eigener Kraft zu forcieren. Ihnen fehlen finanzielle Spielräume, regional bedeutsame Investitionen vorzunehmen. Ihre Gestaltungsräume erwachsen gegenwärtig vor allem aus transferierten ausgleichsorientierten Einnahmen, die absehbar als Bedingung eigenständiger Entwicklung aufrechtzuerhalten sind. Werden Solidarleistungen und Leistungen aus den Strukturfonds der Europäischen Union für die betroffenen Regionen zu früh oder zu stark gekürzt, so droht einigen ländlichen Regionen und Gemeinden im Extremfall der Bankrott. Ihre Grundversorgung ist dann nicht mehr gewährleistet. Sie unterlaufen damit ein wichtiges Moment regionaler Nachhaltigkeit, denn mit ihrer hohen Verschuldung belasten sie nachfolgende Generationen, beschränken deren Wohlfahrt von vornherein. Aus dieser Sicht liegt das eigentliche Problem finanzieller Grundsicherungen für die Regionen darin, Gestaltungsspielräume der öffentlichen Haushalte und damit einhergehend die Basis wirtschaftlicher Ansiedlungen zu gewährleisten. Erst danach geht es um die Sicherung der privaten Einkommen und der damit verbundenen Kaufkraft von Bewohnern der Region.

2. 5. 3 Sozialhilfeempfänger

Mit der Reform des Arbeitsmarktes hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger seit Januar 2005 statistisch deutlich verringert, ein großer Teil von ihnen wird nunmehr in der Arbeitsmarktstatistik aufgeführt. Mit Sozialhilfeempfang bzw. Langzeitarbeitslosigkeit verbundene Probleme für regionale Entwicklung werden damit bisher nicht grundlegend beseitigt. Daher wird deren regionale Verteilung bis 2000 nachfolgend skizziert. Der hohe regionale Anteil an Sozialhilfeempfängern ist bisher eher ein urbanes Problem, sie leben eher in städtischen Gebieten als in ländlichen. Ihre durchschnittliche Zahl liegt in Metropolen (1) und Kernstädten verstädterter Regionen (5) am höchsten (Tab. 33). Ungeachtet dessen ist ihr Anteil an der Bevölkerung in den letzten Jahren sowohl in den Metropolen (1) wie auch in dünn besiedelten agglomerationsfernen Kreisen (9) und ländlichen agglomerationsnahen Kreisen (4) deutlich gewachsen, geringfügig in peripheren dichter besiedelten Kreisen (8) und in Kernstädten verstädterter Regionen (5). In den anderen Kreistypen ist ihr Anteil leicht zurückgegangen. Mit Sozialhilfe verbundene Probleme konzentrieren sich also nicht ausschließlich auf urbane Regionen, treten dort aber verstärkt auf.

Tabelle 33: Sozialhilfeempfänger je 1000 Einwohner 2000 und Entwicklung der Sozialhilfeempfan-gerquote 1995-2000 in Prozent in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: IN-KAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Schlüs- sel	Sozialhilfeemp- fänger 2000	Sozialhilfeempfänger 1995-2000 (%)
Kernstädte in Agglomerationsräumen	(1)	56,9	14,8
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(2)	23,3	-4,2
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(3)	23,5	-3,8
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(4)	24,5	12,5
Kernstädte in verstädterten Regionen	(5)	46,7	0,3
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	(6)	23,5	-3,9
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	(7)	21,8	-2,6
Ländl. Kreise höherer Dichte in ländl. Regionen	(8)	22,6	2,1
Ländliche Kreise ger. Dichte in ländl. Regionen	(9)	23,1	19,9
Deutschland		32,5	5,2

Bezogen auf die ländlichen Kreistypen leben im Jahr 2000 die meisten Sozialhilfeempfänger in Westdeutschland in ländlichen Kreisen des Typs (WD4), in Ostdeutschland hingegen in agglomerationsfernen Kreisen (OD9) und (OD8). Während Sozialhilfebezug in Westdeutschland nach wie vor eher verstädterte Räume betrifft, tritt er in Ostdeutschland zunehmend auch in ländlichen Regionen auf. Die Quote an Sozialhilfeempfängern steigt in ostdeutschen agglomerationsnahen ländlichen Kreisen des Typs (OD4) und (OD7) zwischen 1995 und 2000 vom geringsten Niveau aus am stärksten an, während sie in westdeutschen Vergleichsregionen rückläufig ist (Tab. 34).

Tabelle 34: Sozialhilfeempfänger je 1000 Einwohner 2000 und Entwicklung der Sozialhilfeempfan-gerquote in Prozent 1995-2000 in den ländlichen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Kreis -typ	Sozialhilfeempfänger 2000			Sozialhilfeempfänger 1995-2000 (%)		
	WD	D	OD	WD	D	OD
(4)	30,4	24,5	20,0	-7,6	12,5	51,1
(7)	21,5	21,8	22,6	-13,2	-2,6	46,8
(8)	22,0	22,6	24,9	-3,5	2,1	25,9
(9)	20,2	23,1	26,2	4,7	19,9	36,0

Die Zahl an Sozialhilfeempfängern entspricht im Jahr 2000 in fernen dünn besiedelten Kreisen (9) ihrem durchschnittlichen Anteil in den ländlichen Kreisen, wobei ihr Anteil an der Bevölkerung zwischen 1995 und 2000 deutschlandweit am stärksten angewachsen ist. Im Ländervergleich der deutschen peripheren Kreise des Typs (9) verzeichnet Niedersachsen die größte Zahl an Sozialhilfeempfängern, in Mecklenburg-Vorpommern wuchs sie zwischen 1995 und 2000 am stärksten (Tab. 35). Im mecklenburgischen Greifswald und im niedersächsischen Soltau-Fallingb. lebten die meisten Sozialhilfeempfänger mit 42,4 bzw. 42,3 pro 1000 Einwohner. Ihre Zahl wuchs zwischen 1995 und 2000 am stärksten im mecklenburgischen Stralsund und Neubrandenburg um 104 % bzw. 97,1 %.

Im ostdeutschen Kreistyp (OD9) findet sich ebenfalls eine hohe Summierung von Langzeitarbeitslosen plus Sozialhilfeempfängern mit 64,9 pro 1000 Einwohner. Im Ländervergleich der deutschen peripheren Kreise des Typs (9) erzielen nur die niedersächsischen Kreise dieses Typs (WD9) mit durchschnittlich 74,4 Langzeitarbeitslosen plus Sozialhilfeempfängern pro 1000 Einwohner einen höheren Wert. In einigen Kreisen des Typs (9) bündeln sich aus dieser Sicht existentielle Probleme und machen sie zu sozialen Brennpunkten.

Tabelle 35: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der Zahl der Sozialhilfeempfänger pro 1000 Einwohner 2000 und Entwicklung der Sozialhilfeempfängerquote 1995-2000 in Prozent im Kreistyp (9) (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Bundesland	Sozialhilfeempfänger 2000	Sozialhilfeempfänger 1995-2000 (%)
Niedersachsen	39,1	6,2
Schleswig-Holstein	37,6	13,0
MVP	28,3	54,1
Sachsen-Anhalt	27,0	39,3
Brandenburg	26,0	11,0
Rheinland-Pfalz	17,8	-16,5
Thüringen	15,9	49,0
Bayern	13,2	14,1

Auch in dichter besiedelten agglomerationsfernen Kreisen Deutschlands (8) erweist sich Sozialhilfebezug als Problem (Tab. 36). Abgesehen von Schleswig-Holstein ist ihre Zahl in westdeutschen Kreisen dieses Typs (WD8) zwischen 1995 und 2000 rückläufig, während sie in Mecklenburg-Vorpommern stark steigt. Die meisten Sozialhilfeempfänger leben im schleswig-holsteinischen Flensburg mit 91,8 und im mecklenburgischen Schwerin mit 60,3 Sozialhilfeempfängern pro 1000 Einwohner. In Schwerin und Wismar in Mecklenburg-Vorpommern erfolgte auch die höchste Zunahme zwischen 1995 und 2000 mit 96 % bzw. 91,3 %. Die geringste Zahl an Sozialhilfeempfängern verzeichnen im Durchschnitt die thüringischen Kreise dieses Typs (OD8).

Tabelle 36: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der Zahl der Sozialhilfeempfänger pro 1000 Einwohner 2000 und Entwicklung der Sozialhilfeempfängerquote 1995-2000 in Prozent im Kreistyp (8) (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Bundesland	Sozialhilfeempfänger 2000 je 1000 E	Sozialhilfeempfänger 95-00 (%)
Schleswig-Holstein	55,3	15,2
MVP	41,0	68,0
Niedersachsen	35,2	-7,7
Sachsen-Anhalt	35,0	45,0
Hessen	32,5	-4,1
Rheinland-Pfalz	28,2	-1,8
Bayern	17,2	-0,1
Thüringen	17,0	7,9

Bei den Landkreisen des Typs (7) vollzieht sich in Ostdeutschland zwischen 1995 und 2000 eine deutliche Steigerung bei der Zahl an Sozialhilfeempfängern, wenngleich sie mit 22,6 % unter dem Niveau der Kreistypen (OD8) und (OD9) liegt. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger in westdeutschen Kreisen dieses Typs (WD7) deutlich. Den höchsten Rückgang kann der baden-württembergische Hohenlohekreis um -56,2 % verzeichnen. In Ostdeutschland ist demgegenüber als einziger Landkreis mit einem Rückgang das mecklenburgische Güstrow zu nennen, dort hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger zwischen 1995 und 2000 um -17,1 % reduziert. Im Unterschied dazu wuchs sie in diesem Kreistyp (OD7) in Sachsen-Anhalt deutlich um durchschnittlich 62 % an, am stärksten im Burgenland um 131,6 %.

2.6 Soziale Infrastrukturen

Die Sicherung und Modernisierung sozialer Infrastrukturen ist von ausschlaggebender Bedeutung dafür, ob sich Bevölkerungsschichten mit hohen Berufsqualifikationen ebenso wie moderne Unternehmen in einer Region ansiedeln oder ausbleiben. Gemäß ihrer wohlfahrtsstaatlichen Tradition hat die Europäische Union in den letzten Jahren verschiedene Anstrengungen unternommen, um die sozialen Dienste in allen europäischen Regionen auszuweiten. Im Vordergrund standen dabei Maßnahmen für eine bessere Gesundheit ihrer Bewohner. Im Bereich Gesundheit und Soziales wurden zwischen 1995 und 2001 zwei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Dieser Bereich hat damit EU-weit einen Anteil von 9,7 % an den Erwerbstätigen zwischen 19 und 64 Jahren. Die höchsten Quoten verzeichnen Schweden mit 18,7 % und die anderen skandinavischen Länder, die niedrigste zeigt Griechenland mit 4,6 % Erwerbstätigen in diesem Bereich (EG 2003, 84). Gleichzeitig hat sich die Zahl der Ärzte zwischen 1991 und 2001 in den EU15-Ländern jährlich um 2,2 % erhöht. EU-weit praktizieren ca. 350 Ärzte je 100 000 Einwohner, in den Vereinigten Staaten liegt die Zahl bei 250 Ärzten, in Japan bei 200 (ebenda). Die höchste Zahl innerhalb der EU15 weisen Griechenland mit 452 und Italien mit 430 Ärzten je 100 000 Einwohner auf (Eurostat 2004, 165). Regional ist die Zahl der praktizierenden Ärzte in der EU ungleich verteilt. Im Jahr 2000 findet sich die niedrigste Zahl an Ärzten im britischen Wales mit 130, im spanischen Ceuta de Melilla mit 140 und im britischen Northern Ireland mit 160, die meisten Ärzte praktizieren in den italienischen Regionen Lazio (770) und Liguria (730) (EU 2003a, Tab. het6). Deutschlands soziale Infrastruktur ist im europäischen Vergleich gut ausgebildet und bisher regional relativ ausgewogen verteilt. Das betrifft die Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern ebenso wie die mit Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen. Hinsichtlich seiner Ärztezahl liegt Deutschland mit ca. 360 Ärzten je 100 000 Einwohner über dem europäischen Durchschnitt (EG 2003, 85). Innerhalb Deutschlands zeigen sich allerdings unter dem Einfluss von Bevölkerungsabwanderungen und geringen Steuereinnahmen in einigen Gebieten wachsende Differenzierungen im medizinischen Versorgungsgrad zwischen den siedlungsstrukturellen Kreistypen. So bleibt die ärztliche Versorgung in allen ländlichen Kreisen unter der in anderen Kreistypen (Anlage, Tab. 6). Ferne dünn besiedelte Räume in Ostdeutschland (OD9) verzeichnen neben dem niedrigsten ärztlichen Versorgungsniveau auch den geringsten Zuwachs an Ärzten. Im Gegensatz dazu sind ostdeutsche Kreise aufgrund ihrer Tradition flächendeckend weit besser mit Kindergartenplätzen ausgestattet (ebenda). Das kann besonders die Ansiedlung erwerbsfähiger Mütter befördern. Gleichzeitig ist jedoch das Angebot an Ausbildungsplätzen in ostdeutschen fernen dünn besiedelten Kreise (OD9) problematisch (ebenda). Stärkere regionale Differenzierungen sind auch bei der Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten zu verzeichnen, die in ländlichen Räumen zunehmend Lücken aufweist.

2.6.1 Ärztliche Versorgung

In Deutschland liegt die Zahl der Ärzte je 1000 Einwohner in den Großstädten (5) und (1) deutlich über der in allen anderen Kreistypen. Hier gab es zwischen 1995 und 2001 auch den stärksten Zuwachs. Demgegenüber liegt die ärztliche Versorgung in allen ländlichen Raumtypen unter dem bundesdeutschen Durchschnitt (Tab. 37). Dabei fällt die geringe Zahl in den Kreistypen (4) und (7) aufgrund ihrer direkten Nähe zu den sehr gut versorgten Ballungsräumen nicht besonders negativ ins Gewicht. Weitaus problematischer wirkt sich die geringere Versorgung in fernen ländlichen Gebieten (9) und (8) aus, in denen im Notfall weite Wege zu Spezialisten zurückgelegt werden müssen. Dieser Trend hat sich zwischen 1995 und 2001 weiter verstärkt, da die Versorgung in allen urbanen Gebieten sehr viel stärker gewachsen ist. Die Verlierer sind ferne dünn besiedelte Räume (9), die neben dem niedrigsten Versorgungsniveau auch den geringsten Zuwachs an Ärzten zu verzeichnen haben. Demgegenüber konnten ferne ländliche Kreise höherer Dichte (8) bei der ärztlichen Versorgung aufholen.

Tabelle 37: Zahl der Ärzte 2001 und Entwicklung der Ärztezah 1995–2001 in Prozent in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Schlüssel	Ärzte 2001/ 1000 Einw.	Wachstum der Ärzte 1995-2001 (%)
Kernstädte in Agglomerationsräumen	(1)	209	25,3
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(2)	131	18,0
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(3)	128	19,1
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(4)	119	9,5
Kernstädte in verstädterten Regionen	(5)	237	23,5
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	(6)	138	19,8
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	(7)	119	13,5
Ländliche Kreise höherer Dichte in ländl. Regionen	(8)	150	15,8
Ländliche Kreise ger. Dichte in ländlichen Regionen	(9)	128	8,9
Deutschland		156	19,8

Wie Tabelle 38 zeigt, sind von diesen Versorgungsdisparitäten ostdeutsche ländliche Gebiete in besonderem Maße betroffen. Hier sind die Steigerungsraten bei der Anzahl der Ärzte um ein vielfaches geringer als in westdeutschen Vergleichsregionen. Dieser Mangel wird durch ihre dünnere Besiedlung nicht ausgeglichen.

Tabelle 38: Entwicklung der Ärztezah 1995-2001 in Prozent in den ländlichen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Kreistyp	Ärzte 1995-2001 (%)		
	WD	D	OD
(4)	18,1	9,5	3,7
(7)	16,7	13,5	4,4
(8)	17,4	15,8	9,3
(9)	13,5	8,9	4,3

Besonders stark belastet sind ferne ländliche Kreise (9) in Ostdeutschland. Während westdeutsche Kreise dieses Typs zwischen 1995 und 2001 ein Wachstum in der Ärztezah verzeichnen, sank sie in einigen ostdeutschen Kreisen dieses Typs sogar absolut. Dadurch ist die medizinische Versorgung dort gefährdet. Das betrifft Mecklenburg-Strelitz in Mecklenburg-Vorpommern und das brandenburgische Ostprignitz-Ruppin, wo sie um -4,3 % bzw. um -3,4 % sank. Durchschnittlich am stärksten sind die brandenburgischen Kreise des Typs (OD9) von diesem Rückgang betroffen (Tab. 39).

Tabelle 39: Rangfolge der deutschen Bundesländer nach der Entwicklung der Ärztezah 1995–2001 in ihren ländlichen fernen dünn besiedelten Regionen (9) (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Bundesland	Ärzte 1995-2001 (%)
Rheinland-Pfalz	17,8
Niedersachsen	16,2
Bayern	13,8
Schleswig-Holstein	12,7
Sachsen-Anhalt	8,9
Thüringen	5,6
MVP	4,8
Brandenburg	-0,6

Ungenügende ärztliche Betreuung stellt insbesondere für Ältere und weniger mobile Einwohner, die in fernen ländlichen Regionen leben, ein Risiko dar. Darüber hinaus kann schlechte medizinische Versorgung insbesondere ferner ländlicher Regionen eine beschleunigte Abwanderung mobiler Bewohner

nach sich ziehen, weil ihnen ihre Gesundheit ein wichtiges Gut ist. Aus den gleichen Gründen kann sie die Ansiedlung neuer Unternehmen und den Zuzug von Bewohnern erschweren. Durch besondere Anreize für eine Arbeit im Dienstleistungsbereich oder durch Finanzausgleiche für betroffene Regionen kann dieser Mangel an medizinischem Personal in ländlichen Regionen abgebaut werden. Interessante Ansätze zur Aufwertung solcher Regionen gibt es in Schweden, wo der Ausbau der sozialen und medizinischen Versorgung in fernen ländlichen Regionen über den Einsatz öffentlicher Gelder gezielt angestrebt wird (vgl. Persson 2003, Abschn. 2.3.1).

2.6.2 Regionale Ausbildungsplätze

Das Angebot an Ausbildungsplätzen hat eine zentrale Bedeutung sowohl für die demographische Stabilität von Regionen als auch für die Entfaltung wirtschaftlicher Initiativen mit entsprechenden Beschäftigungs- und Bruttowertschöpfungseffekten. In Deutschland ist das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen im Vergleich der EU15-Länder überdurchschnittlich gut. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede in der regionalen Verteilung (Tab. 40). Ein Defizit betrifft deutschlandweit die ländlichen Kreise der Typen (4) und (9). Während Jugendliche aus dem Kreistyp (4) durch Einpendeln in städtische Gebiete diesem Mangel ausweichen können, sind solche aus dünn besiedelten ländlichen Regionen besonders davon betroffen. Ihre Abwanderung aus diesen Gebieten ist vorprogrammiert, wenn eine Erweiterung der Ausbildungsangebote nicht aktiv politisch unterstützt wird. Dies betrifft ostdeutsche ländliche Kreise in besonderem Maße.

Tabelle 40: Ausbildungsplätze je 100 Nachfrager 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Schlüssel	Ausbildungsplätze je 100 Nachfrager 2001
Kernstädte in Agglomerationsräumen	(1)	99,3
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(2)	102,4
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(3)	101,2
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(4)	96,6
Kernstädte in verstädterten Regionen	(5)	100,3
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	(6)	101,8
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	(7)	100,4
Ländliche Kreise höherer Dichte in ländl. Regionen	(8)	102,4
Ländliche Kreise ger. Dichte in ländl. Regionen	(9)	98,7
Deutschland		100,6

Während in allen westdeutschen Raumtypen mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, als nachgefragt werden, gibt es in Ostdeutschland deutlich weniger Ausbildungsangebote als notwendig wären. Die beste Versorgung bietet Baden-Württemberg in seinem Ludwigsburg (WD2) mit 133,5 Ausbildungsplätzen je 100 Nachfrager, gefolgt von seinem Hohenlohekreis (WD7) und seinem Schwäbisch-Hall (WD7) mit jeweils 112 Angeboten. Demgegenüber sind ostdeutsche agglomerationsnahe Kreise (4) mit 91,2 Ausbildungsplätzen je 100 Nachfrager besonders schlecht gestellt (Tab. 41).

Tabelle 41 Ausbildungsplätze je 100 Nachfrager 2001 in ländlichen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2003)

Kreistyp	Ausbildungsplätze je 100 Nachfrager 2001		
	WD	D	OD
(4)	104,7	96,6	91,2
(7)	102,4	100,4	95,0
(8)	104,0	102,4	97,0
(9)	103,2	98,7	94,6

Dabei schneidet das Land Brandenburg mit einer durchschnittlichen Quote von 89,1 % am schlechtesten ab. Besonders betroffen sind seine Kreise Barnim mit 83,4 und Oberhavel mit 86,4 Ausbildungsplätzen je 100 Nachfrager. Auf dem letzten Rang liegt das Land Brandenburg auch bei den Kreistypen (9) und (7) mit einer Quote von 85,3 % bzw. 87,4 % Ausbildungsplätzen je 100 Nachfrager. Ausbildungssuchende bemühen sich unter dieser Voraussetzung verstärkt um Angebote in anderen Bundesländern. In ostdeutschen ländlichen Kreisen verringern sich die ausbildungsnahen Kohorten, infolgedessen geht die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen hier zurück. Das betrifft in besonderer Weise Sachsen-Anhalt, wo sie sich allein zwischen 2001 und 2002 um -11,7 % reduzierte, in Sachsen verringerte sie sich um -7,4 %, in Thüringen um -7,2 % (vgl. BMBF 2003). In Sachsen-Anhalt sind mit den Arbeitsamtsbezirken Wittenberg (-17,6 %) und Stendal (-10,3 %) auch ländliche Kreise von diesem Nachfragerückgang betroffen. In Mecklenburg-Vorpommern hat sich die Relation zwischen Angebot und Nachfrage zwischen 2001 und 2002 um -4,7 % verringert, im Arbeitsamtsbezirk Schwerin (Nordwestmecklenburg) um -7,1 % und in Neubrandenburg (Mecklenburg-Strelitz) um -5,3 %. Ungeachtet des deutlichen Nachfragerückgangs bleibt das Angebot an Ausbildungsplätzen jedoch in allen ostdeutschen Kreisen nach wie vor hinter der Nachfrage zurück.

Tabelle 42: Betriebliche und nichtbetriebliche Ausbildungsabschlüsse 2002 in den deutschen Bundesländern (Quelle: BMBF 2003)

Bundesland	Nichtbetriebliche Ausbildungsabschlüsse (%)	Betriebliche Ausbildungsabschlüsse (%)
Baden-Württemberg	4,1	95,9
Bayern	2,7	97,3
Berlin	22,9	77,5
Brandenburg	34,8	65,2
Bremen	8,0	92,0
Hamburg	6,6	93,4
Hessen	5,1	95,0
MVP	29,1	70,9
Niedersachsen	5,9	94,1
Nordrhein-Westfalen	5,0	95,0
Rheinland-Pfalz	4,8	95,2
Saarland	3,9	96,1
Sachsen	28,9	71,1
Sachsen-Anhalt	34,0	66,0
Schleswig-Holstein	5,1	94,9
Thüringen	27,3	70,6
Deutschland	9,9	90,1

Der Abbau an Ausbildungsangeboten in ostdeutschen ländlichen Räumen ist auf mangelnde betriebliche Ausbildungskapazitäten über einen längeren Zeitraum zurückzuführen, der alle Regionen und Wirtschaftsbereiche betrifft. 2002 lag der Anteil betrieblicher Ausbildungsabschlüsse in Ostdeutschland bei 70,6 %, in Westdeutschland bei 95,5 % (Tab. 42). Staatliche Förderungen von Ausbildungsplätzen sind unter dieser Voraussetzung besonders bedeutsam, um die Abwanderung junger Menschen aufzuhalten. Gerade im Bereich mittlerer beruflicher Qualifikationen nimmt Deutschland europaweit eine Spitzenposition ein (vgl. Abschn. 2.2.2). Um diese Vorreiterrolle zu festigen bzw. zu halten, ist die Aufrechterhaltung guter und ausreichender Ausbildungskapazitäten in allen deutschen Regionen unabdingbar.

2. 6. 3 Kindergartenplätze

Eine ausreichende Ausstattung mit Kindergartenplätzen ist für die demographische Entwicklung und für die Frauenerwerbsarbeit in den Regionen eine wichtige Basis. Deutschlandweit liegt der Ausstattungsgrad in den verschiedenen Kreistypen gegenwärtig zwischen 53,2 % in den Metropolen (1) und

67,6 % in den agglomerationsnahen ländlichen Kreisen (4) (Tab. 43). Wegen der überdurchschnittlichen Besetzung der Kreistypen (4) und (9) mit ostdeutschen Kreisen zeigt sich bei ihnen deutschlandweit die höchste Ausstattung mit Kindergartenplätzen. Darüber hinaus erstaunt der Versorgungsvorsprung ländlicher Raumtypen vor urbanen, obwohl letztere eine höhere weibliche Erwerbsneigung vermuten lassen könnten.

Tabelle 43: Versorgungsgrad mit Kindergartenplätzen je 100 Kinder 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: Eigene Berechnungen nach Berlin-Institut 2004)

Siedlungsstrukturelle Kreistypen	Kindergartenplätze pro 100 Kinder 2001		
	WD	D	OD
Kernstädte in Agglomerationsräumen	50,8	53,2	78,5
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	54,8	55,5	70,4
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	55,8	59,8	72,4
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	51,7	67,6	81,0
Kernstädte in verstädterten Regionen	54,7	62,0	82,3
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	57,7	62,5	80,9
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	54,8	61,8	83,3
Ländliche Kreise höherer Dichte in ländl. Regionen	51,5	59,1	81,8
Ländliche Kreise ger. Dichte in ländlichen Regionen	53,1	65,1	78,2

Wie Abb. 17 zeigt, gibt es in Deutschland zwei Schwerpunkte überdurchschnittlicher Versorgung mit Vorschulbetreuung. Auffällig ist die flächendeckend sehr hohe Versorgung in ostdeutschen Kreisen. In Ostdeutschland sind ländliche Kreise durchschnittlich mit mehr als 80 Kindergartenplätzen für 100 Kinder ausgestattet. Sie liegen damit im Durchschnitt um 30 % über der Ausstattung westdeutscher Kreise. Eine Ausnahme bildet der Kreistyp (9) mit einer etwas geringeren Dichte, die allerdings immer noch sehr deutlich über der in westdeutschen Kreisen (WD9) liegt (Tab. 43). Die höchste Ausstattung mit 100,9 Kindergartenplätzen je 100 Kinder findet sich im thüringischen Gera (OD5), die geringste im nordrhein-westfälischen Hamm (WD1) mit 40,9 Plätzen. Wenngleich die Angebote zur Kinderbetreuung im Osten Deutschlands sehr gut sind und als Basis für eine ausgedehnte Berufstätigkeit vor allem der Frauen gelten, sind sie derzeit durch den Mangel an Beschäftigungsangeboten nur bedingt zugunsten der ökonomischen Entwicklung dieser Regionen wirksam. Neben dem gesamten Ostdeutschland bildet auch der Südwesten einen zweiten Schwerpunkt überdurchschnittlicher Vorschulbetreuung. Dort sind verdichtete Räume in verstädterten Regionen (6) zwar häufiger überdurchschnittlich versorgt, aber die Spitzenreiter sind sechs ländliche (9), (7), (8) und nur zwei verdichtete Kreise (6). Den ersten Rang im Südwesten nimmt das rheinland-pfälzische Bernkastel-Wittlich (9) mit einer Versorgungsquote von 72,4 % ein.

Trotz der guten Quoten an Kindereinrichtungen insbesondere in ostdeutschen Regionen besteht die Gefahr, dass ländliche Gebiete ihre Vorreiterrolle verlieren könnten, weil sie unter sinkenden Steuereinnahmen leiden und mit vielfältigen anderen Problemen belastet sind. Da die Betreuung von Vorschulkindern aber gerade in ressourcenschwachen Gebieten einen wichtigen Anreiz für deren Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung sowie für demographische Stabilität darstellt, erscheint ihre Sicherung besonders wichtig. Sie erweist sich als Pfund nachhaltiger Regionalentwicklung, weil mit einer guten Vorschulbetreuung die Chance wächst, Nachwachsende an die Region zu binden. Insgesamt weist Deutschland im europäischen Vergleich eine eher mangelhafte Ausstattung mit Kindergartenplätzen auf, die sich vorrangig als Problem westdeutscher sowie urbaner Räume erweist. Im Ergebnis von Untersuchungen der OECD zu den Schülerkompetenzen (Programm for International Student Assessment) können Finnland und Frankreich beispielsweise auf Erfolge ihrer Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen verweisen. In beiden Ländern gibt es keinen direkten Zusammenhang zwischen den Bildungsabschlüssen der Kinder und der sozialen Stellung der Eltern, Bildungsungleichheiten werden relativiert. Zudem zeigt sich in Finnland als Konsequenz der Ganztagschule eine hohe (Voll-)Erwerbstätigkeit von Frauen, sie machen 47% der Gesamtbeschäftigten aus und sind in den

wirtschaftlichen, sozialen und politischen Institutionen Finnlands gleichberechtigt vertreten (vgl. Matthies 2002). Die finnische Fertilitätsrate liegt trotz der hohen Frauenerwerbsarbeit mit 1,7 über dem europäischen Durchschnitt (Eurostat 2003, 89). Auch in Frankreich garantiert die Ganztagsbetreuung der Kinder erwerbsorientierten Frauen, Berufswelt und Familie miteinander zu vereinbaren, die Erwerbsquote von Müttern liegt höher als in Deutschland (vgl. Veil 2002). Das gleiche betrifft die Fertilitätsrate, die hier bei 1,9 liegt (Eurostat 2003, 89).

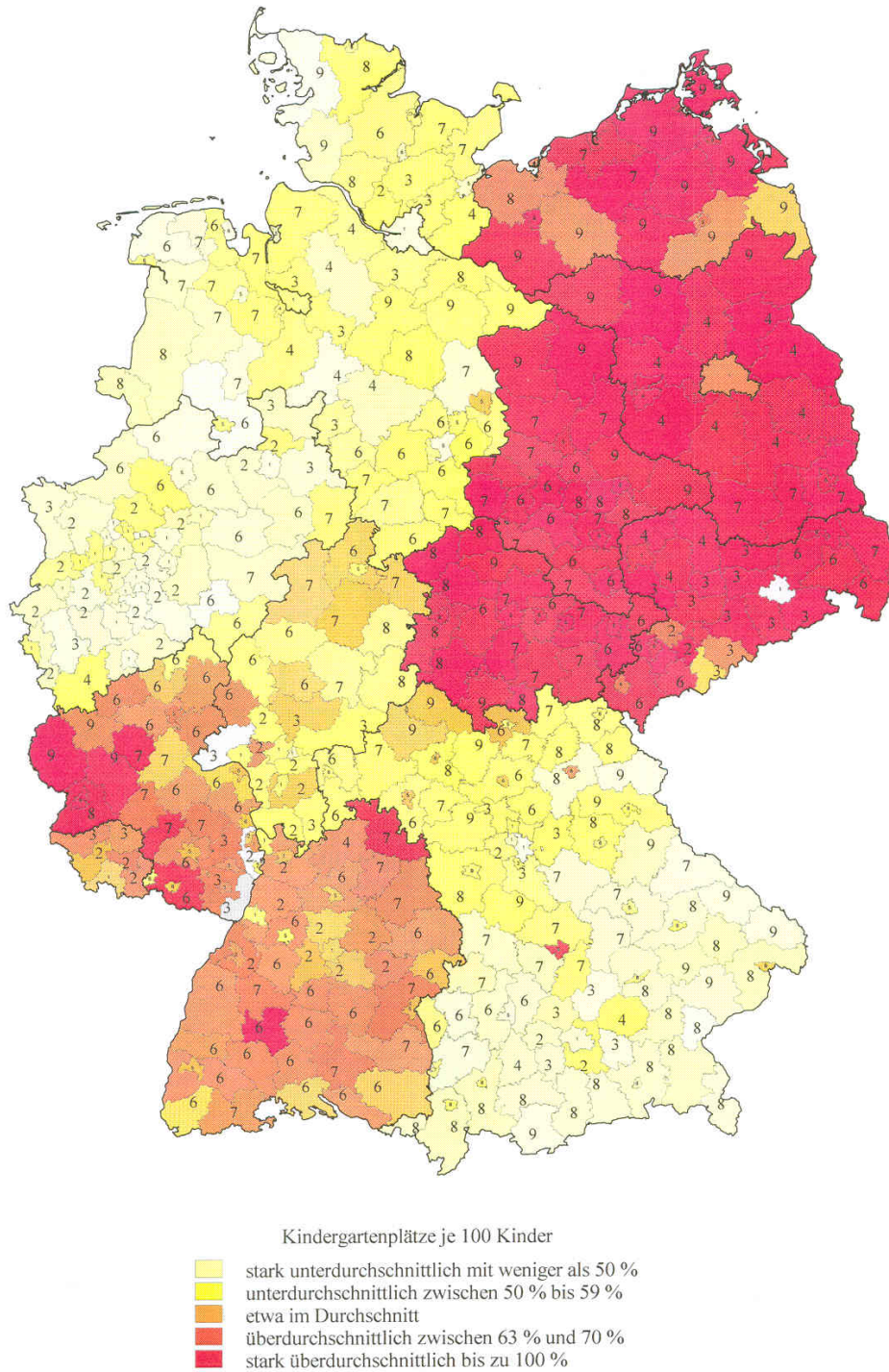


Abbildung 17: Versorgungsgrad mit Kindergärtenplätzen je 100 Kinder 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen (Quelle: Berlin-Institut 2004, Kartengrundlage EasyMap)

2.7 Naturlandschaft

Die Bedeutung intakter Natur- und Umweltbedingungen rückte in den vergangenen Jahrzehnten verstärkt in das europäische Bewusstsein. Dementsprechend sind die Anstrengungen im Natur- und Umweltschutz in allen europäischen Ländern gestiegen. Deutschland nimmt dabei einen vorderen Rang ein. Auch für die regionale Entwicklung wächst die Rolle umweltverträglicher Produktionsweisen und naturschonender Flächennutzungen. Dabei konzentrieren sich in Europa Freiflächen und extensive Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen in ländlichen Kreistypen. Sie werden jedoch in unterschiedlichem Maß für die regionale wirtschaftliche und demographische Entwicklung wirksam und sie belasten bei Übernutzung einige Gebiete durch Verschmutzung. Das bezieht sich unter anderem auf die verschiedenen Formen intensiver Landbewirtschaftung, aber auch auf die Intensität der Freizeitnutzung von Naturflächen. Innerhalb der EU15 gibt es einen fast fortlaufenden Gürtel von der Bretagne an der französischen Atlantikküste über die Mittelmeerküste und Marce in Italien und zur Comunidad de Valencia in Spanien, wo sich überdurchschnittlich hohe Belegungsraten touristischer Einrichtungen zeigen. Mecklenburg-Vorpommern, Südostbayern, die Gegend um Trier, das Großherzogtum Luxemburg und die belgische Provinz Luxemburg sind Ziele von Touristen aus den dicht besiedelten Regionen Deutschlands und den Benelux-Staaten. Die westlichen Regionen Österreichs und Norditaliens ziehen viele Winterurlauber an (EU 2003a, 137). Diese regionale Differenzierung beim Tourismus, die neben der Naturlandschaft auch von der Infrastruktur etc. abhängt, belegen folgende Zahlen. Im Jahr 2001 ist auf der NUTS2-Ebene das italienische Valle d'Aosta mit 166,1 Hotel- und Campingübernachtungen pro Einwohner Spitzenreiter im Fremdenverkehr, mit Abstand folgen das griechische Nortio Aigaio mit 58,5 Übernachtungen, das spanische Islas Baleares mit 47 Übernachtungen und das finnische Ahvenanmaa mit 38,5 Übernachtungen pro Einwohner (EU 2003a, Tab. tut1). Auch in Deutschland hängen regionale Differenzierungen im Tourismus neben traditionellen Nutzungen und regionalen Nutzungsstrategien mit der jeweiligen Naturlandschaft zusammen. Freiflächen sind mit Ausnahme der Metropolen (1) und ländlicher Kreise höherer Dichte (8) in den ostdeutschen Kreisen ausgedehnter (Anhang, Tab. 7). Der Tourismus in Ostdeutschland steht diesem Fundus an Naturreichtümern nach. Hier gibt es zwar prosperierende Urlaubszentren, die touristische Entwicklung ist jedoch insgesamt weniger erfolgreich als in westdeutschen Vergleichsregionen.

Ein anderer Trend zeigt sich bei der naturschonenden Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen. Deutschland kann sich beim ökologischen Landbau in der Europäischen Union gut platzieren. Innerhalb Deutschlands verteilt sich der Ökolandbau jedoch regional sehr unterschiedlich (Anlage, Tab. 7). Die nordostdeutschen ländlichen Kreise sind bei seiner Entwicklung führend. Eine entwickelte extensive Landbewirtschaftung weisen auch süddeutsche Landkreise auf. Ökologischer Landbau schafft Arbeitsplätze im agrarischen Bereich, er fördert regionale Kreislaufwirtschaft und unterstützt eine gesunde Ernährung der Bevölkerung. Darüber hinaus fördert eine Ökologisierung der Landwirtschaft die biologische Vielfalt und sie vermindert durch Landbau ausgelöste Boden- und Gewässerbelastungen. Insofern unterstützt sie verschiedene Momente nachhaltiger wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Entwicklungen.

2.7.1 Freiflächen

Die naturräumliche Ausstattung ist in Deutschland unter der Bedingung anhaltender Zersiedelung und Umweltbelastung eine wichtige Ressource regionaler Entwicklung. Ländliche Räume sind im Vergleich zu urbanen Regionen mit Naturreichtümern und Freiflächen³⁶ überdurchschnittlich gut ausgestattet (Tab. 44). Bei der Ausstattung mit Freiflächen nehmen erwartungsgemäß dünn besiedelte Kreise in ländlichen Regionen (9) den ersten Rang ein. Dies trifft nicht in gleichem Maß auf dichter besiedelte Kreise ländlicher Regionen (8) zu. Sie besitzen zwar ebenfalls überdurchschnittlich viele Freiflächen, aber ländliche Kreise der Typen (7) und (4) laufen ihnen dabei den Rang ab.

³⁶ Als Freifläche gilt der für die Bevölkerung und den Naturhaushalt zur Verfügung stehende Regenerationsraum (Wald, Naturschutzgebiete, Gewässer).

Tabelle 44: Durchschnittliche Freiflächen (m²) pro Einwohner 2000 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Westdeutschland (WD), Deutschland (D) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: INKAR 2002)

Siedlungsstrukturelle Kreistypen	Schlüssel	Freiflächen / Einwohner 2000		
		WD	D	OD
Kernstädte in Agglomerationsräumen	(1)	268	255	215
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(2)	1.512	1.524	2.185
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(3)	3.688	3.943	5.082
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(4)	7.203	8.377	9.289
Kernstädte in verstädterten Regionen	(5)	574	615	725
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	(6)	4.059	4.204	5092
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	(7)	7.633	8.101	9.454
Ländl. Kreise höherer Dichte in fernen Regionen	(8)	6.767	6.676	6.338
Ländl. Kreise ger. Dichte in fernen Regionen	(9)	11.092	13.353	15.743
Gesamt		42.796	47.048	54.123

Im innerdeutschen Vergleich konzentrieren sich unzerschnittene Freiflächen in Nordostdeutschland, sehr hohe Ausdehnungen haben sie auch in Nordwestdeutschland. Die Flächenländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg verfügen deutschlandweit über den höchsten Anteil an freien Flächen, die zusätzlich in Mecklenburg-Vorpommern einen besonderen Erholungswert besitzen (Tab. 45). Der mecklenburgische Kreis Müritz liegt mit 23.343 m² Freifläche an der Spitze aller deutschen Kreise, gefolgt von Mecklenburg-Strelitz mit 22.645 m². Auch Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben hohe Anteile an freien Flächen. Hier nimmt das niedersächsische Lüchow-Dannenberg mit 21.689 m² eine Spitzenposition ein.

Tabelle 45: Durchschnittliche Freifläche (m²) pro Einwohner 2000 in den Bundesländern mit ländlichen Kreistypen (Quelle: Eigene Berechnungen nach INKAR 2003)

Bundesland	Freiflächen in den ländlicher Kreistypen (m ²)			
	(4)	(7)	(8)	(9)
MVP	0	13.935	5.586	13.872
Brandenburg	8.877	10.303	0	20.274
Niedersachsen	7.262	7.563	7.501	15.915
Schleswig-Holstein	6.365	7.106	5.698	10.381
Hessen	0	9.032	6.514	0
Sachsen-Anhalt	0	9.016	4.233	15.660
Thüringen	0	8.350	5.954	10.970
Bayern	6.885	7.794	5.596	9.939
Baden-Württemberg	0	7.088	0	0
Sachsen	7.545	6.206	0	0
Rheinland-Pfalz	0	7.995	4.021	12.576
Nordrhein-Westfalen	0	6.607	0	0

Die gute Naturlausstattung deutscher ländlicher Regionen schlägt sich in unterschiedlicher Weise im Tourismus nieder (Tab. 46). In Ostdeutschland entspricht die Entwicklung des Fremdenverkehrs dem guten Naturangebot seltener. Im Vergleich der ländlichen Kreistypen war der Tourismus zwischen 1997 und 2001 in den agglomerationsfernen dünn besiedelten Kreise (9) am stärksten, in westdeutschen Vergleichsgebieten jedoch deutlich intensiver als in den ostdeutschen. Diese Differenz zwischen ost- und westdeutschen Regionen betrifft, mit Ausnahme agglomerationsnaher Räume (4), auch die ländlichen Kreistypen (7) und (8).

Tabelle 46: Durchschnittliche Übernachtungen im Fremdenverkehr pro Einwohner im Durchschnitt der Jahre 1997-2001 in den ländlichen Kreistypen in Westdeutschland (WD) und Ostdeutschland (OD) (Quelle: Eigene Berechnungen nach Berlin-Institut 2004)

Ländlich Kreistypen	Übernachtungen je Einwohner	
	WD	OD
(4)	2,3	2,9
(7)	6,8	3,3
(8)	6,8	3,1
(9)	12,7	7,1

Im Ländervergleich können die schleswig-holsteinischen, rheinland-pfälzischen, bayrischen und mecklenburgischen ländlichen Kreise zwischen 1997 und 2001 überdurchschnittlich viele Übernachtungen aufweisen (Tab. 47). Spitzenwerte wurden im schleswig-holsteinischen Kreistyp (WD9) mit durchschnittlich 25,2 Übernachtungen je Einwohner erreicht, es folgt Rheinland-Pfalz mit durchschnittlich 15,2 Übernachtungen. Trotz seiner überdurchschnittlichen Naturausstattung belegt der mecklenburgische Kreistyp (OD9) mit durchschnittlich 10,4 Übernachtungen je Einwohner nur den 3. Rang. Eine Ausnahme bildet Rügen (OD9), das deutschlandweit die meisten Touristen mit 53 Übernachtungen je Einwohner anlockt. Es folgen das schleswig-holsteinische Nordfriesland (WD9) mit einem Wert von 40,5 und das bayrische Garmisch-Partenkirchen (WD9) mit 35 Übernachtungen je Einwohner.

Tabelle 47: Durchschnittliche Übernachtungen im Fremdenverkehr pro Einwohner im Durchschnitt der Jahre 1997-2001 in den Bundesländern mit ländlichen Kreistypen (Quelle: Eigene Berechnungen nach Berlin-Institut 2004)

Bundesland	Übernachtungen je Einwohner in den Kreistypen			
	(4)	(7)	(8)	(9)
Schleswig-Holstein	3,0	13,0	2,4	25,2
Rheinland-Pfalz	0	6,3	7,0	15,2
Bayern	2,8	4,4	7,9	10,1
MVP	0	9,1	5,0	10,4
Niedersachsen	1,6	7,9	3,0	9,9
Hessen	0	7,8	6,4	0
Brandenburg	3,0	2,0	0	3,6
Nordrhein-Westfalen	0	10,1	0	0
Baden-Württemberg	0	5,4	0	0
Thüringen	0	3,1	3,5	4,8
Sachsen	2,6	1,7	0	0
Sachsen-Anhalt	0	2,8	1,0	2,0

Die deutschlandweite Spitzenposition einiger mecklenburgischer Landkreise beim Fremdenverkehr (vgl. Kröhnert et al. 2004) kann die Defizite im Tourismus anderer ostdeutscher Landkreise nicht aufheben. Ihre großzügige landschaftliche Ausstattung konnte bisher nicht annähernd wirtschaftlich wirksam gemacht werden. Die infrastrukturelle Erschließung, vorhandene Dienstleistungsangebote und der unzureichende Bekanntheitsgrad vieler ostdeutscher Regionen erschweren bislang eine stärkere Nutzung durch Erholungssuchende. Legt man Nachhaltigkeitskriterien an, so erweist sich diese regionale Disparität nur bedingt als Nachteil. Ausbleibende Touristen erleichtern grundsätzlich den Schutz attraktiver Landschaften vor einer Übernutzung. Allerdings erweist sich diese Relativierung als problematisch, denn häufig würde ein stärkerer Tourismus in bisher wenig genutzten Gebieten wirtschaftliche Entwicklungen auslösen. Aus ökologischer Sicht kommt es vielmehr darauf an, naturschonende Formen der Naherholung bzw. Urlaubsgestaltung in diesen Regionen zu fördern.

Vergleicht man deutschlandweit speziell die Verteilung von Flächen mit Naturschutzstatus, so ergibt sich ein anderes Bild als bei den Freiflächen unterschiedlicher Nutzung. Wie Tabelle 48 belegt, ist die Ausdehnung von Naturschutzflächen in ostdeutschen und westdeutschen Ländern etwa vergleichbar.³⁷

Tabelle 48: Anteil der Naturschutzgebiete (1999), der Waldflächen (1990) und der Wasserflächen (1990) an der Bodenfläche der Bundesländer in Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt 2002a)

Bundesland	Naturschutzgebiete (%)	Waldfläche (%)	Wasserfläche (%)
Baden-Württemberg	2,1	38,0	1,0
Bayern	2,1	34,8	1,9
Berlin	1,9	17,9	6,6
Brandenburg	4,5	34,9	3,4
Bremen	4,7	1,9	11,5
Hamburg	6,1	4,5	8,1
Hessen	1,8	39,9	1,3
MVP	2,8	21,3	5,5
Niedersachsen	3,1	21,1	2,3
Nordrhein-Westfalen	3,3	24,8	1,8
Rheinland-Pfalz	1,6	40,8	1,4
Saarland	1,4	33,4	1,0
Sachsen	2,4	26,5	1,8
Sachsen-Anhalt	2,3	21,3	1,7
Schleswig-Holstein	2,6	9,5	4,9
Thüringen	1,7	31,9	1,2
Deutschland	2,6	29,5	2,3

Das gleiche betrifft Wald- und Wasserflächen. Bedeutsam ist die Veränderung im vergangenen Jahrzehnt. Die Zahl und die Fläche von Naturschutzgebieten wurde in diesem Zeitraum in den ostdeutschen Ländern deutlich erhöht, zwischen 1990 und 1999 in Brandenburg um das Sechseinhalbfache, in Sachsen um das Vierfache und in Sachsen-Anhalt um das Zweieinhalbfache. Traditionsreiche Landschaften wurden ebenso unter Schutz gestellt wie ehemalige militärische Liegenschaften. Sieben von insgesamt 13 deutschen Nationalparks befinden sich in Ostdeutschland. Damit holen ostdeutsche Regionen bei der Ausdehnung geschützter Flächen auf und erweitern entsprechende Naherholungsangebote für ihre Bewohner. Die ausgewiesenen Schutzgebiete bilden eine wichtige Basis, um Wirtschaft und sanften Tourismus zum Nutzen der Regionen miteinander zu verbinden. Insbesondere im Umfeld von Ballungsgebieten entwickeln sie sich damit auch zu einer wirtschaftlichen und sozialen Säule regionaler Entwicklung. Darüber hinaus bilden Gebiete mit Naturschutzstatus aus ökologischer Sicht eine wichtige Basis für den Erhalt von Biodiversität (vgl. Segert et al. 2004b).

2.7.2 Ökologischer Landbau

Parallel zu gewachsenen Bedürfnissen nach gesunder Ernährung und ausgelöst durch die Notwendigkeit naturgerechter Anbau- und Tierhaltungsmethoden fand der ökologische Landbau in den vergangenen Jahrzehnten in Europa wachsende Verbreitung. In Bezug auf die Anbaufläche von Betrieben des ökologischen Landbaus nimmt Deutschland im europäischen Vergleich den 5. Rang ein (Eurostat 2003). Intern sind die entsprechenden Anbauflächen sehr ungleich verteilt. Naturgemäß spielen ländliche Kreise als Zentren der Agrarwirtschaft dabei eine hervorragende Rolle (Tab. 2). In Deutschland konzentriert sich der ökologische Landbau 2001 in fernen ländlichen Gebieten (9) sowie in agglomerationsnahen ländlichen Kreisen (4). Es folgen die beiden anderen ländlichen Kreistypen (7), (8) und erst danach alle urban geprägten Kreistypen (Tab. 49).

³⁷ Kreisgenaue Daten zu Naturschutzflächen liegen nicht vor.

Tabelle 49: Anbaufläche (ha) und Zahl der Betriebe des ökologischen Landbaus 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: Eigene Berechnungen nach Pick 2004)

Siedlungsstrukturelle Kreistypen	Schlüssel	Ökologischer Landbau 01	
		Anbaufläche	Betriebe
Kernstädte in Agglomerationsräumen	(1)	4.694	120
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(2)	26.969	785
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(3)	43.157	856
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(4)	70.463	601
Kernstädte in verstädterten Regionen	(5)	1.155	54
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	(6)	106.825	3.258
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	(7)	120.080	2.454
Ländliche Kreise höherer Dichte in ländl. Regionen	(8)	74.462	2.214
Ländliche Kreise ger. Dichte in ländlichen Regionen	(9)	149.426	1.251
Gesamt		597.231	11.593

Damit spielen ländliche Gebiete die zentrale Rolle für die Versorgung der Bevölkerung mit naturgerecht erzeugten Produkten. Die guten Ränge von agglomerationsnahen ländlichen Gebieten (4) und von ländlichen Gebieten in verstädterten Regionen (7) zeugen zudem von ihrer Funktion speziell für die Versorgung von Ballungsräumen wie Berlin und anderen Großstädten. Darüber hinaus können sie den Lebensmittelhandel positiv beeinflussen. Immerhin gelang es in einer Periode stagnierenden Absatzes, den Anteil ökologischer Lebensmittel im Jahr 2001 auf 2,3 % des gesamten Lebensmittelumsatzes zu steigern, während er im konventionellen Handel sank (BNN 2001). Darüber hinaus beeinflusst der ökologische Landbau die Entwicklung der Agrarwirtschaft positiv, indem er Perspektiven für nachhaltige Formen der Landnutzung insgesamt aufzeigt. Der ökologische Landbau stellt so eine wichtige Entwicklungsressource für alle ländlichen Raumtypen dar. Insbesondere stärkt er die ressourcenschwachen fernen ländlichen Regionen (9) in Deutschland.

Wie Abb. 18 zeigt, lassen sich drei territoriale Schwerpunkte des ökologischen Landbaus in Deutschland erkennen. Der eine liegt in Nordostdeutschland, ein weiterer in Süddeutschland, aber auch in der Mitte, vorzugsweise in Hessen nimmt die Zahl ökologisch wirtschaftender Betriebe und entsprechend bearbeiteter Flächen zu. Diese Konzentration verstärkt sich bis in die Gegenwart weiter. Als besonders aktiv fallen im Jahr 2001 die Landkreise Dahme-Spreewald (4) im Land Brandenburg und Uecker-Randow (9) in Mecklenburg-Vorpommern mit einer ökologischen Anbaufläche von 21.587 ha bzw. 18.055 ha ins Auge. Ähnlich wie im konventionellen Landbau verbinden sich die ausgedehnten Flächen in Süddeutschland eher mit kleineren Betriebsstrukturen, während sie in Nordostdeutschland häufiger, aber nicht ausschließlich mit größeren Betrieben einhergehen. Infolgedessen verzeichnet beispielsweise das Land Baden-Württemberg im Jahr 2003 5.883 ökologisch wirtschaftende Betriebe mit insgesamt 85.825 ha Anbaufläche, während Brandenburg ein Verhältnis von 647 Betrieben mit insgesamt 119.270 ha ökologisch bebauter Fläche aufweist. Insgesamt führt gegenwärtig Bayern die deutschen Bundesländer mit der absoluten Anbaufläche ökologisch wirtschaftender Betriebe an, gefolgt von Brandenburg, das nach Mecklenburg-Vorpommern auch den zweiten Rang beim Anteil der ökologischen Anbaufläche an der Agrarfläche seines Landes einnimmt (Tab. 50).

Der enorme Aufholprozess ostdeutscher Regionen bei der Ausdehnung des ökologischen Landbaus wird bislang von Problemen bei der Verarbeitung und Vermarktung von Bioerzeugnissen begleitet. Die ungenügenden Verarbeitungskapazitäten und in fernen Regionen zudem unzureichende Vermarktungsmöglichkeiten erschweren eine erfolgreiche Sicherung ökologisch wirtschaftender Unternehmen. Aufwendungen bei der Verarbeitung und Vermarktung widersprechen häufig dem Nachhaltigkeitsgedanken kurzer Wege und eines geringen Energieeinsatzes bei der Herstellung und dem Absatz ökologischer Produkte. Initiativen zur Vernetzung ökologischer Unternehmen über die Ökoanbauverbände und zwischen ihnen werden zunehmend genutzt, um solche Schwachstellen zu mindern (vgl. Segert et al. 2004a).

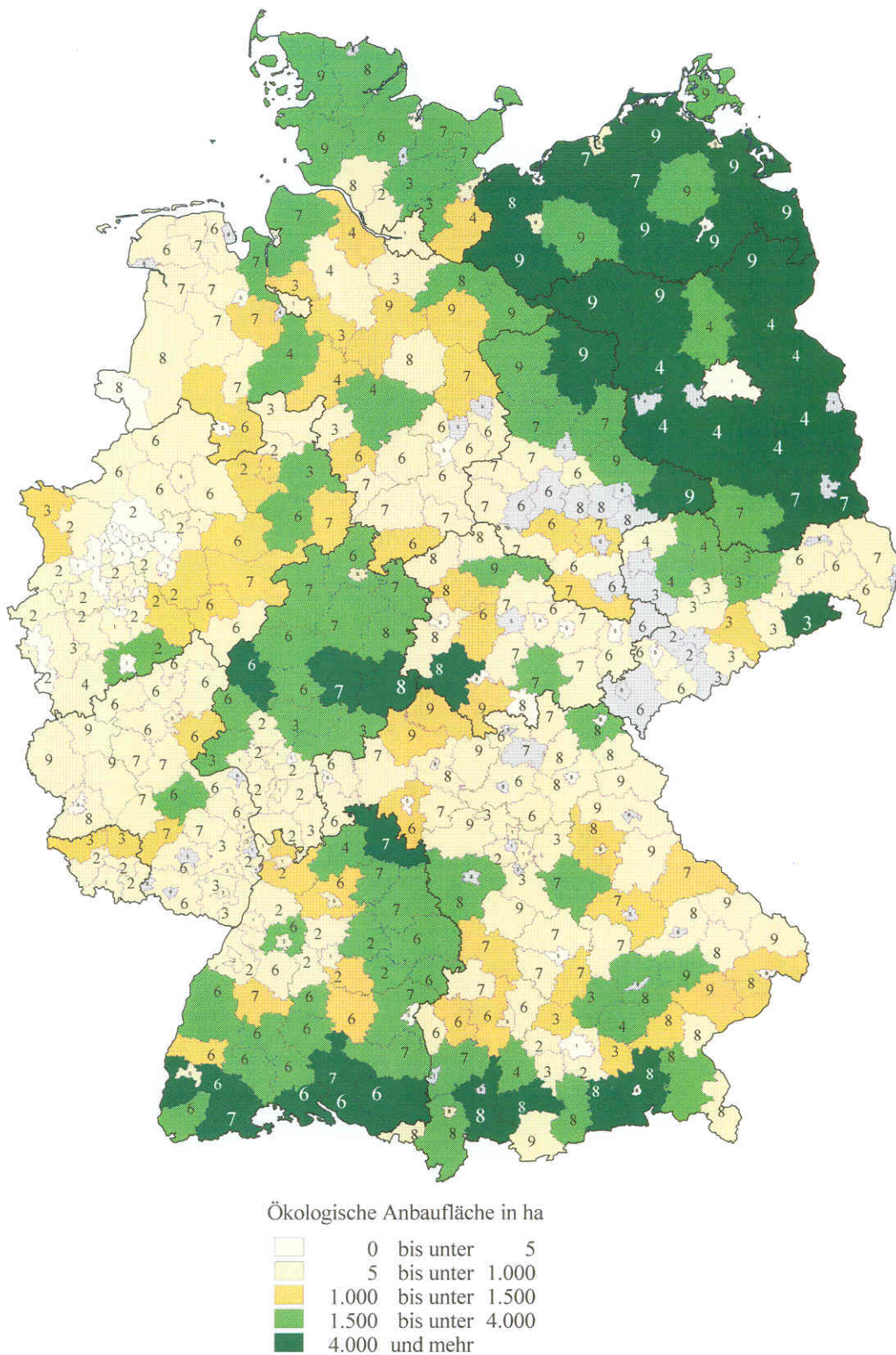


Abbildung 18: Anbaufläche des ökologischen Landbaus 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland in Hektar (Quelle: BBR 2004b, Pick 2004, Kartengrundlage EasyMap)

Tabelle 50: Ökologisch wirtschaftende Unternehmen, ökologisch bewirtschaftete Fläche und Entwicklung der ökologisch bewirtschafteten Fläche 2003 in den deutschen Bundesländern (Quelle: Bundesamt für Landwirtschaft und Ernährung, Statistisches Bundesamt 2004b)

Bundesland	Unternehmen insgesamt	Ökologisch bewirtschaftete Fläche		Anteil an	
		2003 (ha)	Vergleich zu 2002 (%)	landw. Betrieben (%)	landw. Nutzfläche (%)
Baden-Württemberg	5.883	85.825	4,1	7,6	5,9
Bayern	5.522	127.151	9,5	3,4	3,9
Berlin	81	106	-18,5	0	5,9
Brandenburg	647	119.270	7,3	8,3	9,0
Bremen	56	372	-15,6	0	4,2
Hamburg	147	859	2,0	0	6,3
Hessen	1.704	56.578	-2,5	5,8	7,4
MVP	699	107.412	3,5	11,8	8,0
Niedersachsen	1.418	55.959	7,6	1,8	2,1
NRW	1.754	47.579	5,6	2,4	3,1
Rheinland-Pfalz	713	18.604	9,6	1,8	2,6
Saarland	105	4.691	35,4	3,5	6,1
Sachsen	404	20.342	6,7	3,4	2,2
Sachsen-Anhalt	316	34.855	5,6	5,2	3,0
Schleswig-Holstein	601	27.765	21,4	2,2	2,7
Thüringen	317	26.659	0	4,6	3,4
Gesamt	20.367	734.275	5,3	4,0	4,3

Innerhalb Europas erweisen sich Österreich, Italien und Finnland als Vorreiter im ökologischen Landbau. In diesen Ländern ist es nicht nur gelungen, den Anteil an Produzenten im ökologischen Landbau zu steigern. Er beträgt beim Spitzenreiter Österreich 8,7 % der Fläche und 9,3 % der landwirtschaftlichen Betriebe (vgl. EU o. J.). Daran haben insbesondere Regionen mit überproportionalen Grünlandgebieten Anteil, die vor allem in den Alpenlagen sowie im Wald- und Mühlenviertel liegen (vgl. Freyer et al. 2001). Darüber hinaus ist es dort gelungen, die Vermarktung über Supermärkte statt vorrangig über den Biofachhandel zu organisieren. Ähnlich wie in Deutschland werden jedoch auch in anderen europäischen Ländern Probleme bei Kapazitäten und Wettbewerbsfähigkeit von Verarbeitungsbetrieben deutlich. Hier liegen wichtige Entwicklungsaufgaben, deren Lösung zukünftig auch dem Aufbau diversifizierter Wirtschaftsstrukturen in ländlichen Räumen zugute kommen kann.

2.8 Private Erreichbarkeit von Oberzentren

In modernen Gesellschaften stellt eine hinreichende Infrastruktur für individuelle Mobilität eine wichtige regionale Entwicklungsressource dar. Die Europäische Union unternahm in den zurückliegenden Jahren verstärkte Anstrengungen, um abgelegene bzw. strukturschwache Regionen verkehrstechnisch besser anzuschließen (vgl. EU 2004). Auch in Deutschland wurde in den Straßenbau investiert, nicht zuletzt um die Erreichbarkeit entfernter Regionen zu verbessern. Ausgehend vom Konzept der dezentralen Konzentration kann individuelle Mobilität insbesondere an der guten Erreichbarkeit von regionalen Oberzentren gemessen werden. Diese hat sich in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt verbessert (Tab. 51). Insofern ist die technische Infrastruktur in Deutschland gut entwickelt, lediglich ferne ländliche Regionen (9) und (8) im Nordosten und im Osten Deutschlands sind teilweise schlecht zu erreichen. Verglichen mit geographisch benachteiligten Regionen der Europäischen Union auf einigen Inseln und in einigen Alpentälern oder in Nordskandinavien sind die damit zusammenhängenden Probleme jedoch zu relativieren.

Im innerdeutschen Vergleich liegt die Erreichbarkeit der Oberzentren bei fernen Regionen höherer Dichte in Ostdeutschland (OD8) bei 43 Minuten, während sie in westdeutschen Vergleichskreisen (WD8) nur 32 Minuten beträgt. Bei dünn besiedelten Kreisen in ländlichen Regionen (9) differenzieren die Zeiten zwischen 49 Minuten in ostdeutschen und 42 Minuten in westdeutschen Kreisen. Im Vergleich der Länder brauchen Brandenburger Bürger aus dünn besiedelten ländlichen Gebieten (9) mit 68 Minuten die längste Zeit zum nächsten Oberzentrum, gefolgt von Schleswig-Holsteinern (WD9) mit durchschnittlich 62 Minuten. Es folgen Thüringer in dichter besiedelten ländlichen Kreisen (OD8) mit 52 Minuten und Sachsen-Anhalter in dünn besiedelten Regionen (OD9) mit 52 Minuten. Nachholbedarf gibt es auch in Niedersachsen. Hier brauchen die Bewohner des Kreistyps (9) durchschnittlich 51 Minuten bis zum nächsten Oberzentrum, die des Kreistyps (8) durchschnittlich 50 Minuten. Die Ansiedlung wirtschaftlicher Kapazitäten und der Absatz von Erzeugnissen sind in solchen Gebieten ebenso erschwert wie die Teilhabe der Bewohner an der infrastrukturellen Ausstattung ihrer Oberzentren. Das wird in einigen dünn besiedelten Räumen Sachsen-Anhalts (OD9) und dichter besiedelten Kreisen Niedersachsens (WD8) durch den Zeitaufwand zum nächsten Autobahnanschluss (36 bzw. 32 Minuten) sowie in einigen thüringischen, bayrischen und mecklenburgischen dünn besiedelten Räumen (9) durch die Entfernung zur nächsten Metropole (180, 137 bzw. 133 Minuten) verstärkt. Für diese Regionen besteht nach wie vor Nachholbedarf bei ihren infrastrukturellen Bedingungen, nicht zuletzt im Interesse ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Tabelle 51: Erreichbarkeit von Oberzentren mit dem PKW (Minuten) 2001 in den siedlungsstrukturellen Kreistypen in Deutschland (Quelle: INKAR 2003)

Siedlungsstrukturelle Kreistypen	Schlüssel	Erreichbarkeit v. Oberzentren mit PKW 01 (Min.)
Kernstädte in Agglomerationsräumen	(1)	2
Hoch verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(2)	21
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	(3)	28
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	(4)	39
Kernstädte in verstädterten Regionen	(5)	0
Verdichtete Kreise in verstädterten Regionen	(6)	27
Ländliche Kreise in verstädterten Regionen	(7)	37
Ländl. Kreise höherer Dichte in ländlichen Regionen	(8)	34
Ländl. Kreise ger. Dichte in ländlichen Regionen	(9)	46
Deutschland		33

Die Erreichbarkeit ferner ländlicher Regionen erweist sich über Deutschland hinaus als europäisches Problem. Während die Vernetzung von Metropolen gut funktioniert und ihnen wirtschaftliche Stärke garantiert, sind insbesondere ferne ländliche Regionen ungeachtet tendenziell verbesserter Kommunikationsmöglichkeiten und neuester technischer Entwicklungen im Verkehr häufig immer noch schwer zu erreichen. Nach wie vor ist ihr Bemühen um einen adäquaten Absatz originärer Entwicklungen im Bereich der Wirtschaft, des Handwerks oder von Dienstleistungen dadurch erschwert, ganz zu schweigen von der Ansiedlung relevanter Unternehmen in schwer erreichbaren Gebieten. Diese Probleme sind allein auf der Basis verbesserter privater Mobilität nicht zu lösen. Daher gewinnt der Ausbau dezentraler öffentlicher Kommunikationsstrukturen und Verkehrssysteme wachsende Bedeutung für den Abbau entsprechender regionaler Disparitäten. Dabei spielt die Anbindung an international wettbewerbsfähige Metropolenregionen ebenso eine Rolle wie der Ausbau innerregionaler Verflechtungen zwischen dem Land und Städten. Als problematisch erweist sich die Konzentration auf ein ausgebauten Straßennetz, während der öffentliche Nahverkehr in entfernte Regionen nur fallweise verstärkt wird. Das führt zur weiteren Belastung der Umwelt. Gerade im Bereich der technischen Infrastruktur ist daher im europäischen und deutschen Maßstab zwischen dem Ziel, alle Regionen verkehrstechnisch anzubinden und den Umweltbelastungen durch die Wahl der Verkehrsmittel abzuwägen.

3. Ungleichheiten zwischen ländlichen Raumtypen und Perspektiven für nachhaltige Regionalentwicklungen

Die im zweiten Kapitel dargestellten regionalen Ungleichheiten nach speziellen Parametern überlagern sich in jedem Raumtyp auf besondere Weise. Das gilt für urbane wie für ländliche Gebiete bzw. für große Verflechtungsräume wie für kleine Räume mit begrenzten Raumfunktionen usw. Die als bedeutsam erachteten Ungleichheitsparameter lassen sich daher für jeden Raumtyp verdichtend zusammenführen. Dementsprechend verfügen auch die hier besonders thematisierten ländlichen Räume neben raumtypischen Benachteiligungen über je spezifische Ressourcen für nachhaltige Entwicklung. Sie finden bisher häufig zu wenig Beachtung. Sie sind aber für die Ausgangsfrage nach raumtypischen Pfaden nachhaltiger Entwicklung bzw. Barrieren von besonderer Bedeutung.

These 4:

Jede Region - ob als Kreis definiert oder als Landschaftsraum oder als unscharf abgegrenztes regionales Netzwerk – kann als spezifisches Ressourcen-Risiken-Syndrom mit einem regionaltypischen Kern beschrieben werden. Es wird zusätzlich durch einzigartige historische und geographische Prägungen sowie durch regionale Aktivitäten beeinflusst.

Konkrete Regionen, wie Mecklenburg-Vorpommern, der Spreewald oder das Burger Land, sind aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einem bestimmten Raumtyp mit prägenden Ressourcen wie Bevölkerungsstruktur, Wirtschaftsgrundstruktur, Flächennutzung und Naturausstattung sowie mit arbeitsteiligen funktionellen Außenbeziehungen ausgestattet. Aus ihnen erwächst ein spezifisches Spektrum an regionaltypischen Entwicklungschancen und Risiken. Es wird zwar unter dem gegebenen Globalisierungsdruck durch die regionale Wirtschaftskraft und ihre Einbindung in internationale Märkte bestimmt, aber alle anderen genannten Faktoren haben ihrerseits einen eigenständigen Einfluss auf die Entwicklung von Regionen. Aus diesen Gründen werden aus fernen ländlichen Regionen mit hoher Wahrscheinlichkeit auch bei größten Anstrengungen in Zukunft keine Metropolen werden. Sie daher an deren urbanem und industriellem Entwicklungsmodell zu messen, erscheint aus der Perspektive regionaler Diversifizierung wenig sinnvoll und dennoch wird es häufig gemacht. Soll eine auf Entwicklungschancen von Agglomerationsräumen zentrierte Perspektive vermieden werden, ist es notwendig, möglichst konkrete Bilder der verschiedenen Regionstypen zu zeichnen. Nachfolgend werden sie für die vier siedlungsstrukturellen ländlichen Kreistypen in Deutschland skizziert. Abschließend werden Überlegungen für raumtypische Leitideen nachhaltiger Regionalentwicklungen abgeleitet.

These 5:

In Deutschland überwiegen in drei von vier ländlichen Kreistypen die Entwicklungschancen gegenüber Risiken. Damit gehören deutsche ländliche Räume nur im Ausnahmefall zu den europäischen Problemzonen. In Deutschland stellen gegenwärtig Ost-West-Disparitäten das größte Regionalproblem dar. Dies zeigt sich auch in einer relativ starken Differenzierung unter den ländlichen Kreistypen. Dennoch werden in den ostdeutschen Kreisen jedes Raumtyps Entwicklungsfaktoren wirksam.

Vergleicht man ländliche und urbane Gebiete in Deutschland nach ökonomischen, sozialen und ökologischen Parametern, so nehmen ländliche Kreise nicht geschlossen die hinteren Ränge ein (vgl. Anlage). Vielmehr weisen sie bei einzelnen Parametern regionaler Ungleichheit entwicklungsfähige Qualitäten auf. Im Unterschied zu urbanen Kreistypen zeigt sich in den ländlichen nach wie vor ein überdurchschnittlicher Entwicklungsgrad des landwirtschaftlichen Sektors, mit dem die Grundversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gesichert wird. Parallel dazu ist aber in der Regel, von Ausnahmen abgesehen, auch das produzierende Gewerbe in ländlichen Raumtypen gut ausgebaut. Darüber hinaus herrscht in allen ländlichen Kreistypen ein Bildungs- und Qualifikationsniveau vor, das den regionalen ökonomischen Erfordernissen und -möglichkeiten entspricht und teilweise darüber hinaus reicht. Mit ihrem Anteil an Schulabgängern mit Hauptschulabschluss und mittlerer Reife liegen ländliche Kreise in Deutschland auf den ersten Rängen, ihre Nachwachsenden verfügen damit über eine solide Grundausbildung. Nicht zuletzt sind alle ländlichen Regionen großzügig mit Naturreichtümern ausgestattet, die als wichtige Standortfaktoren entwickelbar sind. Ihre ausgedehnten Freiflächen eignen sich für die Erholung ebenso wie für die Kulturlandschaftspflege und den Naturschutz.

Naturverträgliche Agrarwirtschaft, diversifiziertes produktives Gewerbe, ein gutes Bildungs- und Ausbildungsniveau sowie Naturreichtum sind bedeutsame humane und ökologische Bedingungen für tragfähige regionale Entwicklungen in allen ländlichen Kreistypen. Darüber hinaus stehen insbesondere die ländlichen Kreistypen (8) und (4) urbanen Räumen hinsichtlich ihrer Wirtschaftsentwicklung und ihrer demographischen Strukturen nicht nach. Beide Raumtypen haben jeweils einen gut entwickelten sekundären bzw. tertiären Wirtschaftssektor. Darüber hinaus zeichnen sie sich durch eine ausgewogene Altersstruktur ihrer Bewohner aus und der Kreistyp (4) liegt zudem mit seiner Bevölkerungsentwicklung deutschlandweit auf dem ersten Rang (Anlage, Tab. 1). Es ist erstaunlich, dass die Ferne zu Agglomerationszentren beim Kreistyp (8) dessen wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Regel nicht behindert, während der Typ (4) im Zuge von Suburbanisierungen erwartbar von seiner Nähe zu Metropolen profitiert (Anlage, Tab. 8). Im Kreistyp (7) haben Umstrukturierungen in Richtung einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur begonnen. Er kann zudem auf eine vergleichsweise stabile demographische Entwicklung verweisen. Allein in agglomerationsfernen, dünn besiedelten Räumen (9) sind gegenwärtig Prozesse im Gang, in denen sich verschiedene komplizierte Momente überlagern. Die Ferne zu den Agglomerationsräumen und Ländlichkeit hemmen eine eigenständige Entwicklung. Die Analyse erbrachte in diesem Sinn für jeden ländlichen Kreistyp charakteristische Vorzüge und Probleme, die nachfolgend genauer benannt werden.

3.1 Agglomerationsnahe ländliche Räume

These 6:

Agglomerationsnahe ländliche Kreise (4) bilden im Vergleich mit allen anderen deutschen Kreistypen einen vitalen Raum. Darüber hinaus sind sie der dynamischste ländliche Raumtyp in Deutschland. Sie verfügen über die für europäische ländliche Agglomerationsränder typischen Nachhaltigkeitsressourcen und -probleme und entwickeln sich innerhalb des europäischen ländlichen Raumtyps I sehr gut.

Wie der Name verrät und Abbildung 19 zeigt, liegen ländliche Kreise des Typs (4) am Rand von Agglomerationsräumen. Dies betrifft in Deutschland vor allem das Umland von Berlin, dessen acht sternförmig angrenzende Landkreise gemeinsam mit den Kreisen (OD4) östlich von Leipzig den Charakter des Typs (4) statistisch stark beeinflussen. Dadurch bilden sich Probleme und Möglichkeiten des ostdeutschen Transformationsprozesses stärker in diesem Raumtyp ab, als bei den ländlichen Kreistypen (8) und (7). Weiter spielen ländliche Umlandkreise des Ballungsraumes Hamburg-Bremen eine prägende Rolle, gefolgt von solchen im Münchener Umland. Die Landkreise Neckar-Odenwald und Euskirchen am Rand des Main- bzw. der Rhein-Raumes bilden eher Außenseiter, da das Umland dieser Ballungsräume fast ausschließlich selbst urban verdichtet ist.

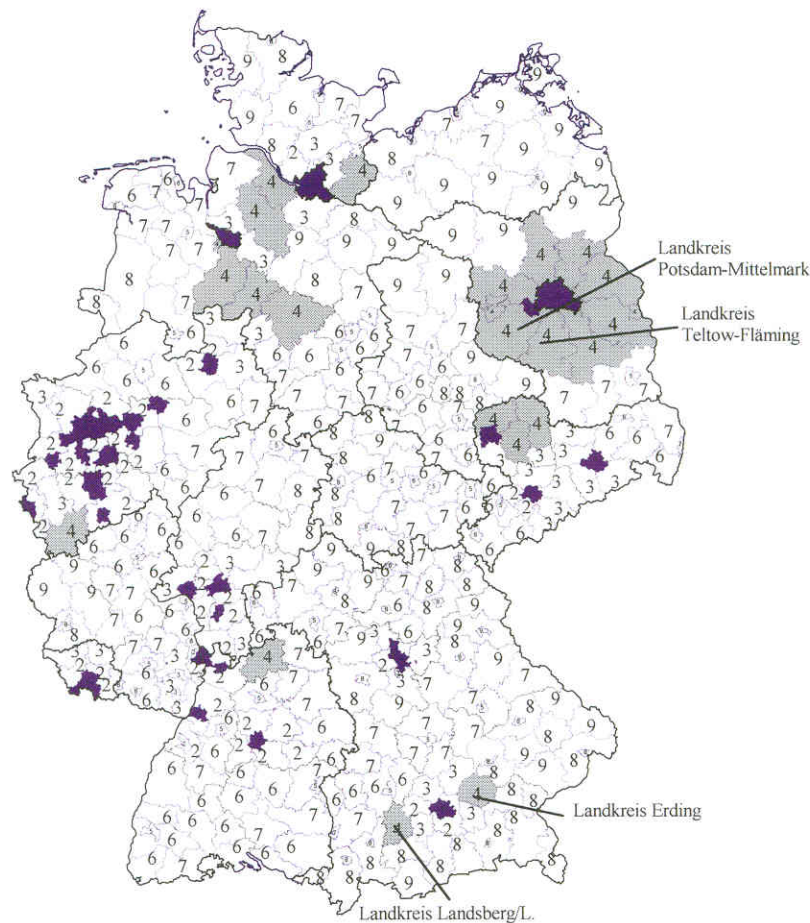


Abbildung 19: Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen (4) mit den Kernstädten der Agglomerationsräume (1) (Quelle: Eigene Darstellung nach INKAR 2003)

Die Dynamik des ländlichen Raumtyps (4) erklärt sich weniger aus seinen endogenen Ressourcen, als vielmehr aus den Entwicklungsanreizen und Belastungen, die aus seinen funktionellen Beziehungen zu den jeweiligen Agglomerationsräumen entstehen. Diese Anreize versetzen die eigenständigen Potentiale dieses Raumes, wie große Freiflächen sowie eine entwicklungsfähige Wirtschaftsstruktur erst in einen Wachstumszusammenhang, der der Region zugute kommt. Diese arbeitsteiligen Funktionen wiederum speisen sich sehr stark aus den Defiziten der Agglomerationsräume: Rummangel, Übernutzung, Verteuerung. Dadurch werden die nahen ländlichen Räume (4) angeregt, insbesondere jene Potentiale zu entfalten, die ihre nach außen gerichteten Siedlungsfunktionen (Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung), Erholungsfunktionen (Naherholung, Sport) und Entsorgungsfunktionen (Abfall, Wasser) im Dienste der Ballungsräume realisieren. Dies bringt demographische und ökonomische Gewinne, aber auch ökologische, teilweise auch ökonomische und soziale Belastungen mit sich.

So stellen viele ländliche Randgebiete insbesondere außerhalb ihrer Siedlungskerne preiswertes Bauland bzw. Wohnraum für großstadtmüde Familien zur Verfügung. Durch diesen Zuzug werden in der Region überdurchschnittlich viele Kinder geboren. Beides führt dazu, dass der Kreistyp (4) unter allen neun Kreistypen in Deutschland Rang 1 im Bevölkerungswachstum und Rang 2 bei seinem Anteil an Kindern und Jugendlichen an der regionalen Bevölkerungsstruktur einnimmt. Kein anderer Kreistyp hat so günstige demographische Strukturen aufzuweisen wie ländliche Räume an Ballungsrändern (Anlage, Tab. 1). Gleichzeitig leidet das ländliche Umland an diesen Siedlungstendenzen, indem auch seine Innenstädte entleert und Freiflächen versiegelt werden. In diesem Sinne profitiert und verliert der Raumtyp (4) durch die Suburbanisierung, die ihre Hauptursache in teilweise unattraktiven Wohnbe-

dingungen urbaner Zentren hat. Würden diese ihrerseits verbessert, nähme der demographische Zustrom voraussichtlich ab, weil das Beschäftigungswachstum in ländlichen Ballungsrändern bisher hinter seinem Bevölkerungswachstum zurückbleibt. Im Beschäftigungsangebot nimmt der Kreistyp (4) mit dem stärksten demographischen Wachstum nur den vorletzten Rang 8 ein (Anlage, Tab. 3). Für die Bewohner bietet sich daher vor allem das Pendlermodell als Lebensmuster an. Agglomerationsnahe ländliche Räume sind Pendleräume. Sie nehmen deutschlandweit Rang 1 bei der Zahl der Auspendler ein (BBR 2004a). Dies bringt nicht nur regionale Vorteile, sondern auch zeitliche Belastungen für die Beteiligten mit sich, teilweise auch Versorgungsprobleme etwa bei Einkaufsmöglichkeiten, Schulen oder ärztlicher Versorgung in Wohnnähe (Anlage, Tab. 6). Solche Nachteile werden teilweise durch Überversorgung in den Ballungszentren aufgehoben, indem vieles auf dem Arbeitsweg erledigt wird. Darüber hinaus verbessert sich durch das Bevölkerungswachstum indirekt über die Auslastung von öffentlichen und privaten Verkehrswegen die Erreichbarkeit dieses Raumtyps bezogen auf das jeweilige Ballungsgebiet und damit wiederum die Attraktivität für Arbeitspendler. Die Erreichbarkeit von regionalen Oberzentren wird davon nicht unbedingt positiv beeinflusst, da die Pendler- und Verkehrsströme vorrangig zwischen Zentrum und Peripherie polarisiert sind (Anlage, Tab. 8). Ein suburban geprägter Wachstumskreis mit Nachhaltigkeitsdefiziten wird geschlossen, an dem Agglomerationszentren und ihre ländlich geprägten angrenzenden Räume in sich ergänzender Weise beteiligt sind.

Die starke Siedlungsfunktion des Kreistyps (4) macht sich nicht nur in einem überdurchschnittlichen Wohnungsbau und Bevölkerungswachstum bemerkbar. Durch preiswerte Gewerbegebiete und eine gute Bildungsstruktur werden auch Wirtschaftsunternehmen angezogen, wenn auch nicht im gleichen Maße wie der Zuzug wächst. Infolge dessen steigt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in überdurchschnittlichem Maße. So nimmt dieser ländliche Kreistyp deutschlandweit nach den hoch verdichteten Kreisen in Agglomerationsräumen (2) den zweiten Rang im Wirtschaftswachstum ein (Anlage, Tab. 4). Als indirektes Ergebnis der Siedlungsfunktion für Ballungsräume gelingt dem Kreistyp (4) damit eine Angleichung seiner historisch geringeren wirtschaftlichen Leistungskraft (Rang 9). Dadurch konkurriert der Typ (4) ökonomisch nicht nur mit den Ballungsräumen, sondern auch mit den benachbarten urbanen Landkreisen (2) um Investitionen und Beschäftigungswachstum. Dabei verfügen die Zentren über einen deutlichen Bildungsvorsprung (Rang 1). Aber mit ihrem Anteil an Hochschulabsolventen stehen ländliche Kreise (4) mit Rang 4 unter den deutschen Kreistypen den hoch verdichteten Kreisen (2) in Agglomerationsnähe mit Rang 3 kaum nach (Anlage, Tab. 2). Zusätzlich verbinden sie dies noch mit einem höheren Anteil an Absolventen der mittleren Reife (Rang 3 bzw. Rang 6). Besonders günstig wirkt sich die moderne Wirtschaftsstruktur mit einem relativ gut entwickelten Dienstleistungssektor für das hohe Wirtschaftswachstum agglomerationsnaher ländlicher Kreise aus. Der Kreistyp (4) verfügt nach den Großstädten (1) und (5) über den drittgrößten Beschäftigtenanteil im dritten Sektor, wobei in einem hohen Maße Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen beteiligt sind (Anlage, Tab. 3). Dies wird seinerseits durch das erwähnte hohe Bildungsniveau begünstigt. Erstaunlicherweise nehmen also agglomerationsnahe ländliche Kreise (4) im Wettbewerb mit angrenzenden urbanen Raumtypen (2) und (3) eine durchaus günstige Position ein. Bildungsniveau, Dienstleistungsniveau und Wirtschaftsstruktur beeinflussen sich in diesem Raumtyp gegenseitig weitgehend positiv. Auch hier schließt sich ein suburban geprägter Wachstumskreis mit einigen Nachhaltigkeitsdefiziten.

Diese Nachhaltigkeitsdefizite zeigen sich beispielsweise in einem stellenweise hohen Grad an Zersiedlung und Versiegelung natürlicher Flächen oder in der Verdrängung von Kulturlandschaften durch Gewerbe- bzw. Wohnnutzungen und parallel dazu im Verfall von Siedlungszentren. Dadurch werden wichtige regionale Momente untergraben, die die ursprüngliche Attraktivität ländlicher agglomerationsnaher Räume ausmachen. Die Naturressourcen, über die ländliche agglomerationsnahe Räume (4) neben den ihnen direkt und funktional zuwachsenden Bevölkerungs-, Bildungs- und Wirtschaftsressourcen verfügen, werden auch durch die Realisierung ihrer Entsorgungsfunktion für Ballungsräume beeinträchtigt. Insbesondere die Entsorgung von Müll und Abwasser überfordert gegenwärtig die Ballungsräume. Wird die Zahl entsprechender Einrichtungen nicht eingeschränkt und werden daraus erwachsende Umweltprobleme nicht gelöst, wird dieser Kreistyp ökologisch belastet, obwohl er selbst nicht der Verursacher der Risiken ist. In einigen Gebieten kommt zusätzlich eine hohe Lärmbelastung etwa durch Autobahnen und Flughäfen hinzu. Eine dritte Beeinträchtigung der überdurchschnittlich

gut entwickelten natürlichen Bedingungen dieses Kreistyps erwächst aus seiner Erholungsfunktion für die Ballungsräume, wenn entsprechende Betätigungen und Einrichtungen nicht hinreichend mit den Erfordernissen des Natur- und Umweltschutzes abgestimmt werden. In allen diesen Fällen sind die ländlichen Gebiete eigentlich nicht die direkten Auslöser der Umweltprobleme, sie haben allerdings über Länderverträge und die Planung der jeweiligen Entsorgungseinrichtungen oder die Vernachlässigung von Schutzmaßnahmen teil am Ausmaß und an der Reproduktion von ökologischen Belastungen für ihre Region.

Bilanziert man die Nachhaltigkeitsdefizite des Kreistyps (4) zusammen mit seinen Nachhaltigkeitsressourcen so zeigt sich ein ambivalentes Bild. Der hohe Anteil an Forschungs- und Entwicklungskapazitäten stellt ein wichtiges Zukunftspotenzial dar, da es gleichzeitig die Wirtschaftskraft, die Lebensqualität und die Ressourcenschonung in diesem Raum fördert. Positiv ist in jedem Fall der hohe Reichtum an Freiräumen in unmittelbarer Nähe von Ballungsräumen zu bewerten. Das demographische Wachstum hingegen stellt nur eine Umverteilung der aus den Ballungsräumen abwandernden Menschen dar, was die nationale Bevölkerungsentwicklung nicht zusätzlich befördert. Darüber hinaus müsste der Bevölkerungszuwachs dieses Raumtyps bei verbesserten Lebensbedingungen in den Agglomerationsräumen auf Basis eigener Attraktivität erreicht werden, was zusätzlicher und neuartiger Anstrengungen bedürfte. Die Probleme des Natur- und Umweltschutzes stellen Nachhaltigkeitsdefizite dar, die nur in überregionaler Zusammenarbeit lösbar sind.

Vergleicht man die Nachhaltigkeitsbilanz des deutschen ballungsnahen ländlichen Kreistyps (4) mit entsprechenden Räumen in der Europäischen Union, so lassen sich deutliche Parallelen erkennen. Dieser Kreistyp nimmt in charakteristischer Weise an den Entwicklungsformen und -problemen der europäischen ländlichen Metropolenränder teil. Seine deutschen Vertreter können insbesondere hinsichtlich der erfolgreichen Tertiärisierung ländlicher Räume gute Erfahrungen einbringen. Nachholbedarfe gibt es insbesondere bei der Verzahnung von Planungsprozessen zwischen Zentren und ländlichen Umlandregionen und bei der Erschließung weiterer regionstypischer Schlüsselressourcen. Dies zeigt auch die Analyse der typinternen Differenzierung von Nachhaltigkeitsressourcen und -risiken.

Die Ressourcen und Risiken des Kreistyps (4) sind zwischen seinen Kreisen unterschiedlich verteilt. Entwicklungsvorreiter sind das erfolgreiche Münchener Umland sowie die südlich an Berlin anschließenden Kreise. Dabei ziehen die ersteren aus ihrer Nähe zum Metropolenraum München Nutzen, während Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark vom Zuzug aus den Bezirken des Berliner Westens und von ihren Forschungseinrichtungen profitieren. Im Mittelfeld liegen die norddeutschen Kreise dieses Typs. Schwächer schneiden die ostbrandenburgischen Kreise ab, die nicht auf ein historisch gewachsenes Forschungspotenzial oder auf einen Zuzug finanzkräftiger Großstädter aufbauen können und die erst mit der Osterweiterung der Europäischen Union die früheren Nachteile ihrer Grenzlage überwinden können. Dennoch nehmen die ostdeutschen Kreise dieses Typs (OD4) unter allen ostdeutschen Kreistypen den ersten Rang im Wirtschaftswachstum ein. Darüber hinaus bilden sie den einzigen Raum, dem ein positives Bevölkerungswachstum in Ostdeutschland zugute kommt. Es zeigt sich, dass die ostdeutschen ländlichen Kreise in Agglomerationsräumen (OD4) bereits historisch vergleichbar mit ihren Zentren verbunden waren wie dies von urbanen agglomerationsnahen Räumen erwartet werden kann.

Insgesamt lässt sich einschätzen, dass auch und gerade für den ländlichen Kreistyp (4) anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung eine Schlüsselbranche für ihre nachhaltige Entwicklung darstellt. Sie ist allerdings nicht für jeden einzelnen Kreis zugänglich. Alternativ können ländliche Räume in Agglomerationsnähe, die für Forschung keinerlei historische Voraussetzungen besitzen, die in ihrer Nähe konzentrierten Absatzmärkte landwirtschaftlicher Produkte nutzen, um die regionale Vermarktung von Qualitätslebensmitteln im Interesse ihrer Regionalentwicklung auszubauen. Dieser Bereich erweist sich im Schatten des Technologiebooms noch als unausgeschöpft für die Regionalentwicklung dieses Raumtyps, wenngleich Ansätze dafür bereits vorhanden sind. So entwickelt sich beispielsweise im Land Brandenburg der Regionalverband „pro agro“ zu einem erfolgreichen Mittler zwischen Erzeugern, Verarbeitern und Abnehmern landwirtschaftlicher Produkte. Ihm gehören Brandenburger Agrarunternehmen, Erzeugergemeinschaften, Vereine und wissenschaftliche Institute sowie politische

Verbände an. Mit seiner Arbeit zielt er darauf, durch Marketing- und Qualitätsmaßnahmen den Absatz von regionalen Agrarprodukten und die Marktposition seiner Mitglieder zu verbessern. Dazu veranlasst er verschiedene Marketingoffensiven und die Sicherung hoher Qualität regionaler Produkte. Zu diesem Zweck werden seit einiger Zeit verschiedene Qualitätsprogramme entwickelt und regionale Qualitätssiegel für verschiedene Brandenburger landwirtschaftliche Produkte geschaffen. Seit einiger Zeit orientiert sich „pro agro“ stärker auf die Förderung des ländlichen Raumes, um darüber hinaus die Strukturentwicklung in den Mittelpunkt zu rücken. Nicht zuletzt mit dieser Zielstellung verdeutlicht er seine Strategie, Unternehmen in verschiedenen ländlichen Kreistypen überregional zu unterstützen und zu vernetzen (vgl. pro agro o. J.).

Als erfolgreiche Vertreter des ländlichen Raumtyps (4) werden gewöhnlich die bayrischen Landkreise Erding oder auch Landsberg am Lech genannt (vgl. Prognos 2004, Kröhnert et al. 2004). Dabei liegt Erding mit seiner wirtschaftlichen und sozialen Leistungskraft und seinem Entwicklungstempo mit Abstand auf Platz 1 innerhalb des Kreistyps (4). In einem Vergleich der wirtschaftlichen und demographischen Stärken und Entwicklungstrends aller 439 deutschen Kreise nimmt Erding den attraktiven Rang 39 ein. Es gehört damit zu den wenigen Landkreisen zwischen den erwartungsgemäß starken Städten, die den wirtschaftlich führenden deutschen Kreisen zugerechnet werden (vgl. Prognos 2004). Nicht nur wächst sein Bruttoinlandsprodukt zwischen 1994 und 2000 um fast ein Drittel, auch verzeichnet Erding im Jahr 2001 die höchsten Steuereinnahmen im westdeutschen Kreistyp (WD4). Überdurchschnittlich viele Beschäftigte finden sich hier im Dienstleistungssektor. Gleichzeitig gewinnt der Landkreis überproportional an Bevölkerung, sie wächst zwischen 1990 und 2001 um ein Viertel an und zwar in fast allen Altersgruppen. Als Wachstumsmotor im Kreistyp (4) ist der Landkreis Teltow-Fläming zu nennen, der deutschlandweit in den vergangenen Jahren am stärksten an ökonomischer Leistungskraft und zudem auch an Bevölkerung gewonnen hat. Sein Bruttoinlandsprodukt wächst zwischen 1994 und 2000 um zwei Fünftel, wenngleich es damit immer noch einen geringeren Stand erreicht als in westdeutschen Vergleichskreisen. Die Zahl der Kinder erhöht sich zwischen 1995 und 2001. Im Unterschied zu anderen ostdeutschen Kreisen dieses Typs kann der Kreis Teltow Fläming seine gute demographische und ökonomische Bilanz auch in ein Wachstum seiner Steuereinnahmen umsetzen, so dass sich seine Gestaltungsräume für eine bessere Lebensqualität seiner Bewohner erweitern. Teltow-Fläming ist der einzige Kreis im Typ (4), der Erding 2001 hinsichtlich der Steuereinnahmen übertrifft. Ein Entwicklungsgeheimnis des Kreises Teltow-Fläming liegt darin, dass historisch gewachsene Stärken insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung erhalten und industriennah profiliert wurden. So konnte er auf Zentren angewandter Forschung in Betrieben des Verkehrs- und Maschinenbaus und gleichzeitig auf Institute der Grundlagenforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR aufbauen. Auf diese Weise werden externe Investoren angezogen, Forschungsstrukturen durch Ausgründungen wirtschaftsorientiert umgestaltet, durch Bündelung in mehreren regionalen Technologieparks effektiviert und durch den Ausbau internationaler Beziehungen profiliert. Eine herausragende wirtschaftliche und demographische Entwicklung weist auch der Landkreis Potsdam-Mittelmark auf. Hier wachsen insbesondere die Zahl junger Erwachsener und das private Einkommen der Bewohner. Der Dienstleistungssektor ist in Potsdam-Mittelmark gut ausgebaut. Diese positive Entwicklung ist unter anderem auf seine Funktion als räumliches Umland der Landeshauptstadt Potsdam zurückzuführen, wo sich wichtige Verwaltungen des Landes Brandenburg konzentrieren.

3.2 Ländliche Kreise in verstädterten Räumen

These 7:

Ländliche Kreise in verstädterten Räumen (7) sind auf der Suche nach einem eigenen Regionsprofil. Bei einem Ranking der vier ländlichen Kreistypen liegen sie an dritter Stelle. Sie durchlaufen komplizierte Prozesse, bei denen sich Vorzüge in den demographischen Merkmalen mit Schwächen in der wirtschaftlichen Situation überlagern. Insofern erfüllen sie Kriterien des europäischen ländlichen Raumtyps I nur partiell und tendieren fallweise zum Typ II, obwohl sie nicht durch geographische Ferne belastet sind.

Ländliche Kreise des Typs (7) befinden sich in verstädterten Räumen und sind durch örtliche Nähe zu Großstädten gekennzeichnet. Sie sind häufig räumlich eingebettet in die Bundesländer, liegen aber teilweise auch an deren Rändern. Das betrifft beispielsweise ländliche Kreise (7) in Schleswig-Holstein und Brandenburg. Kreise dieses Typs (7) sind in den ost- und westdeutschen Bundesländern anteilig gleichmäßig verteilt. Mehr als ein Drittel aller deutschen ländlichen Kreise sind solche des Typs (7). Unter den Bundesländern mit einem relativ hohen Anteil an ländlichen Kreisen weisen Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Thüringen die höchsten Anteile an ländlichen Kreisen des Typs (7) auf (Abb. 20). In den Bundesländern Hessen, Baden-Württemberg und Sachsen, wo nur wenige ländliche Kreise liegen, bilden sie den vorrangigen Typ.

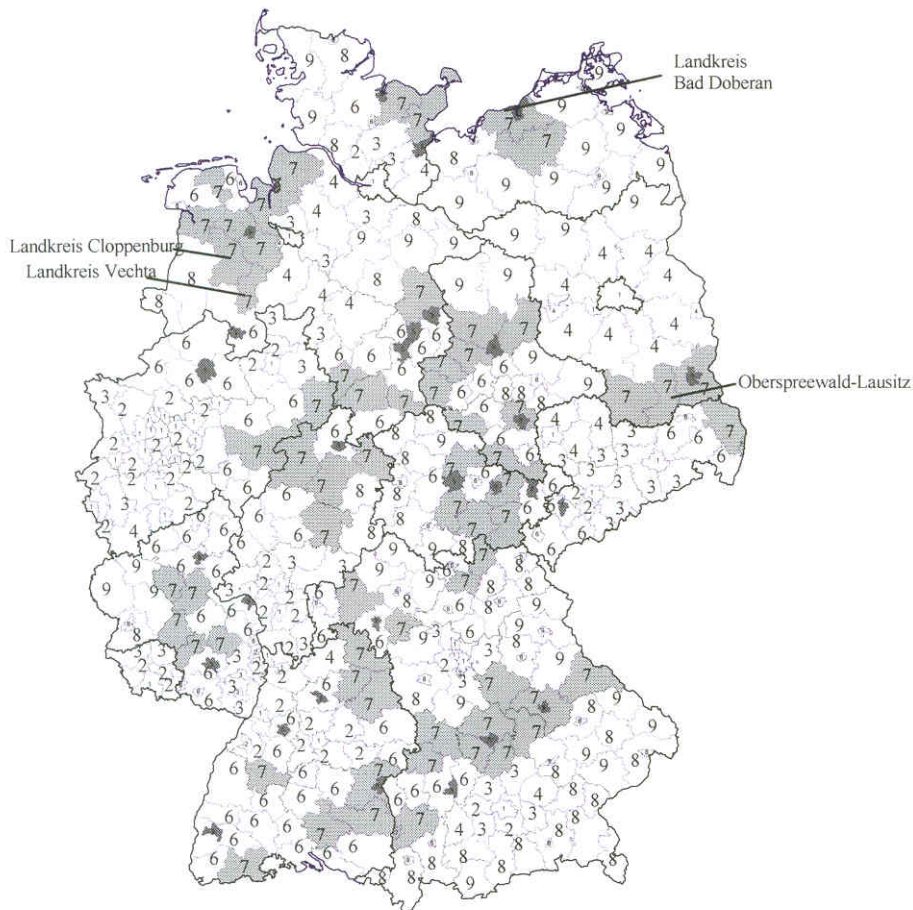


Abbildung 20: Ländliche Kreise in verstädterten Räumen (7) mit den Kernstädten in urbanen Räumen (5) (Quelle: Eigene Darstellung nach INKAR 2003)

Ländliche Kreise in verstädterten Räumen (7) zeichnen sich durch Entwicklungschancen und -barrieren gleichermaßen aus. Die räumliche Nähe zu den Großstädten löst im Kreistyp (7) bisher nicht solche wirtschaftlichen Impulse aus, wie sie sich beim ländlichen Kreistyp (4) zeigen. Auch im Vergleich zum Kreistyp (8), der eine relativ stabile Entwicklung vollzieht, schneiden sie in einzelnen wirtschaftlichen Parametern schlechter ab.

Eine wichtige Ressource des Kreistyps (7) liegt in einer vergleichsweise ausgewogenen demographischen Struktur. Mit seinem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen rangiert er im Jahr 2000 auf dem Rang 1 aller siedlungsstrukturellen Kreistypen (Anlage, Tab. 1). Wenngleich der für Deutschland allgemein zutreffende Rückgang an diesen Altersgruppen auch diesen Kreistyp erfasst, besitzt er mit seiner positiven Geburtenrate wichtige Vorzüge gegenüber anderen Regionen. Sein relativ hoher An-

teil an Nachwachsenden wird für Westniedersachsen damit begründet, dass die Bevölkerung überwiegend katholisch ist, die ländliche Region als konservativ gilt und viele Auslandsdeutsche angesiedelt sind (Krönert et al., 33). Im niedersächsischen Cloppenburg wird im Jahr 2000 die deutschlandweit höchste Fertilitätsrate mit 1,9 erreicht. Dieser Landkreis und das niedersächsische Vechta können 2000 mit 8,4 % bzw. 8,1 % anteilig die meisten Kinder bis zu 6 Jahren aufweisen. Bedingt kann der hohe Anteil an Kindern auch mit der guten Ausstattung an Kindergartenplätzen zusammenhängen, die deren außerhäusliche Betreuung ermöglicht. Die ostdeutschen ländlichen Kreise (OD7) weisen hier deutschlandweit die meisten Einrichtungen auf, die westdeutschen (WD7) liegen auf Rang 3 (Anlage, Tab. 6). Bevölkerungsverluste und -gewinne halten sich in den Kreisen dieses Typs die Waage, wobei die positive Bilanz neben Zuzügen auf eine überdurchschnittliche Bevölkerungsreproduktion zwischen 1990 und 2001 zurückzuführen ist.

Im Unterschied zu dieser positiven demographischen Entwicklung sind die wirtschaftlichen Erfolge im Kreistyp (7) weniger prägnant als in den Kreistypen (4) und (8). Mit seinem Anteil an Beschäftigten im produktiven Gewerbe liegt der Kreistyp (7) auf Rang 1, mit dem Anteil in der Landwirtschaft Beschäftigter auf Rang 3 aller siedlungsstrukturellen Kreistypen (Anlage, Tab. 3). Die landwirtschaftliche Produktion ist in Regionen dieses Typs nach wie vor bedeutsam, wobei es ausgedehnte Flächen gibt, die nach biologischen Prinzipien bewirtschaftet werden. Kreise des Typs (7) stehen denen des Typs (9) mit ihren ökologischen Anbauflächen kaum nach (Rang 2), schrittweise erfolgt hier eine Umorientierung der Landbewirtschaftung (Anlage, Tab. 7). Mit der Agrarwirtschaft verbundenes Gewerbe und Handwerk sind in Kreisen dieses Typs (7) gut ausgebaut, ebenso wie andere Zweige des sekundären Sektors. Die hohe Zahl hier ansässiger kleiner und mittlerer Unternehmen kann sich als wichtige Ressource für die notwendige Tertiärisierung der Wirtschaft erweisen. In diesem Bereich liegen erkennbare Reserven, denn hinsichtlich seines Anteils an Beschäftigten im Dienstleistungssektor und auch speziell bei seinen unternehmensbezogenen Dienstleistungen belegt der Kreistyp (7) jeweils den letzten Rang 9. Das erklärt möglicherweise, dass die beiden bayrischen Landkreise (7) mit sehr hohen Anteilen im sekundären Sektor – Kronach und Main-Spessart – bei der Wertung ihrer Zukunftschancen aus wirtschaftlicher Sicht nur im Mittelfeld liegen (vgl. Prognos 2004).

Dass der Abbau der Landwirtschaft und der Umbau des sekundären Sektors in diesem Kreistyp bisher nur verhalten in Richtung einer Tertiärisierung der regionalen Wirtschaft laufen, drückt sich nicht zuletzt in einer niedrigen Beschäftigungsrate aus (Rang 7). Nicht selten weisen Kernstädte (5) in der Nähe bzw. im Zentrum der ländlichen Kreise des Typs (7) einen überproportionalen Anteil an Beschäftigten auf, darüber hinaus arbeiten überdurchschnittlich viele von ihnen im Dienstleistungssektor (Rang 2) (Anlage, Tab. 3). Diese Erwerbsangebote wirken sich allerdings auf das ländliche Umfeld nur geringfügig aus (vgl. Abb. 12), es kann bisher von den wirtschaftlichen Ansiedlungen in urbanen Zentren nur bedingt profitieren. Während in den bayrischen Landkreisen des Typs (7) sowie in Bad Doberan (Mecklenburg-Vorpommern) und Gifhorn (Niedersachsen) die Beschäftigungsquote zwischen 1995 und 2001 wächst, stagniert sie in allen anderen oder sie ist sogar rückläufig. Die Bewohner in diesen ländlichen Gebieten lösen ihre Beschäftigungsprobleme individuell, indem sie in urbane und verdichtete Räume pendeln und lange Wege in Kauf nehmen. Die Zahl der erwerbstätigen Auspendler übersteigt die der Einpendler im Raumtyp (7) deutlich (BBR 2004a). Diese Beschäftigungssituation beeinflusst die regionale Wirtschaftskraft im Zusammenspiel mit der wirtschaftlichen Struktur nachteilig. Mit ihrem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegen die ländlichen Kreise (7) auf dem drittletzten Rang, wenngleich es zwischen 1994 und 2000 überdurchschnittlich wächst (Rang 4) (Anlage, Tab. 4). Dadurch konnten die ländlichen Kreise (7) ihren ökonomischen Abstand zu den urbanen Regionen etwas verringern. Dennoch beschränkt die wirtschaftliche Situation in diesem Kreistyp die kommunalen Gestaltungsräume. Zwischen 1995 und 2000 entwickeln sich die Steuereinnahmen unterdurchschnittlich (Rang 7), verschiedene ostdeutsche Kreise dieses Typs, in besonderem Maß die brandenburgischen Kreise (OD7), verbuchen in diesem Zeitraum Steuerverluste (Anlage, Tab. 5). Ähnlich wie die öffentlichen Finanzen bewegen sich auch die privaten Haushaltseinkommen von Bewohnern dieses Kreistyps (7) deutschlandweit im unteren Drittel aller siedlungsstrukturellen Kreistypen (Rang 8). Zu diesem Typ rechnet auch der ärmste deutsche Kreis Oberspreewald-Lausitz. In diesem Brandenburger Landkreis erfolgt zwischen 1995 und 2001 infolge einer anhaltenden Deindustrialisierung ein sehr starker Beschäftigungsabbau von fast einem Drittel der Erwerbsfähigen, es herrscht eine extrem

hohe Arbeitslosigkeit. Die Bruttowertschöpfung geht infolge wirtschaftlicher Einbrüche zwischen 1994 und 2000 deutlich zurück. In der Konsequenz sind private Einkommen und öffentliche Einnahmen niedrig oder sogar rückläufig. Es entsteht die Frage, welche alternative Regionalentwicklung für derart deprivierte Kreise möglich ist.

Als wichtige Basis für eine nachhaltige Regionalentwicklung können in diesem Kreistyp verschiedene soziale und natürliche Ressourcen gelten. Die Nachwachsenden besuchen neben Vorschuleinrichtungen auch andere schulische Einrichtungen mit Erfolg. Im Vergleich zu den anderen ländlichen Kreistypen erlangen hier im Jahr 2001 überproportional viele Schulabgänger eine mittlere Bildung (Rang 2). Sie weisen damit ein den regionalen wirtschaftlichen Bedingungen angemessenes Bildungsniveau auf (Anlage, Tab. 2). Daraus erwachsen soziale Kapazitäten, um den mittleren Dienstleistungsbereich auch in diesem ländlichen Raumtyp gemäß dem allgemeinen Trend auszubauen. In diesem Kreistyp (7) sind aufgrund seiner Bildungsstruktur und seiner Nähe zu größeren Städten gute Chancen vorhanden, um beispielsweise die informationstechnologische Branche oder aber die Zulieferindustrie für das produzierende Gewerbe in den Regionen selbst stärker zu entwickeln. Dabei können gute Erfahrungen mit den Angeboten an Dienstleistungen genutzt werden, die aus der natürlichen Ausstattung dieser Landkreise erwachsen. Die ländlichen Kreise des Typs (7) verfügen über ausgedehnte Freiflächen (Rang 3), die touristisch bereits weitgehend genutzt werden (Anlage, Tab. 7). So hat sich beispielsweise der Kreis Bad Doberan zu einem Anziehungspunkt für Urlauber herausgebildet und er profitiert in seiner gesamten Entwicklung stark von dieser Nachfrage. Gleichzeitig werden die Schutzgebiete und Kulturlandschaften dieser ländlichen Kreise des Typs (7) von den Bewohnern der Großstädte und verstädterter Räume für Naherholung genutzt. Diese überregionalen Erholungsfunktionen beeinflussen die interne Entwicklung dieser Kreise vor allem positiv. Ihre Chance liegt darüber hinaus darin, preiswertes Bauland für das produzierende und Dienstleistungsgewerbe im ländlichen Umfeld der Städte und urbaner Räume bereitzustellen. Solche Verflechtungen können Impulse für die regionale wirtschaftliche Entwicklung auslösen. Damit verbindet sich zugleich die Möglichkeit, die Wirtschaftsstruktur des jeweiligen Kreises auf die eingeschlossenen oder nahe gelegenen urbanen Zentren auszurichten, sofern diese über entsprechende Kapazitäten verfügen und Wirtschaftsbeziehungen zum Umland als wichtige Ressource der eigenen Entwicklung fördern. Dabei können ganz unterschiedliche Branchen bevorzugt werden, entsprechend der räumlichen Lage und der vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Kapazitäten des jeweiligen Kreises. Erfahrungsgemäß besitzt ein gut ausgebautes Verkehrsnetz zu den Nachbarregionen dafür hohen Stellenwert. Hier liegen Herausforderungen für zukünftige Regionalentwicklungen, denn derzeit brauchen die Bewohner dieses Kreistyps im Durchschnitt länger zum nächsten Oberzentrum als die des ländlichen Kreistyps (8) (Anlage, Tab. 8). Während in der guten sozialen Infrastruktur wichtige Vorzüge des Kreistyps (7) liegen, weist die verkehrstechnische Anbindung mithin Mängel auf. Das kann die Attraktivität dieser Gebiete sowohl für Investoren wie für Erholungssuchende schmälern.

Wägt man die verschiedenen Momente regionaler Entwicklung in den Landkreisen des Typs (7) ab, so zeichnen sich wertvolle Ressourcen für eine nachhaltige Regionalentwicklung ab. Im wirtschaftlichen Bereich finden sie sich vor allem in einem ausgebauten produzierenden Gewerbe, das bei einer engen Verflechtung mit den wirtschaftlichen Schwerpunktbereichen der nahen Großstädte in Richtung einer weiteren Tertiärisierung profiliert werden kann. Darüber hinaus erweisen sich Landwirte in Regionen des Kreistyps (7) als Vorreiter nachhaltiger Landwirtschaft, indem sie ihre Produkte nach biologischen Kriterien erzeugen. Zur Ausschöpfung ihrer sozialen Ressourcen stehen die Landkreise vor der Aufgabe, nachwachsende Generationen durch ansprechende Ausbildungsangebote und Erwerbsmöglichkeiten in den Regionen zu halten. Damit verbindet sich gleichermaßen die Chance, sie verstärkt auf moderne wirtschaftliche Anforderungen zu lenken. Ökologische Potentiale nachhaltiger Regionalentwicklung liegen bei diesem Kreistyp (7) in der großzügigen Ausstattung mit Naturflächen, die sowohl für eine gute Wohn- wie auch Erholungsqualität sorgen. Derzeit sind verschiedene Umstrukturierungen im Gang, die den Landkreisen des Typs (7) eine entsprechende Perspektive einräumen. Sie verlaufen jedoch weniger stringent in Richtung einer engen Verflechtung mit urbanen Zentren im Umfeld wie im Typ (4) oder aber einer relativen Souveränität wie im Typ (8). Landkreise dieses Typs (7) verfügen insofern über wichtige Ausgangsbedingungen nachhaltiger Regionalentwicklung, die im Wech-

senspiel mit dem sie umgebenden Umfeld ausbaufähig sind. Dafür gibt es verschiedene Beispiele innerhalb des Kreistyps (7).

Für eine erfolgreiche Aktivierung vorhandener Ressourcen steht der mecklenburgische Landkreis Bad Doberan (OD7). Er profitiert von seiner Lage an der Ostsee und umschließt die mecklenburgische Großstadt Rostock. Bad Doberan verzeichnet zwischen 1990 und 2001 einen hohen Bevölkerungsgewinn von mehr als 25 %. Im Vergleich zu anderen Landkreisen dieses Typs erhöht sich insbesondere der Anteil von jungen Erwachsenen, Senioren und Kindern bis zu 6 Jahren. Mit diesem demographischen Trend nimmt Bad Doberan deutschlandweit eine Sonderstellung ein. Aufgrund seiner bevorzugten räumlichen Lage zieht der Landkreis nicht nur neue Bewohner an, sondern auch der Tourismussektor entwickelt sich überproportional und löst einen wirtschaftlichen Aufwärtstrend aus. Rund zwei Drittel der im Landkreis Beschäftigten arbeiten im Dienstleistungsbereich. Die Beschäftigungsquote kann zwischen 1995 und 2001 deutlich gesteigert werden, während sie in anderen Landkreisen dieses Typs v. a. in Ostdeutschland sinkt. Das erklärt auch den leichten Rückgang der Arbeitslosenquote in dem Kreis, sie liegt unter dem Durchschnitt anderer ostdeutscher Landkreise des Typs (7). Dieser wirtschaftliche Aufwärtstrend ermöglicht es, bei der Ausstattung mit sozialen Einrichtungen deutlich aufzuholen, beispielsweise bei der Zahl der Ärzte. Zudem ist der Landkreis über die Autobahn nach Rostock gut zu erreichen, was seine Anziehungskraft erhöht. Diese verschiedenen Momente erklären die guten Entwicklungschancen dieses ostdeutschen Landkreises, der seine natürliche Ausstattung für einen beispielgebenden wirtschaftlichen und sozialen Aufwärtstrend nutzen kann. Gleichsam bedarf es gerade in diesem Zusammenhang einer guten Regionalpolitik, um eine Übernutzung der Natur durch die anhaltenden Touristenströme zu vermeiden. Sie steht zudem vor der Herausforderung, die mit dem Fremdenverkehr ausgelöste Entwicklung noch stärker auf andere Branchen zu übertragen und Ressourcen beispielsweise von Klein- und Mittelbetrieben für die Entwicklung des Urlauberzentrums zu aktivieren. Unter dieser Voraussetzung könnten auch umliegende Landkreise stärker von dem Aufschwung in Bad Doberan profitieren. Derzeit werden ihm aus wirtschaftlicher und auch aus demographischer Perspektive ausgeglichene bzw. gute Entwicklungschancen eingeräumt, wohingegen die umliegenden Regionen schlecht(er) abschneiden (vgl. Prognos 2004, Kröhnert et al. 2004).

Als Beispiele ganz anderer Art gelten für den Kreistyp (7) die Landkreise Vechta oder aber Cloppenburg. Ihnen werden aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht, nicht zuletzt aufgrund ihrer regionalen Einbettung, bessere Zukunftschancen eingeräumt als Bad Doberan. Cloppenburg weist deutschlandweit mit 29 % den höchsten Anteil an Jugendlichen bis zu 20 Jahren auf (Kröhnert et al. 2004, 7). Im Landkreis Vechta wächst die Bevölkerung zwischen 1990 und 2001 um ein Fünftel und sie verjüngt sich infolge einer hohen Geburtenrate. Parallel dazu profitiert der Landkreis Vechta von einer industriellen Geflügel- und Schweinemast und einem ausgebauten sekundären Sektor, landwirtschaftliche Verarbeitungsbetriebe haben sich ebenso angesiedelt, wie Landmaschinen- und Metallbau- oder Kunststoff- und Verpackungsbetriebe. Infolge dieser Diversifizierung steigt die Beschäftigtenquote zwischen 1995 und 2001 deutlich, sie liegt 2001 um ein Fünftel höher als im Durchschnitt des Kreistyps (7). Gleichzeitig wird die Arbeitslosenquote gesenkt und sie erreicht 2002 den niedrigen Wert von 5,2 %. Im Ergebnis dieser regional vernetzten Wirtschaftsstruktur steigt die Bruttowertschöpfung zwischen 1994 und 2000 überproportional, das Bruttoinlandsprodukt liegt im Landkreis Vechta deutlich über dem Durchschnitt des Kreistyps (7). Das Besondere dieses Landkreises ist die dynamische Entwicklung der letzten Jahre, die auf einer erfolgreichen Einbindung verschiedenster Klein- und Mittelbetriebe sowie infrastruktureller Einrichtungen in industrielle Landwirtschaft beruht. Im Ranking aller 439 Städte und Kreise liegt er aus wirtschaftlicher und demographischer Perspektive auf Rang 59 (vgl. Prognos 2002, Kröhnert et al. 2004). Betrachtet man jedoch ausschließlich die ökonomischen Ist-Stand-Daten, so kann er sich nur teilweise mit den besonders starken bayrischen Kreisen des Typs (7) vergleichen. Aus der Nachhaltigkeitsperspektive einer ausgewogenen Regionalentwicklung, die ökonomische und soziale Entwicklung mit ökologischem Schutz verbindet, erweist er sich zudem als Beispiel für einen problematischen Entwicklungspfad. Nachhaltigkeitsdefizite stellen insbesondere die erhöhten Umweltbelastungen und Landschaftsentleerungen dar, die durch die intensive Agrarwirtschaft in diesem Landkreis hervorgerufen werden. Hier steht die Region vor der Herausforderung, künftig Umweltbelastungen wie Bodeneinträge und Gewässerverunreinigungen abzubauen, ohne die landwirtschaftliche Produktion aufzugeben (vgl. BBR 2001).

3.3 Agglomerationsferne ländliche Räume mit höherer Dichte

These 8:

Agglomerationsferne ländliche Kreise mit höherer Dichte (8) werden aus urbaner Perspektive häufig unterschätzt. Zwar sind sie Teil agglomerationsferner ländlicher Regionen, aber durchaus nicht mit Problemen beladen. Im deutschen Regionenvergleich sind sie durch eine unspektakuläre, aber stabile Regionalentwicklung mit beachtlichen Nachhaltigkeitsansätzen geprägt. Unter den ländlichen Raumtypen in Deutschland nehmen sie den zweiten Rang ein. Darüber hinaus können sie sich auch innerhalb des europäischen ländlichen Raumtyps I aufgrund ihrer wirtschaftlichen Gesamtentwicklung gut positionieren.

Ländliche Kreise des Typs (8) sind in Deutschland von der Ostsee- und Nordseeküste über eine Lage an den Grenzen zwischen Thüringen und Hessen bzw. Bayern bis in die Alpen weit verbreitet (Abb. 21). Insbesondere in den Ländern Thüringen und Bayern befinden sich viele Kreise dieses Typs. Sie liegen unterschiedlich weit von den jeweiligen Agglomerationsräumen entfernt, die bayrischen Alpenkreise eher weniger weit von München, die Küstengebiete in Mecklenburg und Schleswig-Holstein eher weiter von Berlin oder Hamburg. Ebenfalls weitab liegen die Kreise Emsland und Grafschaft Bentheim an der Grenze zu den Niederlanden. Die große Zahl an agglomerationsfernen, dichter besiedelten Kreisen im Länderdreieck Hessen, Thüringen und Bayern führt vor Augen, dass Deutschland kein räumliches Zentrum und eine äußere Peripherie hat, sondern auch mitten in Deutschland agglomerationsferne Räume weitab von Hamburg, Berlin, München, dem Rhein- oder dem Main-Raum liegen. Häufig befinden sie sich an natürlichen Gunststandorten und ziehen im Unterschied zu agglomerationsfernen dünn besiedelten Räumen (9) Bevölkerung und Tourismus an. Im Kreistyp (8) sind anders als im Typ (4) westdeutsche und ostdeutsche Kreise anteilig ausgewogen vertreten.

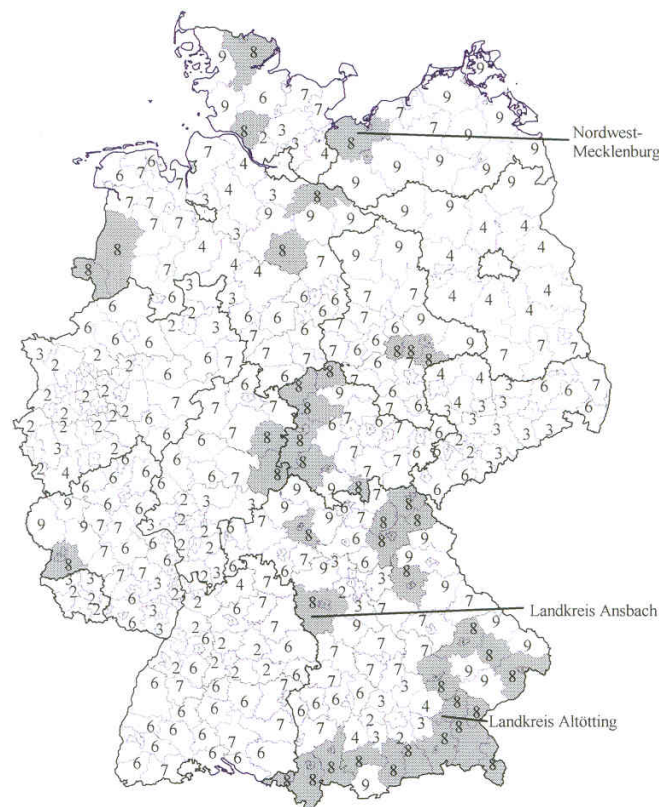


Abbildung 21: Agglomerationsferne ländliche Räume höherer Dichte (8) (Quelle: Eigene Darstellung nach INKAR 2003)

Die stabile Entwicklung des ländlichen Raumtyps (8) erwächst im Unterschied zum Kreistyp (4) nicht vorrangig aus Kompensationsfunktionen für dominante externe Räume, sondern eher aus der Differenziertheit und Modernisierung seiner endogenen Potenziale und dem Austausch mit angrenzenden urbanen Regionen. Ländliche agglomerationsferne Kreise mit höherer Dichte sind in der Regel Räume mittlerer Wirkungskraft. Zwar setzen auch seine Spitzenreiterkreise auf das urbane Modell spezialisierter Exportproduktion, aber das erfolgreiche Mittelfeld ist eher ein Raum mittlerer Verflechtungen. Dessen Spezialisierungen erwachsen aus historischen Beziehungen zu urbanen Nachbarregionen oder aus ihrer landesweiten Erholungsfunktion. Ländliche Regionen des Typs (8) fallen häufig dadurch auf, dass sie ihre wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Potenziale in Balance mit den Lebensansprüchen der in ihnen lebenden Menschen entfalten. Sie bilden Räume für naturnahe Lebens- und Arbeitsformen, in denen die Bewohner auf die Vorzüge von Räumen höherer Bevölkerungsdichte nicht verzichten, aber den Nachteilen stärker verdichteter Räume entgehen wollen. Aus soziologischer Sicht sind ländliche Räume dieses Typs daher weniger durch ihre räumliche Ferne zu Ballungsräumen gekennzeichnet, als durch eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber den aktuellen urbanen Regionalentwicklungsmodellen. Diese Eigenständigkeit agglomerationsferner, dichter ländlicher Räume ist allerdings nicht mit Abgeschlossenheit zu verwechseln. Die interne Vielfalt und Funktion seiner Ressourcen entwickelt sich in Auseinandersetzung mit beiden Seiten, mit den innerregionalen Lebensansprüchen ebenso wie mit externen Anforderungen seiner Nachbarregionen. Je günstiger sich letztere entwickeln desto mehr Impulse geben sie auch an ländliche agglomerationsferne Regionen mit höherer Dichte (8) weiter.

Der von außen oft unterschätzte Erfolg des ländlichen Regionstyps (8) zeigt sich darin, dass er insbesondere eine mittlere Wirtschaftskraft mit einer guten Beschäftigungsquote und gutem Bevölkerungswachstum kombiniert. So liegt er in der wirtschaftlichen Leistungskraft zwar knapp unter dem deutschen Durchschnitt, aber im Kreisvergleich nimmt der Kreistyp (8) nach den Großstädten (1) und (5) und den hoch verdichteten Kreisen (2) Rang 4 ein (Anlage, Tab. 4). Damit schlägt er sogar die verdichteten Kreise (3) und (6). Im Wirtschaftswachstum nimmt er zwar nur Rang 7 ein, dennoch ist er damit nicht nur erwartbar besser als agglomerationsferne ländliche, dünn besiedelte Kreise (9), sondern er entwickelt sich auch schneller als Kernstädte in Agglomerationsräumen (1). Ein ertragreiches Wirtschaftswachstum ist also keineswegs ein Privileg von Städten oder urbanen Regionen. Im Kreistyp (8) wird dies in ein zwar relativ geringes, aber dennoch positives Beschäftigungswachstum umgesetzt, womit im Kreisvergleich Rang 5 in der Beschäftigungsentwicklung erreicht wird (Anlage, Tab. 3). Umgekehrt kann in ihm auf eine unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote verwiesen werden, womit deutschlandweit die viertniedrigste Quote erreicht wird (ebenda). Da viele Menschen in diesem Raumtyp eine Beschäftigung in ihrer Region finden, pendeln relativ wenige nach außen. Unter den ländlichen Regionen nimmt dabei der Kreistyp (8) mit einem fast ausgeglichenen Pendlersaldo Rang 3 ein (BBR 2004a).

Die positive Wirtschaftssituation und Beschäftigungsentwicklung haben ihrerseits verbunden mit den Annehmlichkeiten eines naturnahen Lebens das Bevölkerungswachstum befördert. Es ist überdurchschnittlich ausgeprägt, was man agglomerationsfernen ländlichen Regionen eher nicht zutrauen würde. Im Kreisvergleich liegt der ländliche Kreistyp (8) bei der Bevölkerungsentwicklung insgesamt auf Rang 6 vor den dünn besiedelten agglomerationsfernen Kreisen (9) und den Großstädten (1) und (5), die alle an Bevölkerung verlieren (Anlage, Tab. 1). Allerdings geht das Bevölkerungswachstum vorrangig auf westdeutsche Kreise zurück. Unter den ostdeutschen Kreisen dieses Typs bildet lediglich der Landkreis Nordwest-Mecklenburg eine positive Ausnahme, hier wächst die Bevölkerung zwischen 1990 und 2001 um 11 % an. Eine besondere Entwicklungsressource dieses ländlichen Kreistyps ist seine Bevölkerungsstruktur. Mit seinem überdurchschnittlichen Anteil an Kindern und Jugendlichen liegt er deutschlandweit auf Rang 3. In ihm wohnen aber auch überproportional viele Pensionäre. Der Kreistyp hält hier nach den Großstädten (5) und (1) Rang 3 (ebenda). Um zukünftig den Bevölkerungsanteil älterer, nicht erwerbstätiger Einwohner nicht zusätzlich anwachsen zu lassen, ist es notwendig, die eigene Jugend in der Region zu halten. Dafür kommt es insbesondere darauf an, auch in Zukunft ein Beschäftigungswachstum in einem breiten Spektrum an Ausbildungsstufen, einschließlich moderner Gewerbe- und Dienstleistungsberufe zu sichern.

Die stabile Regionalentwicklung agglomerationsferner ländlicher, dichter besiedelter Kreise (8) hat eine wichtige Ursache im erfolgreichen Wandel der Wirtschaftsstruktur in diesem Kreistyp. In ihnen ist es zum einen gelungen, parallel zum Beschäftigungsrückgang im primären Sektor den Beschäftigungsanteil im sekundären Sektor zu erhöhen. Darüber hinaus nimmt dieser Kreistyp gewissermaßen im Stillen erfolgreich an der Tertiärisierung der deutschen Wirtschaftsstruktur teil. So liegt er im Vergleich der neun siedlungsstrukturellen Kreistypen mit seinem Beschäftigungsanteil in der Land- und Forstwirtschaft erst nach verdichteten Kreisen in Agglomerationsräumen (3) auf Rang 5 (Anlage, Tab. 3). Dagegen erreicht er als ländlicher Raum sogar Rang 4 bei seinem Anteil am produktiven Gewerbe, noch vor den urbanen Kreistypen (3) und (5). Im Dienstleistungssektor belegen Kreise des ländlichen Typs (8) immerhin Rang 6 vor den urbanen Kreistypen (2) und (6). Im Unterschied zu agglomerationsnahen ländlichen Kreisen (4), die bei der Tertiärisierung ihrer Wirtschaftsstrukturen noch besser abschneiden, liegt der Branchenschwerpunkt im Dienstleistungsgewerbe jedoch hier nicht vorrangig in der Forschung und Entwicklung, sondern häufig im Tourismus, aber auch in industrienahen Dienstleistungen.

Ein weiteres Geheimnis der Raumentwicklung agglomerationsferner ländlicher, dichter besiedelter Kreise (8) liegt darin, dass in ihnen längerfristig überdurchschnittlich in den ansässigen mittel- und kleinindustriellen Wirtschaftssektor investiert wurde. So erreicht dieser Kreistyp im Jahr 2000 deutschlandweit Rang 4 bei der Höhe der Investitionen in das produktive Gewerbe (Anlage, Tab. 4). Damit überflügelt er außer den Kernstädten in urbanen Zwischenräumen (5) auch alle anderen urbanen Kreistypen (1, 2, 3, 6). Die überdurchschnittliche Investitionstätigkeit in das regionale Gewerbe erklärt sich nicht zuletzt dadurch, dass sich die in diesem Regionstyp historisch gewachsenen Unternehmen für die ökonomische und soziale Entwicklung ihrer Region interessieren und eine regional orientierte Wirtschaftsstrategie verfolgen. Das heißt, die Unternehmen in diesem Regionstyp sehen ihren wirtschaftlichen Erfolg nicht vorrangig in der Steigerung ihres Gewinns, sondern auch darin, diesen zu großen Teilen wieder in regionale Arbeitsplätze zu re-investieren.

Die positive Regionalentwicklung agglomerationsferner ländlicher Räume mit höherer Dichte speist sich nicht zuletzt aus einem sehr guten Ausbildungsplatzangebot auf der Basis mittlerer Bildungsabschlüsse, das den Ansprüchen dieses Raumes entspricht. In der Ausbildungsplatzdichte nimmt der Kreistyp (8) deutschlandweit gemeinsam mit den hoch verdichteten Kreisen in Agglomerationsräumen (2) den Rang 1 ein. Auch in anderen Angeboten der sozialen Infrastruktur kann er auf angemessene Werte verweisen, was nicht zuletzt auf einer hinreichenden Bevölkerungsdichte aufbauen kann. Zieht man alle genannten Entwicklungsmomente in Betracht, so lässt sich auch bei diesem ländlichen Kreistyp ein positiver Wachstumskreis ausmachen. Er speist sich zwar stärker aus endogenen Faktoren und weist ein geringeres Entwicklungstempo als im dynamischen ländlichen Kreistyp (4) auf, aber seine Komponenten scheinen sich regional ausgewogener zu entwickeln. Ein dem Raumtyp angemessenes Bildungsniveau, ein sehr gutes Ausbildungsangebot, eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur mit guter Vernetzung zu urbanen Nachbarregionen sowie ein positives Bevölkerungswachstum beeinflussen sich in auch diesem Raumtyp gegenseitig weitgehend positiv.

An diesem positiven Trend des ländlichen Kreistyps (8) haben die einzelnen Regionen sehr unterschiedlichen Anteil. Auf der einen Seite stehen jene Kreise, denen es seit der Nachkriegszeit erfolgreich gelungen ist, ihre Wirtschaftsstruktur von der Landwirtschaft zu lösen und verschiedene industrielle Branchen bzw. Dienstleistungen aufzubauen. Solche Kreise liegen eher in Bayern und in den Urlaubsgebieten an der Küste und zum Teil in Thüringen. Problematisch ist die Situation in jenen Kreisen dieses Typs, die eine Industrialisierung durchlaufen und abgebrochen haben. Diese Gebiete liegen vorrangig in Sachsen-Anhalt. In ihnen wurde eine begonnene Urbanisierung verbunden mit monostrukturellen Wirtschaftsstrukturen nicht vollendet. Dadurch fehlt in diesen unfreiwillig wieder-erländlichten Gebieten die für diesen Typ eigentlich prägende diversifizierte Wirtschaftsstruktur. Die Probleme, die sie zu lösen haben, sind somit nicht einfach größer als in anderen deutschen Kreisen des ländlichen Typs (8), sondern besonderer Natur. Sie stehen vor der Aufgabe, entwicklungssträchtige Wirtschaftsfelder zu etablieren, die ihrer räumlichen Lage und sozialen Struktur entsprechen.

Versucht man für den ländlichen Kreistyp (8) eine Bilanz aus Nachhaltigkeitsressourcen und Nachhaltigkeitsdefiziten zu ziehen, fällt diese unerwartet positiv aus. Die wechselseitige Einbindung und Begrenzung ökonomischer, ökologischer und sozialer Eigenlogiken scheint hier besser als in anderen Regionstypen zu funktionieren. Das bedeutet auch, dass die eigene Wirtschaft stärker als in anderen Räumen in die ökologische und soziale Regionalentwicklung eingebunden wird. Von großem Vorteil ist der interne Reichtum an verschiedenartigen Ressourcen in diesem Raumtyp, der eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur ebenso einschließt wie Naturreichtum und ein gutes Bildungsniveau. Ländliche Regionen dieses Typs beweisen anschaulich, wie sehr sie sich historisch von einer landwirtschaftlichen Monostruktur entfernt haben und dass sie dennoch durch vielfältige Aktivitäten ihre Bevölkerung weitgehend stabil halten können. Von großer Bedeutung für eine nachhaltige Raumentwicklung sind die in vielen Kreisen dieses Typs zu beobachtenden guten Verflechtungen mit Städten und urbanen Regionen im näheren Umfeld. Negativ erweist sich hingegen aus der Nachhaltigkeitsperspektive, wenn durch Wirtschaftsansiedlung und Wohnungsbau die vorhandenen Freiflächen zersiedelt werden. Dies ist umso problematischer, als dieser Raumtyp im Vergleich zu den anderen deutschen ländlichen Kreistypen über weniger Freiflächen verfügt. Sorgfältige Flächennutzungsplanungen, die die Belange des Natur- und Umweltschutzes mit einbeziehen, sind daher besonders bedeutsam.

Vergleicht man die Nachhaltigkeitsbilanz des agglomerationsfernen ländlichen Kreistyps mit höherer Dichte (8) mit entsprechenden Räumen in der Europäischen Union, so schneidet er insgesamt relativ gut ab. Was in Deutschland als „agglomerationsferner ländlicher Raum“ gilt, erweist sich im europäischen Vergleich weitaus besser erreichbar und relativ gut mit technischer und sozialer Infrastruktur versehen als viele andere ländliche ferne Regionen der Europäischen Union. Insofern ist er mit den Regionen des europäischen ländlichen Raumtyps II zu vergleichen und zeigt dabei im Durchschnitt gute Entwicklungsvoraussetzungen. Im europäischen Vergleich können die entsprechenden deutschen Regionen insbesondere ihre Erfahrungen im naturnahen Tourismus, im regionalen Beschäftigungsumbau und in der regionalen Ausbildungsorganisation einbringen. Allerdings sind bisher nur wenige dieser deutschen Regionen innerhalb der Europäischen Union transnational vernetzt.

Als prosperierender Landkreis des Typs (8) gilt Altötting. Mit seinen Wirtschaftsdaten übertrifft er viele andere deutsche Regionen, im ökonomisch-demographischen Ranking liegt er auf Rang 64 aller 439 deutschen Städte und Kreise. Zwischen 1994 und 2000 wächst das Bruttoinlandsprodukt in diesem Landkreis um ein Drittel. Es liegt 2000 deutlich über dem Durchschnittswert des Kreistyps (8). Infolgedessen verdoppeln sich die Steuereinnahmen zwischen 1995 und 2000 fast und Altötting verzeichnet im Jahr 2000 eine überdurchschnittlich gute Steuerbilanz. In diesem Landkreis leben 25.000 Menschen von der Chemie-Industrie, tausende weitere Arbeitsplätze hängen indirekt von ihr ab. Dies bringt den Landkreis eher in die Nähe urbaner Entwicklungsstrukturen. Die Fertigung gilt als umweltfreundlich, sie ist weitgehend automatisiert (Prognos 2004, 16). Der sekundäre Sektor ist dementsprechend in Altötting überproportional ausgebaut, zwischen 1995 und 2001 wird hier stark investiert. Durch sein Angebot an Ausbildungsplätzen, das über dem regionalen Bedarf liegt, und seine vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten werden neue Bewohner, speziell gut ausgebildetes Fachpersonal, vom Landkreis Altötting angezogen. Dadurch nimmt die Bevölkerung zwischen 1990 und 2001 um 10 % zu. Als problematisch erweist sich derzeit die technische Infrastruktur, der Landkreis ist über Straße und Schiene nur zeitaufwändig zu erreichen. Verwaltung und Wirtschaftsunternehmen versuchen gemeinsam, dieses Problem zu lösen. Die Entwicklung des sekundären Sektors hat in Altötting Tradition und hängt mit dem natürlichen Standortvorteil „Wasserkraft“ zusammen. Seine Nutzung im Rahmen einer relativ starken Industrialisierung stellt den Landkreis vor die Aufgabe, im Sinne der Nachhaltigkeit Umwelt- und Naturschutz hinreichend in ihre regionalen Entwicklungskonzepte einzubeziehen.

3.4 Agglomerationsferne ländliche Räume mit geringerer Dichte

These 9:

Agglomerationsferne ländliche Räume mit geringerer Dichte (9) haben beachtliche Entwicklungsprobleme, die sich in einigen Kreisen dieses Typs wechselseitig überlagern und dadurch zuspitzen. Aufgrund ihrer räumlichen Parameter rechnen sie zum europäischen ländlichen Raumtyp II, trotz ihrer nationalen Randlage sind sie im europäischen Vergleich infrastrukturell und verkehrstechnisch gut erschlossen. Jedoch ähneln einige wirtschaftliche und demographische Prozesse in diesen Regionen eher denen des europäischen ländlichen Typs III. Dieser Kreistyp bildet bei der Betrachtung regionaler Ungleichheiten aller urbanen und ländlichen Kreistypen in Deutschland das Schlusslicht.

Agglomerationsferne, dünn besiedelte ländliche Kreise (9) konzentrieren sich im Nordosten Deutschlands und an der bayrischen Ostgrenze. Die meisten entlegenen, dünn besiedelten Kreise liegen in Mecklenburg-Vorpommern, es folgen mit Abstand Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, Bayern und Brandenburg. Mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns, wo sie sich flächendeckend verteilen, liegen sie häufig an den nationalen Grenzen oder am Rand des jeweiligen Bundeslandes (Abb. 22). Von den dünn besiedelten agglomerationsfernen ländlichen Kreisen (9) liegt fast die Hälfte in Ostdeutschland, dementsprechend wird der Charakter dieses Raumtyps durch hier ablaufende Transformationsprozesse stark beeinflusst.

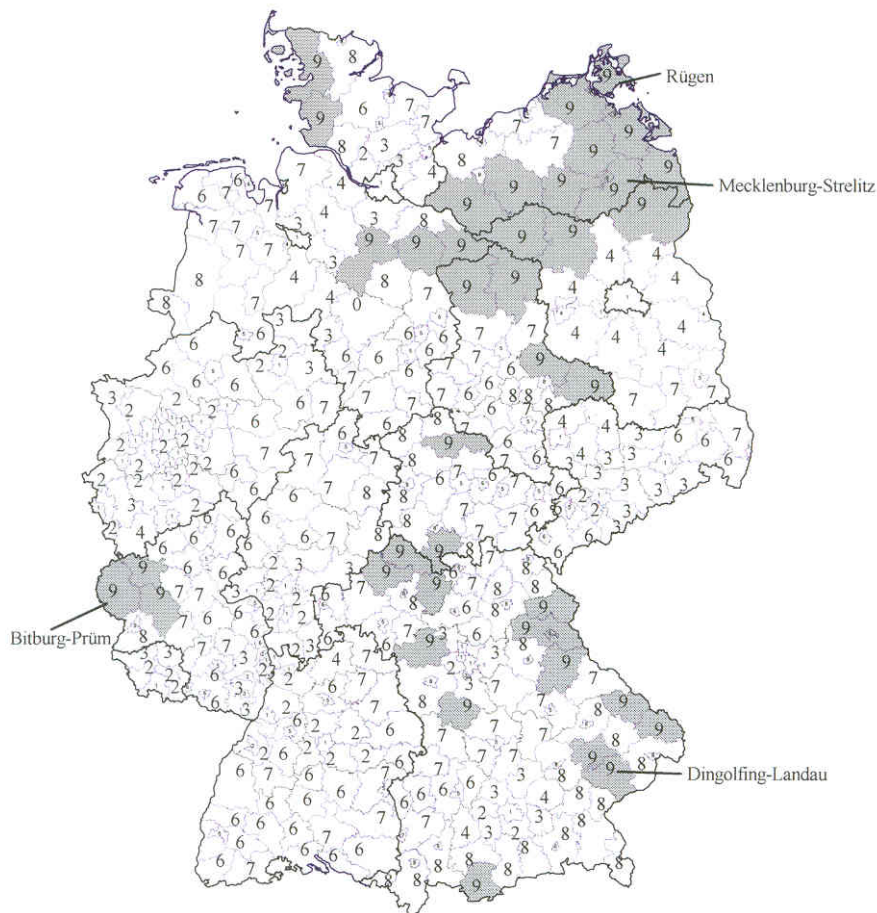


Abbildung 22: Agglomerationsferne ländliche Räume mit geringer Dichte (9) (Quelle: Eigene Darstellung nach INKAR 2003)

Ländliche Kreise des Typs (9) sind durch ihre geringe Bevölkerungsdichte und ihre großräumige Entfernung zu den urbanen Zentren charakterisiert. Überwiegend handelt es sich um Regionen, die diese Merkmale traditionell aufweisen, sie sind selten durch Migrationen in der jüngeren Geschichte zu ihrem jetzigen Raumordnungsstatus gelangt. Wenngleich sich die Bevölkerungsdichte in den letzten Jahren fallweise von einem niedrigen Niveau aus noch einmal reduziert hat, greift es zu kurz, problematische Situationen in ländlichen Kreisen des Typs (9) allein aus ihrer geographischen Lage abzuleiten, denn ihre nationale Randlage und ihre geringe Bevölkerungsdichte zeichnen sie seit jeher aus. Bedeutsamer sind ihre wirtschaftlichen und sozialen Randlagen, die eingeschränkte Beziehungen zu umliegenden und besonders zu weiter entfernten prosperierenden Regionen beinhalten. Diese lückenhafte soziale und wirtschaftliche Beziehungsstruktur zu anderen Regionen und Zentren verstärkt ihre geographische Abgeschiedenheit. Intern bilden landwirtschaftliche Produktion und Tourismus wichtige wirtschaftliche Branchen in diesen entlegenen Kreisen. Für darüber hinausgehende wirtschaftliche und technische Umstrukturierungen fehlen nicht selten die erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen. Sie brauchen daher gezielte Stabilisierungen und Entwicklungsimpulse von außen. Degressive Tendenzen dieses Kreistyps (9) lassen sich daran ablesen, dass er bei Parametern regionaler Entwicklung nicht nur im Vergleich der ländlichen Kreistypen, sondern auch deutschlandweit wiederholt letzte Ränge belegt.

Agglomerationsferne, dünn besiedelte Kreise (9) zeigen eine geringe Wirtschaftskraft. Mit ihrem durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukt liegen sie 2000 auf dem vorletzten Rang vor den ländlichen Kreisen des Typs (4). Im Unterscheid zu letzteren zeigen sie jedoch zwischen 1994 und 2000 eine deutlich geringere Dynamik ihrer Bruttowertschöpfung. Bei dieser Rate liegen sie vor den Großstädten (1) ebenfalls auf Rang 8 (Anlage, Tab. 4). Ihre geringe wirtschaftliche Entwicklung geht mit gravierenden Beschäftigungsproblemen einher. Die periphere Lage ländlicher Kreise (9) gestattet ihren Bewohnern kaum, durch tägliches Pendeln ihren Erwerb zu sichern. Diesbezügliche Vorzüge für die Bewohner der ländlichen Kreistypen (4) und (7) entfallen. Dadurch wachsen die Beschäftigungsdefizite an. Im Jahr 2001 liegen dünn besiedelte entlegene Kreise (9) mit ihrer durchschnittlichen Beschäftigungsquote zwar auf Rang 6, aber zwischen 1995 und 2001 erfolgt gerade hier ein massiver Beschäftigungsabbau, der sich weiter fortsetzt (Anlage, Tab. 3). Im Landkreis Mecklenburg-Strelitz beispielsweise wird in diesem Zeitraum ein Viertel aller Beschäftigten freigesetzt. Lediglich in einzelnen bayrischen und einem schleswig-holsteinischen Landkreis dieses Typs konnte die Beschäftigtenquote gehalten bzw. gesteigert werden. Infolge dessen weisen die ländlichen Kreise des Typs (9) im Jahr 2002 deutschlandweit die höchsten Quoten an Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen auf, nachdem sie zwischen 1995 und 2002 stark angestiegen sind (Rang 2). Diese Beschäftigungssituation lähmt betroffene Regionen in besonderer Weise, denn fehlende Erwerbsmöglichkeiten befördern indirekt die Abwanderung, was wiederum Probleme für die regionale Versorgung verstärkt und die Selbstverwaltung erschwert. Auf diese Weise wird anders als in den anderen ländlichen Raumtypen ein Negativkreislauf in Gang gesetzt, in dem sich verschiedene Nachhaltigkeitsdefizite überlagern. Sein zentraler Punkt ist der anhaltende Beschäftigungsabbau. Er trifft vor allem Personen, die an die Region gebunden sind wie Alte, Kranke, Mütter etc. Sie werden durch die regionale Unterbeschäftigung sozial ausgegrenzt. Solche Menschen verfügen über weniger Ressourcen, mit denen sie regionale Entwicklung in dieser oder jener Form anstoßen. Zudem halten entlegene Räume selten attraktive Erwerbsangebote für Arbeitspendler bereit, was Entwicklungsanstöße beschränkt. Regionen, in denen sich eine geringe Bruttowertschöpfung und anhaltende Unterbeschäftigung überlagern, geraten ohne externe Entwicklungsanstöße allmählich zu ökonomischen Verlierern und werden subventionsabhängig.

Vor allem jüngere und qualifizierte Menschen verlassen unter diesen Bedingungen ihre Heimat. In dünn besiedelten, agglomerationsfernen Regionen (9) vollzieht sich seit 1990 eine anhaltende Migration, als einziger ländlicher Raumtyp verzeichnen sie neben Kernstädten (5) und (1) Bevölkerungsverluste (Anlage, Tab. 1). Die höchste Negativbilanz zeigen die mecklenburgischen Städte Neubrandenburg und Greifswald, das heißt selbst wichtige Entwicklungskerne dieses Raumtyps werden geschwächt. Parallel zu dieser Migration werden in diesen Gebieten – entgegen früheren Trends – weniger Kinder geboren. Im Jahr 2000 liegt der dünn besiedelte Kreistyp (9) mit seinem Anteil an Kindern bis zu 6 Jahren auf Rang 8, er verzeichnet zwischen 1995 und 2000 den stärksten Rückgang bei dieser Altersgruppe. Demgegenüber liegt er mit seinem Anteil an Einwohnern über 65 Jahren auf Rang 4,

wobei diese Altersgruppe zwischen 1995 und 2000 anteilig stark angewachsen ist (Rang 2) (Anlage, Tab. 1). In der mecklenburgischen Stadt Neubrandenburg wuchs ihr Anteil um mehr als ein Drittel. Parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung altert die Bevölkerung in ländlichen Kreisen des Typs (9) schneller als in anderen ländlichen Gebieten. Dieser Negativkreislauf kann derzeit auch durch vorteilhafte soziale Ressourcen nicht mehr aufgehalten werden. So können beispielsweise vorhandene Bildungspotentiale nur bedingt als tragfähiges Reservoir für wirtschaftliche Stabilisierung genutzt werden. Der Kreistyp (9) zeichnet sich durch ein ausgeglichenes Bildungsniveau der Heranwachsenden aus. Hier verlassen viele Jugendliche die Schule mit Hauptschulabschluss (Rang 2) bzw. mittlerer Reife (Rang 1) (Anlage, Tab. 2). Sie haben damit gute Voraussetzungen für eine berufliche Qualifikation, die der Wirtschaftsstruktur in dünn besiedelten ländlichen Kreisen entspricht. Jedoch gelingt es immer seltener, gut gebildete Nachwuchsende durch vielfältige soziale wie wirtschaftliche Angebote und Lebensperspektiven in ihrer Region zu halten. Mit seinen Ausbildungskapazitäten liegt der Kreistyp (9) auf dem vorletzten Rang 8. Fehlende Ausbildungsangebote können von den Jugendlichen aufgrund der räumlichen Distanzen zu urbanen Zentren selten durch tägliches Pendeln ausgeglichen werden. Sie suchen in anderen Regionen nach Ausbildung und Erwerb, soziale Ressourcen stehen der Herkunftsregion nicht mehr zur Verfügung. Allmählich bilden sich vor allem in abgelegenen ländlichen Regionen Nordostdeutschlands entleerte Räume aus, die der anhaltenden Migration und Überalterung nicht gewachsen sind. Dort Lebende erfahren sich als soziale Außenseiter, sie sind von gesellschaftlichen Zusammenhängen abgetrennt und kaum in der Lage, den degressiven regionalen Tendenzen eigenständig zu begegnen (vgl. Bourdieu 1991).

Als Ressource für gegenläufige Entwicklungspfade zeichnen sich vor allem wirtschaftliche Branchen ab, die mit der hochwertigen Naturausstattung und den ausgedehnten Freiflächen agglomerationsferner Gebiete zusammenhängen. Die Beschäftigungsstruktur im Raumtyp (9) ist durch einen hohen Anteil im primären Sektor geprägt (Rang 1). Unter allen siedlungsstrukturellen Kreistypen belegt er zudem Rang 4 beim Beschäftigtenanteil im tertiären Sektor, wobei die unternehmensbezogenen Dienstleistungen im 3. Sektor einen geringen Stellenwert haben (Rang 8) (Anlage, Tab. 3). Nach wie vor sind diese Regionen ein wichtiger Ort land- und forstwirtschaftlicher Produktion. Auffällig ist dabei, dass sich der ökologische Landbau als zukunftsfähige Bewirtschaftungsform erfolgreich etablieren konnte. Die ökologische Anbaufläche ist hier am größten. In den Flächenländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg erreicht sie ihre höchste Ausdehnung, wobei die Kreise des Typs (9) vor allem in Mecklenburg-Vorpommern Vorreiter bei dieser wichtigen Entwicklung sind. Im Nordosten Deutschlands ist die Entwicklung des ökologischen Landbaus auch der Initiative des Anbauverbandes „Biopark“ zu verdanken. Er gründete sich 1991 in Mecklenburg-Vorpommern und unterstützt heute viele landwirtschaftliche Betriebe des gesamten Nordens bei ihrer Umstrukturierung und Profilierung. Seine besondere Leistung besteht vor allem darin, dass er für die Biopark-Mitglieder funktionierende Strukturen der Verarbeitung und Vermarktung geschaffen hat, mit denen sie Probleme ihrer Produktionsweise vermindern können. Dank dieser Unterstützung durch Biopark entschließen sich jährlich neue Landwirte aus Norddeutschland, ihre Anbauweise ökologisch auszurichten. Im Jahr 2001 vereint „Biopark“ 700 Mitglieder aus 14 Bundesländern in seinem Verband, sie bewirtschaften 130.110 ha landwirtschaftliche Fläche nach biologischen Kriterien. Die meisten Verbandsmitglieder stammen aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, aber beispielsweise gehören dem Verband auch Unternehmen aus Schleswig-Holstein an. Darüber hinaus leistet der Verband wichtige politische Lobbyarbeit für die Verbreitung des naturverträglichen Landbaus in Deutschland (vgl. Matthes et al. 2001). Ähnliche Impulse löste im Nordosten Deutschlands der Anbauverband „Bioland Berlin-Brandenburg“ aus, der 1990 als Landesverband des deutschlandweiten Bundesverbandes „Bioland“ gegründet wurde. Er verfolgt vorrangig das Ziel, seine Mitglieder – Erzeugerbetriebe und Verarbeiter – beim Anbau, der Verarbeitung und Vermarktung biologischer Erzeugnisse zu unterstützen. 1971 in Westdeutschland gegründet, ist „Bioland“ heute auch in den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern der zweitgrößte biologische Anbauverband hinsichtlich der Mitgliederzahl und der Flächenausdehnung (vgl. Bioland o. J.).

Als weitere wirtschaftliche Branche erweist sich in den ländlichen Kreisen des Typs (9) zudem der naturfreundliche Tourismus. Aufgrund ihrer überproportional guten Ausstattung mit Freiflächen (Rang 1) ziehen dünn besiedelte, agglomerationsferne Gebiete (9) deutschlandweit die meisten Touristen an

(Anlage, Tab. 7). So besitzt der mecklenburgische Kreis Müritz die größten Freiflächen in Deutschland, das mecklenburgische Rügen lockt jährlich die meisten Touristen an die Ostsee. Neben dem ökologischen Landbau erwachsen aus dem naturschonenden Tourismus die wichtigsten Impulse für dünn besiedelte agglomerationsferne Räume (9). Beide Bereiche sind bereits heute relativ gut entwickelt, können aber allein die regionale Entwicklung nicht gewährleisten. Demgegenüber hat das produzierende Gewerbe einen geringeren Anteil an der Wirtschaftsstruktur dieser Räume als in anderen Kreistypen (Rang 6). Dies gilt insbesondere für die ostdeutschen Landkreise des Typs (OD9). Trotz hoher Investitionen in den zweiten Sektor – hier nimmt dieser Raumtyp Rang 3 ein – konnten wirtschaftliche Umstrukturierungen in diese Richtung nur bedingt ausgelöst werden (Anlage, Tab. 4).

Abgeleitet aus der beschränkten wirtschaftlichen Kraft haben ländliche Kreise des Typs (9) massive Finanzprobleme. Das bezieht sich sowohl auf die kommunale Steuerkraft wie auf das private Haushaltseinkommen. Zwischen 1995 und 2000 entwickelt sich das Steueraufkommen in diesen ländlichen Kreisen stark unterdurchschnittlich und sie erreichen im Jahr 2000 deutschlandweit mit Rang 9 die geringsten Steuereinnahmen aller Kreistypen (Anlage, Tab. 5). Einzelne Kreise müssen in diesem Zeitraum besonders hohe Steuerverluste hinnehmen. Ein geringer Spielraum im öffentlichen Budget schränkt die regionale wirtschaftliche und soziale Entwicklung stark ein. Darüber hinaus liegen die Bewohner des Kreistyps (9) bei den privaten Haushaltseinkommen 2001 deutschlandweit abgeschlagen auf dem letzten Rang 9 (Anlage, Tab. 5). Diese Tatsache schlägt sich in der geringeren Kaufkraft der Bevölkerung nieder, wodurch wiederum Entwicklungsimpulse für die regionale Wirtschaft deutlich eingeschränkt sind. Die schlechte finanzielle Bilanz der agglomerationsfernen, dünn besiedelten Kreise (9) ist mit einer mangelhaft entwickelten Infrastruktur verbunden. Trotz anhaltender Transferleistungen sind betroffene Regionen nur mit hohem Zeitaufwand zu erreichen, sie sind schlechter als andere Gebiete mit sozialen Einrichtungen und Freizeitangeboten ausgestattet. So liegt die Zahl der Ärzte in manchen Kreisen des Typs (9) unter dem Mindestniveau, auch die Versorgung mit alltäglichen Waren ist mitunter mangelhaft. Eine Ausnahme bildet bislang die gute Ausstattung mit Kindergartenplätzen (Rang 2) (Anlage, Tab. 6). Diese vorteilhafte Position könnten entlegene Räume jedoch im Zusammenhang mit sinkenden Steuereinnahmen und den vielfältigen wirtschaftlichen Problemen verlieren. Auch hier schließt sich ein Negativkreislauf, in dem erhebliche Nachhaltigkeitsdefizite kumulieren.

Von den aufgezeigten Entwicklungsproblemen sind nicht alle Einzelkreise des Typs (9) gleichermaßen betroffen. Dieser Kreistyp weist eine interne Differenzierung zwischen seinen ost- und seinen westdeutschen Räumen auf. Bei westdeutschen Kreisen dieses Typs zeigen sich verschiedene wirtschaftliche Probleme, auch sie liegen bei einem Ranking hinsichtlich ihres Wirtschaftswachstums oder ihrer Steuerbilanz auf dem letzten Rang. Mit ihrer Bruttowertschöpfung rangieren sie jedoch im Jahr 2000 noch vor den Kreistypen (WD4) und (WD7). In ihrer Wirtschaftsstruktur ist das produzierende Gewerbe anteilig besser vertreten als in ostdeutschen Vergleichsregionen (Rang 3). Ihre Beschäftigungsrate ist weniger dramatisch (Rang 6) und im Durchschnitt zwischen 1995 und 2001 nicht rückläufig. Der Landkreis Bitburg-Prüm beispielsweise konnte durch eine rentable Entwicklung ortsansässiger Betriebe, staatliche Investitionen in die Wirtschaftsförderung und Verkehrsinfrastruktur in den 1990er Jahren wirtschaftlich aufblühen. In der Konsequenz zeigt er 2001 eine geringe Arbeitslosenquote und seine Bevölkerung wächst an (BBR 2001, 10). Auch andere westdeutsche Kreise dieses Typs (WD9) haben weniger mit Migration und Überalterung zu kämpfen als die ostdeutschen Kreise (OD9). Der Abbau der Landwirtschaft zugunsten des produzierenden und Dienstleistungssektors erfolgt in diesen Kreisen bereits seit längerer Zeit und zieht Erfahrungen und Erfolge nach sich. In ostdeutschen Vergleichsregionen wurde der landwirtschaftliche Bereich demgegenüber in kurzer Zeit stark reduziert, gleichzeitig wurde auch der sekundäre Sektor überproportional abgebaut und nur wenig in diesen Sektor investiert. Die Folge ist eine hohe Arbeitslosigkeit, die viele Gemeinden finanziell, sozial und wirtschaftlich belastet. Insbesondere nordostdeutsche agglomerationsferne, dünn besiedelte Räume (OD9) sind durch eine solche Bündelung sich überlagernder problematischer Faktoren betroffen. Im Vergleich mit ländlichen Räumen der Europäischen Union ähneln sie in einigen sozialen Parametern wie der demographischen Struktur, der Migration, dem Haushaltseinkommen oder aber mit ausgewählten infrastrukturellen Angeboten dem ländlichen Raumtyp III. Das wurzelt jedoch ursprünglich nicht in ihrer geographischen Lage.

Die skizzierte Mehrfachbelastung von agglomerationsfernen, dünn besiedelten Kreisen bedroht die wirkungsvolle Nutzung der wenigen vorhandenen Entwicklungsressourcen. Das betrifft beispielsweise ihr Potential als Kulturlandschaften und Urlaubsgebiete. In einigen Regionen mit guter natürlicher Ausstattung liegt diese teilweise brach und regeneriert zur Wildnis. Durch ausbleibende Pflege verwildern Landschaften, Orte verfallen durch Bevölkerungsabwanderung und stehen nicht mehr für die Erholung bzw. für eine naturverträgliche wirtschaftliche Nutzung zur Verfügung. Demgegenüber droht in Hochburgen des Tourismus, beispielsweise an der Ostsee, eine Übernutzung der Landschaft. Die ansässigen Gemeinden sehen sich durch hohe Besucherzahlen und unkontrollierbare Landnutzungen in einem Dilemma, dem sie auf nachhaltige Weise nur schwer begegnen können, weil sie aufgrund mangelnder Diversifizierung auf diese wirtschaftlichen Impulse ihrer Erholungsfunktion angewiesen sind. Für die Zukunft agglomerationsferner, dünn besiedelter Räume (9) ist aus der Nachhaltigkeitsperspektive ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Naturunter- und -überlastung angezeigt. Eine unterschätzte Ressource agglomerationsferner ländlicher Räume stellt auch ihr Bildungs- und Beschäftigungspotential dar. In den besonders problembeladenen Gebieten liegen humane Ressourcen brach oder gehen für die Regionalentwicklung verloren. Dadurch nehmen hier eine wirtschaftliche Abwärtsspirale, die verkehrstechnische Randlage und der soziale Abbau eher zu. Schon jetzt werden den mecklenburgischen, sachsen-anhaltinischen, den brandenburgischen, aber auch vier bayrischen Landkreisen des Typs (9) aus wirtschaftlicher Sicht sehr hohe und hohe Zukunftsrisiken vorausgesagt (vgl. Prognos 2004). Ähnliches betrifft ihre demographische Perspektive (vgl. Kröhnert et al. 2004).

Auf die Möglichkeit, Schrumpfungsprozessen und wirtschaftlichen Problemlagen erfolgreich zu begegnen, verweisen verschiedene westdeutsche dünn besiedelte Kreise (WD9). Neben dem rheinland-pfälzischen Bitburg-Prüm ist hier das bayrische Dingolfing-Landau zu nennen, das im Umfeld anderer ländlicher Kreise des Typs (8) und (9) liegt. Seine wirtschaftliche Zukunft wird als ausgewogen eingeschätzt, beim ökonomisch-demographischen Ranking der 439 deutschen Städte und Kreise positioniert er sich im guten Mittelfeld (vgl. Prognos 2004). Auch seine demographische Perspektive wird gut bewertet (vgl. Kröhnert et al. 2004). Die Bevölkerung von Dingolfing-Landau ist zwischen 1990 und 2001 um 15 % gewachsen, das ist der höchste Zuwachs in einem ländlichen Kreis dieses Raumtyps. Dabei handelt es sich vor allem um Wanderungsgewinne. Insbesondere die Gruppe der 30- bis 50-Jährigen hat sich in diesem Zeitraum deutlich erweitert. An der Wirtschaftsstruktur dieses Landkreises ist die Ausdehnung des sekundären Sektors erstaunlich, fast zwei Drittel aller Beschäftigten sind hier tätig. Darüber hinaus sind die Investitionen in das produktive Gewerbe 1999/2000 überdurchschnittlich. Gleiches betrifft das Bruttoinlandsprodukt, das rund das Dreifache des durchschnittlichen Wertes in diesem Typ (9) ausmacht und zwischen 1994 und 2000 um fast 20 % steigt. Eine ähnlich positive Entwicklung vollzieht sich bei der Beschäftigung. Sie beträgt mehr als zwei Drittel der erwerbsfähigen Einwohner und liegt damit um 25 % über dem Durchschnitt des Kreistyps (9). Die Arbeitslosigkeit ist in der Region folgerichtig sehr niedrig und sie nimmt weiter ab. Diese ökonomische Entwicklung, hervorgerufen durch eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur, die auf kleine und mittelgroße Betriebe setzt und durch eine kluge regionale Wirtschaftspolitik unterstützt wird, befördert die Regionalentwicklung insgesamt. Es werden neue Bewohner angelockt, die soziale und technische Infrastruktur entfaltet sich und die öffentlichen Einnahmen sowie privaten Einkommen können sich entwickeln. Aufgrund seiner guten wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung verzeichnete der Landkreis Dingolfing-Landau im Jahr 2000 auch überdurchschnittliche Steuereinnahmen, wenngleich sie zwischen 1995 und 2000 leicht rückläufig sind. Das deutet auf die Notwendigkeit hin, die eingeleitete wirtschaftliche Umstrukturierung fortzusetzen und nach weiteren Feldern für eine längerfristig erfolgreiche Entwicklung zu suchen.

3.5 Perspektiven nachhaltiger ländlicher Entwicklungen

These 10:

Die Differenziertheit ländlicher Regionen in Bezug auf ihre Nachhaltigkeitsressourcen und die ungleiche Belastung mit Nachhaltigkeitsdefiziten beeinflussen den Handlungsspielraum für regionale Entwicklungskonzepte. Auf ihnen aufbauend ist es sinnvoll, jeweils spezifische Entwicklungskonzepte für jeden Raumtyp zu erarbeiten. Dieses Prinzip der Raumbezogenheit nachhaltiger Regionalentwicklung ist sowohl für urbane wie für ländliche Regionen bedeutsam.

Ausgehend von dem eingangs entwickelten prozessualen Nachhaltigkeitsbegriff (vgl. Minsch et al. 1998), der an den jeweils historisch entstandenen Nachhaltigkeitsdefiziten und -ressourcen ansetzt sowie ausgehend von den vorangegangenen Analysen ergeben sich für raumbezogene nachhaltige Entwicklungskonzepte ländlicher Regionen verschiedene Implikationen. In der Gegenwart werden gesellschaftliche Zusammenhänge weltweit vorrangig von urbanen Räumen und ihren Prozessen sowie Strukturen dominiert. Alle ländlichen Raumtypen, vor allem aber die Beispiele agglomerationsnaher (4) sowie agglomerationsferner, dünn besiedelter ländlicher Regionen (9) zeigen, dass insbesondere die funktionellen Nachfragen und Defizite urbaner Räume sowie die Reichweite ihrer Verflechtungen sehr stark die Entwicklungsmöglichkeiten ländlicher Räume beeinflussen. Nachhaltige Entwicklungsmodelle für diese sind daher, wie für jeden Raumtyp, nicht isoliert aus endogenen Bedingungen ableitbar. In diesem Zusammenhang besteht eines der wichtigsten Momente nachhaltiger Regionalmodelle darin, regionsinterne Reproduktions- und Entwicklungsinteressen gegenüber einseitiger Funktionalität für externe Räume zu aktivieren und zu stärken. Wenn ländliche Regionen sich in die Rolle des reinen funktionellen Ausgleichsraumes urbaner Nachhaltigkeitsdefizite drängen lassen, so verkümmert ein Teil ihrer Entwicklungsressourcen und über die Zeit werden ursprünglich mögliche Entwicklungspfade verstellt. Besonders gravierend ist die zunehmende Isolation von urban geprägten gesellschaftlichen Prozessen, da sie die Dezimierung bzw. den Verfall von entwicklungsfähigen Ressourcen nach sich zieht. Aus diesen Gründen bildet die Arbeit an neuartigen Verflechtungsformen zwischen unterschiedlichen Raumtypen gerade für den Übergang zu nachhaltigen Formen der Raumentwicklung einen Dreh- und Angelpunkt, der ökologischen Ausgleich, soziale Gerechtigkeit und ökonomischen Erfolg wechselseitig vermittelt.

Solche nachhaltigen Verflechtungsformen sind darauf gerichtet, einseitige Abhängigkeiten, Eingriffe und Konkurrenzen ab- und vorsorgende, partnerschaftliche Kooperationen aufzubauen (vgl. Segert et al. 2004a). Letztere finden ihren Ausdruck immer häufiger in regionalen Netzwerken. Diese unterscheiden sich nach ihren Arbeitsschwerpunkten und nach dem Grad ihrer Integration. So widmet sich ein Teil regionaler Netzwerke der Entwicklung einer für die eigene Region besonders wichtigen Wirtschaftsbranche. Dies gilt beispielsweise für die oben erwähnten Netzwerke „Biopark“, „pro agro“ oder „Bioland Berlin-Brandenburg“. Sie agieren innerhalb des Agrarsektors und erfassen jeweils mehrere siedlungsstrukturelle Kreise in ihren Großregionen - den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und/oder Brandenburg. Solche branchenspezifischen Netzwerke beziehen teilweise neben Wirtschaftsakteuren auch andere regionale Akteurstypen ein und neigen dazu, mittelfristig auch branchenverwandte Handlungsfelder wie hier den Landtourismus oder den Landschaftsschutz für die Regionalentwicklung mit zu erschließen. Ähnliche Netzwerke existieren in ländlichen Regionen auch für industrielle Branchen, wobei diese in Deutschland gar nicht selten sind (vgl. Brussig et al. 2004). Sie alle sind bedeutsam, um regionale Wirtschaftskreisläufe und Märkte aufzubauen bzw. zu stärken und diese für die ländliche Entwicklung zu erschließen. Diese Prozesse stehen jedoch noch ganz am Anfang. Der Aufbau regionaler Konsummärkte für Dinge des täglichen Bedarfs bzw. von Märkten für Zulieferer oder Systemanbieter ist ein bisher kaum erforschter Weg nachhaltiger Regionalentwicklung. Im Gegenteil, er ist mit vielen Vorbehalten belegt, insbesondere dem der ökonomischen Ineffizienz (vgl. Schmitz 2000). Ein Grund dafür liegt darin, dass starke ökologische Positionen den Nachhaltigkeitsansatz anfangs prägten und ökonomische Alternativen von daher eher selten waren. Bis in die Gegenwart sind Ökonomen im Nachhaltigkeitsdiskurs unterrepräsentiert, wenn man von Positionen absieht, die Nachhaltigkeit nur als Label für alte Modelle benutzen. Ein weiterer Grund liegt darin, dass regionale und globale Märkte entweder als gegensätzliche Pole oder als Teil-Ganzes betrachtet

werden. Aus der Nachhaltigkeitsperspektive geht es darum, regionale ökonomische Netzwerke mit anderen regionalen Netzen zu verzahnen, um so auch ökologische und soziale Belange stärker in ökonomische Entwicklungskonzepte einzubeziehen. Dieser Aufgabe stellt sich bereits ein Teil regionaler Netzwerke, in denen sich Koalitionen für die nachhaltige Regionalentwicklung insgesamt bilden. Sie sind beispielsweise darauf gerichtet, Leitbilder nachhaltiger Entwicklung für ihre Region zu entwerfen oder sektorübergreifend an den verschiedensten Projekten zu arbeiten. In diese integrierten regionalen Netzwerke sind in der Regel sehr unterschiedliche Akteurstypen eingebunden. Sie sind teilweise zeitlich begrenzt aktiv und häufig stärker informell organisiert (vgl. Diller 2002, Müller et al. 2002, Segert et al. 2004a). Als Beispiele für erfolgreiche integrierte Netzwerke können „Artenreiches Land – lebenswerte Stadt“ und „Unser Land“ gelten, die in Bayern wirksam werden. In beiden Verbänden arbeiten Unternehmer unterschiedlicher Branchen, Händler, Landwirte, Verbände, Kommunalvertreter, Kirchenvertreter und interessierte Bürger usw. zusammen (vgl. Endt et al. 2004). Alle diese Netzwerke sind im ländlichen Raum aktiv und geben Impulse für nachhaltige Regionalentwicklungen in ihren jeweiligen Gebieten. Auffallend ist, dass erfolgreiche ländliche Netzwerke immer auch Beziehungen zu „ihren“ Städten aufbauen und dass sich ein Teil von ihnen bereits europaweit vernetzt hat (vgl. ebenda).

Aus der Nachhaltigkeitsperspektive gewinnt mit diesen Initiativen das Prinzip der Eigenverantwortung von Regionen für ihre Entwicklung eine andere Bedeutung als die der Individualisierung von Risiken. Es besagt, dass ländliche Regionen ausgehend von ihren Besonderheiten eigene Entwicklungsziele selbstbewusst ausarbeiten, artikulieren und davon ausgehend aktiv am interregionalen Austausch teilnehmen (vgl. Bauer 2002). Eigenverantwortliche Regionalentwicklung besagt jedoch nicht, dass ressourcenschwächere Regionen auf sich allein gestellt, ohne Unterstützung durch stärkere Regionen auskommen. Wenn das europäische Prinzip der räumlichen Kohäsion ernst gemeint ist, so ergänzen und befördern sich regionale eigenverantwortliche Aktivitäten und interregionale Ausgleichsprozesse gegenseitig (vgl. EU 1999b). Nachhaltige Regionalentwicklung beinhaltet in ihrem Grundsatz eine gerechte Raumentwicklung, die allen Regionstypen Entwicklungschancen eröffnet. Wie diese verstanden und ausgelegt werden, ist jedoch abhängig von den an der Diskussion Beteiligten und ihrer Interpretation globaler Rahmenbedingungen. Da aufgrund des zunehmenden Globalisierungsdruckes gegenwärtig der Sinn des räumlichen Ausgleichs für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen diskutiert wird, steht damit indirekt der soziale Kern des Nachhaltigkeitsverständnisses erneut auf der Tagesordnung. Welcher Begriff der nachhaltigen Raumentwicklung sich in Europa zukünftig durchsetzen wird, hat für alle Raumtypen, nicht nur für ländliche Regionen, Konsequenzen. Wenn das Prinzip des Ausgleichs nicht nur verändert, sondern aufgegeben wird, würde dies das Ende nachhaltiger Raumentwicklung bedeuten.

Der eigenverantwortliche Ausbau regionaler Besonderheiten ist für ländliche Regionen von doppelter Bedeutung. Zum einen sind die Vorzüge aller ländlichen Räume in Deutschland in Bezug auf städtische Räume sowie im europäischen Vergleich zu beachten und auszubauen. Dies beinhaltet erstens, den ursprünglichen wirtschaftlichen Hauptsektor, die gesamte Land- und Forstwirtschaft zu ökologisieren. Dabei geht es nicht darum eine hundertprozentige Verbreitung des biologischen Landbaus zu erreichen, sondern verschiedene raumangemessene Formen ökologisch und sozial verträglicher sowie wirtschaftlich ertragreicher Landbewirtschaftung zu verbreiten. Zweitens gewinnen raumbezogene Formen der Kultur- und Naturlandschaftspflege in Verbindung mit naturverträglichen Formen des Tourismus an Bedeutung (vgl. BBR 2001). Drittens wird für ländliche Regionalentwicklungskonzepte häufig die soziale Entwicklungsressource des guten Bildungs- und Ausbildungsniveaus der Bürger ländlicher Regionen unterschätzt. Raumangemessene Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie eine dementsprechende regionale Beschäftigungspolitik sind Kernpunkte jeder nachhaltigen ländlichen Regionalentwicklung, unabhängig vom jeweiligen ländlichen Subtyp. Ohne stabile Beschäftigungsangebote ist die Abwanderung der wichtigsten Entwicklungsressource ländlicher Räume vorprogrammiert (vgl. Kröhnert et al. 2004). Darüber hinaus ist es wichtig, die jeweiligen Eigenheiten jedes ländlichen Raumtyps und jeder einzelnen Region zu bestimmen und in Abstimmung mit regionsinternen Entwicklungsinteressen und externen Raumfunktionen möglichst vielgestaltig zu entfalten. In diesem Zusammenhang ist es von besonderer Bedeutung, einseitige Negativzuschreibungen für ganze Regionen zu überwinden. Dies trifft beispielsweise für die Bezeichnungen „periphere Regionen“ und

„strukturschwache Regionen“ zu, wenn sie nicht durch Benennung der positiven Eigenheiten der damit gekennzeichneten Räume ergänzt werden. So sind beispielsweise agglomerationsferne ländliche Räume mit geringerer Bevölkerungsdichte (9) nicht schon damit beschrieben, dass sie peripher oder strukturschwach sind. Wie oben dargestellt, verfügen sie durchaus über allgemeine und spezifische Entwicklungsansätze für erfolgreiche nachhaltige Regionalentwicklungswege.

Verkennungen ländlicher Räume entstehen nicht nur aus urban geprägter Perspektive. Sie ergeben sich auch, wenn Regionalentwicklung einseitig mit ökonomischer Entwicklung und diese wiederum mit der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes unabhängig von seinen ökologischen Kosten oder Beschäftigungseffekten identifiziert wird. Zwar zeigt sich, dass insbesondere eine aktive Investitionspolitik in dauerhafte Beschäftigungsalternativen im privaten oder öffentlichen Sektor regionale Negativspiralen aufhalten kann. Aber wie bereits deutlich wurde, dass es keine einheitliche Schlüsselbranche für alle Raumtypen gibt, so sind auch die Wege zu mehr Beschäftigung verschieden. Nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung hat selbst eine Vielzahl nichtökonomischer Voraussetzungen, die ihrerseits hinreichend und rechtzeitig in regionale Entwicklungsmodelle einzubeziehen sind. Diese verschiedenartigen Faktoren in entsprechende Konzepte einzubeziehen, ist Kern der Nachhaltigkeit. Daher ist es beispielsweise nicht sinnvoll, jedes einzelne Regionalprojekt nach seinem unmittelbaren ökonomischen Effekt zu bewerten, vielmehr ist abzuschätzen, inwiefern es regionstypische bzw. individuelle Ressourcen dieser Region freisetzt. So kann es in einer von Abwanderung und Niedergang bedrohten Region manchmal sinnvoller sein, Ausbildungsplätze für die hier noch lebenden jungen Leute zu schaffen oder eine Atmosphäre des regionalen Neuanfangs durch kulturelle Aktivitäten zu entfalten, als ein Wirtschaftsprogramm aufzulegen, das (zunächst) keine Resonanz findet. Pauschale, dem jeweiligen Raum nicht angepasste Fördermaßnahmen können andernfalls selbst das bestärken, was häufig befürchtet wird: Fehlende Aktivitätspotenziale in ländlichen Regionen. Umgekehrt können sie stufenweise nachhaltige Entwicklungskreisläufe bestärken oder initiieren, wie sie unter 3.1, 3.3 und bedingt in 3.2 beschrieben wurden.

Wendet man das Prinzip der Raumbezogenheit auf die Regionalentwicklung agglomerationsnaher ländlicher Räume (4) an, so bündelt sich das Prinzip der Nachhaltigkeit vor allem in Verflechtungsformen zwischen Metropolen und ländlichem Umland, mittels derer gemeinsam ökologische, soziale und ökonomische Interessen abgewogen werden. Aufgrund der gegenseitigen starken Abhängigkeit dieser beiden Raumtypen können sie sich nur dann ökologisch und sozial verträglich und ökonomisch erfolgreich entwickeln, wenn sie zusammenarbeiten und solche Ziele in das Zentrum ihrer Arbeit stellen. Das gilt für die gemeinsame Arbeit an nachhaltigen Siedlungsstrukturen ebenso wie für den gemeinsamen Ausbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen mit einem starken Dienstleistungssektor. Als ökonomische Schlüsselressource erweist sich dabei aufgrund der historischen Entwicklung auch für die daran beteiligten ländlichen Räume der Bereich der industrienahen Entwicklung. Er kann durch Zusammenarbeit mit den Forschungseinrichtungen in den Metropolen und Abwägung der eigenen Regionalinteressen internationale Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, ohne ökologische und soziale Belange vernachlässigen zu müssen. Gleichzeitig kann auf diesem Wege der Abstand in den Beschäftigungsangeboten zur Metropole abgebaut werden. Komplementär oder alternativ dazu können regionale Märkte für Qualitätslebensmittel als ein bisher noch weit unterschätzter Entwicklungsschwerpunkt von ländlichen agglomerationsnahen Räumen aufgebaut werden. Durch die Ausarbeitung gemeinsamer Leitbilder für die Raumplanung beider Raumtypen werden die Konkurrenz zwischen den benachbarten Räumen zurückgedrängt, Zersiedelung und Externalisierung ökologischer Risiken begrenzt. So lange keine gemeinsamen Verwaltungseinheiten geschaffen werden, sind dafür flexible Politikformen notwendig. Sie sind nicht nur zwischen Zentrum und ländlichem Umland, sondern auch zu den urbanen Nachbarräumen des Umlandes wichtig. Auf diese Weise vervielfältigen sich die Schaltstellen bzw. alternative Möglichkeiten, an denen ländliche Regionalentwicklung ansetzen kann. In diesem Zusammenhang erweist sich auch der dezentrale Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs als ein Schlüsselglied nachhaltiger ländlicher Regionalentwicklung in Agglomerationsräumen. Er erhöht die Lebensqualität und die Möglichkeiten für wirtschaftliche Entwicklung. Diesen bereits ansatzweise vorhandenen Tendenzen stehen vielfältige Barrieren entgegen. Dazu gehören nicht zuletzt die historisch gewachsenen Verwaltungsstrukturen, die nicht über eine den räumlichen Hauptverflechtungen entsprechende Reichweite verfügen und dadurch Konkurrenzverhalten befördern.

Eine perspektivreiche Regionalentwicklung ländlicher Gebiete in verstäderten Räumen (7) ergibt sich vorrangig im Kontext seines Regionsgrundtyps, der vorwiegend urbane Kreistypen mit dem Kreistyp (7) verbindet. Diesen Raum im Sinne nachhaltiger ländlicher Entwicklung zu nutzen, erfordert enge Verflechtungen mit den ihnen am nächsten liegenden Kernstädten dieses Raumtyps (5) und deren urbanem Umland (6) auszubauen. Der Profilierung eigenständiger regionaler Ressourcen kommt in diesem Prozess große Bedeutung bei. Sie liegen in einer naturverträglichen und integrierten Landbewirtschaftung, die für die Versorgung der umliegenden urbanen Gebiete genutzt werden kann. Regionale Initiativen zur Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte wirken dabei als Schnittstelle zwischen Erzeugern und Konsumenten. Anknüpfend an die gute natürliche Ausstattung von Kreisen des Typs (7) bietet darüber hinaus der naturverträgliche Tourismus eine gute Chance für Verflechtungen mit dem städtischen Umfeld. In diesem Zusammenhang gilt es, für die besonders frequentierten Gebiete an der Küste, im Umfeld der Mittelgebirge und des Spreewaldes hinreichende Naturvorsorge zu treffen. In weniger erschlossenen Gebieten können Regionalinitiativen von vorn herein naturverträgliche Tourismusformen etablieren sowie in diesem Umfeld kleine Unternehmen mit passfähigen Leistungen etablieren. Für ländliche Kleinstädte bietet sich als weiteres Moment nachhaltiger Regionalentwicklung an, die in diesen Räumen vorhandenen Wohnqualitäten so auszubauen, dass sie über den unmittelbaren ländlichen Raum hinaus für potenzielle Interessenten aus den urbanen Kreisen attraktiv sind bzw. bleiben. Eine über diese Felder hinausreichende ökonomische Regionalentwicklung kann sich auf die Konzipierung und Förderung wirtschaftlicher Projekte stützen, die sich an der jeweiligen regionalen Branchenstruktur orientieren und hier Ansatzpunkte nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung suchen. Die starke quantitative Ausdehnung des sekundären Sektors bietet dafür ebenso wichtige Voraussetzungen wie die sozialen Ressourcen in den Kreisen des Typs (7). Durch eine zielgerichtete Zusammenarbeit mit den benachbarten urbanen Kreisen (5) und (6) kann es gelingen, die für den jeweiligen ländlichen Kreis geeigneten wirtschaftlichen Schwerpunkte noch besser zu erkunden und zu profilieren und dabei das Angebot gewerblicher Dienstleistungen zu erweitern. Eine enge Verflechtung mit urbanen Gebieten erfordert es, die verkehrstechnischen Anbindungen von ländlichen Kreisen dieses Typs insbesondere an die urbanen Oberzentren ihres Regionsgrundtyps zu verbessern. Gerade in den Kreisen des Typs (7) bieten sich somit verschiedene Möglichkeiten an, die wirtschaftliche Entwicklung zu profilieren und damit die Beschäftigungssituation als wichtiges Moment sozialer Nachhaltigkeit zu verbessern. Eine bedeutsame Chance für nachhaltige Entwicklungswege liegt aus der Perspektive der vorliegenden Untersuchungsergebnisse darin, dass Regionalpolitik, Wirtschaftsunternehmen und andere regionale Akteure gemeinsam an der Profilierung tragfähiger wirtschaftlicher Perspektiven für die jeweilige Region arbeiten und diese durch überregionale Vernetzungen vorantreiben.

Viele agglomerationsferne, dichter besiedelte ländliche Regionen (8) befinden sich bereits auf einem räumlichen Nachhaltigkeitspfad, indem sie ihre interne Vielfalt erhalten bzw. durch Spezialisierungen entsprechend ihrer Außenbeziehungen ausbauen und in diesem Zusammenhang die Reichweite ihrer Außenbeziehungen im eigenen Interesse optimieren. Nachhaltige Regionalentwicklung heißt für diesen ländlichen Raumtyp also zunächst, seine spezielle Mischung aus erfolgreichem Wirtschaftsraum und reicher Natur- bzw. Kulturlandschaft zu pflegen. Nicht Landwirtschaft oder produktives Gewerbe, touristische Dienstleistungen oder Landschaftspflege sind zu stärken. Vielmehr sind sie gleichzeitig so zu profilieren, dass sie voneinander wechselseitig profitieren. Als besondere ökonomische Schlüsselressourcen erweisen sich dafür die historisch gewachsenen kleinen und mittleren Unternehmen vor allem im produktiven und Dienstleistungsgewerbe sowie in der Land- und Forstwirtschaft. Eine allgemein gültige Zuordnung zu einer für alle diese Kreise bedeutsamen Branche ist aufgrund der regionalen Vielfalt nicht möglich. Wichtig ist hingegen gerade in agglomerationsfernen ländlichen Regionen diesen Unternehmenstyp zu fördern und in regionale Netzwerke zu integrieren, da dort auch in Zukunft kaum global aufgestellte Unternehmen investieren werden. Ohne private Investitionen sind aber auch diese ländlichen Regionen nicht entwicklungsfähig. Aus ihrer Vielfalt heraus ist es Regionen des Typs (8) eher als agglomerationsnahen ländlichen Räumen möglich, ihre Leitbilder für nachhaltige Regionalentwicklung regionsintern zu erarbeiten. Dies bedarf dann jedoch in besonderem Maße der Einbeziehung aller wichtigen Akteurstypen und in Abhängigkeit vom jeweiligen externen Verflechtungsgrad der Abstimmung mit den Nachbarregionen. Nachhaltige Regionalentwicklung bedeutet also auch hier nicht nur regionsinterne Profilierung, sondern auch für bereits erfolgreiche Kreise, räumliche Beziehungen über den ländlichen Raum hinaus auf Städte und urbane Kreise benachbarter

urbaner Räume des verstädterten Regionsgrundtyps auszudehnen. Ländliche Räume, die unter sich bleiben, haben in Deutschland keine nachhaltige Zukunft. Viele ländliche ferne, aber dichter besiedelte Regionen (8) können als Beispiele für erfolgreiche Nachhaltigkeitsexperimente gesehen werden. Sie sollten im Regionenaustausch ihre Erfahrungen deutlicher machen und in der Öffentlichkeit selbstbewusster daran mitwirken, welche Regionalmodelle gesellschaftliche Anerkennung und Verbreitung finden.

Legt man den Maßstab starker Nachhaltigkeit an (vgl. Ott et al. 2004), so sind agglomerationsferne, dünn besiedelte ländliche Regionen (9) für eine umweltfreundliche Zukunft scheinbar besonders geeignet. Geht man hingegen von einer gleichwertigen Bedeutung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension für Chancen nachhaltiger Entwicklung aus, so zeigt dieser Kreistyp (9) deutliche Defizite, aber auch einige entwicklungsfähige Ansätze. Die Ausarbeitung regionalspezifischer Entwicklungskonzepte erweist sich für ländliche Kreise dieses Typs (9) am schwierigsten, weil durch ein Bündel an Ursachen verschiedene Ressourcen für nachhaltige Perspektiven eingeschränkt werden und andere brach liegen bzw. degenerieren. Raumtypische Leitideen müssen auch hier an den vorhandenen regionalen Ressourcen ansetzen, aber stärker als in allen anderen Regionen bei ihrer Realisierung finanzielle und personelle Unterstützung von außen einbeziehen. Anknüpfend an die Naturreichtümer, die ausgedehnten landwirtschaftlichen Nutz- und Freiflächen stellt die Profilierung der Land- und Forstwirtschaft zu verschiedenen nachhaltigen Landnutzungs-, Produktions- und Vermarktungsformen für diesen Raumtyp einen Nachhaltigkeitspfad erster Wahl dar. Dabei könnten ferne, dünn besiedelte Kreise (9) aufbauend auf die Erfolge der vergangenen Jahre zu regionalen Zentren des ökologischen Landbaus in Deutschland gemacht werden. In Norddeutschland könnten dabei Netzwerke wie „Biopark“ oder „Bioland“ als Entwicklungskern genutzt und gefördert werden, um die agrarische Wertschöpfungskette in diesen ländlichen Gebieten zu stärken (vgl. Kirschten 2003). Darüber hinaus stellt der Ausbau alternativer Energieprojekte einen zweiten Schwerpunkt nachhaltiger Regionalentwicklung in diesem ländlichen Raumtyp dar, der auf bereits vorhandene und erweiterbare Initiativen aufbauen kann. Ländlichen Akteuren kommt bei der Weiterentwicklung von nachwachsenden Rohstoffen und erneuerbaren Energien, die sich regional anbieten, neben städtischen Initiativen eine wichtige innovative Funktion zu (vgl. Bundesregierung 2002). Von besonderer Bedeutung ist der Ausbau ausgewiesener Naturschutzgebiete, die eine Schonung der Natur mit sanftem Tourismus verbinden. Ihre Erfahrungen sind auch für die Kulturlandschaftspflege außerhalb von Schutzgebieten bedeutsam. Sie erweisen sich als Chance, die natürliche Attraktivität ferner, dünn besiedelter Räume zu erhalten und Touristen in die ganze Region, nicht nur in ihre bereits bekannten Zentren zu locken. Diese verschiedenen Möglichkeiten, ausgedehnte Natur- und Agrarflächen nachhaltig zu bewirtschaften sind geeignet, regionale Arbeitsplätze zu schaffen und so Beschäftigungsprobleme zu mildern. Zugleich wird deutlich, dass Ansätze, die allein auf natürlichen Standortvorteilen dieses ländlichen Kreistyps beruhen, nicht ausreichen, um längerfristige Entwicklungen in dünn besiedelten abgelegenen Räumen anzustoßen. Menschenwürdige Perspektiven für die Bewohner dieser Gebiete erfordern es darüber hinaus, stärker als bisher Beschäftigungsangebote jenseits von Landwirtschaft und Landschaftspflege im produktiven Sektor, im sozialen und technischen Dienstleistungssektor zu initiieren. Bildungs- und Qualifikationspotentiale sind dafür in den ländlichen Kreisen des Typs (9) weitgehend vorhanden, sie müssen jedoch über Beschäftigungsangebote mobilisiert und über moderne Weiterbildungseinrichtungen auch in dünn besiedelten fernen Gebieten fortgebildet werden. Aus der Nachhaltigkeitsperspektive ist nur unter dieser Voraussetzung auch eine Stabilisierung der Bevölkerungszahl zu erreichen oder die gegenwärtige Abwanderung unter ein kritisches Maß zu verringern.

Die hier dargestellten Entwicklungsschwerpunkte für verschiedene ländliche Raumtypen sind nicht als komplexe Modelle zu verstehen. Sie sind eher begründete Orientierungen, in deren Richtung Nachhaltigkeitsexperimente gehen und wenn notwendig auch verändert werden sollten. Sie müssen selbstverständlich für jeden konkreten ländlichen Raum und seine individuellen Eigenarten angepasst werden. Bei aller Differenziertheit regionaler Entwicklungsschwerpunkte, lässt sich aber abschließend einschätzen, dass auch in ländlichen Räumen bereits Wege nachhaltiger Regionalentwicklung eingeschlagen werden. Manches regionale Netzwerk oder Modellprojekt auf dem Lande steht aus organisatorischer, ökologischer und manchmal auch aus ökonomischer Sicht in nichts entsprechenden Initiativen von Städten nach. Sie alle unterliegen jedoch vielfältigen Restriktionen, die durch das gegenwärtige

ge Gesellschaftsmodell entstehen, das in alle Räume hineinwirkt, selbst in die entferntesten ländlichen Regionen. In diesen Regionen werden solche gesellschaftlich erzeugten Restriktionen auf je spezielle Weise und in unterschiedlichem Maße verstärkt oder abgebaut. Dabei verzeichnen die meisten ländlichen Regionstypen eher eine positive Ausgangssituation, in der sich Zukunftschancen und -barrieren die Balance halten. Dies gilt nicht für dünn besiedelte ländliche Regionen. Sie bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit und gemeinsamer Anstrengungen, um sie anknüpfend an ihre räumlichen Vorzüge in vergleichbarem Maße wie andere ländlichen Regionstypen gesellschaftlich zu integrieren.

4. Literatur

- Ahrens, Heinz (2002): Das Konzept der „Nachhaltigkeit“ bei der Entwicklung ländlicher Räume. In: Urff von, Winfried; Ahrens, Heinz; Neander, Eckart (Hg.): *Landbewirtschaftung und nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume*. Hannover, 7-25.
- Akademie für Raumforschung und Landespolitik (Hg.) (2001): *Europäisches Raumentwicklungskonzept (EUREK)*. Hannover.
- Altwater, Elmar (1987): *Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung. Der Fall Brasilien*. Hamburg.
- Altwater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (1999): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Münster.
- Banse, Gerhard (2003): Einführung in den Themenkreis „Humankapital und Bildung“. In: Kopfmüller, Jürgen (Hg.): *Den globalen Wandel gestalten. Forschung und Politik für einen nachhaltigen globalen Wandel*. Berlin, 139-148.
- Bauer, Siegfried (2002): Gesellschaftliche Funktionen ländlicher Räume. In: Urff von, Winfried; Ahrens, Heinz; Neander, Eckart (Hg.): *Landbewirtschaftung und nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume*. Hannover, 26-44.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (Hg.) (2001): *Kurzfassung des Raumordnungsberichtes 2000*. Bonn.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (Hg.) (2004a): *Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Band 17*. Bonn.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (Hg.) (2004b): *CD-Rom Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden (INKAR 2003)*.
- Beck, Ulrich (1987): *Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (2004): *Die Kritik des methodologischen Nationalismus oder warum die Soziologie der ersten Moderne europablind ist. Diskussionsbeitrag auf dem Soziologentag 2004*. München.
- Becker, Heinrich (2000): *Ostdeutsche Dörfer im Aufbruch. Fallstudien ländlicher Entwicklung*. Bonn.
- Berlin-Institut (2004): www.Berlin-Institut.de
- Beutel, Jörg (2002): *The economic impact of objective 1 interventions for the period 2000-2006*. Konstanz.
- Bioland (o. J.): www.bioland.de
- BMBF (Hg.) (2003): *Berufsbildungsbericht 2003*. Berlin.
- BMU (Hg.) (o. J.): www.bmu.de/files/agenda21.pdf
- BMVEL (Hg.) (2002): *Regionen aktiv - Land gestaltet Zukunft*. Bonn.
- BMVEL (Hg.) (2003): *Erährungs- und agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung*. Berlin.
- BNN (Bundesverband Naturkost Naturwaren) (Hg.) (2001): *Trendbericht*. Köln.
- Bourdieu, Pierre (1997): Ortseffekte. In: Ders.: *Das Elend der Welt: Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Konstanz, 159-167.
- Brand, Karl-Werner (Hg.) (1997): *Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie*. Opladen.
- Brand, Karl-Werner (Hg.) (2002): *Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme, Chancen – eine kritische Diskussion*. Berlin

- Brussig, Martin; Kinkel, Stefan; Lay, Gunter (2003): Verbreitung und Nutzen regionaler Netzwerke in der deutschen Investitionsgüterindustrie. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, H. 1/2003, 29-41.
- Bucher, Hansjörg; Gatzweiler, Hans-Peter (2004): Raumordnungsprognose 2020. Regionen und Städte im demographischen Wandel. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 3/4 2004, 1-7.
- Bundesregierung (Hg.) (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin.
- Coenen, Reinhard; Grundwald, Armin (2003): Nachhaltigkeitsprobleme in Deutschland. Analyse und Lösungsstrategien. Berlin.
- Dangschat, Jens (1996): Raum als Dimension sozialer Ungleichheit und Ort als Bühne der Lebensstilierung? – Zum Raumbezug sozialer Ungleichheit und von Lebensstilen. In: Schwenk, Otto (Hg.): Lebensstil zwischen Sozialstrukturanalyse und Kulturwissenschaft. Opladen, 99-135.
- Dangschat, Jens (1997): Sustainable City – Nachhaltige Zukunft für Stadtgesellschaften. In: Brand, Karl-Werner (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung für die Soziologie. Wiesbaden, 169-194.
- Davis, Sara; Hallet, Martin (2003): Interactions between National and Regional Development. HWWA Discussion paper 107.
- Deutsche Vernetzungsstelle Leader+ (o. J.): www.leaderplus.de
- DGS (2004): Soziale Ungleichheit – kulturelle Unterschiede. Abstraktband zum Soziologentag 2004. München.
- Diller, Christian (2002): Zwischen Netzwerk und Institution. Eine Bilanz regionaler Kooperationen in Deutschland. Opladen.
- EG (Europäische Gemeinschaften) (Hg.) (2003): Die soziale Lage in der Europäischen Union 2003. Luxemburg.
- Elsner, Wolfram (2000): Globalisierung – Standort-, „Kriege“ oder Kooperation der Regionen. In: Altwater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (Hg.): Ökonomie eines friedlichen Europa. Ziele, Hindernisse, Wege. Münster, 75-89.
- Endt, Gisela; Hilcher, Brigitte (Hg.) (2004): Erstes Bundestreffen der Regionalbewegung ... Wurzeln in einer globalisierten Welt. Feuchtwangen.
- EU (Europäische Union) (1991): Europa 2000. www.europa.eu.int.htm
- EU (Europäische Union) (1995): Europa 2000+. www.europa.eu.int.htm
- EU (Europäische Union) (1999b): EUREK. www.europa.eu.int.htm
- EU (Europäische Union) (Hg.) (1999a) Sechster periodischer Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Brüssel.
- EU (Europäische Union) (Hg.) (2002a): Mitteilung der Kommission. Erster Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Brüssel.
- EU (Europäische Union) (Hg.) (2002b): Europäische Sozialstatistik: Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung. Luxemburg.
- EU (Europäische Union) (Hg.) (2003a): Regionen. Statistisches Jahrbuch 2003. Luxemburg.
- EU (Europäische Union) (Hg.) (2003b): Education across Europe 2003. Luxemburg.
- EU (Europäische Union) (Hg.) (2004): Eine neue Partnerschaft für die Kohäsion. Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Luxemburg.
- EU (Europäische Union) (Hg.) (2005): Zweiter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt: Bestandsaufnahme und Ergebnisse. Luxemburg.
- EU (Europäische Union) (Hg.) (o. J.): Landbau in der Europäischen Union. Fakten und Zahlen. Brüssel.
- Eurostat (2003): Jahrbuch 2003. Der statistische Wegweiser durch Europa. Luxemburg.
- Eurostat (2004): Jahrbuch 2004. Der statistische Wegweiser durch Europa. Luxemburg.
- Eurostat: (o. J.): www.eds-destatis.de
- Faludi, Andreas (2001): Der EUREK-Prozess. In: Akademie für Raumforschung und Landespolitik (Hg.): Europäisches Raumentwicklungskonzept (EUREK). Hannover, 14-37.
- Freyer, Bernhard et al. (2001): Der biologische Landbau in Österreich - Entwicklung und Perspektiven. Agrarwirtschaft, H. 50, 7/2001, 400-409.

- Fürst, Dietrich (1998): Regionalmanagement als neues Instrument regionalisierter Strukturpolitik. In: Kujath, Hans-Joachim (Hg.): Strategien der regionalen Stabilisierung. Wirtschaftliche und politische Antworten auf die Internationalisierung des Raumes. Berlin, 233-250.
- Fürst, Dietrich (2002): Aufwertung der Region als Ebene gesellschaftlicher Selbststeuerung. In: Zibell, Barbara (Hg.): Zukunft des Raumes. Frankfurt am Main, Berlin, Brüssel, 49-69.
- Grabher, Gernot (Hg.) (1993): The Embedded Firm. On the Socioeconomics of industrial network. London.
- Greif, Michael (2000): Von der lokalen zur regionalen Nachhaltigkeit. Oldenburg.
- Hauff, Volker (2003): Nachhaltige Beratung. Die Rolle von nationalen Nachhaltigkeitsräten im Zeichen der Globalisierung. In: Linne, Gudrun; Schwarz, Michael (Hg.): Handbuch nachhaltige Entwicklung. Wie ist nachhaltiges Wirtschaften machbar? Opladen, 31-38.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität. Frankfurt am Main.
- Heidenreich, Martin (2003): Regionale Ungleichheiten im erweiterten Europa. In: Allmendinger, Jutta: Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen, 177-197.
- Hildebrandt, Eckart (2003): Arbeit und Nachhaltigkeit. In: Linne, Gudrun; Schwarz, Michael (Hg.): Handbuch nachhaltige Entwicklung. Wie ist nachhaltiges Wirtschaften machbar? Opladen, 381-394.
- Hillebrand, Bernhard; Löbbe, Klaus et al. (2000): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Ausgewählte Problemfelder und Lösungsansätze. Bottrop.
- Hradil, Stefan (1999): Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen.
- Huber, Joseph (2001): Allgemeine Umweltsoziologie. Wiesbaden.
- ICLEI (o. J.): iclei.org/europe/ac-germ.htm
- Kämper, Stefan (2000): Das LEADER-Netzwerk – Beispiel für eine funktionierende Zusammenarbeit. In: DLV (Hg.): Märkte, Höfe und Marken – Regionen machen sich stark. Ansbach.
- Kirschten, Uta (2003): Unternehmensnetzwerke für nachhaltiges Wirtschaften. In: Linne, Gudrun; Schwarz, Michael (Hg.): Handbuch nachhaltige Entwicklung. Wie ist nachhaltiges Wirtschaften machbar? Opladen, 171-182.
- Kopfmüller, Jürgen (2003): Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung – Globale Perspektive und Orientierung für Politik und Wissenschaft. In: Ders. (Hg.): Den globalen Wandel gestalten. Forschung und Politik für einen nachhaltigen globalen Wandel. Berlin, 21-51.
- Kopfmüller, Jürgen; Brandl, Volker; Jörisen, Juliane; Paetau, Michael; Banse, Gerhard; Coenen Reinhard; Grunwald, Armin (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachten. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren. Berlin.
- Kröhnert, Steffen; van Olst, Nienke; Klingholz, Reiner (2004): Deutschland 2020. Berlin.
- Läpple, Dieter (1998): Globalisierung - Regionalisierung. Widersprüche oder Komplexität. In: Kujath, Hans-Joachim (Hg.): Strategien der regionalen Stabilisierung. Wirtschaftliche und politische Antworten auf die Internationalisierung des Raumes. Berlin, 63-72.
- LUA (Landesumweltamt Brandenburg) (2002): Bevölkerungsprognosen und die Folgen des demographischen Wandels. Fachbeiträge des Landesumweltamtes Nr. 72. Potsdam.
- Matthes, H-D.; Partuschenko, V. (2001): 10 Jahre Biopark. Karow.
- Matthies, Aila-Leena (2002): Finnisches Bildungswesen und Familienpolitik: ein „leuchtendes“ Beispiel? APZ H. 2/2002.
- Minsch, Jürg; Feindt Hans-Peter; Meister, Hans-Peter; Schneidewind, Ute; Schulz, Thomas (1998): Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit. Berlin.
- MLUR (Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Raumordnung) (Hg.) (2003): Agrarbericht 2003 zur Land- und Ernährungswirtschaft des Landes Brandenburg. Frankfurt/Oder.
- Müller, K.; Dosch, A; Mohrbach, E.; Aenis, T.; Baranek, E; Boeckmann, T.; Siebert, R.; Toussaint, V. (2002): Wissenschaft und Praxis der Landschaftsnutzung. Formen interner und externer Forschungskooperation. Weikersheim.
- Ott, Konrad; Döring, Ralf (2004): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit. Marburg.
- Persson, Lars Olaf (2003): Anpassungsstrategien für Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang – Gibt es eine solche Strategie in Schweden? In: Informationen zur Raumentwicklung H. 12/2003, 719-723.
- Peters, Ulla (1996): Regionen im Aufbruch. Beiträge und Beispiele zur eigenständigen und nachhaltigen Regionalentwicklung. Bornheim.

- Pick, Doris (2004): Vom Freisetzungsvorhaben zum großflächigen Anbau in Deutschland? In: *Ökologie und Landbau*, H. 2/2004, 40-42.
- pro agro (o. J.): www.natuerlich-brandenburg.de
- Prognos (2004): *Stille Stars*. Handelsblatt Sonderdruck, Düsseldorf.
- Renn, Ortwin (2001): Nachhaltige Entwicklung - Zur Notwendigkeit von Zieldiskursen. In: Brand, Karl-Werner (Hg.): *Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme, Chancen - eine kritische Diskussion*. Berlin, 211-226.
- Schmitz, Michael (2000): Ökonomische und ökologische Bewertung regionaler Vermarktungssysteme. Theoretische Grundlagen. In: *agrarspectrum* H. 30, 105-114.
- Segert, Astrid; Zierke, Irene (2004a): *Ländliche Netzwerke. Institutionalierungsprozesse und Milieuformationen*. Opladen.
- Segert, Astrid; Zierke, Irene (2004b): Naturschutz auf ehemaligen Truppenübungsplätzen - Akzeptanzen, Probleme, Akteure. In: *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht*, H. 3/2004, 437-463.
- Spangenberg, Joachim H. (Hg.) (2003): *Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit: Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland*. München.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2002a): *Statistisches Jahrbuch 2002*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2002b): *Einkommen der privaten Haushalte*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2004a): *Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2004b): *Ökolandbau*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (o. J.): *Bruttoinlandsprodukt auf der Ebene der NUTS3-Gebiete. ESVG95*.
- Tondl, Gabriele (1999): The changing Pattern of Regional Convergence in Europe. In: *Review of Regional Research*, H. 1/2004, 1-33.
- Thrun, Thomas (2003): Handlungsansätze für Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang. In: *Informationen zur Raumentwicklung* H. 12/2003, 709-717.
- Umweltbundesamt (Hg.) (2002): *Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Zukunft dauerhaft umweltgerecht gestalten*. Berlin.
- UN (United Nations) (o. J.) www.g26.ch/uno_ja_03.html
- Urff von, Winfried; Ahrens, Heinz; Neander, Eckart (Hg.) (2002): *Landbewirtschaftung und nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume*. Hannover.
- Veil, Mechthild (2002): *Ganztagsschule mit Tradition: Frankreich*. APZ H. 2/2002.
- Wiener, Bettina (2004): Großer Nachwuchskräftebedarf an landwirtschaftlichen Fachkräften in den neuen Bundesländern am Beispiel Sachsen-Anhalts. In: Laschewski, Lutz, Neu, Claudia (Hg.): *Sozialer Wandel in ländlichen Räumen*. Aachen, 93-114.
- Wolf, Klaus (2001): Soziokulturelle Aspekte der regionalen Nachhaltigkeit für ein Europäisches Raumentwicklungskonzept. In: *Akademie für Raumforschung und Landespolitik: Europäisches Raumentwicklungskonzept (EUREK)*. Hannover, 98-107.

5. Anlage: Tabellen zu Parametern regionaler Ungleichheit zwischen ländlichen und urbanen Kreistypen

1. Demographie	1a. Bevölkerungsdichte						1b. Bevölk. 90-01						1c. Lebenserwart. Frauen						1d. Lebenserw. Männer						
	Raumtypen	S	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD
Kernstädte in Aggl.-Räumen	1	2052	1	2157	1	2568	1	-0,1	9	-1,3	8	-4,6	4	75,3	4	74,9	4	73,7	5	81,1	6	81	5	80,5	4
Hochverdicht.Kr. in Aggl.-R.	2	536	3	532	3	387	3	7,1	6	6,9	3	-4	2	74,8	9	74,8	6	74,7	1	80,8	8	90,8	1	80,7	2
Verdichtete Kr. in Aggl.-Räum	3	238	4	224	4	177	4	10,4	2	7,5	2	-4,3	3	75,7	1	75,7	1	74,2	3	81,2	4	81,2	3	80,7	2
Ländl. Kr. in Aggl.-Räum.	4	126	7	109	8	99	7	12,9	1	9,4	1	6,8	1	75,5	2	75,3	2	74,4	2	81	7	81	5	81	1
Kernstädte in urb. Räumen	5	1168	2	1113	2	989	2	1	8	-4,7	9	-17,1	9	74,9	8	74,2	9	73,7	5	80,7	9	80,5	9	80,4	7
Verdichtete Kr. in urbanen R	6	217	5	210	5	175	5	8,9	4	6,1	4	-8,5	7	75	7	74,7	7	73,8	4	81,6	1	81,3	2	80,5	4
Ländl. Kr. in urb. Räum.	7	119	8	112	7	96	8	9,4	3	5,4	5	-4,8	5	75,5	2	75,1	3	73,4	7	81,3	2	81,2	3	80,2	9
Ferne lä. Kreise höh.Dichte	8	135	6	137	6	143	6	8,5	5	4,4	6	-8,7	8	75,1	6	74,5	8	72,9	9	81,2	4	81	5	80,5	4
Ferne lä. Kreise ger. Dichte	9	83	9	69	9	59	9	6,7	7	-1,1	7	-8,4	6	75,3	4	74,9	4	73,3	8	81,3	2	81	5	80,3	8
Mittelwert		263		231		158		6,1		3,4		-5,8		74,5		73,3		72,1		80,9		80,4		79,8	

1. Demographie	1e. Altersgruppen 2000																			
	Raumtypen	S	0 bis 18 Jahre						18 bis 65 Jahre						über 65 Jahre					
			WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R
Kernstädte in Aggl.-Räumen	1	16,6	9	16,5	8	16,1	7	65,9	1	66,4	1	68,2	1	17,5	1	17,1	2	15,6	8	
Hochverdicht.Kr. in Aggl.-R.	2	16,9	7	19,5	5	16,1	7	64,4	3	64,3	4	63,5	9	16,1	6	16,2	8	20,3	1	
Verdichtete Kr. in Aggl.-Räum	3	20	6	19,4	6	17,1	5	63,9	4	64	5	64,4	7	16,1	6	16,6	5	18,6	2	
Ländl. Kr. in Aggl.-Räum.	4	20,9	2	19,4	6	18,2	2	63,4	5	65,1	3	66,4	3	15,1	9	15,5	9	15,4	9	
Kernstädte in urb. Räumen	5	16,7	8	16,5	8	16	9	65,7	2	66,1	2	67,3	2	17,5	1	17,4	1	16,7	6	
Verdichtete Kr. in urbanen R	6	20,8	3	20,2	2	16,8	6	63,1	6	63,3	8	64,4	7	16,1	6	16,5	7	18,6	2	
Ländl. Kr. in urb. Räum.	7	21,3	1	20,3	1	17,7	3	62,2	8	63,1	9	65,6	5	16,5	5	16,6	5	16,8	4	
Ferne lä. Kreise höh.Dichte	8	20,3	5	19,6	3	17,3	4	62,7	7	63,4	7	65,9	4	16,9	4	16,9	3	16,8	4	
Ferne lä. Kreise ger. Dichte	9	20,6	4	19,6	3	18,5	1	61,8	9	63,7	6	65,6	5	17,5	1	16,7	4	15,9	7	
Mittelwert				18,8		17,1		64,1		64,4		66,3		16,7		16,6		16,6		

WD: Westdeutschland
D: Deutschland
OD: Ostdeutschland
R: Rang
S: Schlüssel des Raumtyps

2. Bildung/Qualifikation	Schulabg. 01 ohne Abschl.						Schulabg. 01 Hauptschule						Schulabg. 01 mittlere Reife						Schulabg. 01 Hochschulreife						Beschäftigte mit HSA						
	Raumtypen	S	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R					
Kernstädte in Aggl.-Räumen	1	9,5	7	10	5	11,1	3	23,2	2	21,4	2	16,7	5	36,9	6	38,0	9	41,1	8	30,4	2	30,6	1	31,1	1	12,3	1	12,6	1	13,8	1
Hochverdicht.Kr. in Aggl.-R.	2	7,5	1	7,5	1	9,3	1	24,9	3	24,5	5	8,8	1	41,5	2	41,9	6	56,0	1	26,1	3	26,1	3	25,9	2	7,9	3	7,9	3	9,0	4
Verdichtete Kr. in Aggl.-Räum	3	8,9	3	9,4	3	11,1	3	27,6	4	23,8	4	11,7	2	40,6	5	43,9	4	54,2	4	22,9	4	22,9	5	23	4	5,9	4	6,7	5	9,6	3
Ländl. Kr. in Aggl.-Räum.	4	9,5	7	9,8	4	10	2	30,4	6	23,0	3	18,4	8	41,8	1	44,2	3	45,7	7	18,3	6	23,0	4	25,9	2	4,6	7	6,9	4	8,6	6
Kernstädte in urb. Räumen	5	9,4	5	10,7	7	14,2	8	22,7	1	20,4	1	14,7	4	36,3	9	40,0	8	48,8	6	31,6	1	28,9	2	22,3	5	9,6	2	10,5	2	13,3	2
Verdichtete Kr. in urbanen R	6	8,3	2	9,1	2	12,7	6	30,1	5	27,5	6	14,1	3	41,0	4	43,0	5	53,9	9	20,6	5	20,4	6	19,3	6	5,8	5	6,2	6	8,6	6
Ländl. Kr. in urb. Räum.	7	9,4	5	10,3	6	12,6	5	32,5	7	28,3	7	17,9	6	41,1	3	45,1	2	54,8	3	17,0	8	16,3	8	14,7	8	4,3	8	5,1	9	7,5	8
Ferne lä. Kreise höh.Dichte	8	10,3	9	11,3	8	14,3	9	34,6	8	30,7	9	18,1	7	36,9	6	41,2	7	51,2	5	18,2	7	17,8	7	16,4	7	5,0	6	5,8	7	8,9	5
Ferne lä. Kreise ger. Dichte	9	9,2	4	11,5	9	13,6	7	37,6	9	30,0	8	23,1	9	36,6	8	46,7	1	55,8	2	16,6	9	11,8	9	7,5	9	3,3	9	5,2	8	7,3	9
Mittelwert		8,9		9,7		12,1		27,9		25,3		17		36,6		41,2		49,6		23,8		23,8		21,3		8,2		8,2		8,2	

Quelle: Inkar 2002 und 2003, Kröhnert et al. 2004, BBR 2004, Pick 2004 und eigene Berechnungen

5. Anlage: Tabellen zu Parametern regionaler Ungleichheit zwischen ländlichen und urbanen Kreistypen

3. Beschäftigung	3a. Beschäftigungsquote 01						3b. Beschäftigte 95-01						3c. Arbeitslosenquote 02						Beschäftigte 01 1. Sektor						Beschäftigte 01 2. Sektor						Beschäftigte 01 3. Sektor						
Raumtypen	S	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R
Kernstädte in Aggl.-Räumen	1	67,9	2	63,7	2	51	2	2	5	-0,9	3	-11	3	10,6	9	12,5	6	18,5	5	0,3	9	0,4	8	0,5	9	27	9	25,7	9	20,5	8	72,7	1	73,9	1	79,0	1
Hochverdicht.Kr. in Aggl.-R.	2	44,4	5	44,3	5	42,6	5	3,8	1	3,6	1	6,5	1	7,4	5	7,6	1	18,2	4	0,9	7	1	7	3,1	6	41,9	4	41,9	3	41,9	1	57,2	6	57,2	7	55,0	9
Verdichte Kr. in Aggl.-Räum	3	40,1	8	40,6	8	42,4	6	3	3	-0,9	3	-14,4	8	7,3	2	9,3	3	17,4	3	1,4	4	1,9	4	4,4	3	37,5	6	37,8	5	39,4	2	61,2	3	60,2	4	56,2	8
Ländl. Kr. in Aggl.-Räum.	4	37,6	9	39	9	40	9	3,1	2	-4,5	8	-9,1	2	7,3	2	13	8	17,2	2	1,7	1	3	2	4	4	37,2	7	33,2	7	30,5	6	61,1	4	63,7	3	65,5	3
Kernstädte in urb. Räumen	5	73,3	1	70	1	64,1	1	1,8	6	-2,8	6	-14,3	7	10,4	8	12,8	7	18,7	6	0,4	8	0,4	8	0,6	8	30,6	8	28,0	8	20,5	8	69,0	2	71,6	2	78,9	2
Verdichtete Kr. in urbanen R	6	44,6	4	44,4	4	42,7	4	2,7	4	0,1	2	-13,6	4	7,4	5	9,2	2	19,6	8	1,1	5	1,4	6	3,4	5	44,1	2	43,0	2	36,3	3	54,9	8	55,6	8	60,3	6
Ländl. Kr. in urb. Räum.	7	42,1	7	41,6	7	40,2	8	1,3	7	-3,6	7	-15,3	9	7,2	1	10,4	5	19	7	1,6	2	2,4	3	4,5	2	46	1	43,4	1	35,9	4	52,3	9	54,2	9	59,6	7
Ferne lä. Kreise höh.Dichte	8	47,1	3	46,9	3	46	3	0,9	8	-2,7	5	-13,7	5	7,5	7	9,5	4	16,3	1	1,1	5	1,5	5	2,9	7	40,8	5	39,4	4	34,3	5	58,0	5	59,1	6	62,8	5
Ferne lä. Kreise ger. Dichte	9	44,4	5	42,9	6	41,5	7	0,2	9	-7,7	9	-14	6	7,3	2	13,8	9	20,2	9	1,5	3	3,6	1	5,8	1	43,2	3	36,2	6	28,7	7	55,3	7	60,2	4	65,4	4
Mittelwert		50,9		49,9		46,1		2,3		-1,1		-12,7				10,5				0,9		1,2		2,7		36,7		35,0		35,0		62,4		63,7		68,9	

4. Wirtschaftskraft	4a.BIP je Einwohner 01						4b. BIP 94-00						4c. Investit. Pr. Gew. 99/00						
Raumtypen	S	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R
Kernstädte in Aggl.-Räumen	1	38,7	1	34,7	1	22,3	2	15,6	8	13,7	9	4,4	9	7,2	4	7,7	5	11,7	4
Hochverdicht.Kr. in Aggl.-R.	2	24	3	23,8	3	14	7	22,5	1	22	1	21,3	2	6,6	5	6,6	9	11,4	5
Verdichte Kr. in Aggl.-Räum	3	20,3	7	19,1	6	13,5	9	17,3	4	17,1	4	15,4	7	6,6	5	7,6	6	12,8	1
Ländl. Kr. in Aggl.-Räum.	4	19,5	9	16,9	9	15	4	18	2	21,8	2	25,8	1	6,6	5	8,8	2	11,0	6
Kernstädte in urb. Räumen	5	38	2	34,3	2	23,1	1	17,7	3	17	6	13,8	8	10,8	1	10,6	1	8,8	8
Verdichtete Kr. in urbanen R	6	21,4	5	20,3	5	14	7	17,1	5	17,4	3	20	6	6,6	5	6,9	8	10,9	7
Ländl. Kr. in urb. Räum.	7	19,8	8	18,5	7	14,7	5	16,3	6	17,1	4	20,4	3	6,6	5	7,5	7	12,2	2
Ferne lä. Kreise höh.Dichte	8	22,9	4	21,5	4	16	3	16,3	6	16,2	7	20,4	3	7,9	3	8,5	4	12,0	3
Ferne lä. Kreise ger. Dichte	9	20,5	6	17,6	8	14,5	6	15,5	9	16	8	20,4	3	8,7	2	8,7	3	8,7	9
Mittelwert		26,6		24,6		17,3		17,3		16,7		13,6		7,2		7,7		11,2	

WD: Westdeutschland
D: Deutschland
OD: Ostdeutschland
R: Rang
S: Schlüssel des Raumtyps

5. priv. und öffentl. Reichtum	5a.Haushaltseink. je Einw. 01						5b. Steuereinnahmen 01						5c. SHE 00 je 1000 E.						
Raumtypen	S	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R
Kernstädte in Aggl.-Räumen	1	104,6	3	103	2	86,4	4	741	1	672	1	457	1	54	9	56,9	9	66,1	9
Hochverdicht.Kr. in Aggl.-R.	2	110,4	1	109,4	1	88	1	612	3	604	2	188	9	23,4	4	23,3	4	15,4	1
Verdichte Kr. in Aggl.-Räum	3	107,9	2	102,3	3	85	6	546	4	483	4	197	7	24,1	6	23,5	5	20,7	3
Ländl. Kr. in Aggl.-Räum.	4	98,5	6	92,8	7	87,7	2	486	7	371	8	281	3	30,4	7	24,5	7	20	2
Kernstädte in urb. Räumen	5	102,7	4	98,6	4	87,3	3	630	2	535	3	290	2	50,1	8	46,7	8	38	8
Verdichtete Kr. in urbanen R	6	100,4	5	96,8	5	83	7	515	5	470	5	193	8	23,6	5	23,5	5	23,2	5
Ländl. Kr. in urb. Räum.	7	95,7	8	91,8	8	82,4	8	473	8	405	7	209	5	21,5	2	21,8	1	22,6	4
Ferne lä. Kreise höh.Dichte	8	97,1	7	94,1	6	85,1	5	490	6	430	6	210	4	22	3	22,6	2	24,9	6
Ferne lä. Kreise ger. Dichte	9	91,7	9	86,8	9	81,4	9	430	9	319	9	201	6	20,2	1	23,1	3	26,2	7
Mittelwert		101		97,2889		85,1444		585		523		288		29,922		29,544		28,567	

Quelle: Inkar 2002 und 2003, Kröhnert et al. 2004, BBR 2004, Pick 2004 und eigene Berechnungen

5. Anlage: Tabellen zu Parametern regionaler Ungleichheit zwischen ländlichen und urbanen Kreistypen

6. soziale Infrastruktur		6a. Ausbild.-platzdichte 01						6b. Kindergartenplätze 01						6c. Ärzte 95-01					
Raumtypen	S	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R
Kernstädte in Aggl.-Räumen	1	101,1	9	99,3	7	93,4	8	50,8	9	53,2	9	78,5	6	26,9	2	25,3	1	20,7	1
Hochverdicht.Kr. in Aggl.-R	2	102,4	6	102,4	1	100	1	54,8	3	55,5	8	70,4	9	18,3	5	18	5	5,7	6
Verdichte Kr. in Aggl.-Räum	3	102,7	5	101,2	4	94,9	6	55,8	2	59,8	6	72,4	8	21,9	3	19,1	4	7,1	5
Ländl. Kr. in Aggl.-Räum.	4	104,7	1	96,6	9	91,2	9	51,7	7	67,6	1	81	4	18,1	6	9,5	8	3,7	9
Kernstädte in urb. Räumen	5	101,8	8	100,3	6	97	2	54,7	5	62	4	82,3	2	27,5	1	23,5	2	12,3	2
Verdichtete Kr. in urbanen R	6	102,8	4	101,8	3	96,2	4	57,7	1	62,5	3	80,9	5	21,8	4	19,8	3	7,7	4
Ländl. Kr. in urb. Räum.	7	102,4	6	100,4	5	95	5	54,8	3	61,8	5	83,3	1	16,7	8	13,5	7	4,4	7
Ferne lä. Kreise höh.Dichte	8	104	2	102,4	1	97	2	51,5	8	59,1	7	81,8	3	17,4	7	15,8	6	9,3	3
Ferne lä. Kreise ger. Dichte	9	103,2	3	98,7	8	94,6	7	53,1	6	65,1	2	78,2	7	13,5	9	8,9	9	4,3	8
Mittelwert		102,4		100,6		94,7		53,878		60,733		78,756		22,1		19,8		11,7	

7. natürliche Infrastruktur		7a. Freiflächen 01						7b. Öko-Landbau in Ts. ha 01					
Raumtypen	S	WD	R	D	R	OD	R	WD	R	D	R	OD	R
Kernstädte in Aggl.-Räumen	1	268	9	255	9	215	9	4,2	8	4,7	8	0,5	7
Hochverdicht.Kr. in Aggl.-R	2	1512	7	1524	7	2185	7	27	5	27	7	0	9
Verdichte Kr. in Aggl.-Räum	3	3688	6	3942	6	5082	6	30,3	4	43,2	6	12,8	4
Ländl. Kr. in Aggl.-Räum.	4	7203	3	8377	2	9289	3	12,6	7	70,2	5	57,6	2
Kernstädte in urb. Räumen	5	574	8	615	8	725	8	0,9	9	1,2	9	0,2	8
Verdichtete Kr. in urbanen R	6	4059	5	4204	5	5092	5	102	1	106,8	3	4,8	6
Ländl. Kr. in urb. Räum.	7	7633	2	8101	3	9454	2	76,1	2	120,1	2	44	3
Ferne lä. Kreise höh.Dichte	8	6767	4	6676	4	6338	4	62,6	3	74,5	4	11,9	5
Ferne lä. Kreise ger. Dichte	9	11092	1	13353	1	15743	1	23,4	6	149,4	1	126	1
Summe		3335		3843		5760		339,1		597,1		257,8	

WD: Westdeutschland
D: Deutschland
OD: Ostdeutschland
R: Rang
S: Schlüssel des Raumtyps

8. technische Infrastruktur		8a. Erreichbark. Oberz. 01					
Raumtypen	S	WD	R	D	R	OD	R
Kernstädte in Aggl.-Räumen	1	3	2	2	2	0	1
Hochverdicht.Kr. in Aggl.-R	2	21	3	21	3	20	2
Verdichte Kr. in Aggl.-Räum	3	27	4	28	5	33	4
Ländl. Kr. in Aggl.-Räum.	4	42	7	39	8	38	6
Kernstädte in urb. Räumen	5	0	1	0	1	0	1
Verdichtete Kr. in urbanen R	6	27	4	27	4	28	3
Ländl. Kr. in urb. Räum.	7	36	6	37	7	37	5
Ferne lä. Kreise höh.Dichte	8	32	5	34	6	43	7
Ferne lä. Kreise ger. Dichte	9	42	7	46	9	49	8
Mittelwert		31		33		39	

Quelle: Inkar 2002 und 2003, Kröhnert et al. 2004, BBR 2004, Pick 2004 und eigene Berechnungen